

Zeitschrift  
für die Geschichte  
und Altertumskunde  
Ermlands

---

Band **41**

---

1981

# Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands

Im Namen des Historischen Vereins für Ermland e. V.  
(Sitz Münster i. W.)  
herausgegeben vom Vorstand des Vereins

**Band 41**  
**1981**

**ZGAE = Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands**

**Schriftleitung: Dr. Hans-Jürgen Karp**

**Selbstverlag des Historischen Vereins für Ermland  
Ermlandweg 22, 4400 Münster i. W.**

**Auslieferung für den Buchhandel durch den Verlag A. Fromm, Osnabrück  
1981**

**ISSN 0342-3344**

# INHALTSVERZEICHNIS

## Aufsätze

Manfred Clauss

Bischof Andreas Thiel (1886-1908). Beiträge zu seiner Biographie . . . . .	7
Biskup warmiński Andrzej Thiel (1886-1908) . . . . .	30
Andreas Thiel, Bishop of Warmia (1886-1908) . . . . .	30

Werner Thimm

Die Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen	31
Chrześcijańskie Związki Zawodowe w Prusach Wschodnich i Zachodnich . . . . .	67
The Christian Trade Unions in East- and West-Prussia .	67

Helmut Kunigk

Das Allensteiner Volksblatt in der Weimarer Republik .	69
Dziennik „Allensteiner Volksblatt“ w okresie Republiki Weimarskiej . . . . .	132
The „Allensteiner Volksblatt“ During the Weimar Republic . . . . .	133

Anneliese Triller

Zur Biographie des Königsberger Propstes Johannes Szadowski (1834-1914) . . . . .	134
Do biografii królewieckiego proboszcza Jana Szadowskiego (1834-1914) . . . . .	147
On the Biography of the Königsberg Provost Johannes Szadowski (1834-1914) . . . . .	147

Anneliese Triller

Die letzten Lebensjahre Julius Pohls . . . . .	148
Ostatnie lata życia Juliusza Pohla . . . . .	157
The Final Years of Julius Pohl . . . . .	157

## Bibliographie

Werner Thimm — Ernst Manfred Wermter Bibliographie Adolf Poschmann (1885-1977) . . . . .	158
---	-----

**Buchbesprechungen**

<b>Erich Maschke, Der Peterspfennig in Polen und dem deutschen Osten. 2. Aufl. (Brigitte Poschmann)</b>	175
<b>Die geistlichen Ritterorden. Hrsg. von Josef Fleckenstein und Manfred Hellmann (Brigitte Poschmann)</b>	175
<b>Tabliczki woskowe miasta Torunia około 1350 — I połowy XVI wieku. Hrsg. von Karol Górski und Witold Szcuszek (Brigitte Poschmann)</b>	176
<b>Kamila Wróblewska, Malarstwo Warmii i Mazur od XV do XIX wieku (Rainer Kahsnitz)</b>	177
<b>Horst Penner, Die ost- und westpreußischen Mennoniten in ihrem religiösen und sozialen Leben, in ihren kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen. Teil I: 1526-1772 (Peter Wörster)</b>	178
<b>Erna Hilfstein, Starowolski's Biographies of Copernicus (Werner Thimm)</b>	180
<b>Erich Sommerfeld, Die Geldlehre des Copernicus (Werner Thimm)</b>	181
<b>Stanisław Hozjusz, Poezje (Alfons Triller)</b>	182
<b>Klaus von der Groeben, Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußen (Leo Juhnke)</b>	182
<b>Hermann Schmidt unter Mitarbeit von Georg Blohm, Die Landwirtschaft von Ostpreußen und Pommern (Brigitte Poschmann)</b>	186
<b>Ulrich Tolksdorf, Eine ostpreußische Volkserzählerin (Jochen Schmauch)</b>	188
<b>Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung. Bd. 3: Der Notenwechsel und die Demarchen des Nuntius Orsenigo 1933-1945. Bearb. von Dieter Albrecht (Hans Preuschoff)</b>	188

**Zeitschriftenumschau**

I. Allgemeines . . . . .	190
II. Ur- und Frühgeschichte . . . . .	192
III. Von der Gründung des Ordensstaates bis zum Zweiten Thorner Frieden (1466) . . . . .	194
IV. Vom Zweiten Thorner Frieden bis zur Ersten Teilung Polens (1466-1772) . . . . .	198
V. Copernicana . . . . .	210
VI. Neuere Geschichte nach 1772 . . . . .	211
VII. Kunstgeschichte . . . . .	217

**Mitarbeiter dieses Bandes**

Prof. Dr. Dr. Manfred Clauss, Auf der Gasse 51, 5900 Siegen 31

Dr. Stefan Hartmann, Archivstraße 12-14, 1000 Berlin 33  
(St. H.)

Leo Juhnke, Ammerseestraße 54, 8900 Augsburg

Dr. Rainer Kahsnitz, Karthäusergasse 1, 8500 Nürnberg  
(R. K.)

Dr. Hans-Jürgen Karp, Brandenburger Straße 5,  
3550 Marburg/Lahn (H.-J. K.)

Dr. Ralf Köhler, Biedenkopfer Straße 8, 3551 Lahntal-Sarnau

Helmut Kunigk und Lieselotte Kunigk-Helbing,  
Droste-Hülshoff Straße 8, 2000 Hamburg 52 (H. K. und L. H.-K.)

Dr. Brigitte Poschmann, Fürst-Ernst-Straße 3, 3062 Bückeburg  
(B. P.)

Dr. Hans Preuschhoff, Zülpicher Straße 181, 5000 Köln 41

Dr. Jochen Schmauch, Ringstraße 62, 6500 Mainz-Hechtsheim  
(J. S.)

Werner Thimm, Zur Gräfte 10, 4400 Münster i. W. (W. Th.)

Dr. Alfons Triller und Dr. Anneliese Triller,  
Röckumstraße 138, 5300 Bonn 1 (AT)

Dr. Ernst Manfred Wermter, Rennbahnweg 20,  
4050 Mönchengladbach (E. M. W.)

Peter Wörster, Forsthausstraße 8, 3550 Marburg/Lahn

# Bischof Andreas Thiel (1886—1908)

## Beiträge zu seiner Biographie

Von Manfred Clauss

Andreas Thiel wurde am 28. September 1826 als Sohn eines Kleinbauern<sup>1)</sup> in Lokau in der Kirchengemeinde Seeburg, Kreis Rößel, in Ostpreußen geboren; aus dieser Gemeinde stammte auch Bischof Joseph Ambrosius Geritz (1841—1867), einer der Vorgänger Thiels. Auf Drängen des Dorfschullehrers von Lokau schickte der Vater seinen begabten Sohn auf das Progymnasium in Rößel (1837), dessen Direktor den Knaben an das klassische Altertum heranführte, und anschließend auf das Gymnasium in Braunsberg. Hier war es der Direktor, Jakob Aloys Lilienthal, ein ausgezeichneter Kenner der Vergangenheit Braunsbergs, der den interessierten Schüler für die Geschichte begeisterte; seinem „teuren Lehrer und väterlichen Freund“ hat Thiel später eine kurze Biographie geschrieben<sup>2)</sup>. Nach der Reifeprüfung studierte Thiel am Lyceum Hosianum in Braunsberg Theologie und erhielt am 30. September 1849 die Priesterweihe.

Nach kurzer Tätigkeit in der Seelsorge als Kaplan und Missionspriester in Memel und Drangowski bei Tilsit (1849—1851) sandte Bischof Geritz Thiel zum Studium nach Breslau, wo er 1853 mit einer Abhandlung „De Celsi testimonio pro canonicis nostris evangeliiis“ zum Lizentiaten und 1859 mit der Arbeit „Nicolai Papae I idea de primatu Romani Pontificis explicata“ zum Doktor der Theologie promoviert wurde. Schon 1853 habilitierte sich Thiel als Nachfolger seines wissenschaftlichen Lehrers Anton Eichhorn am Lyceum Hosianum in Braunsberg für die Fächer Kirchengeschichte und Kirchenrecht. Seine Habilitationsrede „Altrömische Rechtsanschauung in Bezug auf die politische Stellung der christlichen Kirche“ erschien 1855 in der Tübinger Quartalsschrift. In diesem Jahr wurde Thiel Extraordinarius und 1858 Ordinarius für Kirchengeschichte und Kirchenrecht an der

---

1) Vgl. H. PREUSCHOFF, Andreas Thiel, Bischof von Ermland (1886-1908). In: UNSERE ERMÄNDISCHE HEIMAT 21 (1975) Nr. 4, S. XIII und die Leserschriften „Wie groß war die elterliche Wirtschaft?“, ebd. 22 (1976) Nr. 1, S. II. — Bei der vorliegenden Abhandlung handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser im Rahmen der 18. Arbeitstagung des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte am 28. Juli 1980 in Augsburg gehalten hat.

2) ZGAE 6 (1878) S. 228-239.

Braunsberger Akademie<sup>3)</sup>, an der er 17 Jahre lang als Lehrer tätig war.

1856 gehörte er zu den Gründern des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands, in dem er zunächst Schriftführer, später bis zu seiner Bischofswahl Vorsitzender war (1869—1885). In der Zeitschrift des Vereins veröffentlichte er mehrere Beiträge, so über die Verfassungs- und Rechtsgeschichte, über Wehrverfassung und Wehrverhältnis sowie über Flachsbau und Flachshandel im Ermland. Beiträge von ihm erschienen ebenso in den Vorlesungsverzeichnissen des Lyceum Hosianum und im Ermländischen Pastoralblatt<sup>4)</sup>. Thiel war auch Mitgründer und eifriger Mitarbeiter des Ermländischen Kalenders. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Rom und achtjähriger emsiger Arbeit veröffentlichte er 1868 den ersten Band der „Epistolae Romanorum Pontificum genuinae et quae ad eos scripta a S. Hilario usque Pelagium II“; der zweite Band blieb unediert, obgleich das Material vorlag. Es war dies eine Publikation, die allgemeine Anerkennung fand. Die Theologische Fakultät in Wien ernannte ihn in Würdigung seiner Verdienste um die theologische Wissenschaft zu ihrem Ehrenmitglied. Der Studierstube und dem Auditorium wurde Thiel entrissen, nachdem er 1871 zum Generalvikar ernannt worden war. Dadurch war er genötigt, seine Tätigkeit stärker auf das Gebiet der Verwaltung zu verlegen. Eine seiner letzten Arbeiten war der Artikel „Ermland“ im Kirchenlexikon<sup>5)</sup>.

Während seines gesamten Wirkens als Bischof bleibt Thiels Interesse für die Geschichte zu beobachten. Immer wieder kommt in seinen pastoralen Verlautbarungen, sei es an die Priester seiner Diözese oder an die Gläubigen, sein reger historischer Sinn zum Vorschein. Hierbei ist es vor allem seine oben angesprochene Kenntnis der ermländischen Geschichte, aus der heraus er die historischen Bedingungen von Entwicklungen und Zuständen in seiner Zeit aufzeigt oder auf bessere, allerdings vergangene Zeiten verweist<sup>6)</sup>. So erinnerte er in seinem Fastenhirtenbrief von 1889 daran, daß es bis 1820 auch in der Diözese Ermland allgemein üblich war, Kinder vom achten und neunten Lebensjahr an regelmäßig zur Meßfeier zu schicken, und das Fernbleiben der Kinder von über zehn Jahren vom Gottesdienst sogar einmal unter bürgerliche Strafe gestellt war. Er zitierte dazu die Kromersche „Kir-

3) Vgl. B. STASIEWSKI, Die geistesgeschichtliche Stellung der Katholischen Akademie Braunsberg 1568-1945. In: Deutsche Universitäten und Hochschulen im Osten (WISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FORSCHUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, Bd. 30). Köln-Opladen 1984, S. 41-58.

4) Ein Verzeichnis der Publikationen Thiels im Nachruf von F. DITTRICH, Dr. Andreas Thiel, Bischof von Ermland. In: ZGAE 17 (1910) S. 447-463.

5) WETZER UND WELTE'S KIRCHENLEXIKON: 2. Aufl. Bd. 4. Freiburg i. Br. 1886, Sp. 816-827.

6) Siehe unten S. 18.

chenordnung den Kirchgang betreffend“ vom 23. Februar 1570. Diese Gewohnheit sei erst in letzter Zeit außer Gebrauch gekommen, und daher drängte der Bischof auf die Wiederherstellung dieser echt katholischen Sitte<sup>7)</sup>. Eine besondere Gelegenheit, seine einschlägigen Fähigkeiten auszunutzen, brachte für Thiel das Jahr 1897 mit der 900-Jahr-Feier des Martyrertodes Adalberts. In einem Sonderschreiben und dem Fastenbrief des Jahres schilderte er ausführlich das Leben dieses Heiligen. Besondere Begeisterung klingt immer dann in seinen Ausführungen durch, wenn er, wie z. B. 1898, die Praxis des 40tägigen Fastens mit Beispielen belegt oder die Geschichte der Beichte in den ersten fünf Jahrhunderten erläutert<sup>8)</sup>. Er zitiert neben dem Alten und dem Neuen Testament auch Livius und zahlreiche Kirchenväter wie Basilius, Chrysostomus, Hermas, Hieronymus, Isidor, Innozenz und Leo den Großen. Hier ist Thiel in seinem Element und breitet die ganze Palette seiner Kenntnisse aus<sup>9)</sup>.

Bei aller Anerkennung dieser historischen Kenntnisse und der Leistungen Thiels auf fachwissenschaftlichem Gebiet muß doch angemerkt werden, daß seine Berufung auf die Geschichte, auf die Vergangenheit, häufig das Fehlen einer Analyse der eigenen Zeit überdeckte. Thiel war in der kirchlichen Verwaltung bewährt, hatte aber kaum praktische Seelsorgserfahrung. So hob auch der Nachruf auf ihn in den Pastoralblättern 1908 sein „administratives Talent“ hervor, und es ist vielleicht symptomatisch für das Verständnis seines Bischofsamtes, daß Thiel selbst von „bischöflicher Verwaltung“ sprach<sup>10)</sup>. Thiel hat keine eigenen theologischen Akzente gesetzt, und von daher erscheinen seine historischen Darlegungen, seine Flucht in die Geschichte, häufig als Kompensation dieses Defizits.

Im Januar 1870 trug die preußische Regierung Thiel an, während des Vatikanischen Konzils in Rom als Rat für kirchliche Angelegenheiten an der preußischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhl

7) PASTORALBLATT FÜR DIE DIÖZESE ERMLAND (im folgenden: PB) 21 (1889) S. 27.

8) PB 29 (1897), S. 1-2 und 29-34; 30 (1898), S. 25-30; 33 (1901), S. 19-20.

9) Es verwundert in diesem Zusammenhang auch nicht, daß sich Thiel als Generalvikar — während dieser Zeit war er auch Vorstand des Ermländischen Kunstvereins (PB 1, 1869, S. 9-10; 3, 1871, S. 103) — und vor allem als Bischof lebhaft für die Pflege der kulturellen Zeugnisse der Vergangenheit interessierte. So unterstützte er die Bemühungen der Königlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin bei der Suche nach Handschriften Kants für die Erstellung einer kritischen Kant-Ausgabe (PB 27, 1859, S. 62-63). Er ermahnte seinen Klerus wiederholt, die Pfarrarchive und vor allem die Kirchenbücher zu pflegen und zu katalogisieren; 1890 enthielt sein jährliches Schreiben an die Geistlichen der Diözese einen eigenen Abschnitt „De conservandis archivis, registraturis et bibliothecis parochiarum“ (PB 22, 1890, S. 61; vgl. 33, 1901, S. 58). Bei Kunstgegenständen drang er darauf, das Datum der Entstehung zu vermerken, und setzte sich für die Erhaltung alter Grabsteine von urkundlichem und künstlerischem Wert ein (PB 21, 1889, S. 40; 23, 1891, S. 25; 29, 1897, S. 120; 37, 1905, S. 103).

10) PB 40 (1908), S. 107. — Zu Thiels eigenem Amtsverständnis: PB 18 (1886), S. 125.

„in vollkommen freier Zuordnung zu fungieren“. Diese Berufung wurde jedoch kurz vor seiner Abreise infolge der Wendung der preußischen Konzilspolitik zurückgezogen<sup>11)</sup>.

Am 16. September 1870 ernannte der ermländische Bischof Philippus Kremetz den Professor für Kirchengeschichte und Kirchenrecht zum Domherrn, ein halbes Jahr später — am 30. März 1871 — in Würdigung seiner kanonistischen Kenntnisse und seines administrativen Talents zu seinem Generalvikar. Dieses Amt nahm Thiel über die normalen Aufgaben hinaus stark in Anspruch, da bald nach seiner Ernennung der Kulturkampf begann. In zahlreichen Zeitungsartikeln, die nicht nur in den „Ermländischen Volksblättern“, sondern auch im „Danziger Katholischen Wochenblatt“, in den „Kölnischen Blättern“ und in der „Augsburger Postzeitung“ erschienen, vertrat er als treuer Berater und Mitarbeiter seines Bischofs die Belange der Katholiken<sup>12)</sup>.

Nachdem Kremetz auf den erzbischöflichen Stuhl in Köln berufen worden war, wurde Thiel am 15. Dezember 1885 zum Bischof von Ermland gewählt; in ihm sah Kremetz einen Garanten für die Fortsetzung des eigenen Kurses<sup>13)</sup>. Zur gleichen Zeit, als seine Ernennung zum Bischof von Ermland vorbereitet wurde, sah die Regierung in Thiel kurzfristig auch einen möglichen Kandidaten für Posen; die Erörterungen konzentrierten sich aber bald auf andere Personen<sup>14)</sup>. Vom 12. Februar 1886 datierte das päpstliche Bestätigungsbreve zu Thiels Wahl, bereits am 2. März sprach der Kaiser die landesherrliche Anerkennung aus<sup>15)</sup>. Am 9. Mai wurde Thiel in der Frauenburger Kathedrale durch den ihm freundschaftlich verbundenen ehemaligen Feldpropst Adolph Namszowski konsekriert. Obwohl ihn bereits vor seiner Wahl eine anhaltende Krankheit plagte<sup>16)</sup>, verwaltete Andreas Thiel, der 43. in der Reihe der ermländischen Bischöfe, die Diözese 22 Jahre lang bis zu seinem Tod am 17. Juli 1908 in Frauenburg<sup>17)</sup>.

11) PB 2 (1870), S. 19.

12) Zum Kulturkampf in Ermland vgl. F. DITTRICH, Der Kulturkampf im Ermlande. Braunsberg 1913; J. OBLAK, Kościół na Warmii w okresie „Kulturkampfu“. In: ATENEUM KAPLAŃSKIE 49 (1957), S. 203-217.

13) E. GATZ, Zur Neubesetzung der (Erz)bistümer Köln, Ermland und Gnesen-Posen 1885/86. In: RHEINISCHE VIERTELJAHRBLÄTTER 37 (1973), S. 219-224; H.-J. KARP, Bischof Andreas Thiel (1886-1908) und die Sprachenfrage im südlichen Ermland. In: ZGAE 37 (1974), S. 70-81.

14) GATZ, Zur Neubesetzung, S. 227; KARP, S. 81; L. TRZECIAKOWSKI, Stosunki między państwem i kościołem katolickim w zaborze pruskim w latach 1871-1914. In: STUDIA I MATERIAŁY DO DZIEJÓW WIELKOPOLSKI I POMORZA 9 (1968), S. 69-71 = The Prussian State and the Catholic Church in Prussian Poland 1871-1914. In: SLAVIC REVIEW 26 (1967), S. 627-629.

15) PB 18 (1886), S. 65.

16) Ebd. S. 53.

17) Biographische Angaben über Thiel bieten DITTRICH, Dr. Andreas Thiel und G. MATERN, Dr. Andreas Thiel, Bischof von Ermland, ein Lebensbild. Braunsberg 1908.

Nach diesem Abriß der wichtigsten Stationen aus Thiels Werdegang sollen im folgenden vier Komplexe näher betrachtet werden. Zunächst verdient Thiels Stellung zum I. Vatikanischen Konzil, zweifellos ein Schlüsselerlebnis seiner Laufbahn, eine eingehende Darlegung (I). Danach sollen aus seiner Tätigkeit als Bischof von Ermland drei Aspekte behandelt werden: seine Leistung in der Diözesanverwaltung (II), einige zentrale Anliegen seines pastoralen Wirkens (III) sowie seine Haltung im Nationalitätenstreit und sein Verhältnis zum Deutschen Kaiserreich (IV).

## I

Die Rezeption der Beschlüsse des I. Vatikanischen Konzils wurde im Ermland hauptsächlich von Bischof Krementz durchgeführt. Er war bis zum Beginn des Konzils Infallibilitätsgegner und nahm an der feierlichen Abstimmung am 18. Juli nicht teil. Der Bischof ist aber trotz seines „Non placet“ von Anfang an zur Annahme der umstrittenen Beschlüsse über das unfehlbare Lehramt bereit gewesen, und obgleich er sich dazu nur mühsam durchgerungen hatte, setzte er die Anerkennung in seinem Sprengel mit unbeugsamer Härte so streng wie nur wenige Bischöfe durch. Dies geschah durch Verhandlungen, durch Exkommunikation — wie die Wollmanns, die eine der unmittelbaren Ursachen des Kulturkampfes wurde —, durch Entzug der *Missio canonica* und durch die Suspension einzelner Geistlicher. Zur härtesten Kirchenstrafe griff er, als Wollmann sich weigerte, ein Hirtenschreiben des Bischofs in der Gymnasialkirche zu verlesen. Er belegte daraufhin diese Kirche mit dem Interdikt<sup>18)</sup>.

Thiel, inzwischen Generalvikar geworden, stand dagegen für ein milderes Vorgehen. Er konnte sich offensichtlich noch gut an sein eigenes inneres Ringen mit den vatikanischen Dekreten erinnern und sich in die Haltung der Oppositionellen hineindenken.

Die Anteilnahme an den römischen Ereignissen war im Ermland im Herbst 1869 noch so gering, daß Krementz einen beruhigenden Fuldaer Hirtenbrief „bei dem treu kirchlichen und von jeden Anfechtungen wenig berührten Sinn“ seiner Diözesanen in den Landgemeinden des eigentlichen Ermlandes gar nicht und in den Stadt- und Landgemeinden der Diaspora nur dort verlesen ließ, „wo hierzu nach dem umsichtigen Urteil der betreffenden Pfarrer ein Bedürfnis vorhanden sei“<sup>19)</sup>. Bei der Rezeption der Beschlüsse des Konzils spielte des Lyceum Hosianum, die kleine philosophisch-theologische Lehranstalt zu Braunsberg, in dem isolierten Ermland eine wichtige Rolle. Im Braunsberger Kollegium hat die tendenziöse Berichterstattung des Kirchenhistori-

18) Vgl. E. GATZ, Bischof Philippus Krementz und die Rezeption des Ersten Vatikanischen Konzils im Bistum Ermland. In: ANNUARIUM HISTORIAE CONCILIORUM 4 (1972), S. 156-158.

19) PB 1 (1869) S. 80.

kers Ignaz von Döllinger mit seinen 69 Briefen in der liberalen „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ sicherlich mehr zur „Verwirrung der Geister“ beigetragen als alle anderen zeitgenössischen Schriften<sup>20</sup>).

In bezug auf das Ermland bestätigte Thiel die verhängnisvolle Wirkung der Artikel, die für ihn wie für viele andere die einzige Informationsquelle über den Verlauf des Konzils bildeten, und erklärte damit teilweise sein späteres Abrücken von den Antifallibilisten. „Ich gestehe“, schrieb er 1872, „daß, wie viele meiner Freunde, auch ich jene ganze Zeit hindurch unter dem Banne jener Berichte stand, von denen eingänglich Notiz zu nehmen, mich schon meine Stellung als Professor der Kirchengeschichte zwang“<sup>21</sup>).

Thiels Ablehnung des Unfehlbarkeitsdogmas geht aber sicherlich nicht allein auf die Berichterstattung der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ zurück. Er, der Kirchenhistoriker, fügte sich in die Reihe der Gegner des Dogmas ein, die als Mitglieder der Konzilsminorität oder als Beobachter und Kommentatoren der Vorgänge in Rom u. a. historische Schwierigkeiten, wie die Verurteilung des Papstes Honorius, vorbrachten. Zu den bekanntesten gehörten Kardinal Joseph Otmar von Rauscher, der angesehene Patrologe, Karl Joseph von Hefele, Bischof von Rottenburg und Verfasser einer großen Konziliengeschichte, und John Acton mit seinem Lehrer Ignaz von Döllinger, dem Professor für Kirchengeschichte<sup>22</sup>). Thiel hatte sich wie viele andere auch mit der Alten Kirche befaßt, als er acht Jahre lang die Briefe und die Geschichte der Päpste von Hilarius bis Pelagius II. (461-590) studierte. Er hatte damit eine Periode in der Papstgeschichte untersucht, die zu kritischen Gedanken über die Unfehlbarkeit Anlaß gab. Auf dem Konzil von Chalkedon (451) hatte eine Mehrheit, die orthodoxe Kirche, die Selbständigkeit von zwei Naturen in Christus betont. Dieses Konzil wollte die Kluft zwischen den Bekennern des Glaubens von Chalkedon, den Dyophysiten, und den Monophysiten, den Bekennern der einen gottmenschlichen Natur überbrücken,

20) T. GRANDERATH, Geschichte des Vatikanischen Konzils, Bd. 2. Freiburg 1903, S. 578.

21) A. THIEL, Meine Auseinandersetzung mit den Janus-Christen. Leipzig 1872, S. 9. Als eine Art Rechtfertigung wurde auch Thiels „Kurzer Abriss der Kirchengeschichte für höhere Volksschulen“ (s. u. S. 17) angesehen, der ebenfalls 1872 erschien. Dies geht aus entsprechenden Bemerkungen Thiels in der Verteidigungsschrift (S. 54) hervor. — Zu der Manipulation der deutschen öffentlichen Meinung während des Konzils vgl. V. CONZEMIUS, Die „Römischen Briefe vom Konzil“. Eine entstehungsgeschichtliche und quellenkritische Untersuchung zum Konzilsjournalismus Ignaz von Döllingers und Lord Actons. In: RÖMISCHE QUARTALSCHRIFT 59 (1964), S. 186-229; 60 (1965), S. 76-119.

22) Vgl. R. AUBERT, Das Vatikanische Konzil. In: Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. VI, 1. Hrsg. v. H. JEDIN. Freiburg 1971, S. 774-791; G. KREUZER, Die Honoriusfrage im Mittelalter und in der Neuzeit (PAPSTE UND PAPSTTUM, Bd. 8.) Stuttgart 1975.

erweiterte aber den Riß immer mehr. In diesen monophysitischen Streitigkeiten spielten die Bischöfe von Rom, die Päpste, eine unglückliche Rolle. Einen gewissen „Höhepunkt“ in negativer Hinsicht stellte der Pontifikat des Vigilius dar (537-555), dessen Haltung man wegen der zahlreichen dogmatischen Kehrtwendungen nur als schwach und zielloos bezeichnen kann. Es war dies eine Zeit, in der Päpste wie sein Nachfolger Pelagius I. (556-561) skrupellos theologische Positionen preisgaben, um vom oströmischen Kaiser die Tiara zu erlangen. Es ist auch die intensive Beschäftigung mit diesem Kapitel der Papstgeschichte, der die radikale Ablehnung der Unfehlbarkeitserklärung durch Thiel zuzuschreiben sein dürfte. Dies scheint auch seine Verteidigungsschrift anzudeuten, in der er seinen ehemaligen Freunden und Mitstreitern Vertrauensbruch vorwirft, weil sie frühere gemeinsame private Überlegungen zu den Vorgängen in Rom veröffentlicht hatten. So hält er darin seinem Kollegen Johann Friedrich von Schulte vor, daß dieser sich vielfach seiner Ausgabe der Papstbriefe bedient habe, Schultes „Blumenlese von allerlei dicta factaque mirabilia Romanorum Pontificum“ sei aber „alles eher, als ein Traditionsbeweis gegen das Vatikanische Dekret“<sup>23)</sup>.

Thiel erklärte in seiner Verteidigungsschrift 1872, er habe bereits 1869 an vielen Stellen der Berichte Döllingers „offen böswilligen Klatsch oder gehässige Tendenz erkannt“, und er selbst habe das — allerdings nur privat im Freundeskreis — offen ausgesprochen. Thiels offizielle Verlautbarungen sahen dagegen anders aus. Bereits vor den entscheidenden Abstimmungen in Rom betonte die theologische Fakultät Braunsberg unter Thiel ebenso wie diejenige Tübingens, daß man nur zusammen mit dem Episkopat handeln wolle. Allerdings äußerten sich die Braunsberger noch am 19. Juli, und zwar wiederum durch Thiel, der im akademischen Jahr 1869/70 Rektor des Lyceums war, sehr entschieden. Alle Professoren der Lehranstalt waren nach seiner Ansicht zur Unterzeichnung einer Adresse bereit, „wenn die noble Partei S. J. Miene machen sollte, in einer öffentlichen Sitzung über das Votum unserer Bischöfe hinweg zu schreiten“. Thiel betonte freilich ebenso, daß man in Braunsberg unter allen Umständen den Schein vermeiden wolle, „auf eigene Hand ohne unsere Bischöfe vor zu schreiten. Gott sei tausend Dank, daß wir letztere noch haben, daß sie durch ihr Römisches Martyrium ernüchert und für die Kirche Jesu gezeitigt und gereift sind“<sup>24)</sup>.

Als dann das Schreiben der deutschen Bischöfe an den Papst bekannt wurde, in dem sie ihr Fernbleiben von der feierlichen Session am 18. Juli ankündigten, änderte sich für Thiel und die Braunsberger die Situation, von der man mittlerweile aus der

23) THIEL, Meine Auseinandersetzung, S. 31. Überhaupt ist die Schrift reich an Schilderungen aus der Geschichte der alten Kirche. Vgl. S. 22, 27-28, 31, 34, 46, 52 (hier zitiert Thiel seine Ausgabe der Papstbriefe).

„Augsburger Allgemeinen Zeitung“ wußte. Thiel bezeichnete die Verlautbarung des Episkopats an den Papst als „an und für sich so kalt, matt und lahm, daß sie einem die Schamröte ins Gesicht ruft, der gute Geist der wackeren Streiter für Recht und Gesetz ist dort durch höfischen Sinn (ich sage von eingeschmuggelter wälischer Diplomatie alias Schurkerei) fast erstickt“. Eine Erklärung gegen die römischen Beschlüsse machte Thiel von den Bischöfen abhängig, die, wenn sie sich unterwürfen, „als unsere Henkersknechte fungieren würden“<sup>24</sup>). Thiel dachte wie seine Braunsberger Kollegen also antiinfallibilistisch, wollte jedoch nicht ohne oder gegen den Episkopat handeln. Eine am 26. August im wesentlichen von Döllinger redigierte Erklärung deutscher Professoren, welche die bekannten Argumente gegen Freiheit und Ökumenizität des Konzils darlegte, unterschrieb Thiel bereits nicht mehr.

Seitdem der deutsche Episkopat die Annahme der vatikanischen Beschlüsse erklärt hatte oder sich wenigstens in Schweigen hüllte, zerfiel auch im Ermland die Opposition sehr schnell. Thiel, der sich bis in den August hinein mehrfach exponierte und der damals noch so voreingenommen war, daß er die umstrittene Konstitution nicht einmal lesen wollte, war nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges gegen Ende des Monats mit Katharinschwestern zur Verwundetenpflege nach Frankfurt/M. abgereist<sup>25</sup>). Dadurch gewann er, wie er später bekannte, die notwendige Distanz zu der in Braunsberg herrschenden Erregung.

Am 16. September 1870 ernannte Krenzler Thiel zum Domherrn an der Frauenburger Kathedrale. Diesem trug die Berufung später herbe Kritik ein. Im Vorwort zu seiner Verteidigungsschrift schrieb er: „Wenn ich nun gleichwohl sogar eigens auf den Kampfplatz trete, so ist mir dies durch die maßlosesten Verunglimpfungen von Seiten, denen ich bis dahin persönlich nur Freundlichkeit und Liebe erwiesen habe, zu einer traurigen Pflicht gemacht“<sup>26</sup>). Der Wortführer der Braunsberger Konzilsopposition, Friedrich Michelis, den er u. a. hier anspricht, warf ihm vor, daß ihn die Rücksicht auf seine Karriere und der „Glanz der Domherrenkette“ zur Annahme der Infallibilität bewogen hätten. Allerdings hatte Thiel ja von Anfang an erklärt, nicht gegen seinen Bischof handeln zu wollen. In der erwähnten Schrift schlug er gegen die

24) J. F. v. SCHULTE, Der Altkatholizismus. Geschichte seiner Entwicklung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland. Gießen 1887, S. 94, veröffentlichte Briefe Thiels, aus denen die zitierten Passagen stammen. Es war vor allem die Veröffentlichung dieser Briefe, die Thiels Zorn erregte: „In nichts zeigt sich wohl mehr die namenlose geistige Verwilderung unserer Janus-Brüder, als in diesem schnöden Mißbrauch des Vertrauens, der Freundschaft und des Briefgeheimnisses, welch letzteres namentlich von allen zivilisierten Völkern heilig gehalten wird“ (THIEL, S. 53, Anm. 35).

25) SCHULTE, S. 96.

26) PB 2 (1870), S. 87.

27) THIEL, S. 3-4; zum Teil abgedruckt in: PB 4 (1872), S. 31-32.

zurück, die ihn als Heuchler und als charakterlos geschmäht hatten. Er rührte an die verletzlichste Stelle des Braunsberger Philosophen, der die alkatholische Bewegung von Anfang an mitrug, wenn er daran erinnerte, daß man von diesem, „seitdem er seine Schul-Examina überstanden, noch keine Zeile einer wirklich wissenschaftlichen Arbeit gesehen“ habe. Er wisse, daß Michelis „nicht einen einzigen größeren Kirchenvater oder die Akten eines einzigen allgemeinen Konzils gelesen“ habe<sup>28)</sup>. Thiel konnte sich diesen sarkastischen Hinweis erlauben, weil er selbst durch anerkannte wissenschaftliche Publikationen — und gerade durch Quelleneditionen — ausgewiesen war.

Thiels Haltung zum I. Vatikanum, d. h. seine Anerkennung der faktischen Machtverhältnisse nach anfänglicher leidenschaftlicher Opposition, spielte noch bei den Umständen seiner Wahl eine Rolle. Sein damaliges Umschwenken prägte das Bild des Bischofs bei den staatlichen Stellen entscheidend mit und führte zu Charakterisierungen von Thiels Verhalten als „Strebertum und Herrschsucht“<sup>29)</sup>.

## II

Als Nachfolger von Bischof Kremenz, der nach 17jährigem Wirken die Diözese verlassen hatte, fand Thiel im großen und ganzen gebahnte Wege vor. Auf dem Gebiet der Diözesanverwaltung konzentrierte sich die Aktivität des neuen Bischofs in besonderem Maße auf die Sorge um den Klerus und seine Ausbildung, verbunden mit einer manchmal zu großen Strenge gegen einzelne Priester, auf die Visitations- und Firmungsreisen und die Bemühungen für die unter Andersgläubigen zerstreut lebenden ermländischen Katholiken. Wegen der im Kulturkampf durch die Maigesetze 1873 angeordneten Anzeigepflicht, welche die Kirche ablehnte, konnte kein Geistlicher mehr eingestellt werden. Seit September des Jahres hatte der damalige Kultusminister Falk spürbare Repressalien gegen das Priesterseminar zu Braunsberg eingeleitet; Ende November 1876 verfügte er dessen sofortige Schließung<sup>30)</sup>. Am 18. Oktober 1886 konnte Thiel seiner Diözese verkünden: „Es ist mir eine große Freude gewesen, am gestrigen Tage das Convict beim Gymnasium zu Braunsberg wieder eröffnen zu können.“ Diese Freude konnte naturgemäß nicht darüber hinwegtäuschen, daß zehn Jahrgänge Priesternachwuchs fehlten. Die Auswirkungen waren noch bis 1891 spürbar. „Zu den schwersten Übelständen, unter denen die Diözese Ermland gegenwärtig noch zu leiden hat, gehört der Mangel an genügenden Kräften für die Seelsorge. Die Zahl der Priester hat sich seit 20 Jahren um mehr

28) THIEL, S. 30, 40, 44. Vgl. GATZ, Kremenz und die Rezeption, S. 144.

29) Belege bei KARP, S. 74-75; vgl. PB 2 (1870), S. 19.

30) Vgl. G. DETTMER, Die ost- und westpreußischen Verwaltungsbehörden im Kulturkampf. Heidelberg 1958, S. 45-46.

als ein halbes Hundert verringert<sup>31)</sup>). Diese Feststellung des Bischofs aus dem Jahr 1891 läßt sich durch Zahlen belegen: Während 1871 im Ermland noch 320 Geistliche tätig gewesen waren, sank die Zahl 1891 auf ihren tiefsten Stand seit der Jahrhundertmitte, auf 258. Demgegenüber war die Zahl der Kommunikanten im gleichen Zeitraum (1870 bis 1895) von etwa 170 000 auf 210 000 gestiegen<sup>32)</sup>. Thiel legte aus diesem Grunde die Aufnahmebestimmungen vor, um neue Alumnen zum Eintritt zu bewegen. Die Werbung um Knaben für das Konvikt machte er 1891 daher auch zu einem der Themen des alljährlich stattfindenden Ruralkapitels. Mehrfach wies Thiel vor allem seinen Klerus auf den Priestermangel hin und forderte ihn auf, nach möglichen Anwärtern für das Priesteramt Ausschau zu halten. Große Hoffnung zur Linderung der „presbyterorum penuria“ setzte er auch auf die Eröffnung des Konvikts zu Rößel 1894<sup>33)</sup>. Die Lage besserte sich in der Tat in den folgenden Jahren, so daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Zahl der Geistlichen den Stand vor der Kulturkampfzeit wieder erreichte.

Thiels Sorge um den Priesternachwuchs äußerte sich ferner in einer Vorlage für die Fuldaer Bischofskonferenz von 1899, die erstmals eine echte Reform des Studiums der Priesteramtskandidaten diskutierte. Thiel legte seinen Amtsbrüdern eine Denkschrift vor, die „bemerkenswerte Sachkenntnis und viel Verständnis für die Förderung von Spezialstudien bewies“<sup>34)</sup>. Er trat nämlich für eine größere Breite des Studiums und der Kenntnisse der zukünftigen Kleriker ein, die auch Gebiete wie Botanik, Astronomie, Philologie und die von Thiel so geschätzte Geschichte kennenlernen sollten. Zugleich forderte er praktische Übungen von den ersten Semestern an.

Vor Ort sorgte sich Thiel um die allgemeine Schulbildung als die Grundlage der Konviktausbildung. Da die Pfarrgeistlichen die Ortsinspektion über die im Pfarrbezirk befindlichen Schulen hatten, schärfte Thiel ihnen auch diese Aufgabe ein und ermahnte sie besonders, die Schulen öfters, d. h. wenigstens jeden Monat einmal, zu besuchen. Dabei sollte zwar der Religionsunterricht im Zentrum der Bemühungen stehen, es ging aber z. B. auch um die Revision der Schülerbibliotheken<sup>35)</sup>. Auf diesem Feld kam Thiel zu Hilfe, daß er sich neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch für die Erziehungsaufgaben der Schule interessiert hatte und elf Jahre Religionslehrer an der katholischen Höheren Mädchen-

31) PB 23 (1891), S. 38.

32) PB 30 (1898), S. 20-22; 46-47.

33) PB 23 (1891), S. 52; 24 (1892), S. 41; 26 (1894), S. 41.

34) E. GATZ, Akten der Fuldaer Bischofskonferenz. Bd. 2: 1888-1899 (VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ZEITGESCHICHTE, Reihe A, Bd. 27). Mainz 1979, Dok. Nr. 755 und S. LXII-LXIII.

35) PB 18 (1886), S. 125; 21 (1889), S. 87; 22 (1890), S. 39; 26 (1894), S. 46.

schule in Braunsberg gewesen war. Aus diesen praktischen Erfahrungen resultierte ein „Kurzer Abriß der Kirchengeschichte für höhere Volksschulen“, den er als Generalvikar 1872 veröffentlichte und der 1906 in der zehnten Auflage erschien. Noch als Bischof nahm Thiel häufig an den theologischen Prüfungen der Priesteramtskandidaten teil, nachdem er bereits in den Jahren 1854 und 1855 kurzfristig die Stelle eines Subregens am Priesterseminar versehen hatte. In der religiösen Unterweisung der Jugend sah Thiel für die Seelsorge des Geistlichen in seiner Gemeinde eine zentrale Aufgabe; auch hier galt seine besondere Aufmerksamkeit der Diaspora<sup>36)</sup>.

Neben dieser allgemeinen Sorge des Bischofs, die in seinen Verlautbarungen Ausdruck fand, stehen einige Einzelfälle, in denen der ermländische Ordinarius gegenüber seinem Klerus doch wohl zu streng reagierte. In dem einen Fall handelt es sich um den Kaplan Michael Reddig in Gr. Köllen (1842-1907), gegen den Thiel im Zusammenhang mit dem Auftreten der Dargelsekte vorging. Anneliese Triller urteilt über die Maßnahmen des ermländischen Oberhirten, daß dieser mit weniger Härte und mehr menschlicher Wärme der Situation leichter Herr geworden wäre<sup>37)</sup>. Bei dem zweiten Fall handelt es sich um die Auseinandersetzung Thiels mit dem Königsberger Propst Johannes Szadowski (1834 bis 1914). Das Verhalten dieses um den Aufbau der Seelsorge in der Hauptstadt Ostpreußens verdienten Priesters in Geldangelegenheiten rechtfertigte wohl kaum die Feststellung seines Ordinarius, daß er es „mit einem eitlen Schismatiker zu tun habe“, und die Maßnahmen, mit denen er den Propst in der Öffentlichkeit zurücksetzte<sup>38)</sup>.

Diese beiden Einzelschicksale dürfen sicherlich nicht verallgemeinert werden. Allerdings wird Thiels Standpunkt aus seinen eigenen Erfahrungen erklärbar. Sein Verhalten in den Jahren 1870/71 zeigt seine Bereitschaft, eigene Bedenken dem Gehorsam gegenüber seinem Bischof hintanzusetzen, auch wenn ihm eine Lehre oder ein Gebot der Kirche nicht genehm war. Und eben diesen rigorosen Gehorsam, den Kremenz bei der Anerkennung der vatikanischen Dekrete von ihm und anderen gefordert und den Thiel geleistet hatte, verlangte dieser nun seinerseits von seinem Klerus. Wenngleich seine Strenge sich nicht mit dem Einfühlungsvermögen verband, das Kremenz im Ermland ausgezeichnet hatte, entspringt sie doch dem aufrechten Bemühen eines Bischofs, sei-

36) PB 22 (1890), S. 52. — Zu weiteren Regelungen vgl. die Ruralkapitel von 1890 (PB 22, 1890, S. 39) und 1897 (PB 29, 1897, S. 62); Schreiben an den Klerus seiner Diözese 1891 (PB 23, 1891, S. 50), 1892 (PB 24, 1892, S. 42) und 1895 (PB 27, 1895, S. 50-51) sowie PB 40 (1908), S. 54. — S. u. S. 19.

37) Vgl. A. TRILLER, Die Dargelsekte im Ermland. In: ZGAE 39 (1978), S. 35-59.

38) Vgl. A. TRILLER, Zur Biographie des Königsberger Propstes Johannes Szadowski (1834-1914); in diesem Band, unten S. 134-147, Zitat S. 141.

ner Diözese eine geregelte Seelsorge zu garantieren. In dieser Hinsicht vermitteln auch die Berichte über die Visitations- und Firmreisen des Bischofs in den Pastoralblättern einen Eindruck davon, wie wichtig Thiel seine Aufgaben nahm, und dies trotz seiner Kränklichkeit und seiner Anfälligkeit gerade für Witterungseinflüsse, die solche Reisen für ihn immer zur Strapaze werden ließen. Zwei Angaben sollen hier für diesen überaus wichtigen Komplex genügen: Im Dekanat Heilsberg war Thiel in den Jahren 1889, 1890, 1894, 1895, 1900 und 1901. In den Jahren 1902 und 1903 war er viermal im Jahr für insgesamt jeweils über acht Wochen unterwegs. Seit 1905 mußte allerdings der Weihbischof<sup>39)</sup> diese Aufgabe für den inzwischen fast 80jährigen Oberhirten übernehmen.

Schon während der kurzen Zeit als Kaplan in Memel und Drangowski hatte Thiel die Verhältnisse und Bedürfnisse der litauischen Diaspora kennengelernt. Als langjähriger Sekretär des Adalbertvereins, der sich der Diasporaprobleme annahm, gewann er dann eine genaue Einsicht in die kirchlichen Zustände der an das südliche Ermland grenzenden Bezirke und in die Lage der dort zerstreut wohnenden Katholiken. Nach seinem Tod fand sich ein im Manuskript vorliegender Aufsatz „Die katholische Diaspora der Diözese Ermland, Zustand derselben im 16. bis 18. Jahrhundert“, in dem er sich über die Schicksale des Katholizismus in Altpreußen und die Errichtung der Missionsstationen Königsberg, Heiligelinde und Drangowski verbreitet<sup>40)</sup>. Damit waren die Voraussetzungen für die Fürsorge Thiels in jenen Gebieten gegeben. In seiner Amtszeit sind in der Diaspora zahlreiche Kirchen, Kapellen und Schulen gegründet worden. So ging mit der Zunahme der katholischen Bevölkerung eine Verbesserung der Pastoralisation Hand in Hand. Neu errichtet wurden die Pfarreien Landsberg, Robkojen, Mensguth, Ortelsburg, Rastenburg, Bartenstein, Raunau, Hohenstein, Bilderweitschen, Passenheim, Kobulten, Lyck und Oberhaberberg, ferner die Kuratien Goldap, Orzechowo und Gumbinnen; außerdem erfolgte die Umpfarrung mehrerer Ortschaften, um eine bequemere Ausübung des Gottesdienstes zu ermöglichen<sup>41)</sup>. Die Diasporaseelsorge und die Mission in jenen Gebieten machte Thiel wiederholt zum Thema seiner Fastenhirtenbriefe, seiner jährlichen Schreiben an den Klerus der Diözese sowie der Ruralkapitel, in denen er auf Verbesserungen

39) Eduard Herrmann. Zu seiner Ernennung vgl. unten S. 28 mit Anm. 74.

40) Vgl. DITTRICH, Dr. Andreas Thiel, S. 450.

41) Als Beispiel sei hier aus der „Urkunde über Errichtung der katholischen Pfarrgemeinde Bartenstein“ zitiert (PB 26, 1894, S. 4): „Da hienach sämtliche kirchliche Einrichtungen zur Errichtung einer katholischen Pfarrgemeinde Bartenstein getroffen sind (zuvor genannt), und die Zahl der katholischen Einwohner in den nahegelegenen Ortschaften, welche dem Gottesdienst daselbst beigewohnt haben, gewachsen ist, habe ich es zur besseren Seelsorge und Hebung der Religiosität für notwendig erachtet, eine katholische Pfarrgemeinde Bartenstein zu errichten.“

drängte<sup>42</sup>). Hier verband sich seine Sorge um den Religionsunterricht mit der Sorge um die Katholiken in den protestantischen Gebieten, indem er den Missionsgeistlichen detaillierte Anweisungen für die religiöse Unterrichtung gab. Da es nicht möglich war, allen katholischen Schulkindern in protestantischen Gegenden einen regelmäßigen katholischen Religionsunterricht zu verschaffen, sollten die Geistlichen häuslichen Unterricht organisieren und darauf drängen, daß die Kinder in die Kirche und zum Gottesdienst mitgebracht würden. Von Zeit zu Zeit sollten sie ferner die Kinder versammeln, über das Gelernte befragen und ein neues Pensum zum Erlernen aufgeben. Die nötigen Katechismen stellte der Bischof zur Verfügung, wie er ebenso bereit war, bei der Deckung der sonstigen Auslagen behilflich zu sein. Seine Gläubigen ermahnte Thiel immer wieder zum Gebet und rief sie zu Spenden für die Diaspora sowie insbesondere zur Unterstützung des Adalbertvereins auf<sup>43</sup>).

### III

Eine reichhaltige Quelle für die pastoralen Anliegen Thiels bilden die „Pastoralblätter für die Diözese Ermland“; hier sind es vor allem die jährlichen Fastenhirtenbriefe, die lateinisch abgefaßten Schreiben des Bischofs an den Klerus der Diözese, die Themen der seit ihrer Einrichtung durch Kremenz 1869 jährlich abgehaltenen Ruralkapitel und zahlreichen Erlasse und Aufrufe des Bischofs. Aus der Fülle der Themen werden im folgenden zwei ausführlicher behandelt, da sie charakteristisch für das seelsorgliche Bemühen Thiels zu sein scheinen. Es sind die Probleme der Abwanderung und der Trunksucht, auf die der Bischof wiederholt zu sprechen gekommen ist.

Die durch die Gesetzgebung des Staates gewährleistete Freizügigkeit aller Staatsangehörigen hatte zur Folge, daß viele Katholiken ihre ermländische Heimat verließen, um jenseits der Grenzen der Diözese ihren Lebensunterhalt zu verdienen<sup>44</sup>). Dies war in

42) Fastenhirtenbrief: PB 21 (1889), S. 29. — Schreiben an den Klerus: PB 24 (1892), S. 41. — Ruralkapitel: PB 22 (1890), S. 39; 23 (1891), S. 39; 26 (1894), S. 46; 29 (1897), S. 62.

43) S. oben S. 17. Vgl. ferner PB 23 (1891), S. 51-52. Zum Adalbert-Verein vgl. PB 21 (1889), S. 29; 40 (1908), S. 31.

44) „Emigrationes in exteras regiones, quae his temporibus praesertim a multis pauperioribus quasi pro remedio universali fortunae adversae arripiuntur, regulariter felicitati et conditioni vitae illorum nihil aut parum opitulatur, at salutis spirituali eorum exitium aut saltem summum periculum affertunt“ PB 21 (1889) S. 39. — Zu diesen Abwanderungen vgl. W. KÖLLMANN, Industrialisierung, Binnenwanderung und soziale Frage. Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Industriegroßstadt im 19. Jahrhundert. In: VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE 46 (1959), S. 45-70 = Ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands. Göttingen 1974, S. 106-124; H. FENSKE, Internationale Wanderungen in Mitteleuropa (1850-1914). In: GESCHICHTE IN WISSENSCHAFT UND UNTERRICHT 31 (1980), S. 593-608.

dem ungleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstumsprozeß begründet, welcher einerseits durch die Hochphase der Industrialisierung gekennzeichnet war und andererseits durch ein äußerst schleppendes Wachstum der Landwirtschaft, die z. B. im Ermland weitgehend in ihren traditionellen Verhältnissen verharrte.

Auch die preußische Landgemeindeordnung von 1891 änderte im Alltag der bäuerlichen Bevölkerung nicht viel. Für die rechtlich deklassierten Landarbeiter wurde seit dieser Zeit, in der auch Thiels Stellungnahmen beginnen, der Fluchtweg der Binnenwanderung in die Industriereviere mit ihrer steigenden Konjunktur immer attraktiver. Über 1 500 000 Deutsche aus den Ostgebieten, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien, fanden den Weg in die Städte, zur Industrie. Ihre Schwierigkeiten bestanden u. a. in der Umstellung von der gewohnten, auf persönliche Beziehungen gegründeten agrarischen und kleinstädtisch-bürgerlichen Ordnung auf die unpersönliche, sach- oder leistungsbezogene Ordnung der industriellen Arbeitswelt.

Häufig trafen sie dabei auch auf völlig unzureichende seelsorgerliche Verhältnisse. „Eine Krankheit der Zeit“ nannte Thiel 1892 die leichtsinnigen Abwanderungen — er verwendet stets den Begriff „Auswanderung“ — in ferne unbekannte Gegenden, bei der zahlreiche junge Leute der bäuerlichen Bevölkerung in Gebiete aufbrachen, in denen eine seelsorgerische Betreuung nicht gewährleistet war<sup>45)</sup>. Thiel drang darauf, daß die Geistlichen, wenn sie schon die Abwanderer nicht zum Bleiben überreden konnten, sie wenigstens auf Gebiete verwiesen, wo die katholische Seelsorge garantiert war wie in Masowien und Natangen<sup>46)</sup>. Solche Abwanderung geschah in der Hoffnung auf höheren Lohn und größere Ungebundenheit, wobei die Zukunft von den Händlern, welche die jungen Leute anwarben, häufig allzu rosig ausgemalt wurde. Besonders vor diesen Anwerbern warnte der Bischof: „Setzt nicht eurerseits Zeit und Ewigkeit auf eine unbekanntere ungewisse Karte eines Seelenhändlers.“ Viele der Abwanderer kämen nach kurzer Zeit zurück, um in der Heimat zu sterben. Andere schickten ihre Kinder nach Hause, manchmal stamme die letzte Nachricht aus dem Krankenhaus einer großen Stadt. Thiel kam häufig auf dieses Thema zu sprechen<sup>47)</sup>.

Im Jahre 1905 sah er neuerlich einen speziellen Grund zur Sorge. In Schleswig-Holstein befand sich eine große Zahl katholischer Dienstmädchen und Saisonarbeiterinnen, die aus den östlichen Provinzen, u. a. dem Ermland, dorthin gezogen waren. Ihnen

45) PB 24 (1892), S. 26.

46) PB 21 (1889), S. 39; 25 (1893), S. 39-40. Thiels Hinweis auf Masowien und Natangen zeigt sein Unverständnis gegenüber der Lage der Abwanderer, da beide Gebiete ebenso bäuerlich strukturiert waren wie das Ermland und somit selbst dringend Hilfe benötigten.

47) PB 24 (1892), S. 26; 32 (1900), S. 28-29.

wurde vorgespiegelt, daß sie dort ihre religiösen Pflichten leicht erfüllen könnten, tatsächlich arbeiteten sie aber oft weit von der nächsten katholischen Kirche entfernt. Thiel beklagte, daß diese Mädchen religiös und sittlich zugrunde gingen, eine Folge sei die erschreckende Zunahme von unehelichen Geburten und von Mischehen. Er ermahnte den Klerus seiner Diözese eindringlich, die Eltern solcher Mädchen ernstlich auf die Folgen dieser Abwanderung hinzuweisen<sup>48)</sup>.

Seine mehrfach gegebene Begründung, daß Eltern und Großeltern in der Heimat zufrieden und glücklich gelebt, Wohnung, Nahrung und Kleidung gefunden und mit ihrem Bleiben auch ihren Glauben bewahrt hätten, ist zwar charakteristisch für sein eigenes bodenständiges Denken, bot allerdings keine Lösung für die offensichtlich bestehende, weit verbreitete Unsicherheit und Armut, die den von ihm so gezeißelten Händlern leichtes Spiel verschaffte.

Ebenso wie seelsorgerische Betreuung tat auch materielle Hilfe not, damit die Diözesanen erst gar nicht ihre Heimat verlassen mußten. Zu diesem Zweck verfügte die Diözese über einen kirchlichen Darlehens- und Hilfsfond, den „Mons pietatis“, der allerdings längst nicht ausreichte. Die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verstärkt aufgekommenen Leihanstalten waren 1515 durch einen Erlaß Leos X. institutionalisiert und durch Thiel im Ermland — wie die Mäßigkeitsvereine — wiederbelebt worden. Der „Mons pietatis“ war eine rein kirchliche Stiftung im Aufsichtsrecht des Bischofs von Ermland. Die Darlehen standen katholischen Handwerkern zur Verfügung, die unter der Jurisdiktion des Bischofs lebten. Sie sollten es den Handwerkern ermöglichen, ihren Beruf aufzunehmen oder einen eigenen Hausstand zu gründen<sup>49)</sup>.

Auf vergleichbare soziale Mißstände ist ein weiterer Sachverhalt zurückzuführen, den der Bischof ebenfalls mehrfach in immer wieder neuen Variationen beklagte. Das Thema behandelte Thiel erstmals ausführlich in dem Fastenhirtenbrief des Jahres 1890, in dem er über die „Tugend der Mäßigkeit und der Nüchternheit“ predigte. Trunkenheit, so führte er aus, ist der „unmittelbare Weg zur Hölle, schließt vom Reiche Gottes aus, ist Götzendienst, Feindschaft des Kreuzes Christi“. Als Folge dieses namentlich in den Gegenden des Nordens anzutreffenden Lasters<sup>50)</sup> benannte der Bischof den Unfrieden mit sich selbst und der Um-

48) PB 37 (1905), S. 81.

49) Das Regulative über Gebrauch und Verwaltung des Ermländischen Mons pietatis für Handwerker ist abgedruckt in: PB 28 (1896), S. 40. Im folgenden Jahr konnte der Fonds aufgestockt werden: PB 29 (1897), S. 61. — Zur Geschichte der Leihanstalten vgl. L. v. PASTOR, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters. Bd. III, 1. Freiburg 1928, S. 93-97.

50) Vgl. J. S. ROBERTS, Der Alkoholkonsum deutscher Arbeiter im 19. Jahrhundert. In: GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT 6 (1980), S. 225, Anm. 17.

gebung, Verlust des Vertrauens vor seinen Mitmenschen, Krankheit, Siechtum. Sehr realistisch beschrieb er, wie Trunkenheit einen Mann verändern könne, im eigenen Herzen, aber auch nach außen hin: „wüste, viehische Reden, Fluchen, Schimpfen, Toben, Unverträglichkeit, Grausamkeit, bittere Kränkung vor allem gegen die, welche ihm auf dieser Welt am nächsten stehen, gegen die Glieder seiner Familie, seine Frau, seine Kinder, seine Geschwister, sogar, hat er solche noch am Leben, gegen seinen Vater, seine Mutter“. Konkret bezeichnete er den Branntwein als das Hauptreizmittel. Als Heilmittel empfahl er den Beitritt in die „Enthaltensamkeits- und Mäßigungsbruderschaft“, die durch das gemeinsame Anliegen den einzelnen in seinem Kampf gegen den Alkohol unterstützen könne und deren segensreiches Wirken im Ermland, als einmal nahezu alle männlichen Katholiken ihr angehörten<sup>51)</sup>, er wiederum in einer historischen Rückschau darstellte, um sie seinen Gläubigen ans Herz zu legen. In derselben Ausgabe des Pastoralblattes, in der sein Fastenhirtenbrief erschien, ließ er die Statuten für die Mäßigkeitsbruderschaft in der Diözese Ermland abdrucken, die für katholische Mitglieder 1852 gegründet wurde. Diese mußten geloben, sich von allen gebrannten Getränken, vor allem Branntwein, zu enthalten und ferner Wein, Bier und dergleichen gegorene Getränke nur mäßig zu genießen. Bereits zwei Jahre später kam Thiel erneut auf dieses Thema zu sprechen und mahnte wiederum dringend zum Eintritt in die Bruderschaft<sup>52)</sup>. 1896 regte er als Verhandlungsgegenstand für die Fuldaer Bischofskonferenz die Möglichkeit der kirchlichen Unterstützung von Trinkerheilanstalten an<sup>53)</sup>. Wiederholt informierte er in der Folgezeit die Leser des Pastoralblattes über wissenschaftliche Kurse zum Studium des Alkoholismus, veröffentlichte das Programm der Vorlesungen, verwies auf die Publikationen des Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus und empfahl seinen Geistlichen die Lektüre der Schriften und den Besuch der Veranstaltungen<sup>54)</sup>.

Die Frage nach den Ursachen der von Thiel kritisierten „Trunksucht“ stellte sich dem Bischof nicht. Heute läßt sich diese Erscheinung typologisch in den zwei Arten des instrumentalen und

51) Die Gründung des Vereins fand 1852 statt. Zwischen 1854 und 1858 gehörten 84 % der männlichen Bevölkerung im südlichen Ermland der Enthaltensamkeitsbewegung an, vgl. J. JASIŃSKI, *Ruch trzeźwości na południowej Warmii w połowie XIX wieku*. In: KOMUNIKATY MAZURSKO-WARMIŃSKIE Nr. 3-4 (137-138), 1977, S. 357-366. — Auf der 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die 1899 in Neisse stattfand, hielt der Reichstagsabgeordnete Bernhard Stephan aus Beuthen eine Rede über „Die katholischen Mäßigkeitsbestrebungen mit besonderer Berücksichtigung der Aufgaben der Gesetzgebung“. Er schilderte darin, ähnlich wie Thiel, Blüte und Niedergang der Mäßigkeitsbestrebungen seit 1850 und betonte, daß sich in jüngster Zeit „überall neues frisches Leben“ rege, vgl. Verhandlungen der 46. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Neisse vom 27. bis 31. August 1899. Neisse 1899, S. 272 und 276.

52) PB 22 (1980), S. 13-20 und 37; 24 (1892), S. 27.

53) GATZ, Akten, Dok. 716.

sozialen Trinkens näher kennzeichnen. Instrumentales Trinken meint dann den Alkoholkonsum aus physiologischen Gründen; es wird getrunken, weil Alkohol den Durst stillt, Hungergefühle unterdrückt, und weil er als begrenzter Nahrungersatz gelten kann. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts revolutionierte die Verwendung von Kartoffeln anstelle von Getreide die Branntweinproduktion. Diese entwickelte sich später zu einem ausgedehnten Zweig der Landwirtschaft mit einem Schwerpunkt in den östlichen Provinzen Preußens. Die Preise sanken infolgedessen, und dies sowie die starke Vermehrung und Ausbreitung der Produktionsstätten bewirkten einen erhöhten Branntweinkonsum. Vor allem bei der Verpflegung der Landarbeiter fand der Schnaps durch das Trucksystem Verbreitung, durch die Bezahlung der Arbeitnehmer in Waren, besonders in Lebens- oder Genußmitteln an Stelle des Barlohns; hinzu kam eine zweifelhafte Großzügigkeit der Arbeitgeber, die ihren bäuerlichen Arbeitern Branntwein anboten, damit sie lange Arbeitszeiten und schlechte Arbeitsbedingungen leichter ertragen. Die Landarbeiter betrachteten den Alkohol als Bestandteil ihrer Ernährung, da er ihnen ein Gefühl von Wärme und Kraft gab, wie es ihre kargen und eintönigen Mahlzeiten sonst nicht vermochten. In Ostdeutschland war auch um 1900 nach wie vor ein hoher Branntweinkonsum zu verzeichnen, nicht zuletzt deshalb, weil das Gebiet gegenüber dem übrigen Reich eine Sonderrolle einnahm. In diesen Branntwein produzierenden Gegenden war besonders die auf dem Land arbeitende ärmere Bevölkerung an den Schnaps gewöhnt. Der Übergang vom instrumentalen zum sozialen Trinken war aufgrund dieses ausgedehnten Alkoholkonsums und der in beiden Fällen zugrunde liegenden gleichen sozialen Symptome leicht gegeben. Das soziale Trinken, ein Alkoholkonsum, der auf psychische Wirkungen zielt, war der Versuch, mit den zahlreichen Traumata der wirtschaftlichen Unsicherheit, den harten Arbeitsbedingungen, den erbärmlichen Wohnverhältnissen und den familiären Konflikten, die sich zwangsläufig aus alledem ergaben, und die Thiel so treffend beschrieben hat, fertig zu werden<sup>54</sup>). Man vermißt aus heutiger Sicht bei Thiel allerdings wie bei dem Problem der Abwanderung das Verständnis für die Lage seiner bäuerlichen Diözesanen, denn auch die im Folgenden kurz zu schildernden Hilfen, die er bot, berücksichtigten die ökonomisch bedingten Ursachen ihres Verhaltens nicht, sondern setzten bei den Symptomen an.

Neben der materiellen Hilfe — wie z. B. bei dem Problem der Abwanderung — ist es Aufgabe der Kirche und ihres Oberhirten,

54) PB 38 (1906), S. 38-39; 39 (1907), S. 33-34. Bei diesem akuten Problem ihrer Zeit trafen sich die Intentionen Thiels und der Justina Dargel; auch sie warnte vor dem Laster der Trunksucht, das „dem Tiere ähnlich“ mache, vgl. TRILLER, Dargelsekte, S. 42-43.

55) Vgl. ROBERTS, S. 220-242.

auch eine geistige, religiöse Stütze für die Gläubigen zu bieten. Thiel boten vor allem die Fastenhirtenbriefe Gelegenheit zur religiösen Unterweisung und Stärkung seiner Diözesanen. Aus der umfangreichen Thematik können nur einige Aspekte herausgestellt werden, darunter namentlich solche, durch die Thiel seelsorgerische Hilfe bei den eben behandelten Problemen bieten wollte. So steht in zahlreichen Verlautbarungen — neben großen Themenkreisen wie der Buße<sup>56)</sup> — vor allem seit der Anregung durch die Enzyklika „Rerum novarum“ Leos XIII. von 1891 die christliche Familie im Mittelpunkt, sei es, daß konkrete Probleme wie die Mischehenfrage angesprochen werden, oder daß generell die Familie als Keimzelle des gesellschaftlichen Lebens behandelt wird. Immer wieder kommt Thiel auf das Christentum, d. h. den Glauben als Klammer allen Seins zurück<sup>57)</sup>. Im Fastenschreiben des Jahres 1889 erläuterte er den Diözesanen seine Sorge um die Erhaltung des Glaubens. In eindringlichen Sentenzen, die er in den folgenden Jahren mehrmals wörtlich wiederholte, mahnte er zum Besuch der Predigten und der Christenlehre: „Es ist eine allbekannte Sache: Was man noch so gut gelernt hat, vergißt man allmählich, wenn man es nicht stetig übt oder im Gedächtnis wiederholt. So ist es auch mit der religiösen Kenntnis, dem Inhalt deines Glaubens<sup>58)</sup>. Darum versäumt es nicht, an den Sonn- und Feiertagen regelmäßig der Predigt und namentlich auch der nachmittägigen Christenlehre . . . aufmerksam und andächtig beizuwohnen<sup>59)</sup>.“ Nur durch die regelmäßige Gemeinschaft beim heiligen Opfer und durch das Gebet könne sich der Glaube bis in die Familie hinein entwickeln und entfalten. „Betet also ohne Unterlaß“, rief er den Gläubigen mit den Worten des 1. Thessalonicherbriefes (5, 17) zu. Damit ist ein weiterer Kernpunkt seiner Predigten angesprochen.

In seiner ersten Ansprache an die am zweiten Ostersonntag (9. Mai 1886) in der Kathedrale in Frauenburg versammelten Gläubigen nach seiner Konsekration und Inthronisation ging Thiel auf die Pflichten eines katholischen Bischofs ein, nämlich „Träger des Evangeliums Jesu Christi zu sein“. Bereits bei dieser ersten Predigt stellte er den Geist des Gebetes in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen<sup>60)</sup>. Dieses Grundthema führte er detailliert in seinem ersten Hirtenschreiben vom selben Tag an alle Gläubigen der Diözese aus. Diesen Geist des Gebetes bezeichnete er als das wahre Lebensglück, die geistige Lebensluft und Nahrung und die nie fehlende Wehr und Waffe des Christen. Der Geist des Gebetes

56) PB 32 (1900), S. 25-29; 33 (1901), S. 17-23; 34 (1902), S. 13-17; 35 (1904), S. 26-28.

57) Z. B. 1891 (PB 23, 1891, S. 13-18), 1892 (PB 24, 1892, S. 28-29) und 1895 (PB 27, 1895, S. 25-30); vgl. auch das Schreiben an den Klerus seiner Diözese PB 28 (1896), S. 38.  
— Zur Mischehenfrage: PB 28 (1896), S. 37.

58) PB 21 (1889), S. 26.

59) PB 24 (1892), S. 28.

60) PB 18 (1886), S. 87.

war für ihn Übung des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, in diesen Tugenden sah er die Grundpfeiler des gesamten christlichen Lebens, das eigentliche innere Wesen des Gebets. Diesen Geist des Gebetes exemplifizierte er dann am „Vater unser“ und am „Gegrüßet seist du, Maria“<sup>61</sup>). „Das Gebet“, so schrieb er drei Jahre später, „ist die erste Ausübung unseres heiligen Glaubens, außerdem noch das von Gott verordnete Mittel, neue Gnaden zu empfangen“<sup>62</sup>). In der Sorge um das tägliche Gebet läßt sich ein Hauptanliegen der pastoralen Bemühungen Thiels sehen. Um eine bessere und regelmäßige Möglichkeit zum Gebet zu eröffnen, errichtete er am 15. März 1893 die „Bruderschaft des allerheiligsten Altarssakraments“ und mahnte während seiner gesamten Hirten-tätigkeit in immer wieder neuen Wendungen zum Gebet, zur „Erhebung des Gemütes zu Gott“<sup>63</sup>). In seinem letzten Hirten-schreiben schloß sich gleichsam der Kreis seiner geistlichen Unterwei-sung, als er, wie zu Beginn seines bischöflichen Wirkens, „das hohe Gut des christlichen Glaubens“ in den Mittelpunkt stellte<sup>64</sup>).

#### IV

In enger Verknüpfung mit Thiels pastoraler Tätigkeit bildete der Nationalitätenkampf des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts eines der zentralen Probleme seiner Amtszeit, das in dieser Zeitschrift bereits ausführlich behandelt worden ist<sup>65</sup>). Charakteristisch für Thiels Einstellung zur Sprachenfrage in seiner Diözese war das von ihm schon zu Beginn seiner Amtszeit am 29. Dezember 1886 erlassene Dekret für die zweisprachigen Gemeinden, in dem er die deutsche Predigt und Katechese und den deutschen Gesang im Gottesdienst begünstigte<sup>66</sup>); die Verordnung wurde von Regierungsstellen als Muster auch für andere östliche Diözesen angesehen<sup>67</sup>). Sein Standpunkt kommt auch in zwei Hirten-schreiben aus den Jahren 1893 und 1894 zum Ausdruck. Im Jahre 1893 schaltete sich der Bischof in einem von den Kanzeln verlesenen Hirtenbrief in deutscher und polnischer Sprache in den Wahlkampf zur bevorstehenden Reichstagswahl ein. Darin hieß es: „Während der letzten Jahre haben wiederholt verschmitzte, ehrgeizige Abenteurer und Aufwiegler, vorgeblich im Interesse der polnischen Nationalität, mündlich und schriftlich

61) PB 18 (1886), S. 53-54 und 57; 28 (1896), S. 25-29.

62) PB 21 (1889), S. 27.

63) PB 25 (1893), S. 45-47; 28 (1896), S. 26.

64) PB 40 (1908), S. 29-31.

65) Vgl. H. J. KARP in: ZGAE 37 (1974), S. 57-103.

66) Ebd. S. 85-86.

67) GATZ, Akten, Dok. Nr. 53. — Über die Fuldaer Bischofskonferenz von 1888 berichtet Kardinal Kopp von Breslau an Bismarck: Thiel, die Bischöfe von Posen und Kulm, sowie er selbst, die sie alle mit polnischen Angelegenheiten befaßt seien, hätten sich verständigt, den nationalen Aspirationen der Polen „unter keinen Umständen und auf keine Weise Vorschub zu leisten“, ebd. Dok. Nr. 511.

die schönsten Unwahrheiten und Verleumdungen gegen eure kirchentreuen Geistlichen und selbst gegen eure Bischöfe verbreitet. Aus christlicher Milde und weil sie auf die baldige Beruhigung der augenblicklichen, außerordentlichen Aufregung rechnen, haben letztere bis jetzt stillgeschwiegen, sogar aufgefordert es abgelehnt, auf die Bestrafung der Schuldigen hinzuwirken. Neuerdings sind nun jene Leute in ihrer Bosheit so weit vorgeschritten, daß sie für ihre ähnlichen Verleumdungen in einer Eingabe an die Geistliche Behörde eine Reihe von Namen aus der betreffenden Gemeinde unterschreiben, während diese Personen selbst davon keine Ahnung haben und empört gegen solche Ehrlosigkeit und Betrügerei Widerspruch erheben. Es nötigt mich dies, euch besonders, meine geliebten Diözesanen polnischer Zunge, eindringlichst zu warnen und zu bitten, gegen solche ehrlosen, betrügerischen Verleumder, die zunächst Zwietracht zwischen euch und euren glaubenstreuen Geistlichen stiften wollen, wohl auf eurer Hut zu sein. In eurer lobenswerten natürlichen Harmlosigkeit habt ihr gar keine Ahnung, wie schlecht jene aus der Fremde eingeschlichenen Sendlinge oder mit Geld erkaufte Söldner der Aufreizung sind. Sie wollen in hinterlistiger Weise euch zunächst von euren treuen katholischen Priestern und Bischöfen trennen, um euch dann dem Abfall vom Glauben, dem Russischen Schisma oder dem Unglauben der Sozialdemokraten zu überliefern. Betet für diese unglücklichen, schlimmsten Feinde eurer polnischen Nation, aber zugleich seid eurerseits eifrigst wachsam und auf eurer Hut, ihren Schmeichelreden und Schlingen nicht, zum Untergang für Leib und Seele, zum Opfer zu fallen<sup>68)</sup>.

Nach der für Thiel enttäuschenden Wahl von 1893 und dem Mißerfolg seines Hirtenschreibens griff er die Thematik erneut in seinem Fastenhirtenbrief von 1894 auf. Von dem Bild des ungeteilten Rockes des Herrn ausgehend, war sein Thema die Einheit und Einigkeit der Kirche, wobei er sich auf die Unstimmigkeit unter den Katholiken seiner Diözese bezog. Wie damals in der Leidensstunde des Herrn, so begann er seine Ausführungen, „umtost auch heute der Aufruhr des Hasses und wilder Leidenschaften das Siegespanier Jesu Christi.“ Seine Bemerkungen nahmen fast wörtlich Bezug auf die eben zitierte „Warnung und Bekanntmachung“ vom 8. September 1893, wenn er sagte, daß böse Geister den Erdball durchziehen, die „unter den verschiedensten Titeln und Vorwänden Zwietracht unter den Kindern Gottes stiften“. Dagegen

68) PB 25 (1893), S. 128. Dieser Aufruf ist neben einem Hymnus auf Dorothea von Montau (PB 21, 1889, S. 93) und einem — dem hl. Adalbert zugeschriebenen — Muttergotteslied (Boga rodzica: PB 29, 1897, S. 65-67), der einzige polnische Text, der während Thiels Amtszeit in den PASTORALBLÄTTERN erschien. Thiel predigte selbst nur äußerst selten in polnischer Sprache, vgl. A. WAKAR, Przebudzenie narodowe Warmii 1886-1893. Olsztyn 1965, S. 27.

betonte er in immer wieder abgeänderten Sentenzen die Einigkeit der Kirche, indem er die Gemeinschaft Jesu Christi als einziges großes Gottesreich, als großes allgemeines Reich charakterisierte, das alle Völker und alle Nationen umgreift. Dann kam er jedoch auf die konkreten Zeitumstände der Jahre 1893/94 zu sprechen: „So . . . umfaßt auch unsere Diözese Angehörige von nicht weniger als drei verschiedenen Sprachen und Nationalitäten. Als treue Kinder der einen, katholischen Kirche haben dieselben all die Zeit hindurch in vollster Einigkeit und Liebe miteinander gelebt, auch wo sie selbst zu einem Orte, zu einer Pfarrei zusammengehörten.“ Aber gegenüber diesem Triumph der Einheit suchten die Feinde in jeder Weise zerstörerische Zwietracht unter den Gläubigen zu säen. In einer historischen Rückschau erinnerte der Bischof daran, daß dies bereits zu Zeiten der Apostel so war und daß es in der Kirche schon immer Irrlehrer gab, die die nationalen Vorurteile aufstachelten. Er nannte hier u. a. Photius bei den Griechen, Hus bei den Böhmen und Heinrich VIII. von England. Abschließend kehrte er nochmals zum aktuellen Anlaß zurück: „So also, meine Geliebten, im Anblicke des unzerteilten Rockes des Herren beharret treu und fest, trotz der Verschiedenheit der Nation und der Sprache, in der Einheit der katholischen Kirche, und laßt euch unter keinem Vorwand und um keinen Preis davon trennen“<sup>69</sup>).

Auf der publizistischen Ebene unterstützte Bischof Thiel nicht nur die Gründung der polnischsprachigen Zentrumszeitungen „Nowiny Warmińskie“ (1890) und „Warmiak“ (1893)<sup>70</sup>), sondern empfahl seinem Klerus auch, in den Gemeinden einen „Circulus lectionis“ einzurichten, und gab Anregungen betreffs der Zeitungen, die dort gelesen werden sollten<sup>71</sup>). Neben der Bekämpfung der polnischen Bewegung dienten die Lesezirkel auch der Zurückdrängung des Sozialismus<sup>72</sup>).

Thiel war zweifellos Patriot, wenn auch nicht Nationalist im Sinne des zeittypischen, nach Bismarcks Rücktritt zunehmend erstarkenden wilhelminischen Hurratriotismus, aber dennoch bestrebt, auch die Rechte seiner polnischen Diözesanen<sup>73</sup>) zu

69) PB 26 (1894), S. 13-18.

70) Vgl. KARP, S. 68-69.

71) PB 23 (1891), S. 49-50. — Zur Haltung der katholischen Geistlichkeit gegenüber der polnischen Frage vgl. J. JASIŃSKI, Duchowieństwo katolickie a sprawa polska na Warmii w XIX w. In: ZESZYTY NAUKOWE STOWARZYSZENIA PAX 2 (15), 1977, S. 93-111.

72) PB 24 (1892), S. 42. Vgl. ferner die Ruralkapitel von 1890 (PB 22, 1890, S. 38) und 1891 (PB 23, 1891, S. 52). Die Anregungen zu den Mahnungen gegenüber der Sozialdemokratie hatte Thiel auf der Fuldaer Bischofskonferenz von 1890 erhalten, vgl. GATZ, Akten, S. XXIX.

73) Ihre Zahl betrug um die Jahrhundertwende etwa 80 000 und damit etwa 26 % der Katholiken der Diözese, vgl. KARP, S. 60-61; E. GATZ, Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885-1914 (VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ZEITGESCHICHTE. Reihe A, Bd. 21). Mainz 1976, S. LXXXVII. — Thiels eigene Schätzung: PB 18 (1886), S. 67.

wahren. Er gewährte zwar, wie deutlich an den Ereignissen von 1893/94 zu sehen ist, den politischen Forderungen der polnischen Bewegung in seiner Diözese keine Unterstützung, sondern begünstigte die Maßnahmen zur Eindeutschung der polnischen Bevölkerung, war dabei jedoch bemüht, die kirchliche Unabhängigkeit zu bewahren. Die Ernennung Eduard Herrmanns zum Weihbischof im Jahr 1901<sup>74)</sup> dokumentierte dies nochmals und zeigte zugleich, daß er in der Seelsorge, im Religionsunterricht und im Gottesdienst, obgleich er der deutschen Sprache den Vorrang gab, entsprechend dem Dekret von 1886 auch bestrebt war, das „Recht“ und die „religiöse Erbauung“ der polnischen Gemeindeglieder zu garantieren<sup>75)</sup>.

Dennoch gilt Bischof Thiel in der historischen Rückschau zu Recht als „staatsfreundlich“<sup>76)</sup>. Seine Beziehungen zu den staatlichen Behörden waren fortdauernd gut; geradezu freundschaftlich waren sie zum Kaiserhaus. Was der Dompropst Franz Dittrich 1908 in seiner Gedächtnisrede auf den toten Bischof hervorhob, bestätigen dessen Verlautbarungen während einer 22jährigen Amtszeit. Dittrich nannte den Verstorbenen einen glühenden Patrioten und engen Freund Kaiser Wilhelms II. Er knüpfte damit an das kaiserliche Beileidstelegramm an, in dem es hieß: „Der nun Entschlafene war ein treuer Diener Gottes und ergebener Freund meines Hauses“<sup>77)</sup>. Dementsprechend nahmen neben einer großen Menge von Gläubigen und mehr als 100 Priestern zahlreiche Vertreter städtischer und staatlicher Behörden und des Kaiserhauses an den Beisetzungsfeierlichkeiten am 21. Juli 1908 in Frauenburg teil. Wie sich Thiel als Jüngling und noch als Bischof für den Hohenzoller auf dem ermländischen Bischofsstuhl, Joseph von Hohenzollern, begeistert hatte<sup>78)</sup>, so auch für die Hohenzollern auf dem preußischen Königs- und dem deutschen Kaiserthron. Die Gelegenheiten, die Thiel nutzte, um das Kaiserhaus zu feiern und in die kirchlichen Gebete einzuschließen, waren zahlreich; einige wenige seien hier genannt: So ordnete er 1894 an, in der Messe „der Bewahrung Allerhöchstderselben (d. h. des Kaisers) vor einem fluchwürdigen Attentat, das durch Gottes gnädige Fügung vereitelt worden ist, zu gedenken“<sup>79)</sup>. Es gab ferner Dankgebete anlässlich des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelms I., der Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der bevorstehenden Vermählung des Kronprinzen

74) Vgl. KARP, S. 98-102. Die Dokumente des Auswärtigen Amtes jetzt gedruckt bei GATZ, Akten zur preußischen Kirchenpolitik, S. 186-201.

75) Vgl. KARP, S. 102-103. Kritisch gegenüber den Thesen Karps: J. JASIŃSKI, Biskup Thiel wobec języka polskiego. In: KOMUNIKATY MAZURSKO-WARMIŃSKIE Nr. 3 (129), 1975, S. 373-381.

76) Vgl. KARP, S. 84.

77) PB 40 (1908), S. 18.

78) PB 18 (1880), S. 125; 21 (1889), S. 37; 23 (1891), S. 50; 25 (1892), S. 37.

79) PB 26 (1894), S. 2.

usw.<sup>80)</sup>. Ein charakteristisches Bild, gleichsam paradigmatisch für sein Wirken, verwandte Thiel in seinem Toastspruch bei der Festtafel anlässlich seiner Weihe zum Bischof. Als Ideal der Zusammenarbeit von Kirche und Staat zitierte er die 6. Novelle des oströmischen Kaisers Justinian (527—565), in der dieser das Verhältnis von Staat und Kirche als Symphonie, als wohlklingendes Zusammenspiel, bezeichnet hatte<sup>81)</sup>. Als Thiel sein bischöfliches Amt antrat, war der Kulturkampf nahezu beendet, der Friede zwischen Kirche und Staat angebahnt. Zudem vertrat der Bischof zwar die Rechte der Kirche, war aber weit davon entfernt, Konflikte mit den staatlichen Behörden heraufzubeschwören. Thiel verwaltete stattdessen das ihm auferlegte Amt „in engem Anschluß an die Staatsregierung“, wie es der Fürstbischof Kopp einmal für seine eigene Tätigkeit programmatisch formuliert hatte<sup>82)</sup>. Wie in seinem Trinkspruch bei der Feier seiner Inthronisation ausgeführt, praktizierte Thiel während seiner Amtszeit die wesentlich von Kopp mitgeschaffene „concordia sacerdotii et imperii“<sup>83)</sup>. Thiel verstärkte daher in den Fuldaer Bischofskonferenzen den vom Breslauer Erzbischof geführten regierungsfreundlichen Flügel und stimmte meist mit der Mehrheit ab<sup>84)</sup>. Thiels durchgehendes und vorbehaltloses Bekenntnis zum Vaterland wurde problematisch, weil er es in seiner Diözese mit einer beträchtlichen Minderheit polnisch sprechender Diözesanen zu tun hatte. Man gewinnt durch Thiels Haltung während des Sprachenstreits den Eindruck, daß er im Konfliktfall letzten Endes dem staatlichen Interesse die Priorität einräumte. Damit ging Hand in Hand, daß Thiel die monarchisch-konservative Grundlage des Staates bejahte, die überkommene Gesellschaftsstruktur akzeptierte und somit konservierte und wenig Verständnis für die daraus erwachsenden Schwierigkeiten seiner Gläubigen zeigte.

Wie während seiner Zeit als Professor in Braunsberg, als er entgegen seiner leidenschaftlich formulierten Überzeugung die Beschlüsse des I. Vatikanischen Konzils über die Unfehlbarkeit des Papstes akzeptierte, und als Generalvikar unter Kremenz war auch für den Bischof Thiel Loyalität gegenüber der kirchlichen

80) PB 21 (1889), S. 25; 27 (1895), S. 95; 28 (1896), S. 15 und 60; 29 (1897), S. 41; 32 (1900), S. 61; 33 (1901), S. 4-5, 15 und 91; 37 (1905), S. 62.

81) Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Preußen Nr. 2. Kirche im Erm-land, 12. 5. 1886.

82) In einem Schreiben vom 6. 4. 1884 an Bismarck: zit. nach R. MORSEY, Georg Kardinal Kopp, Fürstbischof von Breslau (1887-1914). Kirchenfürst oder „Staatsbischof“? In: WICHMANN JAHRBUCH FÜR KIRCHENGESCHICHTE IM BISTUM BERLIN 21/23 (1967/69), S. 57.

83) So in der nach dem Tode Kopps im HOCHLAND 11 (1914), S. 239, anonym erschienenen Würdigung des Kardinals.

84) Die Einführung von GATZ in die Akten der Bischofskonferenz (Anm. 34) verzeichnet Thiels Namen meist nur dann, wenn die Bischöfe aufgelistet werden, die eine Mehrheitsentscheidung herbeiführten; vgl. ebd. S. XLV, XLVIII, XLIX und Dok. Nr. 584, S. 166.

wie auch der staatlichen Obrigkeit ein entscheidendes Wesensmerkmal.

### **Biskup warmiński Andrzej Thiel (1886-1908)**

#### **Streszczenie**

Andrzej Thiel urodził się 28 IX 1825 r. Po studiach w Braniewie otrzymał 30 IX 1849 r. święcenia kapłańskie. Za prace z zakresu historii wczesnego chrześcijaństwa został mianowany w Braniewie profesorem zwyczajnym historii Kościoła i prawa kanonicznego. Podczas Soboru Watykańskiego I należał do przeciwników dogmatu o nieomyślności. Ustąpił dopiero, gdy uznania uchwał soborowych zażądał jego biskup Filip Kremenz. W 1870 r. został mianowany kanonikiem, a w 1871 r. wikariuszem generalnym. 15 XII 1885 r. został wybrany biskupem warmińskim, jako następca biskupa F. Kremenza, i 9 V 1886 r. konsekrowany. Thiela można określić jako biskupa, który wobec państwa pozytywnie był ustosunkowany i który m. in. jako niemiecki patriota pruską politykę wobec Polaków popierał. Lojalność była jedną z jego najważniejszych cech. Mimo tego Thiel starał się również bronić praw swoich polskich diecezjan, którzy stanowili prawie 26 % wiernych powierzonych jego pieczy. Równocześnie jednak często ich przestrzegał, aby nie włączali się do ruchu polskiego. Podkreślał jedność Kościoła, który obejmuje wszelkie ludy i narody. Główne jego zasługi to zarządzanie diecezją i troska o powołania kapłańskie. Straty poniesione podczas „Kulturkampfu“ udało się mu szybko odrobić. W duszpasterstwie nie przejawiał własnych inicjatyw. Problemy współczesne, jak ucieczkę rolników do przemysłu, pijaństwo, potępił, nie zgłębiając jednak ich przyczyn.

### **Andreas Thiel, Bishop of Warmia (1886-1908)**

#### **Summary**

Thiel was born on September 28th, 1825. After his studies in Braunsberg he was ordained priest on September 30th, 1849. With writings on Ancient Ecclesiastical History he qualified as a professor of Ecclesiastical History and Canon Law at Braunsberg. During the First Vatican Council he was one of the opponents of the infallibility dogma. He yielded only after his bishop, Philipp Kremenz, had forced him to acknowledge the canons. In 1870 he became Capitulor of the Cathedral and, in 1871, Vicar General. On December 15th, 1885, he was elected Bishop of Warmia as the successor to Kremenz and was consecrated on May 9th, 1886. He can be characterized as a state bishop, who, as a German patriot, supported — among others — the Prussian Poles-policy. Loyalty was one of his most significant traits of character. On the other hand, he was at pains to guard the rights of the Poles in Warmia, who comprised some 26 % of his diocesans. And yet, he kept warning them not to join the Pan-Polish movement, emphasizing the unity of the church comprising all peoples and nations. His major faculties were in the field of diocesan administration and in his endeavours for new priests. He succeeded in quickly balancing out the losses from from the years of the struggle of the state against the church. In pastoral work he hardly opened ways of his own. Problems of his time, such as the migration of peasants to industrial regions and the widely spread alcoholism, he pilloried, yet without analyzing any of their origins.

S. K.

# Die Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen

Von Werner Thimm

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde im Jahre 1900 auf Beschluß eines in Frankfurt am Main abgehaltenen Gewerkschaftskongresses verschiedener christlicher Gewerksvereine, die teilweise aus den Fachgenossenschaften der katholischen Arbeitervereine hervorgegangen waren, gegründet. Die einzelnen Berufsverbände der Christlichen Gewerkschaften organisierten sich, von dem jeweiligen Zentralverband gesteuert, selbständig und errichteten Ortsgruppen und Gewerkschaftssekretariate nach Bedarf und Mitgliederstärke. Die gewerkschaftlichen Berufsgruppen verschiedener Verbände am selben Ort schlossen sich zu einem Ortskartell zusammen<sup>1)</sup>. Ideelle Unterstützung fanden die Christlichen Gewerkschaften durch die evangelischen Arbeiter- und Volksvereine. Ihr Gesamtverband, der Pfingsten 1912 in Königsberg tagte, faßte auf Antrag von Pfarrer Reidys folgende Resolution: „Die Verbandsversammlung erachtet es für durchaus notwendig, die Gründung der Christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen mit allen Mitteln zu fördern. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, mit dem Zentralausschuß der Christlichen Gewerkschaften deswegen in Verbindung zu treten<sup>2)</sup>.“

## Abkürzungen:

AV	=	Allensteiner Volksblatt
DA	=	Der Arbeiter
DB	=	Die Baugewerkschaft
DDM	=	Der Deutsche Maler
DDMA	=	Der Deutsche Metallarbeiter
DHA	=	Der Holzarbeiter
DLZ	=	Danziger Landeszeitung
JChG	=	Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften

- 1) Die christlichen Gewerkschaften. Hrsg. v. Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Köln 1919. — Die Ortskartelle innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hrsg. v. Kartellsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln 1920.
- 2) DDM v. 15. 6. 1912. — Das evangelische Arbeitersekretariat in Elbing, 1910 von H. Krause geleitet, zu dessen Geschäftsbezirk ganz Westpreußen gehörte, arbeitete mit den Christlichen Gewerkschaften eng zusammen, ebenfalls der evangelische Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Königsberg, den 1921 Gertrud Kappke führte. Vor dem Ersten Weltkrieg zählten 79 evangelische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine mit über 6500 Mitgliedern zum ostpreußischen Verbandsbezirk in Königsberg. Vgl. G. METZ, Das Gewerbe in Ostpreußen (GRUNDLAGEN DES WIRTSCHAFTSLEBENS IN OSTPREUSSEN, 6). Jena 1918, S. 161.

Während die katholischen Arbeitervereine Süd- und Westdeutschlands auch ihren Mitgliedern den Eintritt in die Christlichen Gewerkschaften empfahlen, lehnten die dem Berliner Verband angeschlossenen ostdeutschen Arbeitervereine auf Weisung des Pastorate der preußischen Bischöfe aus dem Jahre 1900 die Christlichen Gewerkschaften ab und bildeten ihrerseits die „Beruflichen Fachabteilungen“ in den Arbeitervereinen. Der hiermit heraufgerufene Gewerkschaftsstreit führte zu starken Spannungen unter der katholischen Arbeiterschaft Ostdeutschlands, wo die beruflichen Fachabteilungen und die Christlichen Gewerkschaften in Konkurrenz und Gegnerschaft zueinander standen<sup>3)</sup>.

Die Führer der katholischen Arbeiterschaft Ost- und Westpreußens waren in der Gewerkschaftsfrage gespalten. Im Bistum Ermland befürworteten sie die beruflichen Fachabteilungen in den Arbeitervereinen zur Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben. Der einflußreiche Leiter der Arbeitervereine des Bistums Kulm, der spätere Generalvikar Franz Scharmer, war dagegen ein warmer Fürsprecher der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Er löste deshalb 1906 die Kulmer Arbeitervereine aus dem Berliner Verband und ebnete damit sowohl den katholischen Arbeitervereinen als auch den Christlichen Gewerkschaften den Weg einer günstigen Entwicklung in Westpreußen. In der Folgezeit nutzten die Christlichen Gewerkschaften diese Situation zur erfolgreichen Agitation unter der katholischen Arbeiterschaft der Diözese Ermland, so daß die beruflichen Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine ihre Gewerkschaftsarbeit nach dem Ersten Weltkrieg einstellen mußten<sup>4)</sup>.

Vor Ort nahm der Streit zeitweise erbitterte Formen an, besonders auf öffentlichen Werbeveranstaltungen der Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906 in Elbing<sup>5)</sup>, 1908 in Guttstadt<sup>6)</sup> und 1909 in Allenstein<sup>7)</sup>, wo nicht nur sozialdemokratische freie Gewerkschaftler, sondern auch Mitglieder katholischer Fachabteilungen als Gegner auftraten.

3) Die Einstellung der süddeutschen katholischen Arbeitervereine zu den Christlichen Gewerkschaften ist neuerdings differenzierter dargestellt worden von H. D. DENK, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ZEITGESCHICHTE, Reihe B, Bd. 29). Mainz 1980, S. 291–300. — Zum Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken vgl. R. BRACK, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914 (BONNER BEITRÄGE ZUR KIRCHENGESCHICHTE, 9). Köln/Wien 1976; DENK, S. 300–330; W. THIMM, Die katholische Arbeiterbewegung in den Bistümern Ermland, Kulm und Danzig. In: ZGAE 40 (1980) S. 30–32, 37, 38, 42–45 und die päpstliche Stellungnahme vom 24. 9. 1912 im Anhang I, unten S. 58 f.

4) Vgl. THIMM, a. a. O., S. 46 f.

5) DA v. 14. 10. 1906.

6) DDMA v. 21. 3. 1908.

7) DA v. 21. 3. 1909. — DDMA v. 10. 4. 1909. — DB v. 26. 2. 1911.

Die Entwicklung der Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen ist, da zentral gesammeltes Zahlenmaterial fehlt, am besten an Gründungen von Ortsgruppen, Zahlstellen, Geschäftsstellen, Ortskartellen und Sekretariaten abzulesen<sup>8)</sup>. Die Darstellung fußt auf den Verbandsorganen der Christlichen Gewerkschaften, die die Bibliothek des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ (1890—1933) gesammelt hat und heute von der Stadtbibliothek in Mönchengladbach verwahrt werden<sup>9)</sup>.

### Die christliche Bauarbeitergewerkschaft

Schon bevor der „Verband katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands“ auf seinem Delegiertentag 1902 in Berlin die fakultative Einführung von beruflichen Fachabteilungen an Stelle anderweitiger gewerkschaftlicher Organisationen beschlossen hatte<sup>10)</sup>, waren im Jahre 1900 in Oliva, Danzig, Zoppot, Kulm und Allenstein Ortsgruppen des Verbandes christlicher Bauarbeiter entstanden. Die Danziger Ortsgruppe arbeitete nur kurze Zeit und mußte 1903 wiedergegründet werden<sup>11)</sup>. Die Allensteiner Ortsgruppe hielt sich auch noch, als im örtlichen katholischen Arbeiterverein eine „Berufliche Fachabteilung für Bauarbeiter“ eingerichtet worden war.

Im Jahre 1903 hatte die Gewerkschaft der christlichen Bauarbeiter in Ostdeutschland festen Fuß gefaßt, so daß der Zentralverband den Bezirk Posen (neben einem westdeutschen Bezirk Bochum und einem süddeutschen Bezirk Frankfurt/Main) einrichten konnte, den der Gewerkschaftssekretär Friedrich Hasse von Posen aus verwaltete. Innerhalb kurzer Zeit gewann die christliche Bauarbeitergewerkschaft weiter an Boden und schuf 1905 den Verbandsbezirk Ost- und Westpreußen mit einem von Wilhelm Koch geleiteten Bezirkssekretariat in Danzig. Bereits im folgenden Jahr wurde der Bezirk Königsberg für Ostpreußen geschaffen und dem Bezirksleiter August Schönekeß anvertraut, der trotz der starken Konkurrenz der Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine eine erfolgreiche Tätigkeit entwickelte. Im Jahre 1907 gab Wilhelm Koch die Leitung des Bezirks Danzig an Heinrich Müller ab. Am 1. April 1911 wurden die Bezirke Danzig und Königsberg wegen rückläufiger Mitgliederzahlen zum Verbandsbezirk Königsberg zusammengelegt. Die Verwaltungsstelle Danzig übernahm Emil Beuster. Die Königsberger Verwaltungsstelle leitete bis zum Jahresende 1911 der Gewerkschaftssekretär Bartel,

8) Der Stand der Industrialisierung Ost- und Westpreußens ist aus dem Anhang VIII, unten S. 63-66, zu ersehen.

9) Vgl. J. KOENZGEN, Gliederungsplan der Bibliothek des ehemaligen Volksvereins für das katholische Deutschland (1890—1933). Mönchengladbach 1972.

10) ARBEITER-ALMANACH FÜR 1911. Berlin 1910, S. 43 f.

11) Kurzer Rückblick auf die 25jährige Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes. Berlin 1925, S. 8. — K. FORMELL, Achtundzwanzig Jahre christlicher Bauarbeiterverband Danzig. In: DB v. 12. 8. 1928.

der Anfang 1912 das Bezirkssekretariat der evangelischen Arbeitervereine Ostpreußens übernahm. An seine Stelle trat der Gewerkschaftssekretär Bernhard Liebnitz. August Schönekäs behielt die Bezirksleitung bis zum Kriegsende bei. 1916 vertrat er bei den Tarifverhandlungen für das ostpreußische Aufbaugebiet die Interessen der christlichen Bauarbeiter<sup>12)</sup>.

Der Weltkrieg riß gewaltige Lücken in den Mitgliederbestand, nahezu drei Viertel aller Mitglieder waren zu den Waffen gerufen worden. Am Ende des Krieges zählte die Gewerkschaft der christlichen Bauarbeiter in Ost- und Westpreußen nur noch rund 500 Mitglieder<sup>13)</sup>.

Vor dem Ersten Weltkrieg besaß der christliche Bauarbeiterverband Verwaltungsstellen und Ortsgruppen in Allenstein, Berent, Bischofsburg, Bischofsstein, Braunsberg, Christburg, Crenz, Czersk, Danzig, Dirschau, Elbing, Friedland, Flötenstein, Groß Katz, Groß Kommerek, Groß Trampken, Guttstadt, Hammerstein, Heilsberg, Hohenstein, Karthaus, Kladau, Königsberg, Landsberg, Lauenburg in Pommern, Liebschau, Marienburg, Mehlsack, Memel, Mohrunen, Mühlhausen, Neidenburg, Neustadt (Wejherowo), Nikolaiken/Ostpr., Oliva, Ortelsburg, Pelpin, Peßken, Prangenau, Praust, Prechlau, Preußisch Eylau, Preußisch Stargard, Putzig, Rastenburg, Rößel, Schneidemühl, Schöneck, Schönlanke, Schönwarling, Schwetz, Seeburg, Sensburg, Soldau, Stegers, Tapiau, Tilsit, Tuchel, Usch, Wartenburg, Wehlau, Wormditt und Zoppot. Einige Ortsgruppen bestanden nur kurze Zeit<sup>14)</sup>.

Nach dem Krieg wurde wegen der durch Gebietsabtretungen an Polen bedingten Verluste und der Beendigung des Gewerkschaftsstreits der Katholiken zugunsten der Christlichen Gewerkschaften eine Neuordnung des Bezirks notwendig. Die Zahl der Verwaltungsstellen wurde auf die drei Geschäftsstellen Danzig, Königsberg und Allenstein reduziert, denen die Ortsgruppen angeschlossen wurden. Neue Ortsgruppen christlicher Bauarbeiter entstanden in Frauenburg, Neuteich-Tiegenhof, Lautern, Schöneberg, Prossitten, Groß Bertung und Lötzen<sup>15)</sup>. Der bewährte Bezirksleiter August Schönekäs wurde 1920 in die Hauptgeschäftsstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes in Berlin-Lichtenberg berufen und mit der Organisation von Bauproduktivgenossenschaften be-

12) Diese Mitteilungen sind nach den Jahresberichten der Bezirksleiter in der Verbandszeitschrift DB zusammengestellt worden.

13) DB v. 7. 3. 1915 und 12. 8. 1928.

14) Zusammengestellt nach dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für die Jahre 1911—1917. Berlin 1918, S. 87 und den Jahresberichten der Bezirksleiter in: DB 1906, S. 20, 30 f.; 1907, S. 14, 42; 1908, S. 21 f., 26, 45 f.; 1909, S. 25 f., 29 f.; 1910, S. 18, 24 f.; 1911, S. 28 f., 40; 1912, S. 92 f.; 1913, S. 181 f.; 1914, S. 214; 1915, S. 38 f.

15) Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für die Jahre 1922—1924. Berlin 1925, S. 144.

traut, die den Arbeitern zu billigem Wohnraum verhelfen sollten<sup>16)</sup>. Der neue Bezirksleiter Bernhard Liebnitz verwaltete die Geschäftsstelle Königsberg bis zum Verbot der Christlichen Gewerkschaften im Juni 1933. Ihn unterstützte anfangs der Gewerkschaftssekretär Konrad Papke, der aber im Inflationsjahr 1923 nach Allenstein überwechselte, wo er die Nachfolge des Geschäftsstellenleiters Johann Marschallek antrat<sup>17)</sup>. Ende der zwanziger Jahre übernahm der Maurer Grabowski die Leitung der Allensteiner Geschäftsstelle. Die Danziger Geschäftsstelle der christlichen Bauarbeitergewerkschaft, deren Geschäftsbereich das Territorium des Freistaates Danzig umfaßte, führte seit 1920 der Gewerkschaftssekretär Karl Formell. Er hat für seine konsequente Haltung unter den Verfolgungen der Nationalsozialisten besonders leiden müssen<sup>18)</sup>.

Die Mitgliederzahlen im östlichen Verbandsbezirk der christlichen Bauarbeiter Deutschlands schwankten je nach der wirtschaftlichen Entwicklung. In den Vorkriegsjahren wurde die Zahl von 3000 bereits überschritten, sie sank aber während des Krieges auf ca. 500 ab. Nach der Auflösung der beruflichen Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine in Ostpreußen stieg die Mitgliederzahl auf über 2000 an. Die Inflationszeit brachte notgedrungen einen Rückschlag, der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wettgemacht wurde, bis die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik wieder rückläufige Zahlen brachte<sup>19)</sup>.

Baukonjunktur wie Arbeitslosigkeit bestimmten wesentlich die Arbeit der gewerkschaftlichen Gruppen. Die Mitglieder bewiesen oft eine erstaunliche Mobilität, man suchte dort Arbeit, wo man sie fand, auch fern von der Familie. Die Bilanz der Gewerkschaftsarbeit in Ost- und Westpreußen schlug sich in den ersten Jahren der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht nur in lohnverbessernden Tarifverträgen und Arbeitszeitverkürzungen nieder, sondern auch in den Mißerfolgen verlorengegangener Streiks, wie der der Maurer in Rastenburg und Neidenburg und der der Steinsetzer in Allenstein. Bausperren der Maurer in Allenstein und Bischofstein waren ebenfalls auf der Verlustseite zu buchen<sup>20)</sup>. Bei einem großen Bauarbeiterstreik in Zoppot wurden Italiener als Streikbrecher herangezogen<sup>21)</sup>. Nach dem Ersten Weltkrieg mußte die Baugewerkschaft vier Jahre lang Lohn-

16) Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für die Jahre 1920 und 1921. Berlin 1922, S. 27 ff.

17) AV v. 23. 8. 1923.

18) C. J. BURCKHARDT, Meine Danziger Mission 1937—1939. München 1960. S. 86 f.

19) Vgl. die gedruckten Geschäftsberichte des Verbandes und die Jahresberichte der Bezirksleiter aus Ost- und Westpreußen, in: DB.

20) DA v. 21. 3. 1909.

21) DB v. 12. 8. 1928.

kämpfe führen. Erfolge größerer Steiks meldeten die Verwaltungsstellen Danzig 1921, 1922 und 1924, Königsberg 1924 und Allenstein 1922 und 1924.<sup>22)</sup>

#### Die christliche Holzarbeitergewerkschaft

Die Holzarbeitergewerkschaft gehört ebenfalls zu den Vorreitern der Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen. 1903 begann sie von Danzig aus mit ihrer Agitation, konnte im Ermland aber erst 1908 nennenswerte Erfolge verbuchen. Ihre Stärke lag vor allem in Westpreußen, und zwar in Danzig und Neustadt. Ab 1908 gab es auch eine starke Ortsgruppe in Guttstadt, kleinere Ortsgruppen existierten in Allenstein und Königsberg, vorübergehend auch in Tapiau und Tilsit. Nach einem konjunkturbedingten Einbruch zählte die christliche Holzarbeitergewerkschaft im Jahre 1910 in Ostpreußen nur noch 63 Mitglieder, in Westpreußen 136. Das Bezirkssekretariat befand sich in Danzig und wurde von dem Gewerkschaftssekretär Paul Schopohl<sup>23)</sup> geleitet.

Zum Einzugsbereich des Danziger Bezirks gehörte auch das Erzbistum Gnesen-Posen mit Ortsgruppen in Argenu, Bromberg, Czersk, Gnesen, Jarotschin, Kosten, Mogilno, Posen (bis 1909), Schneidemühl und Schönlanke<sup>24)</sup>. Allerdings behinderte der Nationalitätenstreit in den polnischsprachigen Landstrichen die Ausbreitung der Christlichen Gewerkschaften erheblich, weil die polnischen Arbeiter preußischer Nationalität sich in überwältigender Mehrzahl den polnischen Gewerkvereinen anschlossen. Besonders offenkundig war das im Holzverarbeitenden Gewerbe bei der Firma Schütt in Czersk. Bei einer Belegschaft von 1000 Beschäftigten waren nur 450 gewerkschaftlich organisiert, davon allein 360 im polnischen Verband.

Aber auch unter der deutschen Bevölkerung war der Boden für die christliche Gewerkschaftsbewegung sehr steinig, zumal ihr insgesamt eine äußerst rührige Sozialdemokratie, und in Ostpreußen obendrein noch die Berliner Fachabteilungsbewegung der katholischen Arbeitervereine entgegenstand. Der Danziger Bezirkssekretär Schopohl war in seinem Tätigkeitsbericht 1910 allein mit den katholischen Arbeitervereinen des Danziger Raumes zufried-

22) Vgl. die in Anm. 15 und 16 angeführten Geschäftsberichte des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für die Jahre 1920—1924.

23) Paul Schopohl, am 24. 5. 1881 in Anröchte, Kr. Lippstadt, geboren, war Schreiner im Katholischen Gesellenverein Dortmund, als er 1903 dem Verband christlicher Holzarbeiter Deutschlands beitrug und zum Gewerkschaftssekretär ausgebildet wurde. Am 1. 9. 1907 übernahm er das Bezirkssekretariat in Danzig, am 16. 6. 1913 das Bezirkssekretariat Breslau. Zu Beginn des Weltkrieges zu den Waffen gerufen, starb er am 18. 9. 1915 im Kriegslazarett Wlodawa an der Cholera. Vgl. DHA v. 1. 10. 1915.

24) Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands in den Jahren 1908/09, Köln 1910, S. 7—11.

den, deren Präses Scharmer sich für die Christlichen Gewerkschaften und gegen die Fachabteilungen ausgesprochen hatte<sup>25)</sup>.

Schopohl geriet auf einer öffentlichen Versammlung der Holzarbeiter am 21. März 1909 in Allenstein, wo er die Werbetrömel unter dem Motto rührte, die Stadt zu einer „Hochburg der Christlichen Gewerkschaften“ zu machen, in eine heftige Auseinandersetzung mit dem katholischen Arbeitersekretär Viktor Kuczinski<sup>26)</sup>, der für die Fachabteilungen sprach<sup>27)</sup>. Die Veranstaltung scheint jedoch eine gewisse Werbewirkung für die Christlichen Gewerkschaften nicht verfehlt zu haben, denn auf dem Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) am 1. Mai 1910 in Allenstein wurden die Fachabteilungsmitglieder für die Dauer ausgehandelter Tarifverträge zur Zwangsmitgliedschaft verpflichtet, um ihrer Abwanderung zur Christlichen Gewerkschaft vorzubeugen<sup>28)</sup>.

Die bei ihrer Gründung 95 Mitglieder starke Ortsgruppe Guttstadt<sup>29)</sup> fiel 1911 nach einem fehlgeschlagenen Streik auseinander. Als im Juni 1913 der Danziger Bezirksleiter Schopohl den Breslauer Bezirk übernahm<sup>30)</sup>, fand sein Nachfolger Fabian Knoch<sup>31)</sup> folgende Ortsgruppen vor: Allenstein, Braunsberg, Czersk, Danzig, Elbing, Karthaus, Kolmar, Lauenburg in Pommern, Neustadt, Ortelsburg, Schneidemühl, Schönlanke, Stolp in Pommern und Zoppot<sup>32)</sup>. Knoch, der mit großem Elan an die Gewerkschaftsarbeit ging, wurde zu Beginn des Krieges einberufen und fiel im Januar 1915 an der Ostfront. Bis zum Kriegsende verwaltete Ernst Warnke, Schönlanke, das Danziger Verbandssekretariat<sup>33)</sup>. Beim Einbruch der Russen in Ostpreußen löste sich die Ortsgruppe Ortelsburg auf, die Allensteiner Zahlstelle wurde vorübergehend nach Magdeburg verlegt<sup>34)</sup>. Trotz starker, kriegsbedingter Einbußen bei den Ortsgruppen gab es am Ende des Krieges noch ein tragfähiges Gerüst der christlichen Holzarbeitergewerkschaft mit Zahlstellen in Danzig, Schneidemühl und Schönlanke. Nach dem Stillstand der Waffen begann ein vielversprechender Neuaufbau. Beispielsweise traten allein der von Konrad Papke am 18. Dezem-

25) Ebd. S. 112 f.

26) Vgl. THIMM, a. a. O., S. 39, Anm. 90.

27) DA v. 21. 3. 1909.

28) Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter . . . 1908/09, S. 112 f.

29) DHA v. 26. 2. 1909.

30) DHA v. 20. 3. 1914.

31) Fabian Knoch wurde am 15. 9. 1887 in Buchenau bei Bruchsal geboren, erlernte das Schreinerhandwerk und arbeitete als Wanderbursche in Köln, Wilhelmshaven, Kiel, Nürnberg, München und Hamburg. 1904 trat er dem Verband christlicher Holzarbeiter bei und wurde am 18. 6. 1913 Bezirksleiter in Danzig. Beim Ausbruch des Weltkrieges wurde er zu den Waffen gerufen und fiel am 28. 1. 1915 an der Ostfront. Vgl. DHA v. 26. 2. 1915.

32) DHA v. 7. 2. 1913, 14. 2. 1913 und 16. 10. 1913.

33) DHA v. 14. 12. 1918.

34) DHA v. 20. 11. 1914.

ber 1918 in Neustadt wiedergegründeten Holzarbeitergewerkschaft 110 neue Mitglieder bei<sup>35)</sup>. Die katholischen Holzarbeiter Ostpreußens strömten mehrheitlich der Christlichen Gewerkschaft zu. So gestärkt, konnte sie maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ost- und westpreußischen Holzgewerbe nehmen, beispielsweise bei der Bestreikung der südostpreußischen Sägewerksindustrie im März/April 1923<sup>36)</sup>. Den Danziger Bezirk leitete zu dieser Zeit Max Klein<sup>37)</sup>. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre führte der Gewerkschaftssekretär Carl Uhl den Gau Danzig-Ostpreußen der christlichen Holzarbeitergewerkschaft. 1931 gehörten folgende Zahlstellen dazu: Allenstein, Braunsberg, Danzig, Elbing, Heilsberg, Insterburg, Königsberg, Marienwerder, Mehlsack, Oliva, Tilsit und Zoppot. An fast allen Zahlstellen bestanden auch Jugendgruppen<sup>38)</sup>.

### Die christliche Fabrik- und Transportarbeitergewerkschaft

Die erste Ortsgruppe der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter<sup>39)</sup> wurde am 1. Dezember 1903 in Danzig gegründet. Schon nach kurzer Zeit zählte sie über 200 Mitglieder, hauptsächlich aus den Berufssparten der Straßenbahner, Brauerei-, Hafen- und Kaiarbeiter. 1908 gehörten zur Ortsgruppe Neufahrwasser allein 500 Mitglieder. In demselben Jahr wurde ein Tarifvertrag für die Hafenarbeiter abgeschlossen, der Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen brachte. Zur effektiveren Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit errichtete der Zentralverband am 1. September 1907 den Bezirk Danzig, der Ost- und Westpreußen, Posen und den größten Teil der Provinz Pommern umfaßte. Bezirksleiter wurde der Gewerkschaftssekretär Johann Krause. Er verwaltete das Amt bis 1924. 1907 schlossen sich 62 vereidigte Getreidewäger aus Danzig dem Verband an. 1908 wurden lohnverbessernde Tarifverträge für die Zuckerraffineriearbeiter in Neufahrwasser und die Hafen- und Kaiarbeiter abgeschlossen. Im Jahr 1912, das mit 1475 Mitgliedern den höchsten Mitgliederstand der Vorkriegszeit aufwies, gab es im Bezirk 14 Lohnbewegungen, wovon drei zum Streik führten; 12 Bewegungen wurden erfolgreich, zwei erfolglos beendet. Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit lag in der Vorkriegszeit fast ausschließlich im westpreußischen Raum. Außer in Danzig und Neufahrwasser existierten Ortsgruppen in

35) DHA v. 27. 12. 1918.

36) AV v. 31. 3. 1923.

37) Anschriftenverzeichnis der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Köln 1921, S. 22.

38) DHA v. 10. 6. 1931.

39) Der Verband wurde am 1. Januar 1913 von dem bis dahin bestehenden Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter organisatorisch abgezweigt.

Graudenz (Militärarbeiter), Bromberg (Flößer) und Schönlanke (Hilfsarbeiter)<sup>40)</sup>.

In Ostpreußen konnte die christliche Fabrik- und Transportarbeitergewerkschaft bei der Stärke der katholischen Fachabteilungen keinen Boden gewinnen. Sehr geschadet hat ihr auch ein verlorengegangener Streik der Getreideträger in Königsberg<sup>41)</sup>. 1913 gab es kleine Ortsgruppen in Tilsit, Ragnit und Insterburg, 1914 entstand eine etwas größere Gruppe in Braunsberg<sup>42)</sup>, die auch die Kriegsjahre überstand. Nach dem Krieg wurde in Braunsberg eine Geschäftsstelle errichtet, die Johann Krause neben der Danziger Geschäftsstelle verwaltete. Zu seiner Entlastung wurde in Danzig der Gewerkschaftssekretär Joseph Cierocki angestellt<sup>43)</sup>. Beim Ausscheiden Krauses aus der Gewerkschaftsarbeit wurde der Gewerkschaftssekretär Hermann Kloppenburg, der die Eisenbahngeschäftsstelle in Stettin geleitet hatte, zum neuen Bezirksleiter in Allenstein bestellt<sup>44)</sup>. Ende der zwanziger Jahre ging Kloppenburg nach Königsberg und setzte dort die Gewerkschaftsarbeit bis zum Verbot der Christlichen Gewerkschaften fort. Im Freistaat Danzig fungierte Joseph Cierocki als Bezirksleiter der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter und gewann als Zentrumsabgeordneter des Volkstags auch Einfluß auf das politische Leben der Stadt<sup>45)</sup>.

Bei der Neuordnung des „Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter“ im Jahr 1913 entstanden neben der Fabrik- und Transportarbeitergewerkschaft ein Verband der Keram- und Steinarbeiter und ein Verband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Der Verband der Keram- und Steinarbeiter vermochte Anfang 1914 in Danzig Fuß zu fassen und eine Zahlstelle zu errichten. Sie gehörte zum Bezirk Sachsen-Schlesien und unterstand dem Bezirksleiter Anton Baumgart. Ihre 30 Mitglieder waren als Pflastersteinschläger beschäftigt, die ihr Material als Rohblock aus Schweden bezogen oder sogenannten Feldstein der Danziger Gegend verarbeiteten. In der Nachkriegszeit wurde der Steinarbeiterverband aufgelöst, seine Mitglieder wurden in den Verband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen übernommen<sup>46)</sup>. Dieser Verband gewann im Nordosten Deutschlands erst nach der Inflationszeit 1923 eine größere Bedeutung.

---

40) Vgl. 25 Jahre Verband und Geschäftsbericht des Hauptvorstandes [des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands] für die Jahre 1922—1924. Berlin 1925, S. 47 f.

41) DA v. 21. 3. 1909.

42) DIE GEWERKSCHAFTSSTIMME v. 10. 3. 1916.

43) Anschriftenverzeichnis (wie Anmerkung 37), S. 17

44) AV v. 7. 11. 1924.

45) DLZ v. 14. 11. 1927 und 5. 4. 1933.

46) KERAM- UND STEINARBEITER-ZEITUNG v. 7. 3. 1914 u. 21. 3. 1914.

### Die christlichen Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften errichtete nach dem Ersten Weltkrieg ein Bezirkssekretariat für Ostpreußen und den Freistaat Danzig, das aber in der Inflationszeit 1923 geschlossen werden mußte. Der Abbau dieses Sekretariats hatte das Eingehen der Ortsgruppen Königsberg, Allenstein, Guttstadt, Mehlsack und Bischofstein zur Folge. Intakt blieben nur die Ortsgruppen Danzig und Braunsberg. Am 1. April 1924 wurde das Sekretariat in Danzig neu eröffnet und mit dem Gewerkschaftssekretär Valentin Kunzelmann besetzt, der die Elbinger Geschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes geleitet hatte. Im selben Jahr entstanden neue Ortsgruppen in Elbing und Heilsberg, und die Ortsgruppe Königsberg wurde wiedergegründet<sup>47)</sup>. Die Organisation gewann bis Anfang der dreißiger Jahre weitere Ortsgruppen in Zoppot, Marienwerder, Marienburg, Allenstein, Mehlsack, Bischofsburg, Insterburg und Tilsit. Zur Intensivierung der Arbeit im östlichen Bezirksbereich trug vor allem das im Juni 1929 in Königsberg errichtete Sekretariat bei, das Gustav Micks leitete<sup>48)</sup>.

Für die Beurteilung des gewerkschaftlichen Erfolges dürfte ein Lohnvergleich zwischen Braunsberg und Königsberg aus dem Jahr 1924 interessant sein. In Braunsberg schloß der christliche Arbeitnehmerverband öffentlicher Betriebe und Verwaltungen die Tarifverträge allein ab, während in Königsberg der sozialistische Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Christliche Gewerkschaft von den Verhandlungen auszuschließen vermochte. Die Braunsberger Stundenlöhne für Gemeindearbeiter lagen um vier bis zehn Pfennig höher als in Königsberg, außerdem wurde in Braunsberg täglich nur acht Stunden, in Königsberg dagegen neun Stunden gearbeitet<sup>49)</sup>.

Ende 1931 waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in 17 Tarifverträgen gesichert, und zwar mit dem Arbeitgeberverband ostpreußischer Gemeinden für Gemeindearbeiter, für vorübergehend Beschäftigte, Straßenbahner und Straßenwärter, mit den Kreis Ausschüssen von Heilsberg und Rößel für Straßenwärter, mit dem Senat der Freien Stadt Danzig für Forstarbeiter, Trichinenbeschauer des Städtischen Schlachthofes, Gemeinde- und Staatsarbeiter, mit dem Arbeitgeberverband Danzig für Straßenbahner, mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dan-

47) Geschäftsbericht des Vorstandes [des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen] für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1924. Köln 1925, S. 25 u. 108.

48) Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1931. Köln 1932, S. 40, 163-171.

49) Geschäftsbericht des Vorstandes 1922-1924, S. 110.

zig für das Personal des Badehauses, mit der Danziger Verkehrsgesellschaft, mit den Kreisen Danzig-Höhe und Großes Werder, mit der Steinsetzer- und Steinhauerinnung Danzig und mit dem Städtischen Gut Zoppot<sup>50)</sup>.

Um in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs Entlassungen zu vermeiden, wurden 1930/31 in einigen Orten Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt. In Braunsberg wurde die Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich gesenkt, in den Militärwerkstätten in Tilsit auf 42 Stunden, in einem Betrieb in Marienburg sogar auf 39 Stunden. Danzig führte 1932 die 40-Stunden-Woche ein, allerdings ohne Lohnausgleich. Nur bei der Danziger Elektrischen Straßenbahn kam es wegen Rückgangs des Verkehrs zur Entlassung von 60 Betriebsangehörigen<sup>51)</sup>.

Die Gewerkschaft schulte ihre Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen und in zentralen Bildungseinrichtungen. Ausgewählte Mitglieder schickte sie zur Teilnahme an Kursen nach Spandau und Königswinter. 1931 waren 64 Mitglieder des Gaus Ostpreußen-Danzig in Betriebsvertretungen tätig, davon waren allein 15 Betriebsratsvorsitzende. Auch in den sozialen Körperschaften und in den politischen Gremien des Gaus war die Gewerkschaft zahlreich vertreten<sup>52)</sup>.

#### Die Deutschen Eisenbahner im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften

Die „Deutschen Eisenbahnhandwerker und -arbeiter“, nach ihrer Zentralstelle auch kurz Elberfelder Eisenbahner genannt, errichteten ihre erste östliche Ortsgruppe 1908 in Danzig. Bereits im folgenden Jahr wurde eine zweite Danziger Zahlstelle mit 52 Mitgliedern gegründet. Kurz darauf entstanden die Ortsgruppen Zoppot, Marienburg (104 Mitglieder), Elbing (50 Mitglieder), Königsberg, Neufahrwasser (44 Mitglieder), Praust, Berent, Karthaus, Hohenstein (Westpreußen) und Mohrunen. Die guten Fortschritte der christlichen Eisenbahner erlaubten 1911, einen Verwaltungsbezirk in Ost- und Westpreußen einzurichten. Julius Wohlgemuth, einer der Pioniere der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Ostdeutschland und Bezirksleiter der Malergewerkschaft in Königsberg, übernahm zusätzlich die Bezirksleitung der Eisenbahnergewerkschaft, in der sich vor allem Werkstättenhandwerker und -arbeiter, Betriebs- und Oberbaurbeiter, Hafeneisenbahner und Strombau- und Wasserbaurbeiter sammelten. In rascher Folge entstanden weitere Ortsgruppen in Arys, Bischdorf, Bischofstein, Braunsberg (1911: 104 Mitglieder), Bromberg, Czersk, Kulm, Danzig-Langfuhr, Dirschau, Heilsberg (1911: 24 Mitglie-

50) Geschäftsbericht des Vorstandes 1928-1931, S. 164-166.

51) Ebd.

52) DLZ v. 27. 10. 1931.

der), Kurzebrack, Mehlsack, Memel, Neustadt, Ortelsburg, Pillau, Prosken, Rheda, Seeburg, Tarnowitz, Thorn, Tilsit, Tuchel und Zinten<sup>53</sup>).

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde der Bezirk Ost- und Westpreußen in die Bezirke Königsberg (Bezirksleiter Wohlgemuth) und Danzig (Bezirksleiter Kuhnert) geteilt. Als Wohlgemuth im August 1914 zum Heeresdienst einberufen wurde<sup>54</sup>), übernahm Franz Rautenberg aus Braunsberg die Bezirksleitung des östlichen Verbandsgebiets. Auffallenderweise litt die Gewerkschaftsarbeit der Eisenbahner weniger als die anderer Gewerkschaften unter dem Krieg. Einen großen Verlust bedeutete für sie allerdings der Tod von Julius Wohlgemuth, der im letzten Kriegsjahr im Alter von 49 Jahren fiel<sup>55</sup>).

Bis 1921 unterhielten die Deutschen Eisenbahner Geschäftsstellen in Danzig (geleitet von Franz Klein), Braunsberg (geleitet von Franz Rautenberg) und Königsberg (geleitet von Gustav Falk und Gustav Stolz<sup>56</sup>). Mit dem Jahr 1921 schieden die Eisenbahner aus dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften aus und traten dem Gesamtverband deutscher Beamten-gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund bei<sup>57</sup>). Mit der Wandlung der Deutschen Eisenbahner zu einer Beamten-gewerkschaft wandten sich die Werkstättenarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband zu.

### Der Gutenbergbund

Der bereits im Jahr 1893 gegründete Gutenbergbund, die Berufsvereinigung der Buchdrucker, fand erst im Jahr 1907 Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften, nachdem alle Ortsgruppen bis auf die Luzerner in einer Urabstimmung den Beitritt befürwortet hatten<sup>58</sup>). Zu diesem Zeitpunkt existierten Ortsgruppen des Bundes in Allenstein, Gumbinnen, Insterburg und Osterode<sup>59</sup>). Ihr Kreisleiter war R. Herrmann aus Gumbinnen. 1910 ging die Ortsgruppe Osterode ein. 1912 entstand die erste westpreußische Ortsgruppe in Danzig<sup>60</sup>). Bedingt durch die gute Entwicklung des Bundes, wurde 1913 zu dem einzigen Sekretariat in

53) Die Verbandsorganisation in Nordostdeutschland und die Ortsgruppengründungen wurden nach dem ZENTRALORGAN DEUTSCHER EISENBAHNER 1909-1918 zusammengestellt.

54) ZENTRALORGAN DEUTSCHER EISENBAHNER v. 8. 8. 1914.

55) Julius Wohlgemuth (1869-1918), langjähriger Ortskartellvorsitzender in Königsberg, war von Beruf Maler und zunächst für den christlichen Malerverband tätig. — DHA v. 1. 11. 1918.

56) Anschriftenverzeichnis (wie Anm. 37), S. 14.

57) JChG für 1926. Hrg. v. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1925, S. 26.

58) Protokoll der 8. ordentlichen Generalversammlung am 29., 30. und 31. März 1907 zu Halle an der Saale. Berlin 1907, S. 18.

59) Jahres- und Rechenschaftsbericht für das Jahr 1907. Berlin 1908, S. 15.

60) Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1912. Berlin 1913, S. 14.

Köln ein zweites, ostdeutsches Sekretariat in Breslau errichtet<sup>61)</sup>, das Emil Jaletzky bis Ende der zwanziger Jahre leitete. Sein Nachfolger war Bernhard Müller aus Berlin<sup>62)</sup>. Neben der üblichen Gewerkschaftsarbeit pflegten die Ortsgruppen die Fortbildung in beruflichen Zirkeln und Lehrlingsgruppen<sup>63)</sup>.

### Der christliche Metallarbeiterverband

Der christliche Metallarbeiterverband fand in Ost- und Westpreußen nur schwer Eingang. Bis 1911 oblagen die Provinzen dem Bezirkssekretär Jakob Minter in Berlin. Trotz der weiten Entfernung betrieb er in Danzig, Elbing<sup>64)</sup> und Königsberg<sup>65)</sup> eine geschickte Agitation, so daß 1911 der Verbandsbezirk Danzig mit 775 Mitgliedern errichtet und dem Gewerkschaftssekretär Richard Gaikowski<sup>66)</sup> anvertraut werden konnte. In Elbing und Königsberg hatte die christliche Metallarbeitergewerkschaft bei der Dominanz der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaft und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins sowie der Konkurrenz der entsprechenden Fachabteilung der katholischen Arbeitervereine einen schweren Stand<sup>67)</sup>.

Bereits auf der ersten öffentlichen Werbeveranstaltung am 6. Oktober 1906 im „Goldenen Löwen“ in Elbing prallten die Auffassungen der christlichen Gewerkschaftler und der Fachabteilungsmitglieder hart aufeinander<sup>68)</sup>. Nach und nach aber setzte sich die christliche Metallarbeitergewerkschaft auch in Ostpreußen durch. Unmittelbar nach dem Weltkrieg entstanden Ortsgruppen in Allenstein, Heilsberg und Rößel. Am 1. Januar 1919 wurde neben der von Gaikowski in Danzig geleiteten Geschäftsstelle eine zweite in Elbing errichtet und mit dem Gewerkschaftssekretär Valentin Kunzelmann besetzt<sup>69)</sup>. Die westpreußischen Orts-

---

61) Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1913. Berlin 1914, S. 13.

62) DB v. 13. 8. 1928.

63) Geschäftsbericht 1926. Berlin 1927.

64) Die Ortsgruppe Elbing wurde 1906 von evangelischen Arbeitern gegründet. DDM v. 31. 10. 1931.

65) Die Ortsgruppe Königsberg wurde 1909 gegründet. DDM v. 10. 4. 1909.

66) Richard Gaikowski wurde am 30. 3. 1880 in Dortmund geboren und starb am 5. 6. 1932 in Danzig. In Dortmund hatte er das Formerhandwerk erlernt und wurde 1908 Arbeitersekretär des katholischen Arbeitervereins in Bochum. Anfang Februar 1911 wurde er Angestellter des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Dortmund und am 25. 11. 1911 Bezirksleiter des Verbandes für das östliche Deutschland in Danzig. 1916 wurde er Stadtverordneter der Zentrumspartei, 1920 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung. Er war Mitglied des Danziger Staatsrats und aller vier Volkstage, 1929 wurde er Vizepräsident des Danziger Volkstags. DLZ v. 6. 8. 1932. - DDMA v. 18. 6. 1932.

67) In Westpreußen erhielt der christliche Metallarbeiterverband auch Konkurrenz durch die Abteilung der Hütten-, Fabrikarbeiter und verwandter Berufe der Polnischen Berufsvereinigung. 1913 zählte diese Abteilung in den Bezirken Posen und Westpreußen zusammen 603 Mitglieder. DDMA v. 9. 8. 1913.

68) DA v. 14. 10. 1906.

69) DDMA v. 20. 3. 1920.

gruppen Bromberg, Graudenz und Konitz gingen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ein, weil Hunderte von Metallarbeitern das zu Polen geschlagene Gebiet verließen<sup>70)</sup>.

Zur gewerkschaftlichen Bilanz der Vorkriegszeit gehören ein verlorener Streik bei der Firma Komnick in Elbing 1910 und ein zwanzigwöchiger, erfolgloser Arbeitskampf im Sommer 1911 bei der Schichauwerft in Danzig, bei dem die Belegschaft der Schwesterwerke in Elbing den Danziger Arbeitern die Streikunterstützung versagte. Dabei hatte der christliche Metallarbeiterverband mehrmals vergeblich an die in Elbing dominierenden sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Verband appelliert<sup>71)</sup>.

In der streikfreudigen Nachkriegszeit wurden bereits im Dezember 1918 für die Schichau-Arbeiter in Danzig und Elbing Lohnerhöhungen erreicht. In Elbing waren zu dieser Zeit etwa 7000, in Danzig 3500 Arbeiter beschäftigt. Während in Danzig hauptsächlich die Schiffsbauarbeit verrichtet wurde, stellte Schichau-Elbing Schiffsmaschinen und Lokomotiven her<sup>72)</sup>.

1919 wurden weitere Lohnerhöhungen in Danzig für die Arbeiter der Waggonfabrik, der Nietenfabrik und der Firmen Besch, Viohl und Orenstein & Koppel durchgesetzt. Lohnverbessernde Tarifverträge gab es außerdem für die Danziger Goldschmiede und Graveure, für die Werkstättenarbeiter der Elektrischen Straßenbahn, für Elektriker, Klempner, Installateure und Heizungsmonitore<sup>73)</sup>.

Bei Lohnverhandlungen bei den Firmen Schichau und Komnick in Elbing versuchten die Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins wiederholt, die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes auszuschalten. Die christliche Metallarbeitergruppe wußte sich aber trotz aller Schwierigkeiten zu behaupten<sup>74)</sup>.

Mit der Eisengießerei und Maschinenfabrik Schulz in Heilsberg wurde 1918 ein Lohnabkommen getroffen, das Lohnsteigerungen bei weiteren Teuerungen vorsah<sup>75)</sup>. Auch in Rößel waren die christlichen Metallarbeiter erfolgreich. Nachdem sie sich organisiert hatten, bestreikten sie 1918 wegen abgeschlagener Lohnforderungen die Eisengießerei Fest. In den Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Rößeler Bürgermeisters Ar-

70) Bericht des Verbandsvorstandes 1918/1919. Duisburg 1920, S. 397.

71) Geschäftsbericht 1910/1911. Duisburg 1912, S. 182. - DDMA v. 24. 4. 1911, 29. 4. 1911, 6. 5. 1911, 22. 7. 1911, 19. 8. 1911 und 2. 9. 1911. - DDM v. 20. 4. 1912.

72) Bericht des Verbandsvorstandes 1918/1919, S. 403-405.

73) Ebd. S. 404.

74) DDMA v. 31. 10. 1931. - Über das Kräfteverhältnis mag das Ergebnis der Betriebsratswahlen 1926 bei Schichau-Elbing Aufschluß geben: Die Freien Gewerkschaften erhielten 1429 Stimmen, der Gewerkverein Hirsch-Duncker 490 und die Christlichen Gewerkschaften 367 Stimmen. - DDMA v. 23. 10. 1926.

75) Bericht des Verbandsvorstandes 1918/1919, S. 405.

tur Blockhagen erreichten sie schließlich eine spürbare Lohn-erhöhung<sup>76)</sup>.

Durch die Friedensvertragsregelungen war die wirtschaftliche Lage Ost- und Westpreußens verschlechtert worden, doch konnten mit Hilfe des christlichen Metallarbeiterverbandes viele Arbeitsplätze erhalten werden. Die Militär- und Staatsbetriebe und die Privatwerften wurden auf Friedensarbeit umgestellt, und die Danziger Werft (ehemals Kaiserliche Werft) und die Eisenbahnhauptwerkstätte Troyl sowie die Schiffswerften Schichau in Danzig und Elbing arbeiteten weiter. Polen wurde vertraglich verpflichtet, der Danziger Werft Arbeitsaufträge zu geben<sup>77)</sup>.

Neue Ortsgruppen des christlichen Metallarbeiterverbandes entstanden in Rosenberg/Westpreußen (1923), Wormditt (1925) und Braunsberg (1929). Den Schichauwerften Danzig und Elbing wurde 1925 durch Schiedsspruch ein Tarifvertrag abgerungen<sup>78)</sup>. 1928 waren für alle Betriebe in Danzig und Ostpreußen Tarifverträge abgeschlossen<sup>79)</sup>.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre drückte die allgemeine wirtschaftliche Not auch der Gewerkschaftsarbeit den Stempel auf<sup>80)</sup>. Mit zunehmenden Arbeitslosenzahlen mehrte sich die Rechtsschutztätigkeit der Sekretariate. Arbeitslose Jugendliche und Jungarbeiter wurden in den Jugendabteilungen des christlichen Metallarbeiterverbandes beruflich fortgebildet<sup>81)</sup>. Die darbende Metallarbeiterschaft erhielt Lebensmittellieferungen durch die „Christliche Arbeiterhilfe“<sup>82)</sup>.

Nach dem Tod von Richard Gaikowski im Juni 1932 übernahm Mathias Ganrath aus Elbing die Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes des Bezirks Danzig-Ostpreußen. Er vermochte es nicht, den christlichen Metallarbeiterverband vor der Eingliederung in die „Deutsche Arbeitsfront“ zu bewahren<sup>83)</sup>. Selbst im Freistaat Danzig wurden bereits im Juni 1933 die christlichen Metallarbeiter auf die Eingliederung ihres Verbandes in die Deutsche Arbeitsfront vorbereitet<sup>84)</sup>.

### Der christliche Malerverband

Kleine Gruppen des christlichen Malerverbandes entstanden schon bald nach 1900 unter dem Einfluß der christlichen Bauarbeitergewerkschaft in Gnesen, Allenstein, Kattowitz und Zoppot, hatten aber bis auf Zoppot nur einen kurzen Bestand. Eine konti-

76) Ebd. S. 406.

77) DDMA v. 23. 11. 1929.

78) DDMA v. 30. 5. 1925.

79) DDMA v. 23. 11. 1929.

80) DDMA v. 19. 3. 1927, 2. 4. 1927, 23. 2. 1929, 9. 3. 1929 und 13. 2. 1932.

81) DDMA v. 24. 3. 1928.

82) DDMA v. 23. 4. 1932.

83) DDMA v. 8. 7. 1933.

84) DLZ v. 14. 6. 1933.

nuerliche Entwicklung der Organisation begann mit der Gründung der Zahlstelle Bromberg 1906 und dem Übertritt des Königsberger Lokalvereins der Malergehilfen in den christlichen Malerverband 1908<sup>85</sup>). Julius Wohlgemuth übernahm die Bezirksleitung in Königsberg und gründete 1909 Zahlstellen in Allenstein<sup>86</sup>), Danzig und Graudenz, 1910 in Memel, Kreuzburg, Neiße und Kattowitz<sup>87</sup>). Die letzten drei Zahlstellen wurden 1911 einem neu eingerichteten schlesischen Bezirk zugeordnet. 1912 entstanden auch Ortsgruppen in Dirschau und Tilsit<sup>87</sup>).

### Der christliche Schneiderverband

Zu den kleineren Organisationseinheiten der Christlichen Gewerkschaften gehörte der Zentralverband der Schneider, dessen ostdeutsches Bezirkssekretariat von Karl Nolte in Breslau geleitet wurde. Die erste Zahlstelle des nordostdeutschen Raumes wurde 1904 in Danzig eingerichtet, 1906 folgten Ortsgruppengründungen in Königsberg, Marienburg, Marienwerder und Schneidemühl<sup>88</sup>). Weitere Zahlstellen entstanden 1912 in Dirschau, 1913 in Deutsch-Krone und 1914 in Allenstein und Graudenz. 1921 unterhielt der Zentralverband der Schneider eine Geschäftsstelle in Danzig, die von Theodor Mitko geleitet wurde<sup>89</sup>).

### Die christlichen Lederarbeiter

Die christlichen Schuh- und Lederarbeiter konnten im Nordosten Deutschlands kaum Fuß fassen. Zahlstellengründungen gelangen nur 1906 in Schönlanke<sup>90</sup>) und 1912 in Danzig<sup>91</sup>).

### Die christlichen Heimarbeiterinnen

Der Verband der Heimarbeiterinnen sammelte in seinen Reihen die in Heimarbeit tätigen Frauen der Kleider- und Wäschefabrikation. Auch heimarbeitende Tabakarbeiterinnen gehörten dem Verband an. Die erste Gruppe in Ost- und Westpreußen wurde 1904 von Therese de la Croix<sup>92</sup>) in Königsberg gegründet<sup>93</sup>). Die Gruppe entfaltete ein reges gewerkschaftliches Leben. Ihre Mitgliederzahl wuchs beständig, so daß sie sich 1912 teilen mußte und 1917 sogar 1015 Mitglieder in fünf Königsberger Sektionen zählte<sup>94</sup>). Schon 1904 erreichten die Mitglieder unentgeltliche Auskunft in allen gewerblichen Angelegenheiten durch den Königs-

85) DDM v. 1. 7. 1911.

86) Ebd. v. 10. 7. 1909.

87) Ebd. v. 26. 10. 1912.

88) SCHNEIDER-ZEITUNG v. 13. 8. 1910.

89) Anschriftenverzeichnis (wie Anm. 37), S. 32.

90) DEUTSCHE LEDERARBEITER-ZEITUNG v. 6. 1. 1906.

91) Ebd. v. 5. 10. 1912.

92) Therese de la Croix, geb. am 24. 10. 1860 in Detmold, gest. am 25. 5. 1909 in Berlin, war Lehrerin und Mitbegründerin der christlichen Heimarbeiterinnenbewegung im Jahre 1900 in Berlin.

93) DIE HEIMARBEITERIN Nr. 6, Juni 1904.

94) Ebd. Nr. 3, März 1917.

berger Justizrat Hennig<sup>95</sup>). 1907 konnte mit der Schirminindustrie ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Unterstützt von dem westpreußischen Generalsuperintendenten D. Döblin und dem Pelpliner Domherrn Scharmer, gelangen 1908 weitere Ortsgruppengründungen in Danzig, Bromberg, Dirschau und Elbing<sup>96</sup>). 1916 entstand auch in Insterburg eine Gruppe.

Den Königsberger Heimarbeiterinnen stand in Sassau im Samland ein eigenes Erholungsheim zur Verfügung<sup>97</sup>). 1914 erhielten sie eine Grundstücksstiftung zur Errichtung eines Altersheims<sup>98</sup>). Von 1905 bis 1923 hatten die Königsberger Heimarbeiterinnen in Frau Caspar ihre anerkannte Gewerkschaftsführerin. In der Nachkriegszeit wurde in Königsberg eine Geschäftsstelle eingerichtet, die von Fräulein Medinnus geleitet wurde<sup>99</sup>). Das Gesetz zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes vom 27. Juni 1923 betraf den Status der Heimarbeiterinnen schließlich existentiell.

### Die christliche Tabak- und Zigarrenarbeitergewerkschaft

Die Arbeit der christlichen Tabak- und Zigarrenarbeitergewerkschaft begann in Ost- und Westpreußen mit einem Mißerfolg. Die erste, im Jahr 1906 in Neustadt/Westpreußen gegründete Ortsgruppe, der ausschließlich Arbeiterinnen angehörten, wurde von den Tabakfabrikanten zerschlagen, die sämtliche christlichen Gewerkschaftsmitglieder ihrer Betriebe entließen<sup>100</sup>). Erst nach dem Weltkrieg wurde die Agitation im Nordosten Deutschlands wieder aufgenommen, wobei die Ortsgruppe Danzig als Basis diente. Dem Schriftleiter der Verbandszeitung H. Mucker, Düsseldorf, gelangen im Dezember 1918 Gruppengründungen in Elbing und Braunsberg<sup>101</sup>). Beide Gründungen entfalteten sich gut: Die Ortsgruppe Elbing wuchs in zehn Jahren von elf auf 300 Mitglieder an; die Braunsberger Ortsgruppe pflegte die Geselligkeit und glänzte durch Tanzkränzchen, Winter- und Sommerfeste, Aufführung von Theaterstücken, Pflege des Volkstanzes und Ausflüge ins Walschtal bei Mehlsack und zur Frischen Nehrung. Das Gros der Mitglieder bestand auch hier aus Arbeiterinnen. Ende der zwanziger Jahre wurden in den Ortsgruppen Jugendgruppen gegründet und Unterrichtskurse eingerichtet<sup>102</sup>). Die drei ost- und westpreußischen Ortsgruppen bildeten zusammen mit der im Jahre 1907 in Schönlanke entstandenen Zahlstelle<sup>103</sup>) den Verbandsbezirk Danzig, den der Gewerkschaftssekretär Aloys Heuft führte.

95) Ebd. Nr. 7, Juli 1904.

96) Ebd. Nr. 5, Mai 1908, und Nr. 12, Dezember 1908.

97) Ebd. Nr. 5, Mai 1912.

98) Ebd. Nr. 6, Juni 1914.

99) Ebd. Nr. 1, Januar 1922. - Anschriftenverzeichnis (wie Anm. 37), S. 21 (Merlinus).

100) DEUTSCHE TABAKARBEITER-ZEITUNG v. 31. 8. 1906.

101) TABAKARBEITER-ZEITUNG v. 16. 11. 1928 und 21. 9. 1928.

102) Ebd. v. 3. 2. 1929 und 31. 5. 1929.

103) DEUTSCHE TABAKARBEITER-ZEITUNG v. 24. 5. 1907.

### Die christliche Landarbeitergewerkschaft

Die Organisierung der ost- und westpreußischen Landarbeiter betrieb der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften erfolgreich erst nach dem Ersten Weltkrieg. Sie war zugunsten des Aufbaus der Organisation der Industriearbeiterschaft vom Münchener Gewerkschaftskongreß 1902 zunächst zurückgestellt worden<sup>104</sup>). Dennoch stand die Lösung der Landarbeiterfrage auch vor dem Krieg auf dem Programm der Gewerkschaftsarbeit. Für die Landarbeiterschaft wurden insbesondere die Aufhebung des Koalitionsverbots und die Einführung der Krankenversicherungspflicht gefordert. Ländliche Arbeitervereine sollten nach dem Vorbild der industriellen Arbeitervereine zur Vorbereitung der allgemeinen Organisation der Landarbeiter gegründet werden. Sie sollten sozialpolitische Aufklärungsarbeit leisten, die Landarbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen anleiten und Wohlfahrtskassen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse einrichten<sup>105</sup>). Diese Arbeit wurde tatsächlich in Ost- und Westpreußen weithin von den ländlichen katholischen Arbeitervereinen übernommen. Als sich nach dem Krieg die katholische Arbeiterschaft Ostpreußens in den Christlichen Gewerkschaften organisierte, gerieten die ländlichen katholischen Arbeitervereine in eine schwere Krise<sup>106</sup>).

Im Jahr 1919 wurden die Landarbeiter den Industriearbeitern gesetzlich gleichgestellt, sie erhielten Koalitionsfreiheit und Streikrecht<sup>107</sup>). Die Christlichen Gewerkschaften organisierten die ländlichen Arbeiter im „Zentralverband der Landarbeiter“, dessen Königsberger Bezirk Geschäftsstellen in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Mohrungen, Elbing und Danzig umfaßte. 1921 waren folgende Gewerkschaftssekretäre angestellt: Hermann Schwarz und Johann Fischer in Königsberg, F. Schäfer in Gumbinnen, Julius Pohl und H. Bördner in Allenstein, K. Kullack in Mohrungen, F. Erdmann in Elbing und Simon Stawicki in Danzig<sup>108</sup>). Die Masse der Landarbeiter erhielt einen Teil ihrer Entlohnung in Agrarprodukten, mit deren Hilfe kleine Eigenwirtschaften betrieben werden konnten. Hauptsächlich wurden Nahrungsmittel für den Verbrauch erzeugt, z. B. Schweine, Eier, Butter. Diese Landarbeitergruppe bildete das Rückgrat der christlichen Landarbeitergewerkschaft.

---

104) Protokoll über die Verhandlungen des IV. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 29. Juni bis 2. Juli 1902 in München. Köln 1902, S. 86.

105) Ebd. S. 108 f.

106) Vgl. THIMM, a. a. O., S. 49 f.

107) W. KUHNE, Landarbeiter (Hardehauser Historische Beiträge, 4). München—Paderborn—Wien 1977, S. 35.

108) Adressenverzeichnis (wie Anm. 37), S. 24-26.

Als vorbildliche Selbsthilfeeinrichtung galt die im Jahr 1920 unter dem Gewerkschaftssekretär Johann Ostehr in Königsberg gegründete „Wirtschaftshilfe GmbH“, die die Landarbeiter mit billigem Saatgut, Kunstdünger, Haushalts- und Landwirtschaftsgeräten für die Eigenwirtschaft versorgte. Die Wirtschaftshilfe betrieb eine eigene Spar- und Darlehnskasse und bot eine Feuer- und Viehversicherung an. 1922 existierten ihre Geschäfte bereits an acht verschiedenen Orten, vergleichbar den freigewerkschaftlichen Konsumeinrichtungen. Im selben Jahr baute man die Kartoffelabteilung, die den großstädtischen Arbeitern zu billigen Einkellerungskartoffeln verhalf, zu einer „Versorgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen GmbH“ aus, die die Agrarüberschüsse der Landarbeiter und Deputanten ohne Zwischenhandelsspannen an städtische Gewerkschaftsmitglieder verkaufte<sup>109)</sup>.

Zur Aushandlung landwirtschaftlicher Tarifverträge mit dem Christlich-sozialen Arbeitgeberverband verfolgte die christliche Landarbeitergewerkschaft gewöhnlich eine verbindliche Strategie ohne das Mittel des Streiks. Als im Juni 1923 im Kreis Stuhm ein wilder Landarbeiterstreik ausgebrochen war, betonte der Zentralverband der Landarbeiter, daß Mitglieder der christlichen Gewerkschaft daran nicht beteiligt seien<sup>110)</sup>.

Im November 1924 wagte sich die christliche Landarbeitergewerkschaft mit dem ersten ermländischen Landarbeitertag in Heilsberg an die Öffentlichkeit. Als Gäste waren der Heilsberger Bürgermeister Schröter, Landrat Büttner, Erzpriester Buchholz, Pfarrer Hildebrandt, Hauptgeschäftsführer Edde vom Landwirtschaftsverband, Gutsbesitzer Lilienthal-Engelswalde für die Landwirtschaftskammer und den Ermländischen Bauernverein und Besitzer Lingk-Klutkenmühle erschienen. Der Königsberger Bezirksleiter Boehm erläuterte die im Frühjahr 1924 abgeschlossenen Landarbeitertarife und ließ den Franziskanerpater Odilo aus Breslau über Christentum und Sozialismus referieren. Außerdem sprach der Gewerkschaftssekretär Janzen über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung für die deutsche Volkswirtschaft<sup>111)</sup>. Eindrucksvolle Demonstrationen für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der ländlichen Arbeitnehmerschaft waren auch die Reichsverbandstage des Zentralverbandes. Der vierte Verbandstag wurde am 7. Juli 1929 in Breslau mit einer großen Landarbeiterkundgebung beendet<sup>112)</sup>.

Gegenüber den zuständigen Gesetzgebungsorganen verlangte der Zentralverband der Landarbeiter die Ausdehnung des Arbei-

---

109) W. MATULL, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung (OSTDEUTSCHE BEITRÄGE AUS DEM GÖTTINGER ARBEITSKREIS, Bd. 53), Würzburg 1973, S. 345 f.

110) AV v. 21. 6. 1923.

111) AV v. 5. 11. 1924.

112) DLZ v. 10. 7. 1929.

terschutzes auf die Land- und Forstwirtschaft, die Regelung der Berufsausbildung für die ländliche Arbeitnehmerschaft und die gleichberechtigte Mitwirkung der Landarbeiter in den öffentlich-rechtlichen Vertretungen des Berufsstandes, vornehmlich in den Landwirtschaftskammern<sup>113)</sup>.

Im Jahr 1929 wurde die christliche Landarbeitergewerkschaft umorganisiert. Zum neuen „Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer“ gehörten nun der Zentralverband der Landarbeiter, der Gutshandwerker-Verband, der Deutsche Gärtner-Verband und die Berufsverbände der Forstarbeiter, Weinbergsarbeiter, Melker, Straßenwärter und Schäfer<sup>114)</sup>.

Die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Millionenzahl von Arbeitslosen schlug auch bis in den Agrarsektor durch, was bei den Christlichen Gewerkschaften rapide sinkende Mitgliederzahlen zur Folge hatte. Auch Lohnminderungen infolge des Sinkens der Preise der Naturalbezüge blieben nicht ohne Einfluß auf den Mitgliederbestand. Zudem machte sich ab 1931 der kommunistische „Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter“ unter der Landarbeiterschaft Ostpreußens bemerkbar, der wegen mancher Gewaltmaßnahmen einiger radikaler landwirtschaftlicher Arbeitgeber auf dem Lohn- und Sozialversicherungsgebiet einen guten Boden vorfand. So hatten beispielsweise einzelne Arbeitgeber die Beiträge an die Landkrankenkassen nicht gezahlt oder sogar ihre Arbeiterschaft von der Krankenkasse abgemeldet<sup>115)</sup>.

Im Bereich der Freien Stadt Danzig ist der christliche Landarbeiterverband erst im Jahr 1929 von dem Gewerkschaftssekretär Joseph Cierocki und dem Verband der katholischen Arbeitervereine gegründet worden. Die guten Anfangserfolge erwiesen auch hier die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter<sup>116)</sup>.

Als Informations- und Schulungsorgan erschienen ab 1922 die „Ostdeutschen Nachrichten des Zentralverbandes der Landarbeiter für Ostpreußen“, die 1924 in „Ostdeutsche Rundschau. Wochenblatt für das schaffende Landvolk“ umbenannt wurden<sup>117)</sup>.

### Ortskartelle und Mitgliederzahlen der Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen

Die Entwicklung der Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen spiegelt sich in der Gründung von Ortskartellen wider, die überall dort eingerichtet wurden, wo es mehr als eine Berufsgruppe der Christlichen Gewerkschaft gab. Ortskartelle entstanden in: Danzig 1904, Königsberg 1906, Bromberg 1907,

113) JChG 1929. Berlin 1928, S. 153 f.

114) DLZ v. 10. 7. 1929. — JChG 1931. Berlin 1930, S. 183.

115) JChG 1932. Berlin 1931, S. 132 f.

116) DLZ v. 22. 11. 1929.

117) MATULL, S. 357.

Allenstein 1911, Elbing und Heilsberg 1921, Braunsberg 1924, Rößel 1925, Bischofstein, Frauenburg, Mehlsack, Ortelsburg und Seeburg 1928, Wormditt und Insterburg 1929 sowie Tilsit 1930. Das Bromberger Ortskartell existierte bis 1920, die übrigen bis 1933. Im Jahr 1930 wiesen die Ortskartelle etwa folgende Mitgliederzahlen auf: Elbing 1200, Braunsberg 1100, Königsberg 800, Allenstein 700, Heilsberg 450, Mehlsack 250, Wormditt 200, Bischofstein, Frauenburg, Insterburg und Tilsit 150, Ortelsburg 130, Seeburg 70 und Rößel 50<sup>118)</sup>.

Genauere Mitgliederzahlen der Christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen ließen sich nur für den Zeitraum von 1928 bis 1931 ermitteln, weil die Mitgliederstatistik in der Regel nur die Mitgliederzahlen der Berufsverbände des gesamten Reichsgebiets aufweist. Nur für einen kurzen Zeitraum sind die Mitgliederzahlen auch regional aufgeschlüsselt. 1928 hatten die Christlichen Gewerkschaften in Ostpreußen 30 631 Mitglieder (bei einer Gesamtzahl von 647 364 Mitgliedern der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands), 1929: 27 401 (673 127), 1930: 24 116 (658 707) und 1931: 22 214 (577 512). Für den Freistaat Danzig sind die Mitgliederzahlen nicht feststellbar, weil die Danziger Mitglieder in den Regionalstatistiken zusammen mit den saarländischen u. a. aufgeführt sind. Rheinland und Westfalen stellten allein die Hälfte der christlichen Gewerkschaftsmitglieder. Ostpreußen trug um 1930 nur etwa 4 % zur Gesamtmitgliederzahl bei, war damit aber ebenso stark wie Hessen und Niedersachsen vertreten<sup>119)</sup>. Die Freien Gewerkschaften waren 1928 in Ostpreußen dreimal so stark wie die Christlichen Gewerkschaften, und in den folgenden Jahren verschob sich das Gewicht sogar noch ein wenig mehr zu ihren Gunsten<sup>120)</sup>.

### Christliche Gewerkschaften und Politik

Zur jeder Zeit haben die Christlichen Gewerkschaften nicht nur theoretische Auseinandersetzungen geführt, grundsätzliche soziale Forderungen vertreten und praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet, sondern auch am Zeitgeschehen, der Tagespolitik, aktiv teilgenommen. Dazu waren sie schon gezwungen, weil die Entwicklung ihrer Bewegung wesentlich von der jeweiligen Wirtschaftslage abhing.

Das einschneidendste politische Ereignis in ihrer Geschichte war der Erste Weltkrieg, der sie organisatorisch festgefügt mit 360 000 Mitgliedern traf<sup>121)</sup>. Sie glaubten, der Krieg sei ihnen von

118) Aus der Gewerkschaftspresse zusammengestellt.

119) Nach JChG 1929 bis 1932 zusammengestellt.

120) MATULL, S. 353.

121) Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 20. bis 23. November in Essen. Köln 1920, S. 37.

einer Welt von Feinden aufgezwungen worden, und halfen in einer alle Standes- und Klassenunterschiede überbrückenden Volkssolidarität, die Lebensrechte der Nation zu verteidigen. Einberufungen zum Heer lichteteten die Reihen der Gewerkschaftssekretäre, so daß die Führungsgremien die Gewerkschaftsorganisation nur mühsam aufrechtzuerhalten vermochten. Die Christlichen Gewerkschaften erstrebten die „Erringung eines Friedens der Gerechtigkeit<sup>122)</sup>“, sahen sich darin schließlich aber bitter enttäuscht. Rückblickend schrieb ein gewerkschaftlicher Chronist: „Es steht uns nicht an, heute zu rechten, auf der Seite welchen Volkes oder welcher Völkergruppe die größte Schuld gegeben war, die diesen Weltenkrieg gebären mußte. Schließlich kam dieser Krieg, weil die Menschheit insgesamt zu klein gewesen ist, die Fragen der Völker friedlich zu lösen. In diesem Lichte sehen wir den Krieg und sehen wir seinen Ausgang. Deutschland, überwältigt von einer Übermacht und erwürgt vom Hunger, liegt niedergedrungen am Boden. Die Fragen der Menschheit und der Völker sind nicht gelöst. Der Vertrag von Versailles, der den Frieden verbürgen soll, kündigt es allen Sehenden, daß nicht Deutschland allein, sondern daß die Menschheit den Krieg verloren hat<sup>123)</sup>.“

Während des Krieges war die engere Gewerkschaftsarbeit im Interesse der nationalen Gemeinschaftsarbeit eingestellt worden, dafür traten andere Aufgaben an die Gewerkschaften heran: die Fürsorge für die Kriegerfamilien und Kriegsbeschädigten sowie Fragen der Volksernährung und Kleiderversorgung<sup>124)</sup>. Daneben schenkten sie aber auch Fragen der Erweiterung der Volksrechte ihre Aufmerksamkeit, wie beispielsweise der Frage des Wahlrechts in Preußen, das längst nicht mehr in die Zeit paßte<sup>125)</sup>.

Nach dem Untergang der Monarchie begrüßten die Christlichen Gewerkschaften den neuen demokratischen Staat in Erwartung großzügiger Reformen auf dem Gebiet der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und in der Hoffnung auf bessere Arbeitsmöglichkeiten zur Lösung der sozialen Probleme. Die Periode der Arbeiter- und Soldatenräte hielten sie für einen schlechten Anfang des Neuaufbaus<sup>126)</sup>. Die Dolchstoßlegende lehnten sie ab, weil sie in richtiger Einschätzung der Lage die Angriffskraft der deutschen Heere schon vor den verschiedenen Friedensinitiativen und dem Ausbruch der Revolution gebrochen sahen<sup>127)</sup>. In die Weimarer Nationalversammlung zogen 31 christliche Gewerkschaftler ein, die auf alle bürgerlichen Parteien verteilt waren. Zwei führende Gewerkschaftsvertreter übernahmen in der Weimarer Republik

122) Ebd. S. 39.

123) Ebd. S. 37 f.

124) Ebd. S. 48-57.

125) Ebd. S. 64.

126) Ebd. S. 65 f.

127) Ebd. S. 64.

Ministerämter: Johann Giesberts in der Reichsregierung und Adam Stegerwald in Preußen<sup>128)</sup>.

Unter den Stellungnahmen zu den großen politischen Ereignissen der Zeit findet sich die Forderung nach Revision des Versailler Vertrags, dem der Essener Gewerkschaftskongreß 1920 jede innere Rechtsgültigkeit absprach, weil er den besiegten Völkern mit Gewalt aufgenötigt worden sei. Der Vertrag sei eine unüberschreitbare Schranke für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die soziale Neugestaltung Deutschlands und Europas. Er verewige das mechanistisch-militaristische Denken, verneine die christliche Grundauffassung von der sittlichen Persönlichkeit des einzelnen und der Völker, hemme die Wiederherstellung der natürlichen Arbeitsteilung zwischen den Völkern und drücke die Arbeitnehmer aller besiegten Staaten auf die niedrigste soziale Stufe herab, denn er raube den einzelnen wie den Völkern in den besiegten Ländern die freie Bestimmung über ihr Arbeitsprodukt. Von einem gemeinsamen Kampf gleichgesinnter Arbeitskameraden aller Länder gegen den Versailler Vertrag erwarteten die Christlichen Gewerkschaften die Gesundung Europas<sup>129)</sup>. Zu den bedeutendsten Zukunftsaufgaben rechneten sie die Mitwirkung der Arbeiter in Staat, Kommune und Wirtschaft und damit die Entwicklung der Arbeiterschaft zum gleichgeachteten Stand.

Nach dem Kapp-Putsch verlangte das Generalsekretariat der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, alle gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen an der Neugestaltung der politischen Ordnung zu beteiligen, weil die Arbeiter an der Beseitigung Kapps maßgeblich mitgewirkt hätten<sup>130)</sup>.

Auch die gewerkschaftliche Basis war politisch aktiv, wie einige markante Begebenheiten in Ostpreußen beweisen. Der Allensteiner Ortskartellvorsitzende Konrad Papke verhandelte in der Inflationszeit mit dem Regierungspräsidenten in Allenstein, mit dem Allensteiner Magistrat und mit verschiedenen Arbeitgebern über Lohnzahlungen in Dollar als wertbeständigem Zahlungsmittel. Er drängte den Magistrat zur Ankurbelung eines Bauprogramms, zur Stabilisierung des Brotpreises, zur Verbilligung des Brotes für die unteren Bevölkerungsschichten und zur Schaffung wertbeständigen Stadtgeldes. Seinen Forderungen verlieh eine am 4. November 1923 im Vereinshaus „Kopernikus“ in Allenstein abgehaltene Gewerkschaftsversammlung den nötigen Nachdruck. Von dieser stürmischen Versammlung berichtete das „Allensteiner Volksblatt“, daß es den Gewerkschaftsführern nur mit Mühe gelungen sei, die Mitglieder zu beruhigen, und es sei schon der Tag abzusehen, an dem dieses nicht mehr möglich sein werde<sup>131)</sup>. In der

128) Ebd. S. 67.

129) Ebd. S. 443 f.

130) AV v. 2. 4. 1920.

131) AV v. 5. 11. 1923.

Krisenzeit 1930 forderte das Insterburger Kartell der Christlichen Gewerkschaften die Reichsregierung zur Ordnung der Staatsfinanzen auf<sup>132)</sup>).

Zu einem Eklat zwischen der katholischen Arbeiterschaft und dem maßgeblich von der ermländischen Geistlichkeit getragenen Zentrum kam es 1929 in Heilsberg. Zu den Kommunalwahlen am 17. November 1929 war hier die katholische Arbeiterschaft mit den Freien Gewerkschaften eine Listenverbindung eingegangen, um die Arbeiterinteressen im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung besser vertreten zu sehen. Vergeblich versuchte der Vorsitzende der Heilsberger Zentrumspartei, Rektor Hennig, die Abspaltung der Arbeiterschaft von der Partei rückgängig zu machen. Auch ein öffentlicher Appell von Erzpriester Alfons Buchholz, der den katholischen Arbeiterverein und die Christlichen Gewerkschaften Heilsbergs beschwor, die „Wahlverbindung und Fraktionsgemeinschaft mit den kirchenfeindlichen Elementen der Freien Gewerkschaften“ aufzugeben, hatte keinen Erfolg<sup>133)</sup>).

Unermüdlich bemühten sich die Gewerkschaftssekretäre darum, das staatsbürgerliche Wissen in der Arbeiterschaft zu vermehren. Anlässlich der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen 1925 informierte der Allensteiner Gewerkschaftssekretär Hermann Kloppenburg eine breitere Öffentlichkeit in einem Leitartikel des „Allensteiner Volksblattes“ über die Bedeutung dieser Wahlen für die Arbeiterschaft, indem er den Unterschied zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung erklärte und die volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ihrer Organe umriß<sup>134)</sup>).

Die Gewerkschaften des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik waren Weltanschauungsgewerkschaften, die sich eng an eine politische Partei hielten und die die jeweilige Partei hinwiederum zur Absicherung ihrer Massenbasis gebrauchte. Das galt selbstverständlich auch für die Christlichen Gewerkschaften, deren Mitglieder mehrheitlich der Zentrumspartei zuneigten, ob schon einzelne christliche Gewerkschaftler auch Mitglieder anderer bürgerlicher Parteien waren. Man sagt den Weltanschauungsgewerkschaften der Weimarer Zeit nach, daß sie durch ihre Zersplitterung den politischen Zersetzungsprozeß beschleunigen halfen. Dieser Mangel muß auch den damaligen Führungsgremien der gemäßigten Gewerkschaften bewußt gewesen sein, denn sie gründeten als Barriere gegen die Radikalisierung des politischen Lebens durch Nationalsozialisten und Kommunisten das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zur Verteidigung der Republik. 1927

132) ZENTRALBLATT DER CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTEN DEUTSCHLANDS v. 1. 8. 1930.

133) AV v. 1. 10. 1929, 16. 10. 1929 und 23. 11. 1929.

134) AV v. 25. 11. 1925.

hatte der Gau Ostpreußen des Reichsbanners 132 Ortsgruppen. Er wurde von dem freien Gewerkschaftssekretär und Königsberger Stadtrat Wilhelm Meißner geführt, die Gaugeschäftsleitung lag in den Händen von Adolf Kalesse, der aus der katholischen Arbeiterbewegung kam<sup>135</sup>).

In der Schlußphase der Weimarer Republik engagierten sich die christlichen Gewerkschaftler auffallend stark in der Ostpreußischen Zentrumspartei. Auf den Kandidatenlisten zum Reichstag und zum Preußischen Landtag erschienen in den Jahren 1932/33 folgende Gewerkschaftssekretäre: Fliege (Mehlsack), Bernhard Liebnitz und Hermann Kloppenburg (Königsberg). Außerdem kandidierte der Arbeitersekretär der katholischen Arbeitervereine, Otto Link, Heilsberg, 1932 für den Preußischen Landtag und 1933 für den Reichstag<sup>136</sup>).

In der Allensteiner Kommunalpolitik erwarb sich der Ortskartellvorsitzende Grabowski politische Lorbeeren. Bis zum Ende der Weimarer Republik warb er in allen Wahlkämpfen im gesamten südermländischen Raum für die Zentrumspartei. Am 24. Juli 1932 mobilisierte er zusammen mit dem Königsberger Gewerkschaftssekretär Kloppenburg im Allensteiner Vereinshaus „Kopernikus“ 500 Arbeiter gegen die Politik des Reichskanzlers von Papen<sup>137</sup>). Zu den letzten freien Reichstagswahlen wies er im Februar 1933 auf einer Sitzung des Arbeiterbeirats der Zentrumspartei sehr deutlich auf jene Kräfte hin, die das katholische Volk aus der Politik ausschalten, die Demokratie vernichten und eine Diktatur errichten wollten<sup>138</sup>).

Bei dieser kompromißlosen Gegnerschaft zerschlugen die Nationalsozialisten nach der Wahl und Machtergreifung die Gewerkschaftsorganisationen unerbittlich. Ihre Führer wurden verfolgt, unter Anklage gestellt und häufig hart bestraft. Der christliche Gewerkschaftssekretär Krumeich aus Königsberg ist im Dritten Reich hingerichtet worden<sup>139</sup>).

Schon in den Jahren der Weltwirtschaftskrise versuchten die Nationalsozialisten die Gewerkschaften durch eine NS-Betriebszellenorganisation zu unterhöheln. Ihr Ziel war die Propagierung illegaler Mittel zum gewaltsamen Umsturz der Weimarer Ordnung. Die Christlichen Gewerkschaften machten gegen diese Umsturzbestrebungen entschiedenen Front<sup>140</sup>). Im Februar 1931 forderten die erwerbslosen christlichen Gewerkschaftler Danzigs, den radikalen Kreisen, die das Wirtschaftsleben durch einen General-

---

135) MATULL, S. 346 f und AV v. 16. 5. 1927.

136) AV v. 30. 3. 1932 und 10. 2. 1933.

137) AV v. 25. 7. 1932.

138) AV v. 14. 2. 1933. Vgl. auch Anhang V, unten S. 61.

139) MATULL, S. 353.

140) JChG 1932. Berlin 1931, S. 4.

streik und Demonstrationen zu zerstören suchten, mit allem Nachdruck entgegenzutreten<sup>141)</sup>.

Der Danziger Kartellvorsitzende der Christlichen Gewerkschaften, Carl Uhl, benutzte in der schweren Endphase mit Vorliebe das Forum des Deutschen Gewerkschaftsbundes<sup>142)</sup>, um politische und soziale Forderungen zu stellen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reichskanzlers Brüning unterstützte er energisch<sup>143)</sup>, obschon Danzig nicht zum Deutschen Reich gehörte. Der „Danziger Gewerkschaftler“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften für das Gebiet der Freien Stadt Danzig, befaßte sich immer wieder mit den drängenden Zeitproblemen, mit Arbeitslosigkeit und Teuerung, mit Notverordnungen und politischer Radikalisierung. Scharf bekämpften die Christlichen Gewerkschaften die Politik Polens, den Hafen Gdingen gegenüber dem Danziger Ha-

141) DLZ v. 23. 2. 1931. — Die DLZ, das Organ der Danziger Zentrumspartei, vertrat die Belange der Katholiken und überwiegend deutschen Bevölkerung des Freistaates Danzig. Ihr Chefredakteur Franz Steffen, der die Zeitung seit 1925 redigierte, wandte sich vehement sowohl gegen die Übergriffe einer chauvinistischen polnischen Kultur- und Wirtschaftspolitik als auch gegen die Ideologie und zunehmende politische Wührarbeit der Nationalsozialisten. Im September 1933 wurde Steffen aus dem Amt des Hauptschriftleiters entlassen, nachdem es den Nationalsozialisten gelungen war, die DLZ zu einem Organ der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher, die sich das Einbringen des katholischen Volksteils in den nationalsozialistischen Neuaufbau zum Ziel gesetzt hatte, umzufunktionieren. Aber die von dem ehemaligen Zentrumssenator und späteren NSDAP-Mitglied Dr. Wiercinski-Keiser geleitete Arbeitsgemeinschaft bot nur ein schwaches geistiges und wirtschaftliches Fundament für die weitere Existenz der DLZ, sie stellte am 28. 9. 1934 ihr Erscheinen ein. Bis zum Verbot der Danziger Zentrumspartei 1937 redigierte Steffen das Ende 1933 neugegründete Zentrumsorgan DANZIGER VOLKSZEITUNG, danach gab er bis 1944 das kulturelle Wochenblatt IN DEN WOGEN DER ZEIT heraus. Steffen fiel als Volksturmman bei der Verteidigung Danzigs im März 1945. Er stammte aus dem Kreis Allenstein, war Lehrer in Kockendorf, Soldat im Ersten Weltkrieg und 1919 bis 1924 Generalsekretär der Ostpreußischen Zentrumspartei. Seine journalistischen Sporen hatte er sich beim AV unter dem Chefredakteur Carl Stephan verdient. — Biographische Nachrichten über Franz Steffen von CARL STEPHAN in seinen ungedruckten Lebenserinnerungen, von R. STACHNIK in: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE. Bd. 2. Marburg 1965, S. 693, und in: DLZ v. 5. 9. 1933. — Zu Stephan vgl. H. KUNIGK, Das Allensteiner Volksblatt in der Weimarer Republik, in diesem Band, unten S. 69-132, bes. 73-77.

142) Schon am 22. November 1919 hatten die Christlichen Gewerkschaften ihr Aktionsfeld verbreitert, indem sie sich in Berlin mit den auf christlichem und nationalem Boden stehenden Angestellten- und Beamtengewerkschaften zum „Deutschen Gewerkschaftsbund“ zusammenschlossen. Sie schufen damit einen Gegenpol zu dem „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ sozialistischer Prägung. Vorrangiger Zweck der Bundesgründung war die Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten im neuen deutschen Staat, vgl. JChG 1921, Köln 1920, S. 29-33. — Der Landesverband Ostpreußen im Deutschen Gewerkschaftsbund entstand 1926 in Königsberg. Der Vorsitzende Woltmann, Königsberg, nannte auf der zweiten ostpreußischen Landestagung am 6. März 1927 in Allenstein die für den industriearmen Osten beachtliche Zahl von 36 000 Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vgl. AV v. 7. 3. 1927.

143) DLZ v. 23. 2. 1931.

fen zu bevorzugen. Sie erinnerten Polen an seine Verpflichtung zur Ausnutzung des Danziger Hafens und mahnten den Hochkommissar des Völkerbundes, über die Danziger Interessen zu wachen<sup>144)</sup>. Eine Besserung der Lage versprachen sie sich von der Revision des Versailler Vertrags und einer internationalen Verständigung zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Eine autarke Wirtschaftspolitik, wie sie die Nationalsozialisten verlangten, lehnten sie wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands mit dem internationalen Handel ab<sup>145)</sup>.

Am Vorabend der Machtergreifung Hitlers warnten die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften den Reichspräsidenten von Hindenburg telegrafisch vor der Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung und forderten eine verfassungsmäßige Lösung der Krise<sup>146)</sup>. Am Tag der Veröffentlichung dieses Telegramms aber ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. In einer am selben Tag veröffentlichten Stellungnahme lehnten die Christlichen Gewerkschaften das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg entschieden ab<sup>147)</sup>. Aber diese Grundeinstellung gegenüber den neuen Machthabern behielten sie in der Folgezeit nicht bei.

Im Frühjahr 1933 reiften bei den Nationalsozialisten die Pläne zum Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“ und zur Zerschlagung der Gewerkschaften. Zunächst beabsichtigten sie, die Monopolstellung der drei großen Gewerkschaftsverbände, der Freien Gewerkschaften, der Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, bei Tarifverhandlungen und Besetzung von Arbeitsgerichten, Arbeitsämtern und Sozialversicherungsstellen zu erschüttern, indem sie die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ und andere nationale Wirtschaftsverbände den übrigen Gewerkschaften gleichzustellen suchten<sup>148)</sup>, schritten dann aber zur Bildung der Deutschen Arbeitsfront und zur gewaltsamen Beseitigung der Gewerkschaften. Am 2. Mai 1933 gingen SA und SS unter dem „Aktionsleiter“ Robert Ley gegen die Freien Gewerkschaften vor und verhafteten ihre Führer. Von den Christlichen Gewerkschaften erwartete Ley, daß sie sich „gleichschalteten“, andernfalls würden sie einem Auflösungsprozeß nicht entgehen<sup>149)</sup>. Die Mehrheit der christlichen Gewerkschaftsführung suchte nun durch Sonderverhandlungen mit den Nationalsozialisten einen Modus vivendi<sup>150)</sup>. Aber im Juni 1933 schloß Ley die christlichen Gewerkschaftsführer aus dem großen Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront aus und ließ die Dienst-

144) DLZ v. 13. 6. 1931 und 13. 1. 1933. Vgl. auch Anhang II, unten S. 59.

145) DLZ v. 19. 10. 1931, 27. 1. 1932 und 13. 1. 1933.

146) DLZ v. 30. 1. 1933. Vgl. auch Anhang III, unten S. 60.

147) DLZ v. 1. 2. 1933. Vgl. auch Anhang IV, unten S. 60 f.

148) DLZ v. 31. 3. 1933.

149) DLZ v. 3. 2. 1933.

stellen der Christlichen Gewerkschaften mit Nationalsozialisten besetzen<sup>151)</sup>. Im Freistaat Danzig lief die Zerschlagung der Gewerkschaften mit der Zerschlagung der Gewerkschaften im Deutschen Reich parallel. Die vom Völkerbund garantierte Danziger Verfassung bot den demokratischen Einrichtungen der Freien Stadt keinen ausreichenden Schutz.

## Anhang I

### Auszug aus der Enzyklika *Singulari quadam* vom 24. 9. 1912<sup>152)</sup>

Die reinkatholischen Arbeitervereinigungen, welche immer in Deutschland vorhanden sind, zeichnen Wir freudigst mit jedem Lob aus, und Wir wünschen, daß ihnen alle Bestrebungen zum Vorteil des arbeitenden Volkes gelingen mögen und daß sie ein immer freudigeres Wachstum beglücke. Indem Wir dies erklären, verneinen Wir aber das Recht der Katholiken nicht, nach Verbesserung der Lage der Arbeiter und günstigeren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu streben oder beliebige andere Ziele ehrenhaften Vorteils wegen gemeinsam mit den Nichtkatholiken, jedoch mit gebotener Vorsicht, für das gemeine Wohl zu betreiben. Wir würden es aber lieber sehen, wenn zu diesem Zweck katholische und akatholische Vereinigungen unter sich ein Bündnis eingingen vermitteltst jener praktischen Einrichtung, die man Kartell nennt.

Nicht wenige unter Euch<sup>153)</sup>, ehrwürdige Brüder, bitten Uns hier, daß es Euch durch Uns gestattet werde, die sogenannten christlichen Gewerkschaften, wie sie gegenwärtig in Euern Diözesen begründet sind, zu dulden, weil sie eine viel größere Zahl von Arbeitern umfassen als die rein katholischen Gewerkschaften und weil große Nachteile entstünden, wenn dies nicht erlaubt würde. Im Hinblick auf die besondere Lage des katholischen Lebens in Deutschland glauben Wir, dieser Bitte willfahren zu sollen, und erklären, daß sie geduldet werden können und den Katholiken erlaubt werden kann, auch an den gemischten Vereinigungen Anteil zu nehmen, welche in Euern Diözesen bestehen, soweit diese Duldung nicht wegen Hinzutritt neuer Verhältnisse aufhört, zweckmäßig und gerecht zu sein. Es sollen jedoch geeignete Maßnahmen getroffen werden, um jenen Gefahren vorzubeugen, welche, wie Wir erklärt haben, mit Vereinigungen dieser Art verbunden sind. Die hauptsächlichsten Maßnahmen dieser Art sind die folgenden: In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß die katholischen Arbeiter, welche Mitglieder dieser Gewerkschaften sind, zugleich auch den katholischen Arbeitervereinigungen angehören, welche Arbeiterver-

150) Vgl. H. BRÜNING, *Memoiren 1918 — 1934*. Stuttgart 1970, S. 675 und J. ARETZ, *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband Katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923 bis 1945 (VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ZEITGESCHICHTE, Reihe B, Bd. 25)*. Mainz, 1978, S. 86—88.

151) DLZ v. 23. 6. 1933. Vgl. auch Anhang VII, unten S. 62.

152) Rundschreiben Unseres Heiligsten Vaters Pius X., durch göttliche Vorsehung Papst, über katholische und gemischte Arbeiter-Vereinigungen. Autorisierte Ausgabe. Lateinischer und deutscher Text. Freiburg 1916, S. 9. — Diese päpstliche Weisung druckte die DLZ vom 10. 4. 1931 nach.

153) Gemeint sind die deutschen Bischöfe.

eine heißen. Sollten sie aus diesem Grunde ein Opfer, zumal an Geld, leiden müssen, so sind Wir gewiß, daß sie es bei ihrem Eifer für die Unversehrtheit ihres Glaubens gerne tun werden. Denn es trifft sich glücklich, daß diese katholischen Vereinigungen, unterstützt vom Klerus, dessen Führung und Schutz sie genießen, zum Schutz des Glaubens und der Sittenreinheit bei ihren Mitgliedern sehr viel tun können, ebenso auch zur Belebung des religiösen Geistes durch die Veranstaltung mannigfacher Übungen der Frömmigkeit.

Außerdem müssen diese Gewerkschaften, sollen sie anders so beschaffen sein, daß Katholiken bei ihnen Mitglieder sein können, sich von allem enthalten, was theoretisch oder praktisch mit den Lehren und Geboten der Kirche oder der gesetzlichen geistlichen Obrigkeit nicht übereinstimmt. Die Bischöfe müssen es daher für ihre heilige Pflicht ansehen, eifrig über die Haltung dieser Vereinigungen zu wachen und zu verhüten, daß Katholiken durch ihre Mitgliedschaft bei ihnen Schaden leiden. Die katholischen Gewerkschaftsmitglieder selbst aber dürfen es niemals zulassen, daß die Gewerkschaften, auch nur als solche, in Wahrnehmung der irdischen Interessen ihrer Mitglieder Grundsätze vertreten oder Schritte unternehmen, welche irgendwie den vom obersten Lehramt der Kirche überlieferten Geboten, insbesondere den von Uns oben berührten, zuwider sind.

## Anhang II

### **Entschließung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesausschuß Danzig, vom 10. 1. 1933 zur polnischen Wirtschaftspolitik<sup>154)</sup>**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesausschuß Danzig, der über 15 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte nebst Familienangehörigen umschließt, verlangt in öffentlicher und einmütiger Kundgebung, daß die polnische Regierung nunmehr gezwungen wird, die gegen die Danziger Wirtschaft gerichteten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, nachdem von der Danziger Regierung alles getan wurde, um eine gütliche Beilegung zu erreichen.

**Polen will keine Verständigung!**

Die von Polen eingeführte Warensperre ist in einem gemeinsamen Zollgebiet vertrags- und sinnwidrig. Sie bezweckt die Abwürgung der Danziger Wirtschaft und die Stilllegung vieler Betriebe. Die ohnehin in der allgemeinen Wirtschaftskrise begründete Arbeitslosigkeit wird durch die polnischen Übergriffe ungeheuerlich vergrößert. Der Danziger Bevölkerung werden in steigendem Maße die letzten Erwerbsmöglichkeiten genommen. Die Verarmung weiterer Schichten schreitet fort, und der Lohndruck wird auf das Unerträglichste gesteigert.

Wir verlangen freien Warenverkehr nach Polen, Aufhebung der Kontrollen Danziger Waren und der Überwachung Danziger Betriebe seitens polnischer Behörden. Wenn Polen sich weiterhin nicht an die abgeschlossenen Verträge hält, so ist damit auch die Zollunion in ihrer tatsächlichen Wirkung aufgehoben. Zur Sicherung des notwendigsten Lebensunterhaltes muß unser Verhältnis zu Polen grundsätzlich geändert werden, denn eine Zollunion, die der Danziger Bevölkerung nur drückende Lasten bringt, ist unhaltbar.

154) DLZ v. 13. 1. 1933.

## Anhang III

**Telegramm der Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände vom 28. 1. 1933 an den Reichspräsidenten von Hindenburg<sup>155)</sup>**

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohlichen politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernstesten Lage zusammengetreten.

Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, Ihren entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Allgemeiner freier Angestelltenbund  
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände  
Allgemeiner deutscher Beamtenbund

## Anhang IV

**Stellungnahme der Christlichen Gewerkschaften zum Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg vom 30. 1. 1933<sup>156)</sup>**

Reichspräsident von Hindenburg hat mitten in der schweren Krise, die auf dem deutschen Volke lastet, eine folgenschwere Entscheidung getroffen. Beeinflußt von nichtverantwortlichen Ratgebern, hat er der Regierung Schleicher das Vertrauen entzogen.

Die sich anbahnende Volksverbundenheit der Regierung Schleicher, ihr Festhalten an der Verfassung, ihr erfolgreiches Bemühen, die von der Regierung Papen verursachten Störungen zu überwinden, zog ihr die Feindschaft der Reaktion um Hugenberg und Papen zu. Die Behandlung des Osthilfeskandals und die vor allem von den Nationalsozialisten gefürchtete Reichstagsauflösung und nachfolgende Neuwahl verstärkten die Feindschaft gegen den „sozialen General“. Er mußte fallen.

Der politischen Betriebsamkeit von Papen gelang es, die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ und die soziale und politische Reaktion, die sich noch gestern lärmend bekämpften, zusammenzuführen.

Politischer Machthunger der Nationalsozialisten, Subventionsgier und Herrschaftsdünkel ostelbischer Großagrarien, die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Gesinnung Hugengebgs fanden sich zum Bunde gegen den sozialen Willen des verfassungstreuen deutschen Volkes.

Hindenburg hat das Kabinett der Harzburger Front, der Front der Gegner seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten, unter Hitlers Führung bestätigt.

Der volks- und arbeiterfeindliche Wille der Hugenberg und Papen wird den Regierungskurs bestimmen:

155) DLZ v. 30. 1. 1933.

156) DLZ v. 1. 2. 1933.

## Die Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen 61

Die Arbeiterschaft, die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner, das werktätige Volk in Stadt und Land sollen wiederum die Leidtragenden sein.

Die Gefahr des unversöhnlichen Auseinanderbrechens des deutschen Volkes ist da.

Christliche Gewerkschaftler, Kameraden der Arbeit, damit steht die deutsche Arbeiterschaft vor neuem, schwerem Kampf. Es wird ein bitterer und schwerer Kampf sein. Ein Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde, um Arbeit und Brot.

**Rüstet euch für diesen Kampf!**

**Kein aufrechter Arbeiter darf mehr abseits stehen!**

Arbeitende und arbeitslose Kameraden, ruft den letzten Mann auf, daß er sich zur Gewerkschaft, zu seiner Kampforganisation bekenne.

Die christlichen Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für eure Rechte. Stärkt die gewerkschaftliche Macht!

**Für die freie deutsche Arbeiterschaft!**

**Für eine soziale Volksfront!**

**Für die Unantastbarkeit der Verfassung!**

**Für ein aufrechtes Volksdeutschland!**

Berlin, den 30. 1. 1933

Der Vorstand  
des Gesamtverbandes der christlichen  
Gewerkschaften Deutschlands

### Anhang V

#### **Aufruf des Arbeiterbeirats der Allensteiner Zentrumspartei zu den Märzahlen 1933<sup>157)</sup>**

**Katholische Arbeiter!**

Übermütige und machtgierige Kräfte haben uns wiederum einen Wahlkampf aufgezwungen, mit dem Ziel, das Zentrum und mit ihm die katholische Arbeiterschaft aus der Politik auszuschalten. Ihr Ziel ist Diktatur — ist Entrechtung der Arbeiterschaft. Arbeiter! Erkennt den Ernst der Stunde! Es geht um euer Schicksal, um Sein oder Nichtsein! Es geht um eure so schwer errungene Freiheit. Setzet eure ganze Persönlichkeit, eure ganze Kraft ein für diesen Kampf, der nach Aussage der Machthaber der letzte sein soll. Setzet euch ein für die Partei, die den Kampf führt für Recht und Freiheit, für den christlich-sozialen Volksstaat. Es ist keine Zeit jetzt für Nörgeleien und Kleinlichkeiten. Es geht jetzt ums Ganze! Wer abseits steht in dieser entscheidenden Stunde, versündigt sich am deutschen Volke. Katholische Arbeiter! Scharf euch zusammen zu einer Einheit! Gebt denen, die euch eure Freiheit nehmen, die euch in ein noch größeres Elend führen wollen, am 5. und 12. März die Antwort, die euren Gegnern in den Ohren gellt: Wir haben genug der Worte und Phrasen! Wir wollen Taten sehen. Nicht gegen das Volk, sondern für das Volk. Die Stunde der Entscheidung rückt heran. Katholischer Arbeiter! Katholische Arbeiterfrau! Sichere deine Zukunft! Jetzt hast du über dein Schicksal selbst zu entscheiden! Für uns gibt's nur eine Losung: Wir kämpfen mit der Zentrumspartei für Recht und Freiheit, für den sozialen Volksstaat, für ein freies und mächtiges Deutschland!

157) AV v. 14. 2. 1933.

## Anhang VI

**Verfügung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, vom 22. 6. 1933, katholische und evangelische Arbeitervereine betreffend<sup>158)</sup>**

Mit der Bildung der Deutschen Arbeitsfront sollte der Vielheit der Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen gegenübergetreten werden. Nicht allein sollte damit der letzte Unterschlupf des Marxismus getroffen werden, sondern es sollte auch die unglückselige Verknüpfung der deutschen Arbeitsmenschen behoben werden. Kleinliche und eigensüchtige Subjekte wollen diese große revolutionäre Tat nicht anerkennen und versuchen, mit Nachbildungen und Selbsthilfeorganisationen diese Arbeit zu schwächen. Es ist der Wille des Führers, daß außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, existieren. Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Berufe dienen. Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden.

gez. Dr. Robert Ley

## Anhang VII

**Verfügung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, vom 22. 6. 1933, die Christlichen Gewerkschaften betreffend<sup>159)</sup>**

Der Nationalsozialismus handelt kraft seiner Stärke großmütig, jedoch wird dieses Handeln hier und dort von seinen Gegnern als Schwäche ausgelegt, und diese Tat wurde mit Undank und Illoyalität beantwortet. Hierzu kommt, daß sich in verschiedenen Verbänden bezüglich Kassen- und Wirtschaftsangelegenheiten große Korruption herausgestellt hat. Aus dieser Erkenntnis heraus ver füge ich folgendes: Die Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen. Die Mitglieder des großen Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront: Bernhard Otte, Friedrich Baltrusch, Dr. Theodor Brauer, Franz Behrens sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften (Stegerwald, Imbusch u. a.) werden von mir aus der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen. Sie dürfen selbstverständlich keinerlei Amt führen, und es ist hiermit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront verboten, irgendwelche Verhandlungen mit diesen Leuten zu führen. Hierdurch soll dokumentiert werden, daß jeder, der es wagt, den großen revolutionären Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeit geächtet wird.

Dr. Robert Ley

158) DLZ v. 23. 6. 1933. — Die Vorgänge bei der Eingliederung der Katholischen Arbeitervereine in die Deutsche Arbeitsfront sind im einzelnen dargestellt bei ARETZ, S. 69—193.

159) DLZ v. 23. 6. 1933.

Anhang VIII

**Materialien zum Stand der Industrialisierung Ost- und Westpreußens am Anfang des 20. Jahrhunderts<sup>160)</sup>**

Ort/Einwohner	Industrie
Allenstein 24 307 E. (1900) 14 066 kath.	Bierbrauereien, Bau- und Möbeltischlerei, Ziegeleien, Landmaschinenfabrikation, Zündholzfabrik, Kunststeinfabrik
Bartenstein 6805 E. (1900) 349 kath.	Eisengießerei, Maschinen- und Wagenfabrikation
Berent 5460 E. (1900) 3420 kath.	Schnupftabak- und Essigfabrikation
Bischofsburg 5250 E (1900) 3590 kath.	Maschinen- und Werkzeugfabrikation, Mühlen, Ziegeleien
Braunsberg 12 497 E. (1900) 8439 kath.	Bierbrauerei, Leder-, Tabak- und Maschinenfabrikation
Bromberg 52 204 E. (1900) 15 663 kath.	Bierbrauereien, Ziegeleien, Mühlen, Fabrikation von Dampfkesseln, Maschinen, Zementwaren, Schnupftabak, Leder; Bau- und Möbeltischlerei
Czersk 5361 E. (1900) 4102 kath.	Fabrikation von Landmaschinen, Goldleisten, Stühlen und Öfen
Danzig 140 563 E. (1900) 44 265 kath.	Schiffbau (Kaiserliche Werft: 3500 Arbeiter, Schichau-Werft: 2000 Arbeiter), Eisengießereien, Maschinenbauanstalten, Fabrikation von Bernstein, Zuckerwaren, Chemikalien, Spirit, Essig, Likören, Tabak und Zigarren; Tauereien, Bierbrauereien, Bau- und Möbeltischlerei, Gewehr- und Munitionsfabrikation, Artilleriewerkstätte
Dirschau 12 808 E. (1900) 6525 kath.	Eisenbahnwerkstätte, Fabrikation von Maschinen, Dachpappe, Biskuits und Waffeln; Bierbrauerei, Sägewerke
Elbing 52 518 E. (1900) 10 233 kath.	Schichau-Werft, Eisengießerei, Lokomotivenbau, Stahlgießerei, Maschinen-, Zigarren- und Kunststeinfabrikation, Orgelbau, Blechwaren- und Dachpappfabrikation, Emaillierwerk, Messingwalzwerk, Kupferverarbeitung, Leinenindustrie, Getreide- und Sägemühlen, Kunsttischlereien, Bierbrauereien, Großmolkerei
Frauenburg 2492 E. (1900) 2296 kath.	Schneidemühle, Brauerei

160) Zusammengestellt nach HERDERS KONVERSATIONS-LEXIKON Freiburg <sup>1</sup>1902 — 1907 und G. METZ, Das Gewerbe in Ostpreußen, Jena 1918.

Graudenz 32 727 E. (1900) 10 415 kath.	Maschinenfabriken, Eisengießereien
Gumbinnen 14 000 E. (1900) 297 kath.	Müllerei, Getreidehandel
Guttstadt 4588 E. (1900) 4078 kath.	Eisengießerei, Sägewerke, Ziegelei
Heiligenbeil 4553 E. (1900) 219 kath.	Landmaschinenfabrikation
Heilsberg 5514 E. (1900) 4701 kath.	Ziegeleien, Gerbereien, Rübölfabrikation
Insterburg 27 787 E. (1900) 787 kath.	Chemische Versuchsstation
Karthaus 2642 E. (1900) 1714 kath.	Kalkmergelwerke
Königsberg 189 483 E. (1900) 8448 kath.	Maschinen- und Waggonfabrikation, Zellstofffabrikation: 600 Arbeiter; Schneidemühle, Bau- und Möbeltischlerei, Schiffsbauanstalt
Konitz 10 697 E. (1900) 5974 kath.	Mahl- und Schneidemühlen, Dampfziegelei, Glasmalerei
Kulm 11 079 E. (1900) 7179 kath.	Eisengießerei und Kesselschmieden, Bandreifenfabrikation, Brauereien
Landsberg 2430 E. (1900) 608 kath.	Schneidemühle
Marienburg 11 262 E. (1900) 4030 kath.	Zucker- und Maschinenfabrikation
Marienwerder 9686 E. (1900) 1868 kath.	Zucker- und Seifenfabrikation, Mahlmühle, Bierbrauereien
Mehlsack 4152 E. (1900) 3703 kath.	Ringofenziegeleien, Maschinenfabrikation, Mühlen
Memel 20 166 E. (1900) 851 kath.	Schiffbau, Sägewerk, Fabrikation von Maschinen, Chemikalien, Bier und Spirituosen
Mohrungen 4025 E. (1900) 134 kath.	Schneidemühle, Faßfabrik

## Die Christlichen Gewerkschaften in Ost- und Westpreußen 65

Mühlhausen Ostpr. 2326 E. (1905) 459 kath.	Mahl- und Schneidemühle
Neidenburg 4710 E. (1905) 608 kath.	Korn- und Sägemühlen, Fabrikation von Spiritus, Öfen, Kupferwaren
Neustadt Westpr. 8205 E. (1905) 5252 kath.	Holzindustrie
Neuteich 2645 E. (1905) 1250 kath.	Mälzerei, Rübenzuckerfabrikation, Sägewerk und Holzbearbeitung
Oliva 6894 E. (1905) 4119 kath.	Feld- und Industriebahnwerke, Kunststeinfabri- kation
Ortelsburg 5125 E. (1905) 400 kath.	Holzindustrie, Müllerei
Osterode 13 951 E. (1905) 1974 kath.	Eisenbahnwerkstätte, Maschinenfabriken, Mahl- und Schneidemühlen
Pelplin 3524 E. (1905) 3222 kath.	Zuckerfabrik
Pillau 7374 E. (1905) 233 kath.	Werft, Hartsteinwerk, Fischhandel
Preußisch Eylau 3248 E. (1905) 35 kath.	Eisengießerei
Preußisch Holland 4923 E. (1905) 292 kath.	Fabrikation von Stühlen und Spunden, Ziegelei
Preußisch Stargard 10 485 E. (1905) 5779 kath.	Fabrikation von Maschinen, Möbeln, Schuhen, Holz- waren, Kunststein, Tabak, Branntwein
Putzig 2159 E. (1905) 1523 kath.	Sägemühlen
Rastenburg 11 890 E. (1905) 875 kath.	Zuckerfabrik, Brauerei, Mühlenwerke
Riesenburg 4826 E. (1905) 841 kath.	Zuckerfabrik
Rosenberg Westpr. 3258 E. (1905) 250 kath.	Sägemühlen, Brauerei, Töpferei

Rößel 4363 E. (1905) 2938 kath.	Eisengießerei, Landmaschinenfabrikation, Schneidemühle
Schneidemühl 21 624 E. (1905) 7674 kath.	Stärkefabrikation: 400 Arbeiter, Ziegeleien: 400 Arbeiter, Sägemühlen, Eisenbahnwerkstätte
Schönlanke, Prov. Posen 7304 E. (1905) 2042 kath.	Holzindustrie: Bildhauerei, Drechslerei, Möbelfabrikation; Zigarren-, Schuh-, Kalksandstein- und Zementwarenfabrikation
Schwetz 7747 E. (1905) 4320 kath.	Zuckerfabrik: 300 Arbeiter
Seeburg 2955 E. (1905) 2723 kath.	Ziegelei, Getreidemühle
Soldau 4187 E. (1905) 858 kath.	Großdestillation, Torfstecherei
Tapiau 5118 E. (1905) 228 kath.	Sägewerke, Brauerei
Thorn 46 796 E. (1907) 20 062 kath.	Fabrikation von Seife, Lichtern, Tabak, Sprit, Essig, Schokolade, Honigkuchen; Maschinenbau, Eisengießerei, Brauerei, Mühlen- und Sägewerke
Tiegenhof 2872 E. (1905) 718 kath.	Dampfdestillation, Fabrikation von Zucker, Käse, Rohrgeweben
Tilsit 37 148 E. (1905) 1052 kath.	Fabrikation von Zellstoff: 1500 Arbeiter, Seife, Maschinen
Tolkemitt 3386 E. (1905) 3132 kath.	Schiffbau, Fabrikation von Töpferwaren, Ziegeleien
Tuchel 3448 E. (1905) 2214 kath.	Sägemühlen, Fabrikation von Gold- und Silberwaren, Kalksandsteinwerke
Wartenburg 4426 E. (1905) 3802 kath.	Ziegeleien, Zigarrenfabrikation
Wehlau 5284 E. (1905) 86 kath.	Eisengießerei, Maschinenfabrik, Säge- und Mahlmühle, Tonwarenfabrikation
Wormditt 5593 E. (1905) 4816 kath.	Orgelbauanstalt, Fabrikation von Schnupftabak; Mühlen, Ziegeleien.

**Chrześcijańskie Związki Zawodowe  
w Prusach Wschodnich i Zachodnich**  
Streszczenie

Założone w 1900 r. Chrześcijańskie Związki Zawodowe, międzywyznaniowe i partyjno-politycznie neutralne, znajdowały się w słabo uprzemysłowionych północnowschodnich Niemczech w trudnym położeniu. Rzadko istniejące większe ośrodki przemysłowe były daleko oddalone od siebie, a większość robotników w miasteczkach prowincjonalnych zatrudniona była w zawodach rzemieślniczych i drobnym przemyśle, pozostając w patriarchalnych stosunkach. Poza tym Chrześcijańskie Związki Zawodowe miały konkurencję ze strony socjalistycznych Wolnych Związków Zawodowych, stowarzyszeń zawodowych systemu Hirscha — Dunckera, wydziałów zawodowych katolickich stowarzyszeń robotniczych i częściowo również ze strony polskich stowarzyszeń zawodowych. Przed I wojną światową mogły one tylko w rejonie Gdańska wywrzeć jakiś godny uwagi wpływ na świat pracy, ponieważ otrzymywały one ideowe wsparcie ze strony katolickich stowarzyszeń robotniczych diecezji Chełmińskiej. W Prusach Wschodnich rozwój chrześcijańskiego ruchu związkowego rozpoczął się dopiero w ostatnich latach przed wojną, i to dzięki poparciu ze strony ewangelickich stowarzyszeń ludowych i robotniczych oraz ze względu na regres katolickich wydziałów zawodowych. Wojna światowa w dużym stopniu zniweczyła pracę twórczą. Po wojnie rozpoczęła się wielce obiecująca praca nad odbudową, zwłaszcza gdy członkowie katolickich oddziałów zawodowych po zakończeniu sporów między związkami zawodowymi niemieckich katolików mogli zostać włączeni do Chrześcijańskich Związków Zawodowych, a warunki pracy chrześcijańskiego związku zawodowego pracowników rolnych znacznie się poprawiły pod względem prawnym. O dalszym wzmocnieniu chrześcijańskiego ruchu związkowego świadczy również wyodrębnienie się związku robotników, pracowników i urzędników, które razem wchodziły w skład Niemieckich Związków Zawodowych. Porażki przyniósł przede wszystkim rok inflacji 1923 i światowy kryzys gospodarczy pod koniec Republiki Weimarskiej. Na atak narodowego socjalizmu w 1933 r. Chrześcijańskie Związki Zawodowe, podobnie jak inne związki zawodowe, były słabo przygotowane. W okresie Republiki Weimarskiej Chrześcijańskie Związki Zawodowe w Prusach Wschodnich i Zachodnich posiadały około jednej trzeciej liczby członków stojących na czele Wolnych Związków Zawodowych.

**The Christian Trade-Unions in East- and West-Prussia**  
Summary

The Christian trade-unions, founded in 1900 and organized mixed-denominationally and neutrally as to party politics, had much to contend with in the North-East of Germany so thinly industrialized. The few major industrial towns were remote from each other, and in the rural towns the bulk of the workers came from craft and light industry which stuck to patriarchal traditions. Furthermore, the Christian trade-unions had to compete with the socialist Free Trade-Unions, with the Hirsch-Duncker-Unions, with the professional branches of the Catholic Workers' Societies and, partly, with the Polish Professional Association. Before the Great

War, they managed only in the Danzig area to gain some considerable influence upon the working class, as, there, they were supported ideally by the Catholic Workers' Societies of the diocese of Kulm. In East-Prussia, the break-through of the Christian labour-movement began only in the immediate pre-War years, with the help of the Protestant People's and Workers' Societies and along with the decline of the professional branches of the Catholic Workers' Societies. The Great War ruined for the most part those beginnings. After the War, however, a much promising reconstruction was initiated, particularly as the members of the professional branches of the Catholic Workers' Societies could be incorporated into the Christian trade-unions, after the so-called unions-quarrel among the German Catholics had been settled, and, second, as the operating conditions of the Christian union of agricultural labourers had been improved. The specialization into leagues of workers, of employees and of civil servants — affiliated to the German Trade-Unions Congress — shows some further strengthening of the Christian labour-movement. Set-backs, however, were effected by the inflation of the year 1923 and by the Great Depression at the end of the Weimar Republic. Just like the other unions, the Christian trade-unions were not able to withstand the national-socialist onslaught in 1933. During the years of the Weimar Republic, the Christian trade-unions in East- and West-Prussia amounted to about one third of the members of the Free Trade-Unions leading.

S. K.

# Das Allensteiner Volksblatt in der Weimarer Republik

Von Helmut Kunigk

Die vorliegende Untersuchung beruht in erster Linie auf den leider lückenhaften Beständen des *Allensteiner Volksblatts* in den Bibliotheken des Kętrzyński-Instituts und des Masurischen Museums in Allenstein (Olsztyn)<sup>1)</sup>. Hinzu kommen einige Einzelnummern aus verschiedenen Jahrgängen, die sich in der Bibliothek des Historischen Vereins für Ermland in Münster befinden. Im übrigen ist das *Allensteiner Volksblatt* in der Bundesrepublik nicht nachgewiesen<sup>2)</sup>. Die erreichbaren Bestände erlauben es also nicht, die Berichte und Kommentare zum politischen Geschehen in der Zeit zwischen 1920 und 1933 kontinuierlich zu verfolgen. Das gilt sowohl für die Bereiche von Innen- und Außenpolitik wie auch für Wirtschaft, Kultur, Kommunalpolitik, Religions- und Weltanschauungsfragen und nicht zuletzt für die Auseinandersetzung mit den Organen der polnischen Minderheit in Ostpreußen. Trotz dieser Einschränkung lassen sich jedoch einige Meinungslinien genau verfolgen. In den Wochenendkommentaren am Sonnabend wird nicht nur Bezug auf das Geschehen in den vergangenen sieben Tagen genommen, sondern auch auf früher erschienene Artikel verwiesen, und es werden Meinungsänderungen begründet, die im Laufe der Jahre eingetreten sind<sup>3)</sup>. Unberücksichtigt bleiben Aufsätze, die eindeutig aus Korrespondenzen übernommen oder von Zentrumspolitikern — aus dem „Reich“ oder dem Ermland — nicht nur für das *Allensteiner Volksblatt* geschrieben worden sind.

Wichtige Informationen über die verlegerische Seite des *Allensteiner Volksblatts* lieferten das im Ermländischen Diözesanarchiv in Allenstein befindliche Protokollbuch des Verwaltungsrates der

1) Im Kętrzyński-Institut [Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego] sind folgende Nummern vorhanden: 28 (1920) 1-154, 156-199; 31 (1923) 1-211, 214-284; 32 (1924) 200-273; 33 (1925) 149-302; 35 (1927) 1, 142-143, 148-183, 188-198, 301-302; 37 (1929) 150-303; 39 (1931) 2-144, 146-148; 40 (1932) 1-6, 133-149; 41 (1933) 1-146. - Im Masurischen Museum [Muzeum Mazurskie] befinden sich die Nummern: 38 (1930) 68, 217, 222, 232, 236-237, 245, 273; 39 (1931) 4, 25, 35, 89, 200, 203, 215, 236, 290, 293; 40 (1932) 18, 20, 66-68, 74, 79, 164, 166, 171, 196, 216, 231, 260, 262-263, 273, 275, 281, 283, 286, 298; 41 (1933) 54, 60, 66, 99, 243-244, 247, 249, 296. Vgl. B. OCHRANOWICZ - I. SUCHTA - J. MINAKOWSKI, Katalog zasobów czasopism i wydawnictw zbiorowych bibliotek Olsztyna. Część I. Olsztyn 1976, S. 22 f.

2) Vgl. G. HAGELWEIDE, Deutsche Zeitungsbestände in Bibliotheken und Archiven. Düsseldorf 1974, S. 55.

3) Als Beispiel sei hier das Eintreten für Wilhelm Marx bei den Reichstagswahlen von 1925 und für Paul von Hindenburg bei den Wahlen von 1932 genannt, vgl. unt. S. 100 ff.

Ermländischen Verlagsgesellschaft GmbH in Braunsberg für die Jahre 1925 bis 1937 sowie die Lebenserinnerungen des in der in Frage stehenden Zeit verantwortlichen Chefredakteurs Carl Stephan. Dieser hat mit der Niederschrift seiner Memoiren erst kurz vor seinem Tod (1941) begonnen. Sie reichen daher leider nur bis zum Jahr 1920<sup>4)</sup>.

#### Ermländische Zeitungen nach dem Ersten Weltkrieg

Das *Allensteiner Volksblatt* gehörte zu jenen vier Zeitungen in Ostpreußen, die die politische Richtung der Zentrumspartei vertraten<sup>5)</sup>. Neben ihm waren es noch die *Ermländische Zeitung* in Braunsberg, die *Kreiszeitung Heilsberg-Guttstadt* in Guttstadt und die *Wormditter Zeitung*. Die höchste Auflage<sup>6)</sup> hatte die *Ermländische Zeitung* mit 8000 Exemplaren. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß auf die Stadt Braunsberg selbst 51 % und auf die umliegenden Städte und Dörfer 48 % der Bezieher entfielen. Die *Kreiszeitung Heilsberg-Guttstadt* gab 2000 Abonnenten und die *Wormditter Zeitung* 1300 Abonnenten an. Demgegenüber muß die Auflagenhöhe des *Allensteiner Volksblatts* mit 6000 Exemplaren unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl Allensteins von 40 000 und des Landkreises von etwa 60 000 relativ bescheiden erscheinen. Jedenfalls stand diese Zahl in keinem Verhältnis zur potentiellen Leserschaft und zum Anteil des Zentrums bei den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen in der Zeit der Weimarer Republik.

In Allenstein hatte das *Volksblatt* eine Konkurrenz, gegenüber der es immer im Hintertreffen blieb: die *Allensteiner Zeitung*, ein Blatt rechtsbürgerlicher und später deutschnationaler<sup>7)</sup> Tendenz, dessen Auflage<sup>8)</sup> es niemals erreichen konnte. Hinzu kam, daß es erst Mitte 1930 als *Amtliches Verkündungsblatt von Staats- und Gemeindebehörden* zugelassen wurde. Dieser Titel wurde ihm aber schon kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am 8. Mai 1933 genommen. Im Kopf der Zeitung blieb bis zum Ende der Name *Südostpreussische Landeszeitung*<sup>9)</sup>. Dieser Name bezeich-

4) Zu besonderem Dank ist Verf. der Tochter von Carl Stephan, Frau Rosemarie Maczey, nicht nur für das Überlassen der Memoiren, sondern auch für die Einwilligung zur Auswertung verpflichtet. Dank gilt nicht minder den Herren Prof. Dr. Marian Borzyszkowski, Dozent Dr. Zygmunt Lietz und Jerzy Minakowski MA. in Allenstein, die entscheidende Unterstützung bei der Beschaffung des Materials und bei der Übertragung auf Mikrofilm leisteten.

5) Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse. Berlin 1932, S. 205 ff.

6) Nach dem Stand von 1932.

7) „Die *Allensteiner Zeitung* verkauft — Der Betrieb und der Verlag der *Allensteiner Zeitung* ist an ein deutschnationales Konsortium verkauft worden. Die Übernahme erfolgt am 1. Juni. Jahrzehnte hindurch ist die *Allensteiner Zeitung* im Verlag der Familie Harich erschienen. Mit dem Verkauf verschwindet ein altes Zeitungsgeschäft.“ ALLENSTEINER VOLKSBLATT [künftig: AV] Nr. 119, 25. Mai 1923.

8) 1932: 10 500 Exemplare, vgl. Anm. 5.

9) Seit Juli 1923 nannte sich das AV im Untertitel auch eine zeitlang *Tageszeitung für die Kreise Allenstein und Rößel*.

net das regionale Verbreitungsgebiet, in dem es seine Leser suchte, das südliche und mittlere Ostpreußen oder das südliche Ermland mit Heilsberg als nördlicher Grenze. Als Zentrumszeitung hatte das *Volksblatt* seine potentielle Leserschaft so gut wie ganz nur in der katholischen Bevölkerung. An diese konnte sie sich wenden oder versuchen, sie, sofern noch nicht geschehen, für sich als Leser zu werben oder von anderen Blättern abzuwerben.

In Heilsberg existierte die *Warmia*, die während der Inflation 1923 auf „Korn-Basis“<sup>(10)</sup> in deutschnationale Hände ging. Die Auf-

- 10) Am 5. November 1923 erschienen vor dem Notar Seelmann-Eggebrecht in Königsberg Rittergutsbesitzer Emil Hönig, Condehnen, Leo Braun, Gamsau und Georg Buchholz und erklärten: „Wir haben durch notariellen Vertrag vom heutigen Tage jeder einen Geschäftsanteil von 5000 M der A. Wolff Buchdruckerei der Warmia, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heilsberg erworben und zwar gegen Zahlung eines Preises von je 600 Ztr. Roggen pro 5000 M Geschäftsanteile. Diese 600 Ztr. Roggen hat uns der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei in Königsberg zinslos zur Verfügung gestellt. Der Erwerb der Geschäftsanteile erfolgt von uns als Treuhänder des von der Deutschnationalen Volkspartei zu gründenden Presseverbandes Ostpreußen. Wir drei Erschienenen tragen hiermit dem Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei bzw. dessen Rechtsnachfolger oder einer von diesen zu bestimmenden dritten Person den Erwerb der von uns heute erworbenen je 5000 M Geschäftsanteile der A. Wolff Buchdruckerei der Warmia GmbH in Heilsberg zum Preise von je 600 Ztr. Roggen an und bemerken, daß wir Anspruch auf die Lieferung von 600 pro 5000 M Geschäftsanteil nicht haben, da uns ja, wie oben bemerkt, der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei den Roggen zum Erwerb der Geschäftsanteile zinslos darlehnsweise zur Verfügung gestellt hat. Wir halten uns an dieses Angebot, 30 Jahre vom heutigen Tage an gerechnet, gebunden. Unsere Verpflichtung geht auch auf unsere Erben über. Protokollbuch des Verwaltungsrates der Ermländischen Verlagsgesellschaft GmbH. Braunsberg. Ermländisches Diözesanarchiv Allenstein [Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie]. — Das *Volksblatt* meldete unter der Rubrik „Parteinachricht“: „Der Verlag der Warmia-Heilsberg erklärt in ihrer Nummer 268 vom 18. November 1923, daß der Presseverband Ostpreußen, der sonst in erster Linie zur Unterstützung der deutschnationalen Presse sein sollte“, dem Verlag der Warmia einen Kredit gewährt habe. Weiter wird erklärt: „Eine parteiamtliche Vertretung des Ostpreußischen Zentrums muß der Verleger naturgemäß in Zukunft ablehnen. Die Warmia-Heilsberg ist also in Zukunft nicht mehr Organ der Zentrumspartei.“ AV Nr. 270, 20. November 1923. Vgl. auch H. PREUSCHOFF, Zeitungen im Ermland. In: UNSERE ERMLÄNDISCHE HEIMAT 24 (1978), Nr. 2/3, S. V ff., und Nr. 4, S. IX ff.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Goldau-Schönwiese (auf ihn wird später im Zusammenhang mit dem Abschluß des Preußenkonkordats eingegangen, vgl. unten S. 90 ff) und der übrigen Mitglieder der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei (Deutsche Fraktion) im Zusammenhang mit der Entziehung der amtlichen Aufträge und Annoncen an die Warmia durch den Landrat von Heilsberg antwortete der Preußische Innenminister Waentig unter dem 10. Juli 1930: „Soweit der Zeitung Warmia die amtlichen Aufträge der Kreiskommunalverwaltung durch Beschluß des Kreis Ausschusses entzogen worden sind, handelt es sich um eine Selbstverwaltungsangelegenheit, in die von Aufsichts wegen nicht eingegriffen werden kann. Soweit der Landrat in Heilsberg hinsichtlich der staatlichen Bekanntmachungen und Druckaufträge sich dem Vorgehen des Kreis Ausschusses angeschlossen hat, billige ich bei der verfassungsfeindlichen Haltung der Zeitung seine Maßnahme in vollem Umfange.“ Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz. Berlin. Rep. I, 203, 484. Zeitungen und Zeitschriften, H. 2: Preussischer Landtag, 3. Wahlperiode, 1. Tagung 1928/30, Kleine Anfrage und Antworten, Bl. 1873, Kleine Anfrage Nr. 1389 vom 9. Mai 1930 und Antwort vom 10. Juli 1930.

lage der *Warmia* lag nur um 500 Exemplare unter der des *Volksblatts*. Allerdings erstreckte sich das Verbreitungsgebiet nicht nur auf die Stadt Heilsberg mit seinen damals 8500 Einwohnern. Versuche, die *Warmia* zurückzukaufen und damit wieder in ein Zentrumsblatt umzuwandeln, scheiterten<sup>11)</sup>. Das in Rößel erscheinende *Rößeler Tageblatt* (Auflage 1500) tendierte ebenfalls zu den Deutschnationalen<sup>12)</sup>. Es hatte in Erzpriester Dr. Georg Matern<sup>13)</sup> einen reputierten Mitarbeiter, dessen Eintreten bei den Präsidentschaftswahlen 1925 für Hindenburg und damit gegen den Zentrums kandidaten Wilhelm Marx sogar Dompropst Franz-Xaver Sander<sup>14)</sup> in Frauenburg in die Auseinandersetzungen eingreifen ließ. Die anderen Zeitungen im Ermland mit kleineren Auflagen — *Bischofsburger Zeitung*, *Bischofsteiner Anzeiger* mit der Nebenausgabe *Seeburger Zeitung* und *Wartenburger Zeitung* — nannten sich parteilos<sup>15)</sup>.

In Allenstein gab es bis 1939 als Organ der polnischen Minder-

- 11) Vgl. Viktor Wolff (Mitinhaber der *Warmia*) an Erzpriester Buchholz, Wormditt, 22. 1. 1930, und Buchholz an Karl Skowronski (Direktor der Ermländisches Zeitungs- und Verlagsdruckerei in Braunsberg), 30. 1. 1930. Ermländisches Diözesanarchiv in Allenstein. Vgl. auch PREUSCHOFF, a. a. O., S. X f.
- 12) Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 205 ff.
- 13) Vgl. A. POSCHMANN, Georg Matern. In: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE [APB] Bd. 2. Marburg/Lahn 1969, S. 423 f.
- 14) Vgl. H. SCHMAUCH, Franz Heinrich Paul [!] Sander. Ebd. S. 589 — Matern hatte in der *Warmia* und im *Rößeler Tageblatt* gleichlautend geschrieben, daß es weder in der Pflicht noch im Interesse der Katholiken liege, Marx zu wählen. Weiter war von „Verrat am christlichen Glauben durch den mit der Sozialdemokratie verbündeten Zentrums mann Marx“ die Rede. Dompropst Sander antwortete auf einem Flugblatt u. a.: „Das war eine unglückliche Stunde, sehr verehrter Herr Erzpriester, in der Sie diesen Artikel schrieben, unglücklich zunächst für Sie, und ich fürchte, unglücklich für das ermländische Volk, in dessen Reihen Sie Verwirrung und Zweifel säten.“ Zum angeblichen Wahlbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie betonte Sander: „Dieser Beweis ist der Bankrott Ihres politischen Rufes . . . Das Abkommen nämlich, von dem Sie mit so viel Abscheu reden, besteht nicht. Es ist reine Erfindung der deutschnationalen Presse, auf die Sie aber leider hereingefallen sind . . . Das Abkommen von dem Sie glatt behaupten, daß es geschehen ist, ist glatt erfunden. Jeder einigermaßen unterrichtete Politiker, der nicht ausschließlich deutschnationale Blätter liest, wußte es. Auch Sie mußten es wissen und haben es leider nicht gewußt, und so fielen Sie bedauerlicherweise auf diesen Schwindel hinein und haben diesen Schwindel dem Volk Ermlands als Tatsache vorgesetzt. Das ist — ich kann mir nicht helfen — blamabel für Sie und irreführend für unser Volk.“ Das Flugblatt schließt mit den Worten: „Der hochwürdigste Herr Bischof [Augustinus Bludau] hat mich ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß er Ihren Artikel bedaure wegen der irrigen Voraussetzungen desselben und wegen der Verwirrung, die Sie mit Ihren aus falschen Voraussetzungen gezogenen irrigen Schlußfolgerungen im ermländischen Volk angerichtet haben. Er wählte Marx, weil er der Überzeugung sei, daß er mit dieser Wahl sowohl Vaterland wie Kirche am besten diene. Er würde sich freuen, wenn seine Diözesanen ebenso dächten und handelten.“ Diese Kontroverse behandelte Carl Stephan in einem Aufsatz unter dem Titel „Der Präsidentschaftskampf in Ostpreußen“, der am 6. Mai 1925 in der *GERMANIA*, dem Berliner Organ der deutschen Zentrums partei, erschien.
- 15) Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 205 ff.

heit im südlichen Ostpreußen die *Gazeta Olsztyńska*<sup>16)</sup>. Die Auflage des Blattes sank in den Jahren von 1920 bis 1933 von 5000 auf 850 und die Zahl der Bezieher von 2000 auf 601. 1939 lagen die entsprechenden Zahlen bei 600 beziehungsweise bei 350. Da die Zeitung vornehmlich im Landkreis Allenstein gelesen wurde<sup>17)</sup> und in ihrer Kritik an den deutschen Behörden, nicht zuletzt in Fragen der Kultur- und Minderheitenpolitik, nicht zimperlich agierte, die deutsche Geistlichkeit in der Sprachenfrage und im Religionsunterricht genauestens, ja fast penibel, kontrollierte und strenge Distanz zum Zentrum übte, gab es immer wieder Konfrontationen. Der Hauptgegner für das *Volksblatt* blieb aber die *Allensteiner Zeitung*, nicht nur aus wirtschaftspolitischen und Konkurrenzgründen, sondern mehr noch aus der republikanischen Frontstellung gegen die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und später zusätzlich gegen die Nationalsozialisten.

### Das Allensteiner Volksblatt und sein Chefredakteur Carl Stephan

Das *Allensteiner Volksblatt* ist 1891 von dem Wormditter Eugen Buchholz (1865-1928) gegründet worden. Dieser, ein Bruder des ermländischen Historikers Franz Buchholz (1884-1949), hat

„Vermögen und Gesundheit seiner Gründung geopfert. Zweifellos hatte er einen guten Blick für das Bedürfnis Allensteins nach einem katholischen Organ. Die Katholiken, zwei Drittel der Bevölkerung, hatten überhaupt nichts zu sagen. Sie waren bestenfalls geduldet. Für mittlere Beamtenposten kamen sie kaum, für höhere gar nicht in Betracht. In Allenstein war also für ein katholisches Blatt wirklich Pionierarbeit zu leisten. Buchholz tat sein Möglichstes. Seine Finanzkraft reichte aber nicht hin, zumal er überall auf größte Schwierigkeiten stieß. Als er sich einen den Körper fast lähmenden Rheumatismus zugezogen hatte, mußte er sich zurückziehen. Es wäre mit dem Blatt zu Ende gewesen, hätte es nicht der Bischöfliche Stuhl übernommen“<sup>18)</sup>.

Ähnlich äußert sich auch Preuschoff<sup>19)</sup>. Um der nationalpolnisch eingestellten *Gazeta Olsztyńska* das Wasser abzugraben, hatte Buchholz 1890 die *Nowiny Warmińskie*, eine Zeitung in polnischer Sprache mit deutscher Tendenz, gegründet<sup>20)</sup>. Sie erschien dreimal wöchentlich und mußte wegen Unrentabilität 1891 ihr Erscheinen

- 16) Vgl. J. CHLOSTA, *Wydawnictwo Gazety Olsztyńskiej w latach 1918-1939*. Olsztyn 1977 und A. WAKAR, *Olsztyn 1353-1945*. Olsztyn 1971, S. 167 ff.
- 15) *Handbuch der deutschen Tagespresse*, S. 205 ff.
- 16) Vgl. J. CHLOSTA, *Wydawnictwo Gazety Olsztyńskiej w latach 1918-1939*. Olsztyn 1977 und A. WAKAR, *Olsztyn 1353-1945*. Olsztyn 1971, S. 167 ff.
- 17) Eine Leseranalyse aus dem Jahre 1927 ergab, daß von 456 Beziehern 245 aus dem Ermland — praktisch aus dem Landkreis Allenstein — 70 aus Masuren und 151 aus Westpreußen kamen, vgl. CHLOSTA, S. 147.
- 18) STEPHAN, *Lebenserinnerungen*, S. 170.
- 19) PREUSCHOFF, a. a. O., S. VII.
- 20) Vgl. A. FUNK, *Geschichte der Stadt Allenstein*. Leer 1955, S. 402.

einstellen. Dafür brachte Buchholz 1891 die ebenfalls dreimal wöchentlich erscheinende *Allensteiner Volkszeitung* heraus. Aber auch diese ging schon 1892 ein. 1893 versuchte es Buchholz noch einmal mit einer *Allensteiner Volkszeitung* und mit der in polnischer Sprache gedruckten Zeitung *Warmiak*. Um der *Volkszeitung* eine sichere Grundlage zu geben und um ein wirksames Mittel gegen die polnische Agitation zu haben, kaufte die kirchliche Behörde in Frauenburg Druck und Verlag, und die Zeitung erschien als *Allensteiner Volksblatt* bis zum 31. Dezember 1935. „Bestimmend für den Erwerb der Zeitung durch die kirchliche Behörde war die im Jahre 1892 erfolgte Wahl des polnischen Pfarrers Wolszlegier-Gilgenburg zum Mitglied des Deutschen Reichstages“<sup>21)</sup>.

Das *Allensteiner Volksblatt* erhielt aber seine Bedeutung als politische Zeitung und als Stimme der Zentrumspartei erst mit Carl Stephan, der die Redaktion am 1. April 1914 übernahm. Einschränkung muß hinzugefügt werden, daß die Phase des Ersten Weltkrieges eine verantwortungsbewußte journalistische Tätigkeit nur mit Hindernissen zuließ.

Carl Stephan<sup>22)</sup> wurde am 31. Juli 1884 in Lüdermund, Kr. Fulda, geboren. Nach dem frühen Tod der Eltern kam er zu Verwandten nach Oberbimbach, Kr. Fulda, wo ihn der Ortspfarrer durch Privatunterricht auf den Besuch des Gymnasiums vorbereitete. 1899 trat er in das Kolleg der Franziskaner in Watersleyde (Holland) ein. Ostern 1903 folgte das Noviziat bei den Franziskanern in Ottbergen bei Hildesheim. Doch nach sechs Monaten trat Stephan wegen seines schlechten Gesundheitszustandes und nach eigenem Eingeständnis wegen „mangelnder Eignung zum Ordensleben“ aus dem Kloster aus. Es folgte Ostern 1904 die Aufnahme in die Unterprima des Gymnasiums Fulda. Nach dem Abitur begann er ein Studium an der Universität Bonn und übte in dieser Zeit — als Werkstudent — eine Hauslehrertätigkeit in der Eifel aus. Mit dem Wintersemester 1906 siedelte er nach Berlin über und konzentrierte sein Studium auf Vorlesungen und Seminare im Bereich der Nationalökonomie bei Professor Adolph Wagner<sup>23)</sup>. Die 1908 an der Universität Marburg eingereichte Dissertation über „Das Finanzwesen Kurhessens von 1800 bis 1862“ wurde wegen ihrer Länge zunächst abgelehnt und sollte umgeschrieben werden. Dazu kam es dann — wie so oft bei Journalisten — nicht mehr, nachdem Stephan eine Volontärstelle bei der *Fuldaer Zei-*

21) Vgl. ebd., S. 403. Zu Wolszlegier und Buchholz vgl. auch H.-J. KARP, Bischof Andreas Thiel (1886-1908) und die Sprachenfrage im südlichen Ermland. In: ZGAE 37 (1974) S. 57-103, bes. S. 67 ff., hier auch weitere, vor allem polnische Literatur.

22) Vgl. Lebenserinnerungen, und demnächst H. KUNIGK, Carl Stephan. In: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE.

23) Adolph Wagner (1835-1917), seit 1870 Professor in Berlin, vgl. Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte [künftig: BWDG]. 2. Aufl. Bearb. v. K. BOSL - G. FRANZ - H. H. HOFMANN. München. Bd. 3, 1975, Sp. 3009 f.

tung angenommen hatte. 1911 wurde er Redakteur der Zentrumszeitung *Düsseldorfer Tageblatt* und wechselte 1912 zum *Paderborner Anzeiger*. Als dieser in finanzielle Schwierigkeiten geriet, bewarb sich Stephan um die „erstbeste Stelle, die sich bot“, und das war ein Redakteursposten beim *Allensteiner Volksblatt*. Stephan schreibt in seinen Lebenserinnerungen:

„Meine Bewerbung an den Verleger des *Allensteiner Volksblatts* habe ich noch an jenem 23. März 1914<sup>24)</sup> abgehen lassen. Ich schrieb einen ausführlichen Brief, konnte aber keine Zeugnisse beifügen, da ich die Leute des *Paderborner Anzeigers*, die noch im Besitz meiner Papiere waren, nicht eher ins Bild setzen wollte, als bis mir die neue Stelle sicher war. Überraschenderweise erhielt ich wenige Tage darauf aus Allenstein eine einfache Postkarte, auf der mir mitgeteilt wurde, daß ich die Stelle als Redakteur am *Volksblatt* erhalte. Ich wurde gleichzeitig angefragt, ob ich am 1. April meinen Dienst dort antreten könne. Unterzeichnet hatte die Karte nicht der Verleger Kaplan von Tempski<sup>25)</sup>, sondern der Geschäftsführer Hugo Rohde. Gleichzeitig gingen mir einige Nummern des *Allensteiner Volksblatts* zu. Sie waren für mich eine schlimme Enttäuschung. Es hatte den Anschein, als müßte ich in Allenstein ebenso weit von vorn anfangen wie in Paderborn. In der einen Nummer beispielsweise stand auf der ersten Seite des Blattes ein Bericht über eine ordentliche Versammlung des katholischen Gesellenvereins mit gut 70 Zeilen . . . Am Morgen des 1. April 1914 kam ich mit dem D-Zug Berlin-Posen-Thorn in Allenstein an. Es war ein sonniger Tag. Was ich zunächst von der Stadt sah, machte auf mich einen günstigen Eindruck. Ihre ersten Einwohner allerdings, mit denen ich zusammentraf, wirkten weniger günstig. Gleich am Bahnhof fragte ich einen Mann nach dem *Allensteiner Volksblatt*. Er antwortete mir überhaupt nicht. Ich ging der Stadt zu und fragte nochmals. Der Gefragte wußte angeblich nichts von dem Blatt. Am Gymnasium erkundigte ich mich zum dritten Mal. Diesmal war es ein freundlicher Mensch, der sich sogar erbot, mich bis zum *Volksblatt* zu bringen. Ich nahm das Angebot gern an. Im Laden des *Allensteiner Volksblatts* nannte ich meinen Namen und wurde in ein enges Bürozimmer neben dem Laden verwiesen. Hier stellte sich mir Hugo Rohde vor. Das war also der Geschäftsführer, der mir mein Engagement mitgeteilt hatte. Sicher war er nicht älter als 25 Jahre. Er führte mich nach kurzer Unterhaltung eine Treppe höher zur Redaktion. Noch am selbigen Morgen habe ich meine Arbeit aufgenommen. Den Verleger lernte ich wohl auch noch an jenem Vormittag kennen. Auch da sprach er noch nichts von der Regelung meines Gehaltes. Erst ein paar Tage später mußte ich das Thema anschneiden. Als bei der Verhandlung Kaplan von Tempski sich den Scherz leistete, mir 50 Mark weniger zu bieten, als ich in Paderborn gehabt hatte, erklärte ich ihm kurz und kühl, mein Koffer sei noch gepackt; unter den angebotenen Bedingungen

24) Stephan wurde von einem westfälischen Paramentenhändler, der regelmäßig das Ermland besuchte, angeregt, sich nach Allenstein zu bewerben. Auf einer seiner Reisen sei er gebeten worden, sich nach einem Redakteur umzuschauen, vgl. Lebenserinnerungen, S. 135.

25) Bruno von Tempski (1879-1941), vgl. L. PLOETZ, *Fato profugii*. Neumünster 1965, S. 66.

hätte es für mich keinen Sinn, in Allenstein zu bleiben. Ich möchte dann lieber sofort wieder abreisen. Schließlich war Kaplan von Tempski mit dem gleichen Gehalt wie in Paderborn einverstanden. Mit 250 Mark monatlich habe ich bis ins Jahr 1920 auskommen müssen. In jenen ersten Apriltagen 1914 allerdings hatte ich nicht die Absicht, solange in Ostpreußen auszuhalten. Ich dachte, so ein bis anderthalb Jahre! Es ist anders gekommen<sup>26)</sup>.

Stephan hatte es als Nichtostpreuße und Nichtermländer sicher anfangs schwer, journalistisch in Allenstein heimisch zu werden. Erstaunlicherweise gelang ihm das Fußfassen nicht nur als Journalist relativ schnell. Auch als Zentrumsolitiker wurde er rasch respektiert, so daß er 1919 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde und bis 1933 der Sprecher der Zentrumsabgeordneten blieb. Rein journalistisch, und nicht in seiner Person begründet, war der Beginn deshalb schwierig, weil seine Vorgänger Grunwald und Thömmes einiges getan hatten, um das Renommee des *Volksblattes* zu verdunkeln.

„Was sollte den Katholiken auch ein Blatt, dessen Redakteur dauernd betrunken war und die Vormittage in Kneipen mit Damenbedienung verbrachte . . . Oder was sollte den Katholiken ein Blatt helfen, dessen Redakteur leichtgläubiger war als ein Kind . . . , der sich dadurch einen Prozeß nach dem anderen auf den Hals zog<sup>27)</sup>“.

Diese „Mißwirtschaft“ der Vorgänger mußte den moralischen Kredit des Blattes schwer erschüttern. Im Gegensatz dazu

„war die *Allensteiner Zeitung* allgemein angesehen. Sie war gut geleitet und fast immer ausgezeichnet unterrichtet. Ihr Chefredakteur Hugo Gerlach, der mir in späteren Jahren ein lieber Freund werden sollte, war ein tüchtiger Mensch, ein vornehmer Charakter und ein ausgezeichnete Journalist, der sich zudem hütete, in seinem Blatt den Katholiken zu nahe zu treten, so daß die Mehrzahl der Katholiken im Allensteiner Land gar nicht auf den Gedanken kam, anstelle der evangelischen *Allensteiner Zeitung* das katholische Volksblatt zu halten<sup>28)</sup>“.

Stephan war in den ersten Jahren Alleinredakteur des Blattes. Auf sein Drängen hin erhielt er kurz nach dem Ersten Weltkrieg einen zweiten Redakteur<sup>29)</sup>. Er war der Bruder des Geschäftsführers Hugo Rohde. Paul Rohde hatte in der Expedition und in der Buchhaltung der Zeitung gearbeitet und eine Setzerlehre absolviert. Als Redakteur kümmerte er sich um die lokalen Notizen und berichtete über die Stadtverordnetenversammlungen. 1927 kam mit Gerhard Schöpf ein weiterer Redakteur zum *Volksblatt*<sup>30)</sup>. Laut Impressum war er für das Feuilleton und für die vermischten Nachrichten zuständig. Er schrieb aber auch politi-

26) Lebenserinnerungen, S. 169.

27) Ebd. S. 171.

28) Dieses Urteil in bezug auf die *Allensteiner Zeitung* gilt jedoch nur für die ersten Jahre der Tätigkeit von Stephan in Allenstein.

29) Im Impressum des AV Nr. 2 vom 3. Januar 1920 heißt es: „ . . . verantwortlich . . . für den lokalen, provinziellen, vermischten und schöngeistigen Teil: Paul Rohde“. Vgl. auch Lebenserinnerungen, S. 176.

sche Kommentare, die er mit seinem Namen zeichnete oder mit G. S. signierte, sowie in Vertretung von Stephan als „Politicus i. V.“ das „Politische Wochenend“. Paul Rohde zeichnete nicht selbst.

### Volksabstimmung und Minderheitenprobleme

Die Volksabstimmung im südlichen Ermland und in Masuren nach dem Ersten Weltkrieg bot Stephan ein Aktionsfeld, in das er sich nicht nur als Journalist stürzte. Es war für ihn von vornherein klar, sich und seine Zeitung voll und ganz für die deutsche Sache zur Verfügung zu stellen. Er gehörte zu den 25 Männern, die sich am 21. März 1919 in Allenstein zusammenfanden und die Bezirksstelle des „Ostdeutschen Heimatdienstes“ ins Leben riefen<sup>30)</sup>. Von der *Allensteiner Zeitung* war in der Unterzeichnerliste niemand vertreten. Daher bemerkte auch Max Worgitzki bissig: „Die größte Tageszeitung aber im Bezirke, die *Allensteiner Zeitung* (28 000 Auflage)<sup>31)</sup>, nahm eine Haltung ein, die fast an die Möbelwagen auf den Straßen erinnerte. Sie hat die deutsche Propaganda schwer gehemmt, und erst wenige Monate vor der Abstimmung entdeckte sie, daß unser Gebiet doch wohl nicht an Polen fallen würde. Da wurde sie sogar angriffslustig. Um so erfreulicher und erfrischender war die Haltung der zweitgrößten Zeitung, des *Allensteiner Volksblattes*, und seines leitenden Redakteurs, Carl Stephan. Diesem wackeren deutschen Mann hat das Abstimmungsgebiet viel zu danken. Vom ersten Augenblick an, da die Polen mit ihren Ansprüchen auf Ermland und Masuren hervortra-

30) Von Gerhard Schöpf waren leider genaue Angaben zu seiner Biographie nicht zu erlangen. Nach Angaben von Frau Rosemarie Maczey hatte die Tatsache, daß Schöpf wie Stephan aus der Gegend von Fulda stammte, keinen Einfluß auf seine Anstellung in Allenstein. — Das Protokollbuch des Verwaltungsrates der Ermländischen Verlagsgesellschaft in Braunsberg (s. Anm. 10) vermerkt unter dem 20. Mai 1926: „Für das *Allensteiner Volksblatt* soll als Volontär cand. phil. G. Schöpf aus Fulda gewonnen werden.“ Unter dem 8. März 1927 heißt es: „Der Sitzung war am 7. März eine Besichtigung der Filiale in Allenstein durch die Verwaltungsratsmitglieder und Gesellschafter und eine Besprechung mit den Redakteuren Stephan und Schöpf vorausgegangen“. Also war Schöpf zu dieser Zeit schon beim AV beschäftigt. Er hatte zuvor — nach einer mündlichen Mitteilung von Hans Preuschoff — an der Universität München u. a. bei Professor Artur Kutscher Theaterwissenschaft studiert. Nach der Einstellung des AV wurde er 1936 Redakteur des *Ermländischen Kirchenblattes*. Während des Zweiten Weltkrieges zur Wehrmacht einberufen, ist Gerhard Schöpf 1944 vor der russisch-polnischen Festung Ostrowiec gefallen, vgl. PREUSCHOFF, a. a. O., S. VII.

31) Vgl. FUNK, S. 303. — Zur Tätigkeit dieser Organisation vgl. M. WORGITZKI, 10 Jahre Ostdeutscher Heimatdienst. In: MASURISCHER VOLKSKALENDER 1930, S. 114-121 (zitiert bei Z. LIETZ, Ostdeutscher Heimatdienst. Materiały do antypolskiej działalności z lat 1927-1933 [O. H. Materialien zur antipolnischen Tätigkeit in den Jahren 1927-1933]. In: KOMUNIKATY MAZURSKO-WARMIŃSKIE 1959, Nr. 2 (64), S. 198, Anm. 3). — Zu Worgitzki vgl. K. MAEDER, Max Worgitzki. In: APB II, S. 825 f.

32) Bei dieser Auflagenhöhe handelt es sich um eine Zahl, die keineswegs dem normalen Durchschnitt entsprach, sondern durch die Abstimmungszeit bedingt war.

ten, trat er auf den Plan und nahm den Kampf auf. Und nicht zaghaft, sondern mit kräftigen Streichen. Aber leider war das Wirkungsfeld des *Allensteiner Volksblattes*, da es ein Zentrumsblatt ist, auf das katholische Ermland beschränkt<sup>(33)</sup>). Auch Funk scheute sich nicht, noch 1943 das Urteil von Worgitzki zu übernehmen<sup>(4)</sup>).

Stephan selbst vermerkt über diese Zeit:

„Es war zu Beginn der Abstimmungszeit, im Januar 1920, als allerdings die Marschroute des *Allensteiner Volksblattes* längst und unwiderruflich festgelegt war. Da kam eines Morgens Kaplan von Tempiski mit einem Brief des Bischofs Augustinus zu mir. Darin stand, ich möchte während des Kampfes um die Volksabstimmung bei aller Festigkeit im Eintreten für die deutsche Sache doch auch die christliche Liebe nicht vergessen. ‚Suaviter in modo, fortiter in re!‘ solle meine Haltung sein. Ich nahm das zur Kenntnis als einen schönen Wunsch, der dem Bischof wohl anstünde, der aber angesichts der Tonart, die von den Polen in dem Kampfe längst vorgelegt worden war, keineswegs immer durchzuführen sein würde. Einige Tage später kam Kaplan von Tempiski von neuem mit einem bischöflichen Brief. Inzwischen hatte die *Gazeta Olsztyńska* wieder einmal in der heftigsten Form gegen die ‚Germanisierungsarbeit der deutschen katholischen Geistlichen‘ losgelegt und als den dafür Verantwortlichen den Bischof

33) M. WORGITZKI, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren. Leipzig 1921, S. 58 f. Zu dem Buch von Worgitzki machte die Pressestelle des Oberpräsidiums in Königsberg eine vertrauliche Pressenotiz für die Redaktionen der ostpreußischen Blätter. Darin wurde empfohlen, bei einer etwaigen Besprechung auf die Darstellungen über die *Allensteiner Zeitungen* nicht weiter einzugehen, „um nicht eine Pressefehde heraufzubeschwören, die leicht zu einer Beeinträchtigung der deutschen Interessen führen könnte“. Dagegen muß Stephan beim Oberpräsidium protestiert haben. Unter dem 23. 7. 1921 regte die Pressestelle ein Antwortschreiben an das AV an, in dem bemerkt wurde, mit der vertraulichen Mitteilung habe hautsächlich verhütet werden sollen, daß die betreffende Darstellung Anlaß zu allgemeinen Auseinandersetzungen in der ostpreußischen Presse geben könnte, „wobei die Gefahr bestand, daß auch mancherlei andere vertrauliche Dinge während der Abstimmungszeit hierbei besprochen werden. Aus einer solchen allgemeinen Diskussion würden auf jeden Fall die Polen nur Nutzen ziehen und die an und für sich schon gefährdete außenpolitische Lage Ostpreußens weiter benachteiligt werden können. Nur mit Rücksicht auf die allgemeinen ostpreußischen Interessen hielten wir die Behandlung und Wiederaufrollung der Einzelheiten über die *Allensteiner Presseverhältnisse* in den Tageszeitungen, wobei auch parteipolitische Gegensätze sich entwickeln konnten, nicht für angebracht und regten daher bei den Schriftleitungen an, von der Behandlung oder Wiedergabe dieser angedeuteten Stellen Abstand zu nehmen.“ Dabei sei es — so wurde eigens betont — den Zeitungen überlassen geblieben, auf diese „Anregung“ einzugehen. In einem Schreiben des Oberpräsidiums vom 17. August 1921 an Oberregierungsrat von Jerin beim Regierungspräsidium in Allenstein ist von einem Schriftwechsel der Pressestelle mit dem AV die Rede. Er ist nicht erhalten. Von Jerin wurde gebeten, Stephan zu beruhigen und ihm den Verdacht zu nehmen, als ob das Eingreifen seitens der Pressestelle auf Veranlassung der *Allensteiner Zeitung* erfolgt sei. „Im übrigen sollte ja durch die Pressenotiz dem *Allensteiner Volksblatt* keinerlei Verdienst genommen werden.“ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Berlin. Oberpräsidium Königsberg. Rep. 2, II, Nr. 4262, Bl. 110, 111 und 117.

34) Vgl. FUNK, S. 303.

Augustinus persönlich in massivster Weise angegriffen. In dem Brief an Kaplan von Tempski lehnte es der Bischof mit Recht ab, öffentlich zu den Angriffen der *Gazeta* Stellung zu nehmen; aber er legte in dem Brief ausführlich seine Auffassung dar. Kaplan von Tempski las mir das alles vor. Als er zu Ende war, fragte ich in aller Harmlosigkeit: „Und wo bleibt da der oberhirtliche Grundsatz *suaviter in modo?*“ Worauf wir beide in schallendes Gelächter ausbrachen. Der Brief war nämlich nicht nur fortiter in re, sondern ebenso fortiter in modo!“<sup>35)</sup>

Stephan schrieb acht Jahre später: „So habe ich in den Monaten von März 1919 bis August 1920 faktisch nichts anderes geschrieben, kaum anderes gedacht als Volksabstimmung, Volksabstimmung. Leicht war's nicht“<sup>36)</sup>. Man darf diese Aussage nicht überbewerten. Selbstverständlich gab es für Stephan in dieser Zeit auch andere Themen, die er kommentierte. Es sei nur daran erinnert, daß in den Märztagen des Jahres 1920 der Kapp-Putsch die junge Republik vernichten wollte, der als „ein Versuch mit untauglichen Mitteln“<sup>37)</sup> bezeichnet wird und von dem es fünf Tage später bei aller vorangegangenen Kritik an der „Schaukelpolitik der sozialdemokratischen Regierung Bauer“ heißt: „Die Phrase von der militärischen Bedrohung hat gerade den Streich Kapps in ein Nichts zerfließen lassen. Die Demokratie sitzt bei uns fester denn je im Sattel“<sup>38)</sup>.

„Fortiter in modo“ wurde der deutsche Standpunkt rigoros während der ganzen Abstimmungszeit vertreten. Das galt vor allem dann, wenn religiöse, katholische Aspekte in die Auseinandersetzungen hineingetragen wurden. Die Verteidigung von Bischof Augustinus Bludau gegen Angriffe der *Gazeta Olsztyńska* geschah aus der „Ehrfurcht“, die den „Bischöfen und Priestern als Stellvertretern Christi gegenüber“ empfunden wurde.

„Die ganze Polemik gegen die oberste kirchliche Behörde des Ermlandes . . . ist daher eine böswillige Mache, gegen die wir Katholiken uns auf das entschiedenste wehren müssen. Leute, die ein derartiges Vorgehen gegen den Bischof verantworten zu können glauben, haben kein Recht, als ihr Motto den katholischen Gruß zu führen, haben kein Recht, ihre Versammlungen mit Gebet und geistlichem Lied zu eröffnen, eben kein Recht, sich als die einzig wahren Katholiken aufzuspielen. Das ist krasse Heuchelei, nichts weiter, und zwar um so mehr, als sie selber ja nicht an das glauben, was sie da vorbringen“<sup>39)</sup>.

Die jeweils besseren Christen und Katholiken zu sein: dieser Anspruch auf beiden Seiten macht aus der Rückschau die Polemik nicht erfreulicher. Schon vorher hatte in einem Leitartikel mit der Überschrift „Moral in Polen“ Kirchschullehrer Kirch, Gr. Le-

35) Lebenserinnerungen. S. 173.

36) In: UNSERE HEIMAT Nr. 28, 8. Juli 1928. Die Zeitung war das Organ des „Ostdeutschen Heimatdienstes“ und erschien in Allenstein.

37) AV Nr. 63, 16. März 1920.

38) AV Nr. 68, 21. März 1920.

39) AV Nr. 78, 2. April 1920; dieser Artikel ist mit C. S. signiert.

schienen, u. a. behauptet<sup>40)</sup>, daß die unehelichen Geburten in Posen 5,8 Prozent und in Deutschland dagegen nur 2,81 Prozent betrügen; Prostitution, Trunkenheit und Analphabetentum lägen weit über den entsprechenden Zahlen im Deutschen Reich. Gegen diesen Artikel protestierte Eugen Buchholz in der *Gazeta*. Er warf dem *Volksblatt* vor, „extrem nationalistisch“ und „gehässig“ zu sein, den „Beifall der Kirchenfeinde“ zu haben sowie „unter katholischer Flagge Haß und Zwietracht zu säen“. Darauf wurde in einem mit Y. Z. signierten Artikel geantwortet<sup>41)</sup>. Der Schreiber — es könnte wegen der Kenntnisse der Interna Carl Stephan gewesen sein — erinnerte daran, daß Eugen Buchholz das *Allensteiner Volksblatt* 1891 gegründet und bis 1898 persönlich geleitet hatte. Infolge Krankheit habe er sich nach Wormditt zurückziehen müssen. Seit vielen Jahren könne er sich nicht mehr von seinem Krankenstuhl erheben. Bis 1903 sei er an der Leitung des *Volksblatts* beteiligt gewesen, dann ganz ausgeschieden. Sein „Hineingleiten in eine ganz eigenartige Richtung geschichtlicher, historischer und psychologischer Liebhabereien“ habe eine weitere Aufnahme seiner Arbeiten unmöglich gemacht. Der Kommentator stellte sich hinter Kirch, den er einen „der ruhigsten und sachlichsten Kämpfer“ nennt, „der sich bei seinen Arbeiten fast ausschließlich auf polnische Quellen stützt“. Eugen Buchholz müßte dankbar sein, daß nicht nur die Verhimmelung Polens in der Welt herumgetragen werde, sondern die Öffentlichkeit auch einmal erfahre, wie man in Polen selbst über das eigene Volk denke.

Trotz Härte und Schärfe sowie nicht zu bestreitender Demagogie auf beiden Seiten machte sich Stephan vier Wochen vor dem eigentlichen Datum der Abstimmung (11. Juli) „Gedanken zur Liquidation der Abstimmungszeit“<sup>42)</sup>.

„Die polnisch orientierten Ermländer und Masuren ständen also nach der Abstimmung einsam unter ihren Volksgenossen da. Sie müssen und werden sich auf die Dauer als Fremde im Lande fühlen, und die Bevölkerung selbst wird in diesen Zeiten nationaler Hochspannung sie stets als Stachel empfinden und sie abzustoßen versuchen. In allen Ermländern und Masuren ist das Heimatgefühl unstreitig einer der stärksten Impulse in ihrem öffentlichen Handeln. Wer von ihnen wird sich der Gefahr aussetzen, wegen einer politischen Verirrung in wechselreichen Zeiten seine Heimat verlieren zu müssen? Wir nehmen es unbedenken als wahr hin, daß im umgekehrten Falle — also wenn ein Anschluß an Polen erfolgt wäre — die Mehrzahl der Ermländer und Masuren, ja 99 von 100, sich eher dem schweren Joch der Fremdherrschaft unterworfen hätten, als ihre Heimat zu verlassen. Selbst wenn man nicht vergißt, daß auch bei diesem Heimatgefühl in einer durchweg bauerlichen Bevölkerung wirtschaftliche Interessen mitspielen,

40) AV Nr. 54, 5. März 1920.

41) AV Nr. 70, 24. März 1920; in diesem Artikel auch die Zitate von Eugen Buchholz aus der *GAZETA OLSZTYŃSKA* Nr. 37, 23. März 1920.

42) AV Nr. 138, 17. Juni 1920.

darf doch die Stärke des reinen und idealen Heimatgedankens nicht verkannt oder seine Bedeutung gering veranschlagt werden. Und deswegen wird es auch bei der Beurteilung jener, die heute schon oder in naher Zukunft zum Deutschtum zurückfinden, durchaus angebracht sein, den ehrlichen Mann vom Lumpen zu unterscheiden. Schon vor einigen Tagen haben wir zum Ausdruck gebracht, daß an eine Polenverfolgung oder etwas ähnliches nach der Abstimmung in unserem Ermland und in Masuren nicht zu denken sei. Aber selbst in den nachbarlichen, freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen — und wer wäre denn im Ermland nicht verwandt oder verschwägert? — werden sich die Gegensätze ausgleichen müssen. Auch hier wird sich das Band der gemeinsamen Heimat als unzerreißbar erweisen. Der Ermländer und Masure wird sich sagen: Lieber einen Lumpen ungeschoren lassen als einen ehrlichen Mann treffen!“

Einschränkend schließt aber der Kommentar, daß das „Volksempfinden“<sup>43)</sup> anders hinsichtlich der „Fremden von drüben“ reagiere. Sie würden „heute als lästige Fremde empfunden und werden es in alle Zukunft bleiben“.

Zehn Jahre später stellte Stephan in einer Festbeilage zur Erinnerung an die Abstimmung<sup>44)</sup>, die er als historische und politische Erscheinung zu werten versuchte, die Frage, wieweit Minderheitenpolitik eine Kulturaufgabe sei, und behauptete, daß sich die polnischen Einwohner auf den Boden der nationalen Minderheit mit allen ihren Rechten, aber auch Pflichten gestellt hätten.

„Man hat deutscherseits gut daran getan, den Polen auf dem Boden dieser These zu folgen. Jetzt haben die Polen das Dasein ihrer nationalen Minderheit in dem von ihnen behaupteten Umfange zu beweisen. Die deutsche Politik hat keinen Anlaß, sie daran zu hindern oder ihre Arbeit zu erschweren. Allerdings nur so lange und so weit, als sie ihre ideellen Rechte wahren und ihre kulturellen Interessen als Minderheit pflegen. Eine andere Haltung Deutschlands wäre weder politisch noch gerecht. Der Hakatismus<sup>45)</sup> als politische Aufgabe im nationalen Kampf hat ausgespielt, wenn sich auch die jungen Staaten, vor allem Polen, darauf versteifen, an sich die schlechten Erfahrungen des alten Preußens zu wiederholen. Auch der Versuch einer Politik des ‚do ut des‘, die zeitweilig in den Beziehungen zur polnischen Minderheit eine Rolle gespielt hat, hat sich als Fehlgriff erwiesen. Sie hätte uns jedenfalls auf die Dauer in eine Sackgasse geführt. Die von der offiziellen deutschen Politik der polnischen Minderheit gegenüber eingenommene Haltung war anfänglich heftig umstritten. Besonders in der öffentlichen Meinung Ostpreußens. Heute wird sie nur noch von den

---

43) Das Wort ist keine nationalsozialistische Wortschöpfung, wie der Gebrauch in diesem Kommentar beweist.

44) AV 11. Juli 1930 (die Beilage trägt keine Nummern-Angabe).

45) Dieser Begriff ist aus den Anfangsbuchstaben der Namen Hannemann, Kenne-  
mann und Thiedemann gebildet. Sie gründeten 1894 den „Ostmarkenverein“,  
eine chauvinistische Organisation, deren Ziel es war, der polnischen Bewegung  
in den Ostprovinzen Einhalt zu gebieten. Vgl. D. FRICKE (Hrsg.), Die bürgerlichen  
Parteien in Deutschland. Bd. 1. Leipzig 1968, S. 502 ff. und A. GALOS — F.  
H. GENTZEN — W. JAKÓBCZYK, Die Hakatisten. Der Deutsche Ostmarkenverein  
(1894-1934). Berlin (Ost) 1966.

nationalistischen Gruppen bekämpft, die noch in den Spuren der Hannemann, Kennemann und Thiedemann wandeln. Wir haben diese Polenpolitik der Vorkriegsära für falsch gehalten, weil nationale Fragen weder mit brutaler Gewalt noch mit wirtschaftlichem Druck zu bereinigen sind . . . Die Mittel, die einer gesunden Minderheitspolitik anstehen, können auch da nur positiver Art sein, wo es gilt, einer etwa werbenden Kraft der Minderheit zu begegnen. Die Polen in Ostpreußen meinen ja, aus der sogenannten Zwischenschicht, also aus den Reihen unserer Volksgenossen<sup>46)</sup>, die zwar ein polnisches Idiom sprechen, aber ihrem Willen und ihrer Gesinnung nach deutsch sind, für ihre Minderheitsgemeinde jene Rekordziffern zu schaffen, von denen sie in phantasievollen Zeitungsartikeln schwärmen. Demgegenüber würde es an sich genügen, darauf zu achten, daß die polnischen Werbemittel die freiwillige Entscheidung der Umworbene[n] nicht antasten.“

Hier spielt nun die preußische Schulpolitik gegenüber der polnischen Minderheit eine wichtige Rolle. Es ließ sich leider nicht feststellen, ob aus der Redaktion des *Volksblatts* selbst Stellung zu diesem Problem genommen wurde. Stephan hatte guten Kontakt zur Redaktion der Berliner Zentrumszeitung *Germania*. Stephan und der zeitweilige Chefredakteur Hermann Orth<sup>47)</sup> kannten sich von ihrer gemeinsamen Tätigkeit als Lokalredakteure bei der Zentrumszeitung *Düsseldorfer Tageblatt* vor dem Ersten Weltkrieg. Darauf ist es zurückzuführen, daß Stephan in der Zeit bis 1932 wiederholt für die *Germania* schrieb<sup>48)</sup>. So griff er auch in diesem Blatt das Thema des Schulwesens auf<sup>49)</sup>. Für ihn gingen die

46) Vgl. Anm. 43.

47) Orth war 1922-1927 Chefredakteur der *Germania*. Er mußte seinen Platz 1927 für den bisherigen Leiter des Berliner Büros der *Kölnischen Volkszeitung* Dr. Ernst Buhla räumen. Orth übernahm dafür den Berliner Posten von Buhla. Anlaß war das Einsteigen Franz von Papens als Gesellschafter in die *Germania*. Für ihn war Orth zu sehr nach „links“ tendierend. Orth wurde nach der nationalsozialistischen Gleichschaltung der Presse, obwohl kein Nationalsozialist, Verlagsdirektor der *Ermländischen Zeitung* in Braunsberg. Er soll auf der Flucht in der Nähe von Danzig 1945 umgekommen sein. Zu Orth vgl. J. BACH, Franz von Papen in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1977, S. 226; K. KOSZYK, Deutsche Presse 1914-1945. Berlin 1972, S. 299; K. LÖFFLER, Geschichte der katholischen Presse Deutschlands. Mönchengladbach 1924, S. 77; PREUSCHOFF, a. a. O., S. VII; Lebenserinnerungen, S. 130 ff.; schriftliche Mitteilung von Bundesminister a. D. JOHANN BAPTIST GRADL vom 2. Mai 1979 (Gradl war 1928-1930 Wirtschaftsredakteur der *Germania*. Er wurde von Papen hinausgedrängt, vgl. BACH, S. 7).

48) Dabei behandelte er vornehmlich ostpreußische Themen, so z. B. u. a. „Pfungstbesuche in Ostpreußen“ (24. Mai 1922), wo es um Reisen von Stegerwald sowie Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Litzmann nach Ostpreußen ging); „Wahlkampf und Wahlergebnis in Ostpreußen“ (16. Dezember 1924, Kommentar zu den Reichstags- und Landtagswahlen am 7. Dezember 1924); „Die Beziehungen Pius' XI. zur deutschen Ostmark“ (22. Februar 1922); „Das ostpreußische Zentrum im nationalen Abwehrkampf“ (12. Januar 1922); „Ostpreußen zwischen den Wahlen“ (8. April 1925, Reichstagswahlen vom 29. März 1925); „Kulturarbeit in Südostpreußen“ (21. November 1925); „Warum nicht auch gegen uns? Bemerkungen eines Ostdeutschen zur Hetze gegen den Prälaten Kaas“ (8. April 1932, zum Thema „Oststaat“).

49) GERMANIA vom 21. September 1928.

Pläne für eine Minderheitenschulordnung auf die Initiative von Persönlichkeiten zurück, denen die kulturellen Interessen der deutschen Minderheit im Ausland besonders am Herzen lagen. „Man glaubt, diese auslandsdeutschen Kulturinteressen viel wirksamer fördern zu können, wenn den ausländischen Regierungen der Vorwand genommen wäre, daß die Deutschen draußen nicht etwas zu fordern berechtigt seien, was Deutschland seinen Minderheiten bisher verweigere, nämlich die Regelung ihrer besonderen Lage als Minderheiten.“ Stephan bedauerte, daß die zuständigen Stellen in Berlin sehr geheimnisvoll mit ihren Plänen umgingen. Er stützte sich auf einen „Sonderbericht“, den eine Reihe „rechtsgerichteter Blätter“ abdruckte. Er wendete sich gegen den Vorschlag, dem preußischen Entwurf die Form eines Staatsvertrages zu geben und diesen den Polen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zur Annahme anzubieten.

„Gewiß, die geplante preußische Verordnung ist eine Art Vorleistung, von der die Deutschen im Auslande, nicht allein in Polen, eine Besserung ihrer Position erwarten. Aber die Frage des Minderheitsschulwesens ist so lange zweifellos eine interne deutsche Frage, als nicht alle Staaten sich ihrer ausschließlichen Autorität auf diesem Gebiete begeben und ein übernationales Forum dafür geschaffen ist. Der Völkerbund hat in der Minderheitenfrage bislang versagt. Das Internationale Schiedsgericht in Haag ist nach den bisherigen Erfahrungen ebenfalls nicht als solche übernationale Stelle geeignet. Ein Vertrag, dazu lediglich zwischen Deutschland und Polen, würde eine neue Quelle von Reibungen und Zwistigkeiten sein, während eine einseitige Regelung der Schulfrage für die preußischen Polen eine Basis der Verständigung auf Grund neuer Erfahrungen sein kann.“

Dieses Thema wird dann noch einmal<sup>50)</sup> auf Grund eines Artikels in der bürgerlich-liberalen *Königsberger Allgemeinen Zeitung* aufgegriffen. Für das Blatt war die Zunahme der polnischen Minderheitsschulen in der Grenzmark Posen-Westpreußen alarmierend, weil es in diesem Gebiet im Sommer 1929 22 polnische Schulen mit 1200 Kindern und 36 Lehrern gab. Stephan fand, daß für eine Alarmstimmung noch kein Grund vorhanden war. Die Polen seien „Meister der Anfängerfolge“. Hinzu käme, daß die neue Verwaltungseinheit der Provinz noch lange nicht zu einer politischen und kulturellen Einheit zusammengewachsen sei und die geographische Lage der Provinz eine einheitliche, kraftvolle, kulturelle Beeinflussung von deutscher Seite erschwere. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten täten ein übriges. Verwunderlich sei nur, daß sich gerade die *Königsberger Allgemeine Zeitung*, das „betont Stresemannsche Leibblatt“, zum Sprachrohr der Ungeduldigen in Schneidemühl mache. Waren es doch

„In hohem Maße Rücksichten auf unsere Minderheiten im Ausland, die zum Erlaß der Minderheitsschulordnung<sup>51)</sup> führten. Das Auswär-

50) AV Nr. 167, 20. Juli 1929.

51) Die „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit“ trat am 31. Dezember 1928 in Kraft.

tige Amt hat darauf gedrängt; und die Warner saßen nicht allein auf der Rechten. Nun ist's einmal ein wenig anders gekommen, als Optimisten es erhofft hatten. Vom Auswärtigen Amt will ich nicht einmal annehmen, daß es Zug um Zug die erwarteten Erfolge im Ausland einzuheimsen gedachte. Oder hat Stresemann doch auch da wieder einmal einen Silberstreifen am Horizont gesehen?<sup>(52)</sup>

Beschwerden sollten, so schließt dieser Absatz, im Auswärtigen Amt und bei seinem Chef Stresemann vorgebracht werden.

### Klares Bekenntnis zur Republik

Kompromißlos, eindeutig und unmißverständlich ist durch die Jahre bis 1933 das Bekenntnis der Zeitung zur Republik, zur Verfassung von Weimar und zu den Farben Schwarz-Rot-Gold. Das zeigt sich am eindrucksvollsten bei Gerhard Schöpf. Das dürfte nicht zuletzt auf den Altersunterschied zwischen Stephan und Schöpf zurückzuführen sein. Stephan, 1884 geboren, hat noch bewußt das kaiserliche Deutschland erlebt. Schöpf dagegen ist zu Beginn dieses Jahrhunderts auf die Welt gekommen. Das Kaiserreich und der Erste Weltkrieg hatten auf ihn nicht mehr einen so bestimmenden Einfluß<sup>(53)</sup>. Vorbehaltloser konnte daher auch sein Bekenntnis zur Republik sein. In einem Wochenkommentar<sup>(54)</sup> anläßlich des bevorstehenden Verfassungstages<sup>(55)</sup> schrieb er:

„Und so wuchs auch die Weimarer Verfassung über den Wert unbrauchbar gewordener Tradition, über den Wert organischer Entwicklung, die noch nicht dasein konnte, hinaus zu dem Werte, der in der gewaltigen Willenskundgebung zur volklichen und staatlichen Wiedergeburt aller Deutschen beruht. Die Weimarer Verfassung hat Zeugnis abgelegt für die unverwüstliche Kraft selbst unseres zerschlagenen Volkes. Die Weimarer Verfassung überwand die Revolution. Aus der Weimarer Verfassung, mag sie sich im Laufe der Zeiten ändern, wie sie will, zog unser Volk und Staat die Möglichkeit zum Wiederaufstieg und zur Wiedergesundung.“

Ebenso leidenschaftlich ist dann das Bekenntnis zu den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

„Es sind die Farben des deutschen Volkes, unter denen wir wieder erstarkt sind, es sind die Farben, die Anspruch auf Achtung und Ehre haben, und die zu schmähen jeder Deutsche sich schämen sollte, der noch ein wenig Selbstachtung vor sich und Stolz gegenüber dem Ausland hat. Es hat sich ein müßiger Streit erhoben, ob es klug war, Schwarz-Weiß-Rot durch Schwarz-Rot-Gold zu ersetzen. Es ist ersetzt worden mit der Mehrheit des deutschen Volkes, mit der besonnenen Mehrheit, und das sollte genug sein, zu achten, auch wenn man nicht lieben kann. Überdies hat es sich eigentlich gar nicht mehr darum

52) Stephan stand der Politik Stresemanns distanziert gegenüber. Für ihn führte er lediglich jene Politik weiter, die Joseph Wirth (1879-1956) als Reichskanzler (1921-1922) begonnen hatte und nicht weiterführen konnte.

53) Vgl. H. LUTZ, Demokratie im Zwielicht. Der Weg der Deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914-1925. München 1963, S. 67 ff.

54) AV Nr. 179, 3. August 1929.

55) Er wurde am 11. August begangen.

gehandelt, Schwarz-Rot-Gold für Schwarz-Weiß-Rot zu wählen, sondern es ist im Grunde darum gegangen, die rote Fahne der Revolution, die schon längst die schwarzweißrote vernichtet hatte, von den Dächern zu holen und hinaufzupflanzen eine Fahne, zu der nicht mehr nur eine Partei, sondern das Volk aufschauen konnte.“

Schöpf appelliert dann an die Einwohnerschaft Allensteins, zahlreicher als sonst schwarzrotgoldene Fahnen aus den Fenstern zu hängen. Es gehe um Gesinnungstüchtigkeit und Bekennermut.

„Wie viele Allensteiner besitzen diese Eigenschaften nicht? Ist es zuviel verlangt, wo es um Staat und Volk geht, daß der Zahnarzt es verschmerzt, wenn ihm die Goldplombe des deutschnationalen Rittergutsbesitzers von Sowieso entgeht? Daß der Arzt die Entsagung zuwege bringt, ein paar völkische Herzen weniger zu untersuchen? Daß der Geschäftsmann darauf verzichtet, seine Heringe auch der in Raten zahlenden Gattin eines hohen Beamten ‚nationaler Denkungsart‘ zu verkaufen? Und daß diese Herren und alle anderen, die es angeht, dafür lieber staatsbürgerliche Gesinnung an den Tag legen?“

In einer Polemik mit der Heilsberger *Warmia*<sup>56)</sup>, wobei dem Blatt unterstellt wird, „ohne ständige Reibereien mit dem Zentrum einfach nicht leben“ zu können, weil sonst ihre „deutschnationale Existenzberechtigung im Ermland“ nicht zu begründen wäre, fragte das *Volksblatt*:

„Wo waren denn diese Lenker des schwarzweißroten ‚Volkswillens‘ seinerzeit auch im Ermland, als allenthalben die roten Fahnen flatterten? Da haben wir, die wir uns heute zur Republik bekennen, das großdeutsche Schwarz-Rot-Gold als Protestzeichen getragen. Und viele auch von denen, die heute nur noch von Schwarz-Rot-Gelb reden . . . Wir sind Republikaner, weil wir einen Volksstaat wollen, einen Staat, an dem alle Volksgenossen teilhaben, nicht allein die Junker und Großagrarien, die Leute von den feudalen Korps und von den Ritterakademien. Und wir sind nicht Republikaner geworden über Nacht, wie es die gute, ehrliche *Warmia* hinzustellen beliebt, die es eigentlich wissen müßte, weil sie in jenen Jahren der inneren Klärung doch noch zu uns gehörte.“

In dieser Auseinandersetzung mit der *Warmia* über den Verfassungstag heißt es dann an anderer Stelle<sup>57)</sup>:

„Auch die deutschnationale *Warmia* in Heilsberg sucht die Verfassung der deutschen Republik dadurch zu diskreditieren, daß sie von der ‚damaligen in den Wirren der Revolution, in der Lähmung nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges zusammengepeitschten Nationalversammlung‘ spricht, die die ‚Zweidrittelmehrheit für die neue Verfassung aufgebracht‘ habe . . . Die *Warmia* spekuliert doch wohl allzusehr auf die Vergeßlichkeit ihrer Leser, die sich heute noch sehr gut erinnern, wie freudig die *Warmia* selbst und auch ihre heutigen journalistischen Parteifreunde das Zustandekommen der Verfassung begrüßt haben. Gewiß haben sich ‚die Zeiten inzwischen gründlich geändert‘. Gewisse Leute sind inzwischen eben aus den Mäuselöchern wieder hervorgekommen. Und wenn sich diese Leute heute daran er-

56) AV Nr. 227, 30. September 1927; der Artikel ist ungezeichnet.

57) AV Nr. 185, 12. August 1927.

innern zu dürfen glauben, daß auch vor dem 11. August 1919 eine Verfassung bestanden habe, „eine gute, ja eine bessere Verfassung“ als die neue republikanische, so scheint man doch in jenen Kreisen vergessen zu haben, daß es einen 9. November 1918 gegeben hat, daß sich ein Hohenzoller nach Holland geflüchtet und die zwei Dutzend deutscher Fürsten ihre Throne verlassen hatten. Die Verfassung des Kaiserreiches war wesentlich eine Verfassung der Souveräne und mit diesen verschwunden. Etwas Neues mußte geschaffen werden, sollte nicht das Chaos kommen. Das ist in Weimar geschehen.“

Am 18. September 1927 wurde in der Nähe von Hohenstein das Tannenbergnationaldenkmal eingeweiht. Dieses Denkmal, das an den Sieg der deutschen Truppen unter — damals — General von Hindenburg 1914 über die russischen Armeen erinnern und gleichzeitig die katastrophale Niederlage des Deutschen Ordens unter Hochmeister Ulrich von Jungingen 1410 aus dem Geschichtsbewußtsein verdrängen sollte, war für die nationalen Verbände ein Anlaß, ihre Gruppen und Gruppierungen mit Fahnen und Standarten am Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, vorbeimarschieren zu lassen. Weil bei der Grundsteinlegung drei Jahre zuvor im August 1924 ein Generalmajor a. D. Kahns die Worte sprach: „Nun schmiede neu die Kaiserkrone“, lehnte es das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ ab, wegen des erneut zu befürchtenden monarchistischen Akzents an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Ein weiterer Grund war das zu erwartende Überwiegen der schwarzweißbroten Fahnen. Das *Volksblatt* stellte sich nicht voll und ganz hinter die Entscheidung des „Reichsbanners“<sup>58)</sup>. Aufgrund der schlechten Erfahrungen sollten die Republikaner erst recht dafür sorgen, daß sich die Vorgänge von 1924 nicht wiederholten. Allerdings fand es das *Volksblatt* unzumutbar, daß Angehörige des „Reichsbanners“ an General Ludendorff<sup>59)</sup> vorbeidefiliierten. Mit Blick auf die keineswegs republikanische Einstellung der Spitze des Denkmalsvereins schließt der Artikel:

„So geht es diesmal nicht! Sie werden schon in Schwarz-Rot-Gold etwas mehr tun müssen. Sie werden sich erinnern müssen, daß unter den Spendern für das Denkmal viele Tausende sind, denen Schwarz-Rot-Gold Herzenssache ist. Sie werden daran denken müssen, daß sie auch Mittel von zahlreichen öffentlichen Verbänden und Kommunen erhalten haben, deren nicht geringe Zahl von Gliedern Republikaner sind. Sie werden vor allem auch im Auge behalten müssen, daß die Toten, die sie ehren wollen, zum größten Teil aus Schichten, Parteien und Weltanschauungen herkamen, die sie zweifellos heute zu begeisterten Republikanern gemacht hätten, die es damals zum Teil schon waren. Wenn Ihr Werk, alle Teile des deutschen Volkes in Tannenberg zusammenführen zu wollen, wahr werden soll, dann vergessen Sie nicht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes republikanisch ist. Sonst wird das

58) AV Nr. 184, 11. August 1927.

59) Erich Ludendorff (1865-1937) war während der Schlacht von Tannenberg Generalstabschef beim Befehlshaber der 8. Armee, General von Hindenburg; 1923 nahm er am Hitlerputsch in München teil, vgl. BWDG II, 1974, Sp. 1702-1705.

Fest vom 18. September ein Mißklang, der die ungeheuren Kosten des Denkmalbaues in ihrem moralischen Effekt illusorisch machen würde.“

In einer Nachbetrachtung zu der Feier unter der Überschrift „Der Geist von Tannenberg“<sup>60)</sup> wird auf einen Schatten hingewiesen, der auf das Fest gefallen sei. Der „Bund Jüdischer Frontsoldaten“ hatte wie zuvor das „Reichsbanner“ in letzter Stunde seine Teilnahme abgesagt. Was war geschehen?

„Dem Königsberger Rabbiner Dr. Lewin, der laut anfänglichem Programm nach dem evangelischen und katholischen Geistlichen beim sogenannten Feldgottesdienst sprechen sollte, (ist) von Persönlichkeiten der Festleitung nahegelegt worden, seine Rede ‚an anderer Stelle im späteren Verlauf der Feier‘ zu halten. Wenn man schon die Vertreter der Konfessionen in der bei uns üblich gewordenen Feier sprechen lassen wollte, so war der ursprüngliche Gedanke durchaus richtig, auch den Rabbiner dort sprechen zu lassen. Das nachträgliche Ansinnen an ihn, etwa bei der Kranzniederlegung im Denkmalsinnern zu sprechen, war eine zum mindesten höchst unüberlegte und demütigend wirkende Zumutung. Solange man den jüdischen Soldaten gut genug hält für Kampf und Tod, soll seine Religionsgemeinschaft nicht minderen Rechts sein als die anderen Konfessionen. Die Ablehnung des Bundes Jüdischer Frontsoldaten, nach Tannenberg zu kommen, kann daher nur als berechtigte Abwehr einer beabsichtigten Kränkung angesehen werden, nicht aber etwa, wie man sie auf der politischen Rechten zu deuten sucht, als Überempfindlichkeit, die sie von der Feier selbst ausgeschlossen habe. Wir nehmen nicht an, daß der gesamte Denkmalsverein für diesen Zwischenfall verantwortlich ist, aber wir möchten wünschen, daß diejenigen Stellen, die für den Mißgriff verantwortlich sind, in aller Öffentlichkeit desavouiert werden.“

### Deutschvölkische Umtriebe im Landkreis Allenstein

Unter der Überschrift „Die Revolution im Bierkeller“<sup>61)</sup> nahm Stephan zum Hitler-Putsch vom 9. November 1923 in München Stellung. Die Vorgänge

„sollten nach der Absicht unserer Rechtsradikalen offenbar das Signal zur großen Rechtsrevolution in Deutschland sein. Daß diese Vorbereitungen getroffen waren, daran zweifelt niemand. An der nordbayerischen Grenze standen die Bünde Jungdo, Wiking und wie sie alle heißen, zum Vormarsch auf das Sündenbabel Berlin. Kahr<sup>62)</sup> selbst hatte dies geduldet. In Pommern, Mecklenburg und Schlesien sind Putschisten-Banden bereit. Es ist möglich, daß das von München aus entzündete Feuer fortfrißt, hier und da zu heller Lohe aufflammt. Vielleicht werden Hitler und Ludendorff mancherorts doch noch ernst genommen. Aber der allgemeine deutsche Rechtsputsch ist im Entste-

60) AV Nr. 218, 20. September 1927.

61) AV Nr. 262, 10. November 1923.

62) Gustav Ritter von Kahr, (1862-1934), bayerischer, konservativer partikularistischer Politiker, Generalstaatskommissar, schlug den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 nieder; am 30. Juni 1934 von den Nationalsozialisten ermordet, vgl. BWDG II, 1974, Sp. 1370 f.

hen an dem Fluch der Lächerlichkeit gestorben. Der Räuberhauptmann Hitler mit knallender Pistole, die zahlreichen Rinaldos hinter ihm und die vor einer brüllenden Menge vorgenommene Revolution im Bierkeller, diese Revolution, ginge es uns nicht an sich schon hundsmiserabel, hätte in ganz Deutschland und in der gesamten Welt nur ein homerisches Gelächter ausgelöst. Es ist verständlich, daß deutschnationale Blätter, die bislang täglich den großen Rechtsruck mit einer Diktatur Ludendorff oder Helfferich<sup>63</sup>) als unmittelbar bevorstehend vorausgesagt hatten, heute angesichts dieser ‚Revolution‘ recht bekniffen dastehen. Hitler und Genossen haben sich als kläffende Köter mit umgehängter Löwenhaut entpuppt. Mit diesen Machern und ihrem Werk ist wirklich kein Staat zu treiben.“

In den folgenden Jahren bis etwa 1930 war die Aufmerksamkeit des *Volksblatts* im innenpolitischen Geschehen mehr auf die Deutschnationalen als auf die Nationalsozialisten und die Deutschvölkischen gerichtet. Das bedingten die Verhältnisse im Reich und in Preußen, aber auch die Existenz von drei deutschnationalen Zeitungen im Ermland. Mit der *Allensteiner Zeitung*<sup>64</sup>) bestand zudem ein unmittelbarer Konkurrenzkampf.

Auf den Gütern Alt-Allenstein und Klaukendorf im Landkreis Allenstein wurden Anfang November 1925 durch Beamte der Landeskriminalpolizei in Königsberg etwa 20 Personen unter dem Verdacht der Geheimbündelei festgenommen<sup>65</sup>). Sie sollen militärähnlich gekleidet gewesen sein, militärische Übungen abgehalten haben, und es sollen bei ihnen Gewehre und Munition gefunden worden sein. Zwei Tage später<sup>66</sup>) wurde dann unter Berufung auf die *Königsberger Hartungsche Zeitung*<sup>67</sup>) berichtet, unter den Verhafteten seien Angehörige der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei, des Hitlerstoßtrupps, des Schlageterbundes, der Sturmflagge Roßbach, des Rollkommandos Roßbach, des Oberlandesbundes u. a. m. gewesen.

„Die Führer sind meist vorbestraft, wegen Hehlerei, Betrugs, Diebstahls, einer mit 18 Monaten Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung. Es scheint sich überhaupt um Leute zu handeln, die nichts zu verlieren haben als ihr Leben. Auch bankrotte Kaufleute befinden sich unter ihnen, die unter Hinterlassung erheblicher Schulden aus ihrer Heimat flüchtig geworden sind. Zweck ihrer Unterbringung aus

63) Karl Helfferich (1872-1924), nach 1918 deutschnationaler Politiker, vgl. BWDG I, 1973, Sp. 1103 f.

64) Exemplare der *Allensteiner Zeitung* aus der Zwischenkriegszeit sind in Allenstein nicht vorhanden. In der Universitätsbibliothek Thorn (Toruń) befinden sich — nach Auskunft von Dr. Zygmunt Lietz — die Jahrgänge 1920, 1927-28 und 1930 ff. Die Jahrgänge der *Ermländischen Zeitung* aus der Zeit der Weimarer Republik sind — ebenfalls nach Mitteilung von Lietz — dort fast komplett vorhanden.

65) AV Nr. 263, 11. November 1925.

66) AV Nr. 265, 13. November 1925.

67) Zur *Hartungschen Zeitung* vgl. K. FORSTREUTER, Das Ende der Königsberger Hartungschen Zeitung. In: Acta Prussica. Abhandlungen zur Geschichte Ost- und Westpreußens. Fritz Gause zum 75. Geburtstag. Würzburg 1968, S. 325 ff. Für diese Zeitung schrieb in den 20er Jahren gelegentlich Carl Stephan.

den Gütern war zunächst, die linkseingestellte Arbeiterschaft zu verdrängen; zunächst haben sie sich aber in der Hauptsache auf militärische Übungen beschränkt<sup>68)</sup>.

Die „Geheimbündelei“ spielte für das *Volksblatt* jedoch in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle. Viel wichtiger war die dabei deutlich werdende Einstellung der Zeitung zur Rolle der Gewerkschaften und zum Streik in einem demokratischen Staatswesen. In dem Artikel „Einige Randbemerkungen — Die Verhaftungen im Landkreis Allenstein“<sup>69)</sup> schrieb Fritz Feldmann<sup>70)</sup>:

„Auch die christlichen Landarbeiter sind empört über die reaktionäre Machtpolitik, die die *Allensteiner Zeitung* gegenüber den einheimischen Landarbeitern predigt. Es handelt sich, gerade nachdem das Schlagwort von dem Kampf gegen die freien Gewerkschaften in die Debatte geworfen ist, nicht mehr bloß um die Angelegenheit der sozialistisch organisierten Arbeiter, sondern um ein Interesse der gesamten ländlichen Arbeiterschaft. Sämtliche Landarbeiter stehen zur Zeit unter schwerstem wirtschaftlichen Druck. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie, wenn man ihre berechtigten Wünsche nicht erfüllt, eines Tages zum letzten gewerkschaftlichen Mittel, zum Streik, greifen müssen. Man mag über einen landwirtschaftlichen Streik denken, wie man will; der landwirtschaftliche Arbeiter ohne Unterschied der Organisation hält ihn für erlaubt. Müssen da nicht ‚Streikbrecher‘, als die die im kritischen Augenblick herangezogenen fremden Arbeiter angesehen werden (zumal wenn diese fremden Arbeiter durch Zuwendungen von dritter Seite ein Einkommen beziehen, das sich der einheimische Arbeiter auch nicht entfernt träumen läßt), der gemeinsame Feind aller ländlichen Arbeiter sein? Und die christlichen Landarbeiter sind nicht so naiv zu glauben, sie würden verschont, wenn man erst die Freien klein gemacht hat.“

Nachfolgend wird dann die *Allensteiner Zeitung* zitiert, die die Ansicht vertreten hatte, daß es sich bei den verhafteten Arbeitern<sup>71)</sup> um Männer von streng nationaler Gesinnung und um Angehörige vaterländischer Verbände gehandelt habe. Sie seien gerufen worden, um arbeitsscheue und vaterlandsverräterische Elemente, die im Allensteiner Bezirk immer mehr um sich griffen, „auszumerzen“. Die Güter brauchten verlässliche Arbeitskräfte, um ihre Produktion sicherstellen zu können. Man müsse es ihnen danken, daß sie anstelle des vaterlandslosen Gesindels staatserhaltende Kräfte in ihren Dienst stellten. Es handele sich um einen „offenen Kampf“ gegen die freien Gewerkschaften, der, gestützt auf vater-

68) AV Nr. 270, 20. November 1925.

69) AV Nr. 266, 14. November 1925.

70) In der Nr. 263 vom 12. November 1927 wurde eingestanden, daß dieser Name ein Pseudonym für Carl Stephan war und versichert, daß er in Zukunft, da ein wirklicher Fritz Feldmann inzwischen in Allenstein wohnte, nicht mehr gebraucht werde.

71) AV Nr. 270, 20. November 1925, weist nach, daß unter den Festgenommenen nur einer aus Ostpreußen, die anderen aus Hamburg, Mecklenburg, Bayern, Oberschlesien und Westpreußen stammten.

ländische Kräfte, zu einem guten Ende geführt werde . . . Nicht die Republik sei gefährdet, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien in ihrem Bestand bedroht. Wer die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufmerksam verfolge, dem werde die Feststellung nicht entgangen sein, daß nationale Gesinnung in weitesten Arbeiterkreisen Platz gegriffen habe. Man wolle dieser Bewegung Gewalt antun und dazu sei jedes Mittel recht. Nicht Putschisten und Fememörder bekämpfe man, sondern vaterländische Gesinnung.

Angesichts dieser „Schimpfkanonade“ frage man sich, heißt es in dem Kommentar des *Volksblatts* weiter, ob das Zentrum klug gehandelt habe, sein Geschick im Landkreis Allenstein an eine Partei zu binden<sup>72)</sup>, die von den Arbeitern, nur weil sie organisiert seien, als von vaterlandslosem Gesindel spreche.

„Wir von unserem Standpunkt aus protestieren jedenfalls mit aller Entschiedenheit gegen diese Art des politischen Kampfes. Mag der Angriff formal nur gegen die freien Gewerkschaften gerichtet sein, wir sehen auch in dem sozialistischen Gegner den Menschen und den deutschen Mitbürger. Und ist es ein Wunder, daß tiefste Erbitterung in den Reihen der Landarbeiter Platz greift, wenn sie bei einem vielfach mangelhaften Deputat hie und da einen Barlohn beziehen, der in seiner Geringfügigkeit zum Himmel schreit? Wir sind die letzten, die nicht wünschen möchten, daß es dem Bauern und Gutsbesitzer gutgeht. Wir glauben an das Wort ‚Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt‘. Der vernünftige Landwirt weiß auch selbst, daß seines Instmanns Wohlergehen das seine ist. Und wenn an manchen Orten nur 6 Mark Barlohn monatlich gegeben werden, wie können dann diesen fremden Arbeitern neben freier Station monatlich 45 Mark gegeben werden?“

### Der Fall Goldau und das Preußenkonkordat

Die Meinung des *Allensteiner Volksblatts* zum Inhalt des Preußenkonkordats<sup>73)</sup> — und analog dazu zum Vertrag mit der Evangelischen Kirche in Preußen — sowie vor allem zu den Konsequenzen für die östlichen Diözesen, die mit Einschluß des Ermlandes trotz des Widerspruchs ostpreußischer kirchlicher und staatlicher Stellen zu einer Kirchenprovinz zusammengefaßt wurden, läßt sich aufgrund des vorliegenden Bestandes nicht rekonstruieren.

72) Für die Kreitzugwahlen am 29. November 1925 hatten im Landkreis Allenstein die Deutschnationalen und das Zentrum eine gemeinsame bürgerliche deutsche Liste aufgestellt.

73) Zum Preußenkonkordat vgl. D. GOLOMBEK, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929). Mainz 1970 (für das Ermland, S. 70 f.); H. HÖMIG, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik. Mainz 1979, S. 184 ff.; J. LINNEBORN, Zentrum und Preußenkonkordat. In: K. A. SCHULTE, (Hrsg.), Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik. Berlin-Leipzig 1929, S. 225 ff.; H. SCHULZE, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Frankfurt-Berlin-Wien 1977, S. 554 ff.

Lediglich zum Fall Goldau und seinen Implikationen liegen Nachrichten und Kommentare vor.

Bei der dritten Lesung der Konkordatsvorlage kam es am 9. Juli 1929 im Plenum des Preussischen Landtags zu einem Eklat<sup>74)</sup>. Der ermländische deutschnationale Abgeordnete Goldau aus Schönwiese<sup>75)</sup> erklärte, daß er im Gegensatz zu seiner Fraktion für das Konkordat stimmen werde. Daraufhin wurde er aus der Fraktion ausgeschlossen. In der Schlußabstimmung wurde das entsprechende Gesetz mit 243 Stimmen der Regierungsparteien (SPD, Zentrum und Demokraten) und der Wirtschaftspartei angenommen. Dagegen entschieden sich 172 Abgeordnete der Rechtsparteien, der Deutschen Volkspartei und der KPD. 35 Abgeordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Der „Fall Goldau“ wurde in den kommenden Wochen in der Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen wiederholt zum Anlaß genommen, das Verhältnis der Rechten zu den Katholiken deutlich zu machen. Aber das Zentrum mußte auch immer wieder sein Zusammengehen mit den „gottlosen“ Sozialdemokraten rechtfertigen. Im *Allensteiner Volksblatt* hieß es dazu<sup>76)</sup>, in dem Konkordat werde der preußische Staat in seiner republikanischen und demokratischen Verfassung anerkannt. Der Hl. Stuhl habe keine Bedenken gehabt, mit einer preußischen Regierung zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen, deren Führung in den Händen von Sozialdemokraten liege. „Die Kurie erkennt also eine mit Sozialisten durchsetzte Regierung als die legale und vollberechtigte Vertretung des Landes Preußen an.“ Als ebenso alt wie töricht wird der Vorwurf von Rechts bezeichnet, daß das Zentrum durch das Zusammengehen mit der SPD in Preußen die Sozialdemokraten erst regierungsfähig gemacht habe.

„Wenn aber dem Zentrum vorgehalten wird, es habe mit den gottlosen Sozialdemokraten zusammen das Konkordat gemacht, so paßt in diesem Fall das Sprichwort ausgezeichnet, daß man nicht päpstlicher zu sein braucht als der Papst. Wenn der Hl. Stuhl die derzeitige Regierung Preußens als Vertragspartner nicht scheut, warum sollte das Zentrum Bedenken haben? Die Deutschnationalen und mit ihnen die deutschnationalen katholischen Abgeordneten haben es nicht über sich vermocht, für das Konkordat zu stimmen. Soweit es sich um evangelische Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei handelt, wird man das aus ihrer Mentalität verstehen, obwohl sie bisher stets in Wahlzeiten in katholischen Gegenden sich den Anschein gaben, als seien die katholischen Interessen bei den Deutschnationalen sogar noch besser aufgehoben als beim Zentrum. Es wird den Deutschnationalen schwerfallen, zu sagen, das Konkordat berühre die katholischen Interessen nicht. Jedenfalls wäre jetzt,

74) AV Nr. 158, 10. Juli 1929.

75) Franz Goldau, geb. 1887 in Thegsten, Kr. Heilsberg, Landtagsabgeordneter der DNVP, vgl. Handbuch des Preussischen Landtags. Berlin 1928, S. 521 f.

76) Wie Anm. 74.

wo Papst und Bischöfe den Abschluß des Konkordats wünschten, eine gute Gelegenheit für die Deutschnationalen gewesen, ihre Katholikenfreundlichkeit auch durch die Tat zu beweisen.“

Für die katholischen Deutschnationalen gäbe es aber kein Bereifen, noch weniger ein Entschuldigen. Sie seien einfach dem Druck der evangelischen Mehrheit in der Fraktion widerstandslos erlegen.

„Nur der ermländische Abgeordnete Goldau, Schönwiese, hat sich gekehrt und ist dafür aus der deutschnationalen Fraktion hinausgeworfen worden. Gerade seine Haltung aber, die wir anerkennen (die Begründung mit der Beleidigung ist so kindisch!), stellt die Schwäche seiner bisherigen katholischen Fraktionsgenossen in ein eigenartiges Licht. Sie haben, wie es in der parteiamtlichen Erklärung der deutschnationalen Fraktion heißt, sich einmütig den Auffassungen der evangelischen Mehrheit angeschlossen. Sie haben die rechtliche und wirtschaftliche Schlechterstellung der katholischen Kirche seit 1924 ohne Widerspruch hingenommen. Der Verlust der katholischen Kirche in Preußen seitdem stellt sich, nach den Angaben des Ministers Dr. Becker<sup>77)</sup>, auf 2,3 Millionen Mark. Jetzt aber, wo es galt, für die katholische Kirche die Parität herzustellen, da weigern sich die katholischen deutschnationalen Abgeordneten und fordern im letzten Augenblick gleichwertige und gleichzeitige Beiträge.“

Zehn Tage später<sup>78)</sup> kam das Volksblatt auf das Thema Sozialdemokraten und Konkordat zurück.

„Warum die Sozialdemokraten dem Konkordat zugestimmt haben, ist nicht unsere Verantwortung. Keinesfalls sind dieser Zustimmung irgendwelche Verabredungen mit dem Zentrum vorausgegangen, die unsere politische Entscheidungsfreiheit einengen. Immerhin ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß mit der Linken in Preußen das Konkordat zustande kam und mit der Rechten im Reich das Schulgesetz scheiterte<sup>79)</sup>. Das Zentrum denkt nicht daran, deswegen irgendwie irriige Auffassungen über seine weltanschaulich grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber der Sozialdemokratie aufkommen zu lassen, und wird Versuche, die von anderer Seite kommen, energisch abwehren. Warum aber sollen wir Katholiken uns nicht freuen, daß die preußische Republik der katholischen Kirche gibt, was das Königreich Preußen verwehrt? Und erst die Parität! Wir Katholiken wären glücklich gewesen, wenn die königlich-preußische Regierung auch nur einmal uns gegenüber einen Akt der Parität in der Art vorgenommen hätte, wie ihn die Minister Dr. Braun<sup>80)</sup> und Dr. Becker im Landtag anlässlich des Konkordats der evangelischen Kirche gegenüber proklamiert haben.“

77) Carl Heinrich Becker (1876-1933), 1925-1930 preußischer Kultusminister, vgl. BWDG I, 1973, Sp. 217.

78) AV Nr. 167, 20. Juli 1929.

79) Vgl. G. GRÜNTAL, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1968.

80) Otto Braun (1872-1955), 1920-1933 mit Unterbrechungen preußischer Ministerpräsident (SPD), seit 1925 an der Spitze der aus SPD, Zentrum und Demokraten bestehenden Koalition in Preußen, vgl. O. BRAUN, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, und SCHULZE.

Und noch einmal auf die Sozialdemokraten zurückkommend, schrieb der Kommentator dann weiter:

„Es war bestimmt keine Liebe zur katholischen Kirche oder Hinneigung zu katholischen Grundsätzen. Die sozialdemokratische Presse, auch die *Königsberger Volkszeitung*<sup>81)</sup>, hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß rein staatspolitische Rücksichten für die sozialdemokratische Landtagsfraktion maßgebend waren.“

Bei aller weltanschaulichen Distanz zu den Sozialdemokraten — Sozialdemokraten, Sozialisten, Marxisten, Freidenker werden nicht immer streng auseinandergehalten, in der Endphase der Weimarer Republik werden bei Wahlauseinandersetzungen sogar die Nationalsozialisten als nationale Sozialisten bezeichnet — zeigen sich doch eine Übereinstimmung und ein enges Zusammengehen in den Fragen der Republik und im Bemühen um die Erhaltung der Demokratie. Bei den Wahlen zum neuen Oberbürgermeister von Allenstein 1932 als Nachfolger von Georg Zülch gelang es dem Zentrum nur mit Unterstützung der Sozialdemokraten, seinen Kandidaten Otto Gilka durchzubringen<sup>82)</sup>.

#### Volksbegehren und Volksentscheid keine Mittel gegen Reparationslasten

Die deutschen Reparationsverpflichtungen, wie sie der Vertrag von Versailles vorsah, wurden 1924 im Dawesplan vorläufig geregelt und dann 1929 im Youngplan endgültig festgelegt. Dagegen konstituierte sich am 9. Juli 1929 ein „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“. Ihm gehörten an: der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Alfred Hugenberg, die Führer des „Stahlhelms — Bund der Frontsoldaten“, Franz Seldte und Theodor Duesterberg, der Führer des „Alldeutschen Verbandes“, Heinrich Claß, und der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler. Der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ legte den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ vor. Sein § 4 bestimmte, daß der Reichskanzler und die Reichsminister, die den Youngplan billigten oder ähnliche Verträge abschlossen, unter die Anklage des Landesverrats gestellt werden sollten. Reichspräsident von Hindenburg bezeichnete die-

81) Die *Königsberger Volkszeitung*, gegründet 1893, war das Organ der Sozialdemokraten in Ostpreußen. Angaben über die Auflagenhöhe liegen offiziell nicht vor, vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 209. W. MATULL, Ostpreußische Arbeiterbewegung. Würzburg 1970, S. 107, spricht von einer Auflage, „die 10 000 überschritt“. In Insterburg und in Gumbinnen gab es mit der *Volkswacht* und dem *Gumbinner Volksfreund* Kopfblätter der *Volkszeitung*. In Elbing erschien seit 1919 die *Freie Presse*. Im Süden Ostpreußens hatten die Sozialdemokraten kein Sprachrohr. Eine Untersuchung über Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in Ostpreußen während der Weimarer Zeit fehlt.

82) Zur Oberbürgermeisterwahl siehe unten S. 114 ff.

sen Paragraphen als einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff, den er bedauere und verurteile. Im Reichstag stimmten nur 60 von 350 anwesenden Abgeordneten für die Vorlage. Selbst zwei Dutzend Deutschnationaler verweigerten ihrem Parteiführer Hugenberg die Gefolgschaft. In der Zeit vom 16. bis zum 29. Oktober unterzeichneten 4 139 000 Wähler und Wählerinnen — das waren 10,06 % der Wahlberechtigten — das Volksbegehren. Der Anteil reichte zum nächsten Schritt, dem Volksentscheid, aus. Beim Volksentscheid am 22. Dezember 1929 waren die 5 825 000 Jastimmen — 13,8 % — zuwenig. Die Pläne der Rechten waren gescheitert<sup>83)</sup>, kläglich gescheitert, wird man hinzufügen müssen. 21 Millionen Stimmen wären nämlich notwendig gewesen, um die Hürden zu nehmen.

Das *Volksblatt* stellte sich von Anfang an sowohl gegen das Volksbegehren wie auch gegen den Volksentscheid. Es wurde von einem „grundlegenden Irrtum“ gesprochen, „von dem die Agitation für das Volksbegehren ausgeht“. Man wolle glauben machen, „Deutschland besitzt die volle Freiheit, zum Youngplan ja oder nein zu sagen. Nur selten wird die Frage erörtert: Was dann, wenn wir nein sagen?“<sup>84)</sup> Im zweiten Blatt derselben Ausgabe wurde ein Aufruf veröffentlicht „Ostpreußen, bleibt dem Volksbegehren fern!“<sup>85)</sup>, den führende Persönlichkeiten aus Beamten-

83) Vgl. U. E. EYCK, Geschichte der Weimarer Republik Bd. 2. Erlenbach-Zürich 1972, 260 ff. Ferner: E. DEUERLEIN, (Hrsg.), Der Aufstieg der NSDAP 1919-1933 in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1968, S. 303 ff.; F. FRIEDENSBERG, Die Weimarer Republik. Hannover 1957, S. 146 f.; V. R. BERGHAHN, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966, S. 122 ff.; H. PÜNDER, Politik in der Reichskanzlei. Stuttgart 1961, S. 16 ff.

84) AV Nr. 245, 19. Oktober 1929.

85) Neben dem Oberpräsidenten Dr. Siehr unterschrieben die Regierungspräsidenten von Bahrfeldt, Budding, Rosencrantz und von Ruperti. Für das Ermland stehen die Namen Domherr Stoff, Generalvikar Dr. Spannkrebs, Gutsbesitzer Lingk (Klutkenmühle), Dr. Rehaag (Wormditt), Professor Dürr (Braunsberg), Oberstudienrat Hönnekes (Allenstein). — In einem Flugblatt aus dem Kreis Braunsberg vom Oktober 1929 heißt es: „Wer mit uns will, daß auch weiterhin mit zusammengebissenen Zähnen unentwegt ruhige Weiterarbeit geleistet wird, wer will, daß das Schmutzwerfen auf politische Persönlichkeiten aufhört und das politische Leben entgiftet wird, der muß dem Volksbegehren fernbleiben und diese Meinung in allen Schichten unserer Heimat verbreiten, die es sonst als vorgeschobener Posten des Reiches zuerst zu spüren bekommen, wenn wieder Haß und Zank aufflammen“. Zu den Unterzeichnern dieses Flugblattes gehörten: Block, Lehrer, Schöndamerau; Buchholz, Studienrat, Braunsberg; Crull, Gewerberat, Braunsberg; Dr. Dr. Dürr, Rektor der Akademie, Braunsberg; Fromm, Pfarrer, Sonwalde; Hanke, Kaufmann, Braunsberg; Harnau, Gutsbesitzer, Kl.-Rautenberg; Harnau, Gutsbesitzer, Schafsberg; Höpfner, Gutsbesitzer, Lisetenhof; Keuchel, Kaufmann, Wormditt; Kolberg, Stadtrat, Braunsberg; Krause, Versicherungsvertreter, Braunsberg; Lange, Gutsbesitzer, Kl.-Körpen; Lutz, 2. Bürgermeister, Braunsberg; Pinger, Gutsbesitzer, Steinbotten; Dr. Rehaag, Generalsekretär des Ermländischen Bauernvereins, Wormditt; Retz, Bürgermeister, Mehlsack; Schmauch, Studienrat, Wormditt; Schröter, Bürgermeister, Frauenburg; Schulz, Erzpriester, Braunsberg; Stankewitz, Landrat, Braunsberg; Dr. Spannenkrebs, Generalvikar, Frauenburg; Dr. Switalski, Universitätsprofessor,

schaft, Geistlichkeit, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Kunst unterzeichnet hatten. Eine Woche später schwebte „der Pleitegeier über dem Volksbegehren“<sup>86)</sup>. Die großen und kleinen Agitatoren würden durch die Lande rasen, aber kein Mensch wolle etwas von ihnen wissen.

„Die Unentwegten, die allemal auf das falsche Pferd zu setzen gewohnt sind, haben gleich in den ersten Tagen ihre schöne ‚teutsche‘ Handschrift genommen und sich in die Sammelmappe der Republikfeinde eingeschrieben. Nun aber hapert’s. Man kann wohl deutschnational sein, weil das feudal ist; aber deswegen braucht man noch nicht alle Dummheiten dieser Partei der einstigen Feudalherren und neuzeitlichen Nabobs, der alten Offiziere Seiner Majestät und der abgehalfterten Landräte neueren Datums mitmachen. Manche sogar, die im ersten Bieereifer unterzeichnet haben, möchten gern wieder zurück und fragen, ob sie ihren Namen nicht wieder streichen können. Sie fühlen sich offenbar nicht recht wohl in der Gesellschaft der großen und kleinen Hugenberger, so nett auch sonst die Stellung auf dem Präsertierteller und für alle Welt sichtbar sein mag. Leider gibt’s kein Zurück. Kein Wunder, daß man in der Firma Hitler-Seldte-Hugenberg beginnt, nervös zu werden. Die Pleite droht.“

In Allenstein mögen dagegen die „Volksbegehrlere“ mehr Glück haben. Allerdings würden sie auch hier nicht die Zahl erreichen, die bei den letzten Reichstagswahlen die Deutschnationalen und die Völkischen auf sich vereinen konnten.

„Und das, obwohl das Oberhaupt unserer Stadt, Oberbürgermeister Zülch, seinen Namen gleich am ersten Tag eingetragen hat. Heute, nachdem der Oberbürgermeister mit Namen und Titel ein Flugblatt der Volksbegehrlere mitunterzeichnet hat, darf man ja wohl offen davon sprechen, ohne als Denunziant verschrien zu werden. In den Kreisen der Besonnenen unserer Stadt hat dieser Schritt des Oberbürgermeisters Kopfschütteln hervorgerufen . . . Warum sollte nicht auch ein Oberbürgermeister das Recht haben, seine politische Unzulänglichkeit zu dokumentieren? — wenn nicht die Stadt die Suppe mit auszulöffeln hätte.“

Jedermann wisse, daß Allenstein bei der Vergabe von Staatssubventionen nicht immer glücklich abgeschnitten habe. Früher habe der Mangel bei den Verhandlungsführern gelegen. Seit aber Zülch diese Verhandlungen selbst geführt habe, sei erfreulicher-

---

Braunsberg; Dr. Wichert, Mehsack; Ziegler, Rechtsanwalt und Notar, Braunsberg; Ziegler, Telegraphenleitungsaufseher, Braunsberg (in dieser Liste der einzige Sozialdemokrat. Z. gehörte nach 1949 dem Bundestag in Bonn an). — Auf Anordnung des Preußischen Innenministers mußten Beamte, die für das Volksbegehren eingetreten waren, auf dem Dienstweg dem zuständigen Fachminister gemeldet werden. Der Landrat in Braunsberg schrieb unter dem 2. November 1929, es hätten sich drei Staatsbeamte — ein Landgerichtsrat, ein Studienrat und ein Studienrat im einstweiligen Ruhestand St., K., und Q. in die Liste eingetragen. Hinzu kämen sieben Gemeindevorsteher und ein Mitglied des Gemeindeausschusses Basien. Unter den Lehrern sei „Fehlzanzeige“. Staatliches Wojwodschaftsarchiv Allenstein [Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Olsztynie]. Landrat Braunsberg. X/2-A 11. Polizeiregistratur 42/12, H. 1. 1929.

86) AV Nr. 251, 26. Oktober 1929.

weise eine Besserung der Situation festzustellen. Es sei bekannt, daß die preußische Regierung über jeden Beamten, der unterzeichne, einen Bericht angefordert habe.

„Glaubt nun unser Oberbürgermeister, daß dadurch seine Stellung bei künftigen Verhandlungen mit den Berliner Regierungsstellen verbessert wird? Natürlich nicht. Die heroische Geste, die die Unterschrift unseres Oberbürgermeisters wohl bedeuten sollte, in allen Ehren! Aber Heroismus, der auf dem Rücken unserer Stadt ausgetragen werden wird, darf wohl auf wenig Dank rechnen. Da hätte schon besser die Besonnenheit den Sieg über das aufbrausende Temperament davontragen sollen. Solche heroische Geste, die eigene — wenn auch falsche — Überzeugung zum Wohle der Stadtgemeinde zurückzustellen, die hätte in allen Schichten unserer Bevölkerung Anerkennung verdient und sicher gefunden“<sup>87)</sup>.

„Ein Pfeil, der den Schützen getroffen hat“ heißt ein Kommentar am Schlußtag des Volksbegehrens<sup>88)</sup>. Statt „Pleite“ ist dieses Mal das Wort „Fiasko“ gesetzt, zu dem das Volksbegehren geworden sei, das von der „Nationalen Opposition“ in Gang gesetzt wurde. „Nationale Opposition“ wird als „anmaßender Hochmut“ bezeichnet.

„Sie geht von der Voraussetzung aus, daß Deutschland moralisch in zwei Hälften zu zergliedern sei, in eine sogenannte nationale und in eine sogenannte landesverräterische, antinationale Hälfte. Zur letzteren gehören all diejenigen, die die Revolution und den verlorenen Krieg als eine Tatsache anerkannt haben und von dem Ausgangspunkt dieser Tatsache her ein neues freies Deutschland aufzubauen suchen. Zu der ersteren Gruppe aber sollen die zählen, die jene Tatsache nicht anerkennen und die als Ausgangspunkt der heutigen Politik den Tag ansehen wollen, da General Ludendorff Reue darüber empfand, von dem Kabinett des Prinzen Max von Baden die Herbeiführung eines Waffenstillstandes in einem Zeitraum von 24 Stunden verlangt zu haben. Keine Reichsregierung kann sich gefallen lassen, als national unzuverlässig behandelt zu werden. Gegen eine solche Opposition gibt es vielmehr nur den allerschärfsten Kampf.“

Zwischen dem Volksbegehren und dem Volksentscheid fanden am 17. November 1929 Kommunal- und Provinzialwahlen in Preußen statt. Für die Stadt Allenstein zeigten die Ergebnisse, daß die Rechtsparteien aus ihrer Propaganda gegen den Youngplan keinen Nutzen in Gestalt von Stimmen ziehen konnten. Die Nationalsozialisten, die bisher zwei Mandate in der Stadtversammlung gehabt hatten, mußten einen Sitz abtreten; zwei Sitze verloren auch die Kommunisten (bisher vier). Die Deutschnationalen mußten zwar Stimmenverluste hinnehmen, konnten aber ihre vier Sitze behaupten. Das Zentrum gewann drei Mandate hinzu<sup>89)</sup>.

Nach dem Mißerfolg des Volksentscheids<sup>90)</sup> wurde die Fragwürdigkeit derartiger durch die Verfassung erlaubter politischer Möglichkeiten kritisch geprüft<sup>91)</sup> und an den Volksentscheid vom Jahre 1926 über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen erinnert<sup>92)</sup>. In einer Zeit, da Millionen ohne Arbeit ge-

87) AV Nr. 253, 29. Oktober 1929.

88) In Allenstein trugen sich 4138 Bürger in die Listen zum Volksbegehren ein, das waren rund 20 Prozent der Wahlberechtigten, AV Nr. 254, 30. Oktober 1929.

89) Das VOLKSBLATT (Nr. 269, 18. Nov. 1929) sprach von der höchsten Stimmzahl, die das Zentrum bisher in der Stadt erreicht hatte. Von den 35 Sitzen entfielen auf das Zentrum 17, DNVP 4, SPD 2, Wirtschaftliche Vereinigung (eine wirtschaftliche Gruppierung, hinter der vor allem auch die DVP stand) 5, KPD 2, Wirtschaftspartei 3, Demokraten 1 und NSDAP 1. Dem Zentrum fehlte ein Sitz zur absoluten Mehrheit. Mit Hilfe der beiden SPD-Stadtverordneten gelang es ihm, 1932 in Dr. Otto Gilka einen Oberbürgermeister aus den eigenen Reihen durchzusetzen (vgl. unten S. 114 ff.). Im „Politischen Wochenend“ des folgenden Sonnabends (Nr. 273, 23. November 1929) wurde dann eine Wahlanalyse versucht, die neben Allenstein auch das Ermland einbezog. „Politicus“ (d. i. Stephan) wiederholte, daß es sich für das Zentrum um eine Rekordzahl handelt, „die die bisherige Höchstziffer bei der Wahl zur preußischen Landesversammlung im Januar 1919 noch erheblich übersteigt. Sie rein arithmetisch zu erklären, etwa mit dem natürlichen Zuwachs an Wahlberechtigten, ist unzureichend. Der 17. November bedeutete in Wirklichkeit eine Mobilisierung der Katholiken Allensteins.“ Gerade in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Jugend sei bemerkt worden, daß nur besondere Anstrengungen eine grundlegende Wende in der Gemeindepolitik zugunsten des katholischen Volksteils herbeiführen könnten. In einem habe es aber keine Illusion gegeben: „Man war sich klar, daß von denjenigen Katholiken, die nach rechts gegangen waren, nur ein kleiner Teil wieder zu gewinnen sein würde. Es scheint, als ob der größere Teil davon allerdings doch das deutschnationale Lager verlassen hat und bei der Wirtschaftspartei gelandet ist. Es mögen auch eine Reihe von Katholiken, die bisher Zentrum gewählt haben, zur Wirtschaftspartei gegangen sein. Zu den Deutschnationalen hat sich bestimmt nicht ein einziger verirrt, der bislang Zentrumsman war.“ Die Stimmenverluste bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschnationalen im Ermland im Vergleich zu den Reichstags- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 werden nicht mit der geringeren Wahlbeteiligung begründet. „So haben z. B. die Sozialdemokraten in Ostpreußen gegenüber 1928 insgesamt rund 25 000 Stimmen eingebüßt. Davon entfallen allein auf die ermländischen Kreise rund 3750, also über 15 Prozent ihres Gesamtverlustes oder fast 25 Prozent ihrer Stimmzahl von 1928. Bei den Deutschnationalen ist das Bild noch deutlicher. Bei einem Gesamtverlust von über 23 000 Stimmen in Ostpreußen haben sie im Ermland allein 8200 Stimmen eingebüßt, also 35 Prozent ihres Gesamtverlustes oder über 38 Prozent ihrer Stimmzahl von 1928. Die Durchschnittsverluste für Ostpreußen betragen bei den Sozialdemokraten nur etwas über 9 Prozent und bei den Deutschnationalen gar nur etwas über 7 Prozent. Im Ermland reichen also die Gründe der allgemeinen Wahlmüdigkeit nicht aus. Hier sind tatsächliche Verluste für die Sozialdemokraten und Deutschnationalen entstanden. Das Zentrum hat die traditionelle Wahlmüdigkeit natürlich auch zu spüren bekommen. So sind im Kreis Heilsberg und in einzelnen Diasporagebieten Verluste entstanden, die den Gewinn in den anderen ermländischen Kreisen fast völlig wieder aufgezehrt haben.“

90) Beim Volksentscheid wurden in der Stadt Allenstein 4725 Ja-Stimmen abgegeben; für Nein entschieden sich 163 Wahlberechtigte (AV Nr. 298, 23. Dezember 1929). Vgl. dazu H. PLEYER, Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtags“ 1931. Diss. phil. Münster 1959, S. 21 ff.

91) AV Nr. 301, 28. Dezember 1929.

92) Der sozialdemokratisch-kommunistische Volksentscheid drängte auf eine entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser. Am 6. Oktober 1926 trafen der preußische Staat und das Haus der Hohenzollern eine Vereinbarung, vgl. PLEYER, S. 7 ff. Für U. SCHÜREN, Der Volksentscheid zur Fürstenabfindung. Düsseldorf 1978, S. 12, datiert der Konflikt vom November 1918, weil damals

wesen seien und Millionen durch die Inflation ihr Vermögen verloren gehabt hätten, sei die Parole sehr zugkräftig gewesen. „Demgegenüber standen Riesenbeträge, die den Fürsten als Abfindung gezahlt werden sollten für Vermögen, deren Erwerb zweifellos nicht immer allen Forderungen des Rechts und der Moral gerecht wurde.“ Trotzdem seien nur 14,5 Millionen Stimmen für den Volksentscheid aufgebracht worden, die zu wenig waren. Derartige Mißerfolge hingen nicht zuletzt auch davon ab, daß die deutsche Wählerschaft zu stark an die Parteien gebunden sei.

„Gewiß hat der Volksentscheid 1926 das Parteigegefüge ein wenig zu lockern vermocht. Aber der Volksentscheid 1929 schon nicht mehr.

---

„die Klärung der Besitzverhältnisse zwischen den Ländern und ihren depesdierten Landesherrn aus verschiedenen Gründen nicht erfolgt war“. Die katholischen deutschen Bischöfe erklärten, die Kirche trage Mitverantwortung dafür, daß „die Grundsätze des Eigentumsrechtes, die in der natürlichen sittlichen Ordnung begründet und durch Gottes Gebot geschützt“ seien, „als Grundlage gesunder Ordnung im privaten, Familien- und Gemeinschaftsleben“ ihre Bedeutung behalten sollten, vgl. ebd. S. 210. Nicht so eindeutig war die Stellungnahme des Zentrums. Die Reichsleitung versuchte innerhalb der verschiedenen Gruppierungen zu jonglieren. Auf der einen Seite standen die konservativen Kräfte, auf der anderen die Arbeiterschaft, die Kleinbauern und nicht zuletzt auch die Jugend, die einem Ja zur Fürstenenteignung das Wort redeten, vgl. ebd. S. 219 ff. und auch B. LOWITSCH, Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung, Wiesbaden-Frankfurt 1980, S. 46 ff. Die RMV, die als das Sprachrohr der „Linkskatholiken“ in der Zeit von Weimar galt, verlangte, daß sich jeder in seinem Gewissen prüfen müsse, welches Unrecht er für das größere halte, den „Raum an einem verarmten Volk“ oder den „Raum an den Fürsten“. Die Entscheidung fiel für das kleinere Übel. „Die Liquidierung der Monarchie darf nicht mit einer Bereicherung der Monarchen enden. . . , erst recht nicht, da das deutsche Volk unter den Folgen des von der Monarchie verantworteten Krieges so bitter zu leiden hat“. — Die unmittelbare Stellungnahme des Volksblatts liegt leider nicht vor. Die Sätze aus dem Jahre 1929 lassen doch den Schluß zu, daß Arbeitslosigkeit und Inflation Bedenken laut werden ließen, daß die erworbenen Fürstenvermögen „zweifellos nicht immer allen Forderungen des Rechts und der Moral gerecht wurden. — Bei der Behandlung des Vertrages zwischen Preußen und dem Haus Hohenzollern im Preußischen Landtag wandte sich der Abgeordnete der Polnischen Volkspartei Jan Baczewski (1890 bis 1958) in so scharfer Form gegen die Vorlage, daß er vom Landtagspräsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Die Polen könnten es nicht vergessen, daß es gerade die Hohenzollern gewesen wären, die das „von der ganzen zivilisierten Welt verurteilte Enteignungsgesetz gegen die Polen in der ehemaligen Provinz Posen erlassen“ hätten. Als Gegner einer entschädigungslosen Enteignung und auf dem Standpunkt beharrend, daß „Eigentum Heiligtum“ sei, könnten sie es doch nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, „daß einer Familie ein Riesenvolksvermögen, welches sie sich meistens unrechtmäßig angeeignet hat, in der Zeit ausgehändigt werden soll, in der so viele Erwerbslose dem Hunger preisgegeben sind. Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, daß den Hohenzollern ein Riesenvermögen ausgehändigt werden soll, derjenigen Familie, die für die Kriegsoffer, für die Kriegsgreuel verantwortlich zu machen ist (hier erfolgte der Ordnungsruf). Solange die Kriegsinvaliden aus dem Weltkrieg nicht zufriedengestellt sind, solange die Kriegsinvaliden am Hungertuche darben müssen, so lange dürfte es niemand in Preußen geben, der für dieses Gesetz stimmt. Zuerst müssen die Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen, Witwen und Waisen der Gefallenen zufriedengestellt werden. Wir stimmen also gegen das Gesetz.“ STENOGRAPHISCHE BERICHTE DES PREUSSISCHEN LANDTAGS. 211. Sitzung, 15. Oktober 1926, Sp. 14632.

... Man darf also feststellen, daß in Deutschland ein Volksentscheid dann von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt ist, solange nicht eine Parteiengruppe ihn betreibt, die schon im Parlament wenigstens nahezu die Mehrheit hat. Aber auch dann, wenn diese Voraussetzung gegeben ist, wird man nicht mit Bestimmtheit den Erfolg voraussagen können.“

Ein Vorschlag, den Mißbrauch von Volksbegehren dadurch zu verhüten, daß man bei einem Mißlingen die Kosten den Antragstellern auferlegt, wird abgelehnt. Dadurch könnte nämlich von vornherein jede Initiative — auch eine berechnete — abgeblockt werden, um der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschinerie in den Arm zu fallen. Das widerspräche sowohl dem demokratischen Prinzip wie auch dem Sinn der Grundsätze, die die Reichsverfassung über die Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk festgelegt habe.

### Hindenburg muß Präsident bleiben

Über die politische Meinung des *Allensteiner Volksblatts* in den Jahren 1930 und 1931 — um nur einige Ereignisse zu nennen: Sturz der Regierung Müller (SPD) und Kabinettsbildung durch Heinrich Brüning (Zentrum) am 28. März 1930, Reichstagswahlen am 14. September, die einen sensationellen Anstieg der NSDAP von 12 auf 107 Mandate brachten, Notverordnungspolitik und Bildung der Harzburger Front am 11. Oktober 1931 — ist wegen fehlender Unterlagen kein Bild zu gewinnen<sup>93</sup>). Weit günstiger sieht es dann im Jahre 1932 aus. In den dramatischen zwölf Monaten, in denen das Ende der Weimarer Republik besiegelt wurde, trat das *Volksblatt* mit seinen beiden politischen Köpfen Carl Stephan und Gerhard Schöpf konzessionslos für Demokratie und Republik ein<sup>94</sup>). Anlässe dafür waren die beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl, die Landtagswahlen in Preußen, der Sturz der Regierung Brüning und die Berufung Franz von Papens zur Bildung eines „Kabinetts der nationalen Konzentration“, der sog. „Preußenschlag“, die zwei Reichstagswahlen vom 31. Juli und vom 6. November, der Rücktritt des Kabinetts von Papen und die Ernennung des Generals von Schleicher zum Reichskanzler<sup>95</sup>). Dazwischen lag dann noch als lokales Ereignis die Wahl des Zen-

93) Aus der Fülle der Literatur seien nur genannt: EYCK, S. 286 ff.; K. D. BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik*. Stuttgart 1955, vor allem S. 287 ff.; A. ROSENBERG, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1955, S. 456 ff.; K. D. ERDMANN, *Die Weimarer Republik*. In: B. GEBHARDT, *Handbuch der deutschen Geschichte*. Bd. 19. München 1980, S. 244 ff.

94) Daneben erschienen jetzt öfter Berichte und Kommentare mit der Unterschrift „Berliner Dr. H. — Mitarbeiter“. Eine Identifikation war leider bisher nicht möglich. Dr. Gradl (vgl. Anm. 47) hält es durchaus für wahrscheinlich, daß sich hinter diesem Signum Dr. Walter Hagemann verbirgt. Er „hat sehr viel geschrieben“. Hagemann (1900-1964) war 1928-1933 Redakteur und 1934-1938 Chefredakteur der *Germania*. Vgl. MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON. Mannheim 1974. Bd. 11, S. 286.

trumspolitikers Dr. Otto Gilka zum Oberbürgermeister von Alenstein.

Am 30. Januar 1932 stand es für das *Volksblatt*<sup>95)</sup> fest, daß das Zentrum keinen Augenblick zögern wird, seine Gefolgschaft für den bisherigen Reichspräsidenten einzusetzen. In diesem Zusammenhang begründete das Blatt die seinerzeitige Gegnerschaft zu der Kandidatur von Hindenburg im Jahre 1925:

„Wir haben damals aus der politischen Lage heraus und aus Gründen, die in jenen Zeiten durchschlagend schienen, die von den Rechtsparteien aufgestellte Kandidatur in anständiger Form bekämpft. Wir haben aber in demselben Augenblick, in dem die Mehrheit des deutschen Volkes sich für Hindenburg entschieden hatte, den greisen Kriegsheros der Nation auch an höchster Stelle der zivilen Staatsgewalt mit Achtung und Respekt begrüßt. Und die Verehrung für den Feldherrn wandelte sich schnell in Vertrauen zu dem Staatsmann, der in unbeirrbarer Treue zum Vaterland sich als starker Wächter und Hüter der Verfassung erwies. Die Fronten um Hindenburg haben sich in den sieben Jahren seiner Amtstätigkeit gewandelt. Seine einstigen Gegner haben sich fast restlos in seine Anhänger gewandelt. Die Front derer, die ihn einst auf den Schild erhob, ist am Zerbröckeln. Ein neuer Radikalismus ist entstanden, dem vielfach Leute anhängen, denen das Erlebnis des Krieges eine Sage ist, denen das erbitterte Ringen des deutschen Volkes um seine Freiheit in den ersten Nachkriegsjahren als bewußte Pleitewirtschaft hingestellt wurde. Ihnen ist Hindenburg nichts, die Macht alles. Um der Macht willen sind sie bereit, den Vater des Vaterlandes unter ihr parteipolitisches Joch zu beugen oder ihn zu opfern, wenn er sich auflehnt.“

Hugenberg blieb für das *Volksblatt* der gefährlichste Politiker auf dem rechten Flügel. Er „ist dabei der größere Ränkeschmied als Hitler“<sup>96)</sup>. Es würden Hindenburg die Stimmen der Rechtsopposition mit Raffinesse offeriert, diese aber dabei davon abhängig gemacht, daß Hindenburg sich von Brüning trennt. Damals im Februar 1932 war der Reichspräsident für die Zeitung „viel zu anständig und charaktervoll“, um dieses Spiel mitzumachen. Im Zusammenhang mit der Frage der Staatsangehörigkeit bzw. Staatenlosigkeit Hitlers wurde versichert, daß sich kein Zentrumspolitiker finden würde, der einen Einbürgerungsantrag ablehnen könnte, und zwar deshalb nicht, „weil uns die Persönlichkeit Hitlers nicht so überragend wichtig erscheint, daß man ihm eine un-

95) Vgl. dazu u. a. Th. TRUMPP, Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen. Diss. phil. Tübingen 1963; J. BAY, Der Preußenkonflikt 1932/33. Diss. jur. Erlangen-Nürnberg 1965; R. MORSEY, Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Mainz 1969; J. MAURER — H. WENGST (Bearb.), Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Düsseldorf 1977; R. MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus. Stuttgart-Zürich 1977; H. HÖMIG, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik. Mainz 1979; K. D. ERDMANN — H. SCHULZE (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Düsseldorf 1980.

96) AV Nr. 24, 30. Januar 1932.

97) AV Nr. 30, 6. Februar 1932.

verdiente Gloriolen mit der Ablehnung des Bürgerrechts verleihen müßte<sup>98)</sup>). Und im folgenden zeigte dann „*Politicus*“<sup>99)</sup> eine falsche Beurteilung des Vorsitzenden der NSDAP, Adolf Hitler. Er sei, „wie schon mehrfach gesagt worden ist, in der nationalsozialistischen Bewegung nur mehr ein Glied, nicht mehr der Führer, sondern der Gefangene seiner Prätorianer“<sup>100)</sup>. Aber deutlich wurde dann auch sofort dem „kriegsfreiwilligen deutschen Frontkämpfer Hitler“ die Wirklichkeit entgegengehalten. „Hitler hat im Felde seine Pflicht und Schuldigkeit getan wie Millionen Deutscher in Deutschland und in Österreich. Ob das nun Anlaß ist, ihm vor all den anderen Millionen eine besondere Ehrung zuteil werden zu lassen?“<sup>101)</sup> Eine solche Ehrung wäre es aber, wenn ihm ein deutsches Land die Einbürgerung ohne sein Gesuch antragen wollte. Es wird an den November 1923 erinnert, der in der Geschichte als der Monat des Hitler-Putsches fortleben würde.

Im Zusammenhang mit der erneuten Kandidatur von Hindenburg für das Amt des Reichspräsidenten ist von einer Kehrtwendung der Rechten im Vergleich zu 1925 die Rede. Dabei wird aber bewußt verschwiegen, daß inzwischen das Zentrum selbst eine Kehrtwendung gemacht hat. Das Zentrum entschied sich sieben Jahre zuvor für Wilhelm Marx als seinen Mann, während die „Vaterländischen Verbände“ den Generalfeldmarschall zu ihrem Kandidaten machten. Damals habe es geheißt:

„Wir danken dem großen Führer in der Not für die Bereitwilligkeit, mit der er sich erneut zur Verfügung gestellt hat. Hoch über allem Parteikampf steht der Feldmarschall als ein Fels in den uns umbrandenden Wogen. Ein höheres Sinnbild der nationalen Einheit gibt es nicht. Der Name Hindenburg ist der Innbegriff christlichen deutschen Wesens, er ist die Verkörperung der alten deutschen Tugenden: Reinheit, Treue und Wahrheit“<sup>102)</sup>.

Und jetzt würde Hindenburg von diesen Verbänden als der „Schützer des Weimarer Systems“ bezeichnet, das das Hindernis gegen den deutschen Wiederaufstieg sei. Für Goebbels sei er der Schildträger der „rot-schwarzen Katastrophenpolitik“. Und Hindenburg selbst? Das *Volksblatt* meinte:

„Es ist natürlich überflüssig, den greisen Präsidenten des Deutschen Reiches gegen die Diffamierungsversuche der Rechtsradikalen in Schutz zu nehmen. Sicherlich hätte Hindenburg, der sich peinlich hütete, der Gefangene des Rechtsradikalismus zu werden, eine Kandidatur nicht angenommen, wenn er auch nur entfernt den Verdacht hätte hegen müssen, daß die Aktion, die ihn jetzt zum Präsidenten vorschlägt, eine parteipolitische Angelegenheit etwa der Linken sei“<sup>103)</sup>.

98) AV Nr. 36, 13. Februar 1932.

99) Das ist Carl Stephan.

100) AV Nr. 36, 13. Februar 1932.

101) Ebd.

102) Zitiert aus einem Aufruf der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ vom 12. April 1925, nach AV Nr. 41, 19. Februar 1932.

103) AV ebd.

Vierzehn Tage vor dem ersten Wahlgang wird den radikalen Parteien, vor allem aber den Nationalsozialisten gesagt, daß sie sich klar darüber sein sollten, „daß der hemmungslose Fanatismus und die grenzenlose Gewissenlosigkeit ihrer Agitation allmählich einen Grad erreicht, der der Marke des Überschlagens der erhofften Wirkung ins Gegenteil nahe bringt“<sup>104)</sup>. Die Ermländer würden sich gegen Methoden wenden, durch die „jedes Heiligtum“ in den Bereich einer unsaubereren Agitation gezogen werde.

Das Bekenntnis zu Hindenburg steigerte sich, je näher der Wahltermin rückte. Es wird ihm bescheinigt, daß „ein Mann von dem politischen Format . . . doch wohl nicht so leicht einer Intrige zum Opfer fällt“<sup>105)</sup>. Und bald wurde die Gewißheit in der Schlagzeile zum Ausdruck gebracht: „Hindenburg wird siegen“<sup>106)</sup>. Am Vortag der Präsidentschaftswahlen schrieb „Politicus“ auf der ersten Seite dreispaltig einen Kommentar mit der Überschrift „Deutschland wählt morgen Hindenburg!“<sup>107)</sup>. Darin wird dieser als der „geniale Feldherr“, als der „weise Lenker der politischen Geschichte Deutschlands“ und als der „Patriot“ umjubelt, der dem Vaterland dient. Es wird der Schlußsatz einer Rede von Reichskanzler Brüning während einer Kundgebung im Berliner Sportpalast zitiert: „Hindenburg muß siegen, weil das deutsche Volk leben muß.“<sup>108)</sup> Emphatisch folgen dann die Kommentarsätze:

„Hier bei ihm steht die nationale Front, an der nationalistischer und bolschewistischer Ungeist zerbrechen muß. Hier bei ihm steht die christliche Front, an der heidnische Menschen- und Staatsvergötterung ihren Untergang findet. Hier bei ihm steht die soziale Front, die dem armen gedrückten deutschen Volk Leben und Wohlfahrt in allen seinen Schichten sichern und die Diktatur einer Clique vernichten wird. National, christlich und sozial! Das ist die Parole, unter der die Hindenburg-Front den Kampf führt und siegreich entscheidet.“<sup>109)</sup>

Die Wahlen selbst<sup>110)</sup> brachten für keinen der fünf Kandidaten die im ersten Durchgang notwendige absolute Mehrheit. Hindenburg fehlten 168 000 Stimmen. Es stand „Auf des Messers Schneide“<sup>111)</sup> urteilte das *Volksblatt*. Für Ostpreußen bliebe ein

„bitterer Geschmack auf der Zunge zurück, wenn man überlegt, was gerade Hindenburg in Krieg und Frieden für Ostpreußen getan hat und wie ihm der dafür gebührende Dank jetzt von der Mehrheit der Ostpreußen abgestattet wird. Der 13. März 1932 ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte Ostpreußens; am wenigsten der Parteien, die sonst

104) AV Nr. 48, 27. Februar 1932.

105) AV Nr. 54, 5. März 1932.

106) AV Nr. 57, 9. März 1932.

107) AV Nr. 60, 12. März 1932.

108) Brüning am 11. März 1932 im Berliner Sportpalast, nach AV Nr. 60, 12. März 1932.

109) AV ebd.

110) Bei 37 660 377 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Hindenburg 18 661 736, Hitler 11 338 571, Thälmann 4 982 079, Düsterberg 2 557 876 und Winter 111 470 Stimmen, AV Nr. 61, 14. März 1932.

111) So die Überschrift des Kommentars, ebd.

das Nationale für sich in Erbpacht zu haben glauben, die gegen Hindenburg hetzten, weil er sich nicht auf ihr Geheiß von dem katholischen Kanzler trennen wollte, und die jetzt noch enttäuscht darüber sind, daß eine solche perfide Propaganda nicht einen noch stärkeren Erfolg gezeitigt hat.“<sup>112)</sup>)

Die Entscheidung der ostpreußischen Bevölkerung am 13. März wird einige Tage später<sup>113)</sup> eingehend analysiert. Die „Zahlen sprechen“:

„Im Wahlkreis Ostpreußen hat Hindenburg nur die relative Mehrheit erreicht. Das gleiche gilt für die Regierungsbezirke Königsberg, Allenstein und Marienwerder; im Regierungsbezirk Gumbinnen hat Hindenburg nicht einmal die relativ meisten Stimmen erhalten, sondern Hitler. Erheblich ist diese relative Mehrheit Hindenburgs in den Bezirken Königsberg und Marienwerder, nur knapp im Bezirk Allenstein. Immerhin hat Hindenburg in jedem der einzelnen vier Regierungsbezirke mehr Stimmen auf sich vereinigt als die ihn stützenden Parteien bei der Reichstagswahl 1930 für sich verbuchen konnten. Für ganz Ostpreußen macht dieses Mehr 42 255 Stimmen aus, woran der Bezirk Königsberg allein mit fast 20 000 Stimmen beteiligt ist.

Von den 42 ostpreußischen Kreisen hat Hindenburg in zehn die absolute Mehrheit erzielt. Darunter befinden sich die fünf ermländischen Kreise Allenstein-Stadt und -Land, Rößel, Braunsberg und Heilsberg, ferner der Kreis Stuhm. Außerdem war eine absolute Mehrheit für Hindenburg vorhanden in Elbing-Stadt und -Land, in Marienburg und in Gerdauen. Eine relative Mehrheit war für den Reichspräsidenten in 14 Kreisen vorhanden, und zwar in Osterode, Bartenstein, Pr. Eylau, Fischhausen, Heiligenbell, Königsberg-Stadt und -Land, Mohrunge, Rastenburg, Wehlau, Darkehnen, Insterburg-Stadt, Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit. In 18 Kreisen hatte Hitler die relative Mehrheit, die absolute in keinem.

In 28 Kreisen sind für Hindenburg mehr Stimmen erzielt worden als die hinter ihm stehenden Parteien im Jahre 1930 hatten. Hervorzuheben sind hier die Kreise Allenstein-Land, Rößel, Osterode, Bartenstein, Pr. Eylau, Königsberg-Stadt, Rastenburg, Heinrichswalde, Tilsit-Ragnit, Elbing-Stadt, Stuhm. In sechs Kreisen, darunter Allenstein-Stadt, ist der Stimmenverlust der Hindenburg-Parteien nicht nennenswert, und nur in acht Kreisen fällt der Stimmenverlust ins Gewicht.

Danach haben die Parteien, die für Hindenburg waren, in 66,6 Prozent Ostpreußens Zuzug erhalten, in 14,3 Prozent ist ihr Bestand geblieben, und in nur 19,1 Prozent der Provinz sind Verluste eingetreten. Zu diesen Verlustkreisen gehören bemerkenswerterweise die katholischen Kreise Heilsberg (—1850) und Braunsberg (—2860). Im Kreise Braunsberg ist die Wahlbeteiligung gegen 1930 um etwa 1000 Stimmen geringer, im Kreise Heilsberg um etwa 600 Stimmen größer gewesen. In beiden Kreisen haben die Deutschnationalen ihre Stimmen ziemlich gehalten, die Nationalsozialisten haben je rund 2000 Stimmen gewonnen. Es ist natürlich unter den heutigen Umständen nicht unbedingt festzustellen, woher dieser Stimmenzuwachs Hitlers kommt, da in

112) Ebd.

113) AV Nr. 63, 16. März 1932.

beiden Kreisen auch andere Parteien, wie Wirtschaftspartei und Landvolk, einige tausend Wähler hatten. Trotzdem wird die Zentrumspartei bei dem kommenden zweiten Wahlgang in beiden Kreisen eine stärkere Aktivität entfalten müssen.

Den besonders starken Zuwachs der Nationalsozialisten in den masurischen und in den an Litauen grenzenden Kreisen hat man mit dem Hinweis auf die Nervosität der Grenzbevölkerung über eine angeblich jetzt stärkere Gefährdung durch Polen bzw. Litauen erklären wollen. Diese Erklärung mag insofern etwas Wahres an sich haben, als die Nationalsozialisten in ganz Ostpreußen und besonders in den Grenzkreisen mit der außenpolitischen Gefährdung hausieren gegangen sind. In Westpreußen hat diese unverantwortliche Agitationsmethode jedoch keine Panik verursacht, bis auf den Kreis Rosenberg, wo Hitler über 7000 Wähler mehr zugelaufen sind. Ähnlich ist es im Kreis Oletzko gewesen, wo Hitler ebenfalls über 7000 Stimmen mehr hatte. Ganz aus der Reihe tanzen die Kreise Lyck mit 8500 mehr, Ortelsburg mit 10 000 mehr für Hitler; aber auch in anderen masurischen Kreisen hat Hitler bis je 5000 Stimmen gewonnen. In allen diesen Kreisen hatte aber Hitler schon 1930 eine erhebliche Zahl von Anhängern. Wenn jetzt die nationalsozialistische *Preussische Zeitung* (Nr. 52) in einer dicken Schlagzeile behauptet, Hindenburg sei ‚auf dem Schlachtfeld von Tannenberg geschlagen‘, so mag das für ihr Agitationsbedürfnis nützlich sein, geschmackvoll und patriotisch wird es kaum genannt werden können. Eher bedeutet diese Äußerung offener Schadenfreude über die politische Verirrung weiter masurischer Volkskreise gerade Hindenburg gegenüber eine blanke Nichtswürdigkeit.

Hinsichtlich der kommunistischen Stimmen ist darauf hinzuweisen, daß sie in den Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen und Westpreußen abgenommen und nur im Bezirk Allenstein zugenommen haben. Hier ist es Masuren, das durchweg eine Zunahme der Thälmann-Stimmen aufweist. Aber auch die ermländischen Kreise Allenstein-Stadt (+ 150), Allenstein-Land (+ 600) und Heilsberg (+ 170) haben den Kommunisten zusammen fast 1000 Stimmen mehr geliefert. Diese letztere Feststellung schließt Folgerung und Aufgabe für das Zentrum von selbst in sich.“

Nach dieser ersten Runde gingen die parteipolitischen Auseinandersetzungen in rascher Folge weiter. Am 10. April war der zweite Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten, und am 24. April fiel die Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen preußischen Landtags. Die Wahlen am 3. April für die Landwirtschaftskammern in Ostpreußen können hier außer Betracht bleiben.

Das Motto für den zweiten Wahlgang: „Und nochmal wählen wir Hindenburg!“<sup>(114)</sup> wird vor allem mit konfessionellen Argumenten begründet. Für die Katholiken sei die Entscheidung nicht schwierig. Die Wahl eines katholischen Reichspräsidenten sei in Deutschland schwerlich möglich. Der Wahlkampf von 1925 habe das deutlich gezeigt.

114) AV Nr. 82, 9. April 1932.

„Die katolikenfeindlichen Instinkte wurden damals bis zur Siedehitze aufgepeitscht. So bleibt der katholischen Minderheit nur übrig, denjenigen unter den Kandidaten zu wählen, der außer den politischen Voraussetzungen unbedingt auf positivem christlichen Boden steht und die Gewähr für eine christlich orientierte Staatspolitik bietet. Bei Hindenburg sind diese Vorbedingungen voll und ganz erfüllt . . . Konfessionelle Scheuklappen sind ihm fremd, wie sein Verhältnis zum Reichskanzler Dr. Brüning beweist. Hindenburg ist positiver evangelischer Christ, der seinem Glauben ernstlich nachlebt. Ihm gegenüber stehen Thälmann und Adolf Hitler. Über den Bolschewisten und Gottlosenbündler Thälmann ist in diesem Zusammenhang kein Wort zu verlieren. Adolf Hitler aber, sagen uns Nationalsozialisten, sei Katholik! Ist er es wirklich noch? Die bekannten Tatsachen lassen an Hitlers Stellung zur katholischen Kirche keinen Zweifel. Er hat längst innerlich und äußerlich alle Brücken zu ihr abgebrochen. Die Freiheit, die Hitler seinem Mitarbeiter Rosenberg, dem brünstigen Hasser alles Christentums, zu seiner wahnwitzigen Propaganda gegen die katholische Kirche läßt, spricht eindeutig genug, selbst wenn man nicht aus den Schriften des einstigen Nationalsozialisten Dinter<sup>115)</sup> wüßte, daß Hitler von Religion überhaupt nichts hält, am wenigsten von den ‚abergläubischen Wahnvorstellungen der katholischen Kirche‘. Demonstrativ seinen Glauben verleugnet hat aber Hitler, als er vor wenigen Monaten als Trauzeuge des ebenfalls ‚katholischen‘ Dr. Joseph Goebbels mit einer geschiedenen evangelischen Frau in einer evangelischen Kirche vor einem evangelischen Geistlichen fungierte. Gibt’s angesichts dieser Tatsache noch einen Zweifel? Wer als Katholik auf seinen Christusglauben noch etwas hält, wählt morgen den positiv gläubigen evangelischen Christen Hindenburg und nicht den vom Katholizismus abgefallenen Freigeist Hitler<sup>116)</sup>.

Diese stark emotionalen, aber auch politischen Argumente mußten letztlich wirkungslos bleiben und konnten nicht „aus dem Turm heraus“ dringen<sup>117)</sup>, weil die Adressaten, die Leser des *Volksblatts*, von wenigen jüdischen Abonnenten abgesehen, als Katholiken und Zentrumswähler 1932 von vornherein ihre Entscheidung für Hindenburg trafen. Das gilt auch für den Hinweis auf die SA und SS als Privatarmeen Hitlers. Ihre Stärke von etwa 420 000 Mann, ihre geheimen Waffenlager und die Kenntnis der geheimen Waffendepots bedeute, so hieß es, eine stets akute Bürgerkriegsdrohung, die sich kein Staat gefallen lassen könne, am wenigsten das Deutsche Reich in seiner prekären innen- und außenpolitischen Lage.

115) Arthur Dinter (1876-1948), antisemitischer und antiklerikaler völkischer Agitator, 1925-1927 NSDAP-Gauleiter in Thüringen, vgl. P. HÜTTENBERGER, *Die Gauleiter*. Stuttgart 1969, S. 15 f.

116) AV Nr. 82, 9. April 1932.

117) Dr. Heinrich Teipel, innenpolitischer Redakteur der *Germania*, enger Vertrauter des Zentrumspolitikers Joseph Wirth und Exponent des republikanischen Flügels, warf in seiner Broschüre „Wir müssen aus dem Turm heraus!“, Berlin 1925, die Frage auf, ob das Zentrum als katholische Weltanschauungspartei noch eine Lebensberechtigung habe.

„Aber selbst wenn dieses nationalsozialistische Landknechtskorps im Zaune gehalten werden könnte, bis Hitler einmal legal zur Macht kommt und dann die Rolle der faschistischen Miliz in Italien zu spielen berufen wäre, es ist geradezu erschreckend, mit welcher Leichtfertigkeit nationalsozialistische Führer die Triebe ungezügelter Hasses und Neides, die in der SA zusammengeballt sind, schüren, ja so weit gehen, der SA die ersten 24 Stunden des ‚neuen Reiches‘ freizugeben für eine ‚Nacht der langen Messer‘“<sup>118)</sup>.

In nicht einmal zehn Monaten sollte sich dieser Satz bewahrheiten.

Den zweiten Wahlgang am 10. April gewann dann Hindenburg mit 53 %, also mit der absoluten Mehrheit der Stimmen; auf Hitler entfielen 36,8 %; und auf Thälmann — weit abgeschlagen — 10,2 %<sup>119)</sup>. Der stellvertretende Stahlhelmvorsitzende Duestenberg hatte nicht wieder kandidiert und zur Wahl Hindenburgs aufgefordert. Hugenberg, ihn desavouierend, hatte seinen Anhängern die Entscheidung zwischen Hindenburg und Hitler freigestellt. Unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung war gegenüber dem 13. März der absolute Zuwachs an Wählern für Hitler — fast 2,1 Millionen — dreimal so groß wie für Hindenburg mit 700 000. Da für diesen am 13. März zur absoluten Mehrheit lediglich 168 000 Stimmen gefehlt hatten und die absolute Mehrheit in der zweiten Runde nicht mehr notwendig war, war die Entscheidung für den Feldmarschall so nahe gerückt, daß nur ein kleiner Teil der bisherigen Duestenberg-Wähler und „einige Linksozialisten, die zuvor Thälmann gewählt hatten“, genügten<sup>120)</sup>.

Hunderttausende von einstigen Duestenberg-Wählern haben sich nicht abhalten lassen, zu helfen, um die Gefahr einer Hitlerherrschaft in Deutschland heraufzubeschwören, folgerte das *Volksblatt*.

„Sie haben aus Verärgerung, aus dem unklaren Haß gegen das ‚System‘, aus dem Willen, an Stelle dieses ‚Systems‘ die eigene Parteimacht aufzurichten, sich einmal der ‚nationalen‘ Opposition verschrieben und können davon nicht wieder los, obwohl sicherlich bei manchem das Gewissen gemahnt haben mag. Sie haben sich durch diese Halbheit und Entschlußlosigkeit mitschuldig gemacht, daß der nationale Akt, den gestern das deutsche Volk durch die Wiederwahl Hindenburgs mit absoluter Mehrheit vollzog, sich nicht zu einem noch großartigeren Bekenntnis des Volkes zu der historischen Größe und weltgeschichtlichen Bedeutung des Reichspräsidenten gestaltete. Auch ihnen mußte es ja schließlich gedämmert sein, was Hindenburg für das deutsche Volk und seinen Kampf um die Freiheit bedeutet. Ihre schwere Gewissensschuld bleibt es, daß dieser Erkenntnis nicht die politische Tat gefolgt ist. Wie schwer sich die bürgerlichen Hitlerwähler am deutschen Volk versündigt haben, dürfte ihnen schon in

118) AV Nr. 82, 9. April 1932.

119) Vgl. A. MILATZ, Wahlen und Wähler in der Weimarer Republik. Bonn 1965, S. 138 f.

120) Ebd. S. 138.

der verflochtenen Nacht aufgegangen sein, als sich nicht mehr die klare Schlußfolgerung vermeiden ließ, daß zahllose Kommunisten denselben Weg wie sie selber gegangen sind<sup>121)</sup>). Nicht genug damit, daß schon bis dahin Millionen einstiger Kommunisten in das nationalsozialistische Lager hinübergewechselt sind und die sozialistischen Tendenzen in der NSDAP zum vollendeten Bolschewismus wandeln, jetzt haben auch organisierte Kommunisten offen den Rechtsradikalismus unterstützt, um seine revolutionäre Stoßkraft zu verstärken. Graut den bürgerlichen Nachläufern Hitlers nicht allmählich doch vor der Gesellschaft, in die sie sich leichtfertig begeben haben?<sup>122)</sup>

„Wir lassen uns nicht kommandieren —  
weder von Adolf Hitler noch von Erich Koch“

In Preußen<sup>123)</sup> mußte die Bevölkerung bereits 14 Tage später erneut zu den Urnen gehen. In Anbetracht dieser kurzen Zeitspanne und der zu befürchtenden politischen Ermüdung, einmal, weil „das Bewußtsein um die Schicksalsbedeutung dieser Frühjahrs-wahlen doch noch nicht bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau durchgedrungen ist“, und zum andern, weil man Wahlent-haltung am 10. April üben zu können glaubte, da der Sieg Hinden-burgs ohnehin sicher sei<sup>124)</sup>, wurde den „Zuversichtlichen und Be-quemen“ gesagt: „Die Rechnung für den 24. April geht nicht so leicht auf.“ Neue Wege der Regierungsbildung in Preußen würden nur möglich sein, „wenn der Radikalismus einschließlich seines deutschnationalen Anhängsels in der Minderheit bleibt und die bisherigen Parteien genügend Einsicht besitzen und auf die ver-änderte Lage Rücksicht nehmen.“ Wie im Reich, so falle auch in Zukunft in Preußen der Zentrumspar-tei die wichtige Aufgabe zu, ihre „starken, ehrlichen und selbstlosen Maklerdienste“ der Neu-ordnung zu leihen. Es gehe darum, den Ansturm des Radikalismus auf die Macht in Preußen und über Preußen auf das Reich abzu-wehren<sup>125)</sup>. Am Vortag der Wahl wurde dann noch einmal betont, erstes Ziel sei es,

„den Ansturm des Rechtsradikalismus abzuwehren. Sein bedeutungs-loser Trabant, die Deutschnationale Volkspartei, hat sich soweit sel-ber aufgegeben, daß man heute Mühe hat, aus dem Inhalt der deutschnationalen Presse zu erkennen, ob ein Blatt noch Hugenberg oder schon Hitler dient. Die übrigen Gruppen der bürgerlichen Rechten sind in diesem Wahlkampf nur wenig in Erscheinung getreten: Sie

---

121) Nach MILATZ, S. 138 f., kam der Zuwachs für Hitler sicherlich von den Deutschnationalen, deren Mehrheit die Stimmfreigabe durch Hugenberg zu seinen Gunsten interpretierte, zumal sich auch der Kronprinz öffentlich für ihn ausgesprochen hatte. Aber auch kommunistische Wähler hatten Hitler ihre Stimme gegeben, „denn der Verlust von 1,3 Millionen Stimmen, den Thälmann erlitt, war keineswegs durch die geringere Wahlbeteiligung und die Zunahme der Hindenburg-Stimmen allein zu erklären“.

122) AV Nr. 83, 11. April 1932.

123) Außer in Preußen fanden in Bayern, Württemberg und Anhalt Landtags- sowie in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt.

124) AV Nr. 88, 16. April 1932.

haben sich mit der negativen Parole ‚Gegen das System‘ begnügt, ohne zu sagen, was sie an die Stelle des ‚Systems‘ setzen wollen<sup>(125)</sup>.

Der Kommunismus wird als der linke Antipode des Nationalsozialismus angesehen. Beide stammten aus der gleichen Wurzel, und in ihren letzten Zielen würden sie nicht sonderlich voneinander abweichen. Dabei wird auch das Verhältnis zur Sozialdemokratie, mit der man schließlich in Preußen zusammen die Verantwortung getragen hat, begründet: die materialistische Weltanschauung werde entschieden abgelehnt, das dürfe aber nicht dazu führen, „ihre politischen Taten, vor allem ihre praktische Arbeit in Preußen, von vornherein in Bausch und Bogen zu verdammen“<sup>(127)</sup>.

Der 24. April brachte „Keine Mehrheit der Rechtsradikalen in Preußen“<sup>(128)</sup>. Dennoch war er ein noch

„schwärzerer Tag in der Geschichte der jungen deutschen Demokratie als der 14. September 1930“<sup>(129)</sup>. Der politische Unverstand hat noch größere Orgien gefeiert als damals. Und doch kann man das Wahlergebnis nicht ganz ohne Genugtuung hinnehmen. Zum ersten Male in den letzten Jahren hat es keine Überraschung ergeben. Es war, gemessen an den Zahlen der beiden Präsidentschaftswahlen, das Ergebnis

---

125) Im weiteren Verlauf des Kommentars „Politisches Wochenende“ wird dann zur „Wehrhaftigkeit in Ostpreußen“ Stellung genommen. Anlaß dazu bot die Notverordnung vom 13. April „Zur Sicherung der Staatsautorität“, die ein Verbot der SA und SS beinhaltete und in der „nationalen Presse“ als eine Gefährdung der deutschen Grenzen im Osten hingestellt wurde. Es scheint eine Verkennung der wahren Lage zu sein, wenn man behauptet, „durch das Verbot der Hitlerischen Zinnsoldaten sei auch der Wehrwille und die Wehrbewegung in Ostpreußen lahmgelegt worden. Diese Behauptung mutet besonders grotesk an in einem Augenblick, in dem sich der Oberreichsanwalt mit nationalsozialistischen Dokumenten befaßt, die ein eigenartiges Licht auf den Wehrwillen der NSDAP im deutschen Osten werfen sollen.

Nein, die Sicherheit Ostpreußens ist nicht Sache einer Partei oder eines Klüngels. Unsere Heimat kann nur geschützt werden durch das ganze einige ostpreußische Volk. Wenn der Patriotismus der Nationalsozialisten nur so weit reichen sollte, als ihnen Freiheit zum Revolutionmachen gewährt wird, wenn sie es jetzt, wo ihre SA verboten ist, etwa ablehnen sollten, sich bedingungslos in Reih und Glied zu stellen, falls einmal das Vaterland in Gefahr geraten würde, dann ist der nationalsozialistische Wehrwille keinen Pfifferling wert. Das wären mir schöne Soldaten, die sich mit einem Hut voll Bedingungen anmeldeten. Wenn dem nationalsozialistischen Heldenanwärter etwa der schwarze Rock des rechten oder die rote Bluse des linken Nebenmannes nicht passen sollten, dann muß und wird es auch ohne sie gehen. Das gäbe ja reizende Zustände, wollte sich jeder Soldat im Augenblick der Gefahr erst einen Reichskanzler nach seinem Geschmack aussuchen. Da hätten wir bald mehr Reichskanzler als Soldaten.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie verwirrt der nationale Gedanke im ‚nationalen‘ Lager ist, wie sehr das Erhabene eines Volkes in den Dienst einseitiger und egoistischer Machtbestrebungen gestellt wird, dieser Beweis ist jetzt erbracht. Das ‚nationale‘ Phrasengebimmel ist lediglich die schlechte Begleitmusik für recht reale Parteimachenschaften. Gnade Gott dem Staat, den solche Parteien beherrschen würden.“ AV Nr. 88, 16. April 1932.

126) AV Nr. 94, 23. April 1932.

127) Ebd.

128) So die Schlagzeile des AV Nr. 95, 25. April 1932.

vorauszusehen. Der Rechtsradikalismus ist keine unkontrollierbare Macht mehr. Er steht im politischen Tageslicht und mehr noch als am 10. April erkennt man seine Grenzen.“

Ein politischer Gewinn sei aber das „große Aufräumen unter den Splitter- und Interessenten-Parteien“. Sie seien restlos verschwunden und aufgesaugt worden durch den Rechtsradikalismus. Weiter wird als befriedigend die Dezimierung der Partei Hugenberg's genannt, die fast die Hälfte ihrer Mandate verloren habe. Als vierter und größter politischer Gewinn wird verbucht, daß weder der Rechtsradikalismus allein noch zusammen mit dem Rest der Splitterparteien eine Mehrheit in Preußen erhalten hat.

„Preußen ist noch nicht hitlerreif, der große Tag ist wieder vorübergegangen, ohne daß der Griff zur Macht gelungen wäre. Der 24. April war Hitlers letzte Chance. Sie ist verpaßt. Und auch diejenigen konnten den großen Tag nicht herbeizaubern, die den letzten Rest ihrer Partei-Reputation dafür zu opfern bereit waren.“

Das erfreulichste Moment sei die „unbedingte Festigkeit des Zentrumsturmes“ gewesen. Das Zentrum habe 200 000 Stimmen gewonnen. Der Verlust von vier Sitzen sei durch die Verringerung der Landtagsmandate insgesamt bedingt. Ohne das Zentrum — so der Optimismus des *Volksblatts* — gehe es in Preußen nicht<sup>129)</sup>.

Auf die Forderung der Nationalsozialisten, daß ihnen aufgrund ihrer 162 Abgeordneten die Regierungsbildung in Preußen zukomme, wird geantwortet, ebenso habe das „Volk“ 162 Abgeordnete der sogenannten Weimarer Parteien gewählt. Mit dem gleichen Recht könnte daher verlangt werden, das Volk fordere den Fortbestand der Weimarer Koalition in Preußen. Mit bloßen Zahlen könne ein Machtanspruch der Nationalsozialisten nicht begründet werden. Ähnlich verhalte es sich

„mit der Berufung der nationalsozialistischen Feinde der Demokratie auf den parlamentarischen Brauch, daß die stärkste Partei die Regierung zu übernehmen habe. Wer Demokratie und Parlament als den Todfeind des Volkes betrachtet, sollte nicht aus Demokratie und Parlamentsbräuchen Rechte herleiten wollen. Er macht sich damit nur lächerlich. Das um so mehr, je weniger er allein imstande ist, sich in den Besitz der Macht zu setzen“<sup>130)</sup>.

Kurz darauf<sup>131)</sup> folgte eine ungemein scharfe Replik auf einen

---

129) Im neuen Landtag fielen der NSDAP 162 (9), der SPD 94 (137), dem Zentrum 67 (71), der KPD 57 (48), der DNVP 31 (71), der DVP 7 (40), der Staatspartei 2 (22) und rechten Splittergruppen 3 Sitze zu. Die bisherige preußische Regierung tragende Koalition (SPD, Zentrum und Demokraten -Staatspartei) konnte nur 162 gegen 260 Mandate auf sich vereinigen. Aber auch eine breite Rechtskoalition blieb mit 203 Mandaten gegen 220 in der Minderheit. Ein Zusammengehen der Rechten mit dem Zentrum, das eine Mehrheitsbildung ermöglicht hätte, war ausgeschlossen. Der Landtag wurde durch eine negative Sperrmehrheit von NSDAP und KPD (zusammen 219 Mandate) bewegungsunfähig, vgl. MILATZ, S. 141.

130) AVNr. 95, 25. April 1932.

131) AVNr. 97, 27. April 1932.

132) AVNr. 100, 30. April 1932.

Artikel des Gauleiters der NSDAP in Ostpreußen Erich Koch<sup>133)</sup> in dem NS-Organ *Preußische Zeitung*<sup>134)</sup> in Königsberg/Pr. Laut *Volksblatt* sollte Koch geschrieben haben, seine Partei erwarte „auf das bestimmteste, daß das Zentrum ohne jede Bedingung ein Kabinett der nationalen Opposition in Preußen ohne seine unwillkommene Beteiligung toleriert.“ Und weiter: „Diese Wahl ist der Anfang vom Ende aller Juden- und Romherrschaft über Deutschland“<sup>135)</sup>. Dem antwortete „Politicus“<sup>136)</sup>, Koch habe sich ein Verdienst erworben, zu sagen, was man in nationalsozialistischen Kreisen wirklich denkt. Man will

„allein herrschen, das Zentrum nur benutzen, um zur Macht zu kommen . . . Wir lassen uns nicht kommandieren, weder von Adolf Hitler noch von Erich Koch. Wir treffen politische Entscheidungen nach unserer Auffassung zum Wohle des Volkes und Staates . . . Am Tage vor der Wahl zum Preußischen Landtag ist an dieser Stelle auf die nahe Verwandtschaft zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten hingewiesen worden. Da heute die Rechtsblätter mit allem Nachdruck fordern, daß das Zentrum das Experiment mit den Nationalsozialisten in der Regierungsverantwortung mache, ja, dem Zentrum eine besondere Pflicht unterstellen, Steigbügelhalter der NSDAP zu sein, andernfalls es die ‚nationalen Interessen‘ schädige, so möchte ich nochmals betonen, daß in Zentrumskreisen über diese Frage denn doch grundsätzlich andere Auffassungen bestehen. Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen ist“.

Es folgt ein Satz aus einer Kundgebung<sup>137)</sup> des preußischen Zentrumsvorstandes, in der betont wurde, daß sich die Fraktion allen Bestrebungen widersetzen werde, die „Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern“ wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden. Hier fährt nun der Kommentar fort:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, die hier aufgestellten Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit des Zentrums mit anderen Parteien werden ebensowenig von den Nationalsozialisten wie von den Kommunisten erfüllt. Und wenn Erich Koch in dem schon

---

133) Koch Erich, geb. 1896 in Elberfeld, seit 1922 Mitglied der NSDAP, 1928 Gauleiter von Ostpreußen, 1933 Oberpräsident von Ostpreußen, 1959 von einem polnischen Gericht zum Tode verurteilt, Vollstreckung ausgesetzt, lebt noch in polnischer Haft in Wartenburg (Barczewo), vgl. HÜTTENBERGER, S. 215 und BWDG II, 1974, Sp. 1516 f.

134) Die *Preußische Zeitung* wurde 1931 gegründet. 1932 gab sie ihre Auflage mit 31 500 an, vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse, S. 210.

135) Nach AV Nr. 100, 30. April 1932, handelt es sich um die *Preußische Zeitung* Nr. 87, das Datum ließ sich nicht feststellen.

136) Das ist Carl Stephan; darauf wird hier noch einmal hingewiesen, um zu verdeutlichen, warum Stephan nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht in die „Presseliste“ aufgenommen wurde; daher auch die ausführliche Zitierung des Kommentars.

137) Diese „Kundgebung“ wurde am 25. April 1932 veröffentlicht.

erwähnten Artikel der *Preußischen Zeitung* Tod und Verderben auf das Zentrum schleudert, das angeblich die alte Weimarer Koalition unter Duldung der Kommunisten aufrechterhalten möchte, so hat er sich in unserem besonderen Fall zwar absolut grundlos entrüstet; aber der Nazi-Gauleiter Ostpreußens hat augenscheinlich selbst den richtigen Sinn dafür, daß, vom Standpunkt des Zentrums gesehen, eine Koalition mit den Nationalsozialisten kaum geringere Schwierigkeiten bietet als eine solche mit den Kommunisten. Das Vorzeichen ‚national‘ bei den einen und ‚international‘ bei den anderen ist nicht das Wesentliche. Das fühlt man auch im Lager der NSDAP. Darum versucht man das Zentrum gruselig zu machen mit der Moskauer Abhängigkeit der KPD, mit ihrer Gottlosenpropaganda und ähnlichem. Wir übersehen die Dinge gewiß nicht, aber wir wissen auch, daß die NSDAP bis heute noch nicht klargestellt hat, wo ihre Geldquellen fließen und ihre letzten Abhängigkeiten liegen, daß dieselbe NSDAP ihre angebliche christliche Grundauffassung bisher in einem Zwielicht gehalten hat, das nicht zu durchdringen war; daß sie die Dissidenten in den Reihen ihrer Abgeordneten duldet, dafür aber katholische Kirche, Priester und Bischöfe in so niederträchtiger Weise angegriffen und geschmäht hat, wie es außer den Kommunisten keine andere Partei je in Deutschland gewagt hat.“

Das Zentrum denke nicht im entferntesten an eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, aber ebensowenig komme eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in Frage, von denen es neben grundlegenden politischen Unterschieden schwere weltanschauliche Gegensätze trennen würden.

„Infolgedessen ist es vergebliche Liebesmühe der Rechtspresse, uns aus angeblich nationalen Gründen, die in Wirklichkeit parteiegoistische sind, in Verhandlungen und Beziehungen zu den Nationalsozialisten zu hetzen. Gewiß sind wir bereit, alles zu tun, was uns mit unserer katholischen Grundanschauung und unseren politischen Grundsätzen vereinbar erscheint, um dem Vaterlande auch unter den neuen Verhältnissen zu dienen. Wir lehnen es aber ab, fremden Diktaten zu folgen oder gar Opfer zu bringen, die über den praktischen Alltag in die Sphäre des Grundsätzlichen reichen.“

Dem Zentrum habe der Angriff des „machthungrigen“ Nationalsozialismus keinen Schaden zugefügt,

„ein Zeichen, daß unsere Wählerschaft unserer Politik vertraut. Unsere Politik hat sogar mehr Wähler als früher an sich gezogen. Warum also sollen wir, denen die Wähler gegen den Nationalsozialismus treu waren, die Aufgabe haben, demselben Nationalsozialismus in den Sattel zu helfen? Warum stellt Erich Koch nicht etwa an die Sozialdemokratie die Forderung, den Nationalsozialismus bedingungslos zu tolerieren? Die Tatsache, daß das Zentrum im Landtag, von rechts her gesehen, die nächsten Bänke innehat, kann doch wohl kein Grund für die uns gestellte Zumutung sein. Man hat uns so oft im letzten Wahlkampf mit den Marxisten in einen Topf zu werfen versucht, unserer Politik die schwerste Schuld an allem Widerwärtigen unserer Lage beigemessen, unsere Führer in schmähhchster Weise verleumdete. Und nun glaubt man, uns eine besondere „nationale“ Pflicht auf-

erlegen zu können! Solange man uns so kommt, sind wir nicht zu sprechen. Unsere Pflicht liegt in unserem Gewissen, nicht in einem äußerlichen Zufall. Und dieses Gewissen ist wach gewesen in der Koalition mit der Sozialdemokratie, es wird auch wach sein dem Nationalsozialismus gegenüber, zumal die politischen Differenzen zwischen ihm und uns wesentlich größer sind als die, die uns von der Sozialdemokratie trennen<sup>(138)</sup>).

### Nach dem Sturz Brüning

Am 30. Mai 1932 wurde Heinrich Brüning als Reichskanzler vom Reichspräsidenten von Hindenburg entlassen und zu seinem Nachfolger der politisch auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums beheimatete Franz von Papen ernannt. Die Hintergründe dieses Wechsels aufzuzeigen, ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. Die Literatur darüber ist kaum noch zu übersehen<sup>(139)</sup>. Vom Volksblatt fehlen die entsprechenden Nummern. Lediglich eine Ausgabe von Anfang Juni war erreichbar. Darin findet sich ein Kommentar mit Äußerungen wie „um eine Erfahrung reicher“ und der „Dank des Vaterlandes“. Nur zu deutlich wird spürbar, daß die Enttäuschung nach dem „Undank“ für das Engagement zur Wiederwahl Hindenburgs journalistisch noch nicht verkräftet ist. Die „Bestürzung“ war noch zu groß, und erst allmählich wuchs die „helle Empörung“ über die „Hintergründe“ und die „Machenschaften“, die zum Sturz Brüning und seines Kabinetts geführt hatten. Konfessionelle Intrigen und antikatholische Ressentiments werden mit als Anlässe des Sturzes kurz vor den „letzten hundert Metern vor dem Ziel“ gesehen. Noch einmal wird an die Mitarbeit des Zentrums bei der Gestaltung der Republik erinnert, und es fallen Worte, die in unserer Zeit wie leere Hülsen wirken: Zentrumsstaatsmänner hätten sich in der Verantwortung für Volk und Reich verzehrt; Opfer an Opfer seien gereiht worden für die Allgemeinheit, als andere „in den vergnügten Gefilden der Opposition wandelten“. Des Vaterlandes Dank sei dann am 30. Mai gekommen.

„Unsere Besten hat man in Formen entlassen, die um so peinlicher sind, als der 10. April doch nahe genug liegt, um sich zu erinnern, was diesem Tag vorausgegangen ist. Trotzdem hätten wir auch diesmal wieder persönliche Unbill hintangesetzt, hätten wir auch diesmal wieder der Sache zu dienen gesucht, wenn wir einen wirklichen politischen Sinn in der neuen Regierungsbildung erkennen könnten<sup>(140)</sup>).

„Nicht mehr den Willen des deutschen Volkes repräsentierend<sup>(141)</sup>“, wurde der Reichstag am 4. Juni aufgelöst, und es wurden für den 31. Juli Neuwahlen ausgeschrieben. Dazwischen lag am 20. Juli der sogenannte Preußenschlag. Reichskanzler von Papen ent-

138) AV Nr. 100, 30. April 1932.

139) Vgl. Anm. 95.

140) AV Nr. 127, 4. Juni 1932.

141) MILATZ, S. 142.

hob die preußische Staatsregierung unter Otto Braun (SPD) ihres Amtes. Von Papen hatte den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirtsiefer (Zentrum), die Minister des Inneren und der Finanzen, Severing (SPD) und Klepper (DDP) — Ministerpräsident Braun war in Urlaub —, zu sich gebeten und ihnen eröffnet, sie seien abgesetzt. Die Dinge in Preußen hätten sich nicht so entwickelt, wie er es für richtig hielt. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei nicht mehr gewährleistet. Der Reichspräsident habe daher auf Veranlassung der Reichsregierung eine Verordnung erlassen, die ihn — Papen — zum Reichskommissar in Preußen bestelle<sup>142</sup>). Kraft dieser Vollmacht seien Braun und Severing ihrer Ämter enthoben. Die Dienstgeschäfte des Ministerpräsidenten übernehme er als Kommissar des Reiches selbst<sup>143</sup>). Weiterhin voller Optimismus oder auch unter bewußter Herunterspielung der bevorstehenden Gefahren — denn schließlich war in vielen Kommentaren deutlich geworden, daß Stephan den Nationalsozialismus in allen seinen Programmpunkten sowie politischen, ideologischen und demagogischen Grundsätzen nicht nur durchschaut, sondern in seiner Gefährlichkeit auch gebrandmarkt hatte — war das *Allensteiner Volksblatt* überzeugt davon, daß das Volk dafür sorgen werde, „daß die nationalsozialistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen“. Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf für den Reichstag wird dann erneut betont, daß allein die Mitte — also das Zentrum — in der Lage sei, einen geraden und vernünftigen Kurs zu steuern. Die Mehrheit dürfe weder unter Hitlers noch unter Thälmanns Führung stehen<sup>144</sup>).

Der Wahltag am 31. Juli wurde als „Der deutsche Schicksalstag“<sup>145</sup>) bezeichnet. Noch einmal setzte sich das *Volksblatt* mit dem Nationalsozialismus auseinander. Dabei wurden wiederum Vergleiche mit dem Kommunismus angestellt. Äußerlich gebe es wenig Gemeinsamkeiten. Die NSDAP habe Prinzen, Großagrarier, Großindustrielle in ihren Reihen, und sie habe auch einen starken kleinbürgerlichen Einschlag. Die Kommunisten seien durchweg „Proleten“. Es sei kein Zufall,

„daß der Staat der Nationalsozialisten genauso wie derjenige der Bolschewisten der diktatorisch geleitete Staat sein soll. Die ‚Diktatur des Proletariats‘ auf der einen, ‚alle Macht dem Führer‘ auf der anderen Seite. Die Zwangsjacke des allmächtigen Staates droht dem Volke also von den Nationalsozialisten ebenso wie von den Kommu-

142) Verordnung des Reichspräsidenten, betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932, Reichsgesetzblatt I 1932, S. 377; Grundlage bildete Art. 48, Absatz 1 (Reichsexekution) und Absatz 2 (Diktaturgewalt) der Weimarer Verfassung, vgl. BAY, S. 55 ff. und H. Grund, „Preußenschlag“ und Staatsgerichtshof im Jahre 1932. Diss. jur. Göttingen 1976.

143) Vgl. BAY, S. 5.

144) AV Nr. 169, 23. Juli 1932.

145) AV Nr. 175, 30. Juli 1932.

nisten. Ohne brutalen Zwang ist nämlich der Umbau des Staats- und Wirtschaftssystems im Sinne des Radikalismus beider Richtungen nicht möglich. Auf dem Wege über den Mehrheitswillen des Volkes kommt er nicht zu seinem Ziel<sup>(146)</sup>).

Das Zentrum konnte wohl mit 4 586 501 Stimmen — 15,7 % der Gesamtwählerschaft — einen Zuwachs von 0,7 % verbuchen. Die Zahl der Abgeordneten erhöhte sich von 68 auf 75. Daß aber „Die ‚nationalsozialistische Flut‘ zum Stehen gebracht!“<sup>(147)</sup> werden konnte, blieb ein Wunschdenken, das wenige Monate später von der realen politischen Entwicklung zerstört werden sollte. Doch schon die Ergebnisse vom 31. Juli machten klar, daß der Nationalsozialismus weiter im Aufstieg war. Mit 13,75 Millionen Stimmen hatte sich sein Anteil in nicht ganz zwei Jahren von 18,2 auf 37,3 % mehr als verdoppelt. Seit der zweiten Runde zur Präsidentenwahl waren noch einmal 330 000 neue Wähler dazugekommen. Insgesamt steigerte die NSDAP die Zahl ihrer Abgeordneten von 107 auf 230<sup>(148)</sup>).

In den folgenden Tagen wurde immer wieder auf die Schlüsselstellung des Zentrums hingewiesen. Daher der Versuch der Rechtsparteien — was allerdings eine Selbsttäuschung sei —, das Zentrum unter so starken Druck zu setzen, daß es „bedingungslos“ ein Rechtskabinett zu dulden bereit wäre. Doch es liege ein klarer Auftrag der Wähler vor.

„Und der geht dahin, den Staat vor den gefährlichen Experimenten der machtlüsternden Rechtspolitik zu bewahren, Recht und Verfassung zu schützen. Der Ruf ‚Alle Macht der NSDAP!‘ oder die Diktatureneigungen deutschnationaler Kreise im Sinne einer Fortführung des Papen-Schleicher-Regiments ohne parlamentarische Fundierung finden daher beim Zentrum eine glatte Ablehnung“<sup>(149)</sup>.

### Zentrums-Oberbürgermeister für Allenstein

In den innenpolitisch hochbrisanten letzten Monaten des Jahres 1932 fiel in Allenstein eine Entscheidung, die kommunalpolitisch für die Stadt eine Wende bringen sollte; durch die nationalsozialistische Machtübernahme wurde aber daraus nur ein Intermezzo, das für den unmittelbar Betroffenen eine schwere Enttäuschung sein mußte. Ende Oktober lief die zwölfjährige Amtszeit von Oberbürgermeister Georg Zülch ab<sup>(150)</sup>). Nicht zuletzt den Bemühungen und dem Einsatz Carl Stephans war es zu danken, daß es

146) Ebd.

147) So die Schlagzeile der AV Nr. 176, 1. August 1932.

148) Vgl. MILATZ, S. 142 ff. Hier auch die gesamte Wahlanalyse und die Ergebnisse für die einzelnen Parteien. Zum Ergebnis in Ostpreußen schrieb das Volksblatt: Das Ergebnis „hat dem Zentrum einen schönen Zuwachs an Stimmen gebracht, der nicht so sehr in den geschlossenen katholischen Gegenden als vielmehr in der Diaspora erzielt wurde. In einzelnen katholischen Bezirken wie im Landkreis Allenstein sogar ausgesprochen schlecht. Um so mehr ist die Zentrums-treue der anderen Bezirke anzuerkennen“. AV Nr. 176, 1. August 1932.

149) AV Nr. 181, 6. August 1932.

nach über 50 Jahren gelang, ein katholisches Stadtoberrhaupt durchzusetzen. Spannungen zwischen Zülch auf der einen und Stephan zusammen mit dem Zentrum auf der anderen Seite hatte es die ganze Zeit der Republik hindurch gegeben. Dafür waren mehrere ganz natürliche und in der Sache liegende Gründe ausschlaggebend. Stephan war lange Zeit der Sprecher der Zentrumsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung<sup>151</sup>). Da lagen Kontroversen mit dem Magistrat, dessen Spitze zu den Deutschnationalen tendierte, nahe. So wandte sich Stephan scharf dagegen, daß Zülch seine Unterschrift unter das Volksbegehren gegen den Young-Plan setzte, weil er negative Auswirkungen für die Stadt befürchtete<sup>152</sup>). Das primäre Anliegen Stephans war jedoch, daß eine Stadt wie Allenstein mit ihrer überwiegend katholischen Bevölkerung auch einen katholischen Bürgermeister haben müsse. Die Benachteiligung der Katholiken in der Zeit der Monarchie und die Revision durch die Republik gaben wesentliche Anstöße für die Demokratisierung des Beamtentums in Preußen<sup>153</sup>). Stephan selbst schreibt in seinen Lebenserinnerungen zur „alt-preußischen Beamtenpolitik“:

„Bis zum Beginn des Weltkriegs, ja noch während der schweren Kriegsjahre war es preußischer Verwaltungsgrundsatz, möglichst wenige katholische Staatsbeamte einzustellen und diese wenigen möglichst in nichtkatholischen Gegenden zu beschäftigen. In den seltenen Fällen, in denen die Personalpolitik gegenüber uns Katholiken einmal ‚weich‘ zu werden schien, trat die Altherrenschaft der schlagenden studentischen Verbände, insbesondere der Korps, in die Bresche. Und sollte diese Phalanx einmal irgendeine Lücke gelassen haben, da standen die Freimaurer zur Abwehr der ‚Katholer‘ bereit“<sup>154</sup>).

150) Georg Zülch, geboren 1870 in Karlshafen/Weser, trat am 26. Januar 1903 als zweiter Bürgermeister in die Verwaltung der Stadt ein. Nach der Pensionierung von Oberbürgermeister Oskar Belian (1832-1918) wurde Zülch 1908 zum Ersten Bürgermeister gewählt. Nach dem Ausscheiden der Stadt aus dem Kreisverband erhielt er am 25. August 1910 den Titel Oberbürgermeister. Z. hat sich während des Russeneinfalls zu Anfang des ersten Weltkrieges und während der Abstimmungszeit durch seine besonnene Haltung große Verdienste um die Stadt erworben. Ebenso trugen seine Verantwortungsfreude und sein Engagement wesentlich zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur bei. Z. wurde im Januar 1920 auf weitere zwölf Jahre von der Stadtverordnetenversammlung in seinem Amt bestätigt. Bei seinem Scheiden aus dem Amt wurde er am 31. Oktober 1932 zum Ehrenbürger ernannt. Er starb am 31. August 1942 in Groß Grabow. Mitteilung des Sohnes, Dr. Heinz-Jörn Zülch, Hamburg, vom 9. Juli 1981. Vgl. FUNK, S. 319 ff.

151) Als solcher wird St. bezeichnet in: AV Nr. 22, 27. Januar 1923.

152) AV Nr. 251, 26. Oktober 1932.

153) Vgl. H.-K. BEHREND, Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919-1923. In: JAHRBUCH FÜR GESCHICHTE MITTEL- UND OSTDEUTSCHLANDS 6 (1957) S. 173 ff., E. PIKART, Preußische Beamtenpolitik 1918-1933. In: VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE 6 (1958) S. 119 ff.; W. RUNGE, Politik und Beamtentum im Parteienstaat, Stuttgart 1965.

Am 27. Februar 1931 wurde der bisherige Stadtrat Dr. Otto Gilka<sup>155)</sup> zum neuen Oberbürgermeister von Allenstein gewählt. Um einen kontinuierlichen Übergang zu ermöglichen, fand der Wahlakt 18 Monate vor Ende der zwölfjährigen Amtsperiode statt. Von den 35 Stadtverordneten entschieden sich die 17 des Zentrums und die zwei der SPD für Gilka, die anderen stimmten gegen ihn.

In einem Abschiedsartikel für Zülch<sup>156)</sup> wurde nicht verschwiegen, daß sich die politische Vertretung des katholischen Bevölkerungsteils jahrelang mit dem Oberbürgermeister in einem heftigen Konfliktzustand befand. Inzwischen sei aber ein ehrlicher Friede zustande gekommen, der keine Bitterkeit hinterlassen habe. Gewürdigt wurde die „objektive Haltung“ des Oberbürgermeisters bei dem Kampf um seinen Nachfolger im Jahre 1931. Als schon einmal im Juli 1925 der Rücktritt von Zülch selbst in Erwägung gezogen worden sei, habe der Fraktionsvorsitzende des Zentrums<sup>157)</sup> diesem versichert, seine Partei wünsche, dem scheidenden Oberbürgermeister einst in aller Loyalität und Freundschaft die Hand zum Abschied reichen zu können. „Von welcher Bedeutung diese Entwicklung auch für den katholischen Volksteil Allensteins gewesen ist, hat sich am stärksten in den Tagen erwiesen, als die Zentrumsfraktion im Frühjahr 1931 die Wahl des Nachfolgers des Oberbürgermeisters Zülch betrieb.“ Unter anderen Umständen wäre eine ernste Spannung zwischen dem Magi-

154) Lebenserinnerungen, S. 276. Stephan berichtet, daß Carl Severing (1875-1952) in seiner Eigenschaft als preußischer Innenminister bei der Leitung der ostpreußischen Zentrumspartei angefragt habe, ob auch sie die Abberufung des Regierungspräsidenten von Allenstein, Mathias von Oppen, wünsche und gegebenenfalls einen Zentrumsmann in Allenstein haben möchte. „Wir haben allemal entschieden abgewinkt. Wir sagten uns, daß an die Spitze eines zu 2/3 evangelischen Bezirks ein evangelischer Mann gehöre und daß auch uns ein aufrechter und gerechter Protestant immer lieber sein werde als ein schlapper Katholik“, ebd. S. 286.

155) Otto Gilka, geb. am 26. April 1888 in Rudczanny, Kr. Sensburg, Schulbesuch in Lyck und Königsberg, kurze Militärdienstzeit im I. Weltkrieg, Jurastudium, 29. Juni 1921 erste jur. Staatsprüfung, 1922 Promotion zum Dr. jur., 28. Februar 1925 große jur. Staatsprüfung, Assessor beim Landratsamt Lippstadt (Westf.) und bei der Regierung in Oppeln; 8. März 1929 zum Stadtrat in Allenstein, 27. Februar 1931 zum Oberbürgermeister von Allenstein gewählt; Dienstantritt als OB 3. November 1932; 30. März 1933 „Beurlaubung“ („So schmerzlich die Beurlaubung . . . für uns Allensteiner Katholiken ist, so sehr wir auch besorgt sein müssen, durch den weiteren Gang der Ereignisse die Früchte der Arbeiten und Kämpfe der Allensteiner Katholiken um ihre Gleichberechtigung in ihrer Gemeinde zu verlieren, wollen wir trotzdem heute von einer Kommentierung der Vorgänge absehen, da die Entscheidung des Preußischen Innenministers noch aussteht“, AV Nr. 74, 31. März 1933), nach dem II. Weltkrieg u. a. Oberkreisdirektor von Grevenbroich, gest. 23. November 1978, vgl. ALLENSTEINER BRIEF Nr. 183, 1. März 1979, S. 86 f.

156) Unter dem Titel „Dem Oberbürgermeister zum Abschied“, AV Nr. 253, 29. Oktober 1932. Der Artikel, dessen unkritische Diktion alle vergangenen Auseinandersetzungen und Kontroversen vergessen lassen will, ist unsigniert.

157) Carl Stephan, vgl. Anm. 151.

stratsdirigenten und dem Zentrum unausbleiblich gewesen. Dies sei glücklicherweise nicht eingetreten. Im Folgenden wird dann ein Abschnitt aus einer offiziellen Erklärung der Zentrumsfraktion der Stadtverordnetenversammlung am 27. Februar 1931 zitiert<sup>158)</sup>.

Zur Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters, der „ein ernster Tag in schwerer Zeit“ sei<sup>159)</sup>, wurde noch einmal die Frage der Konfession angeschnitten, der für beide Seiten — für die Befürworter und für die Ablehner — eine wichtige Rolle gespielt habe.

„Für so töricht darf man wohl das Allensteiner Zentrum nicht halten, daß es in dem Augenblick, wo nach mehr als fünf Jahrzehnten zum erstenmal ein Katholik Oberbürgermeister werden konnte, lediglich den Tauschein oder gar sonstige Rücksichten, wie sie leider ebenfalls behauptet wurden, als maßgeblich für den Kandidaten betrachtet hätte . . . Wir Katholiken erwarten von dem neuen Oberbürgermeister keine Sondergeschenke, wir wissen aber, daß er gerecht sein wird. Daß wir als die Mehrheit der Bevölkerung uns freuen, einen der Unseren an der Spitze der Stadtverwaltung zu sehen, wer will uns das verübeln? Daß wir vom Zentrum besondere Genugtuung empfinden, daß ein seit langem — allerdings auf weite Sicht — gestecktes Ziel erreicht ist, wer kann uns das verargen?“

Auf Seiten des Zentrums wisse man genau, daß in Allenstein ein erfolgreiches Wirken des leitenden Beamten auf der Basis reiner Parteipolitik nicht möglich sei. Daher sei man in den letzten sieben Jahren bestrebt gewesen,

„durch eine sachliche und fördernde Politik dem Exponenten unserer Rechten, dem Oberbürgermeister Zülch gegenüber, die Vertrauensgrundlage zu schaffen für eine ebensolchen Politik der Rechten gegenüber einem künftigen katholischen Oberbürgermeister. Daß diese Hoffnung in der entscheidenden Stunde, im Februar 1931, zusammenbrach, ist eine betrübliche Tatsache, die wir lediglich registrieren wollen“<sup>160)</sup>.

---

158) „Im Verfolg der von uns vorgesehenen Aktion glaubten wir, es als eine der ersten Aufgaben betrachten zu sollen, den amtierenden Magistratsdirigenten, Herrn Oberbürgermeister Zülch, loyalerweise von unseren Auffassungen und Absichten in Kenntnis zu setzen. Wir haben hierfür bei unserem Oberbürgermeister weitestgehendes Verständnis gefunden. Er hat es als im Interesse der Stadt liegend erklärt, daß nach Ablauf seiner Amtsperiode eine jüngere Kraft Oberbürgermeister werde, und er hat es auch für angemessen gehalten, nachdem 50 Jahre lang evangelische Bürgermeister in Allenstein amtiert hätten, daß nunmehr ein Katholik dieses Amt übernehme. Wir haben Herrn Oberbürgermeister Zülch für diese Erklärung unseren Dank ausgesprochen. Um aber allen Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir auch hier, was wir dem Herrn Oberbürgermeister Zülch erklärt haben, wiederholen, daß unsere heutige Aktion in keiner Weise als Demonstration gegen die Person des jetzigen Oberbürgermeisters gerichtet ist, und daß wir, wie wir in der Vergangenheit objektiv und sachlich mit dem Magistrat und dem Herrn Oberbürgermeister Zülch zusammengearbeitet haben, auch weiterhin bis zum Ablauf seiner Amtszeit den Boden loyaler Mitarbeit nicht verlassen werden.“ AV Nr. 253, 29. Oktober 1932.

159) AV Nr. 256, 3. November 1931.

160) Ebd. Die „betrübliche Tatsache“ bezieht sich auf das Nein der Rechten bei der Wahl von Dr. Gnllka zum Oberbürgermeister am 27. Februar 1931.

## Von Papen zu Schleicher

Am 17. November 1932 trat das Kabinett unter Reichskanzler von Papen zurück. Mit dieser Entscheidung erfüllte sich eine schon lange und wiederholt ausgesprochene Forderung des Zentrums und damit auch des *Volksblatts*. Ein „Rettungsprogramm“<sup>(161)</sup> wurde als dringend notwendig bezeichnet. Dazu gehörte auch „die Bildung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft der Parteien“<sup>(162)</sup>, die fähig wäre, der neuen Regierung eine Mehrheit im Reichstag zu verschaffen. Die Vereinbarung über diese Not- und Arbeitsgemeinschaft müsse vier große Gebiete umfassen und die Politik der Regierung auf längere Zeit sicherstellen.

„Da ist innenpolitisch einmal das Gebiet der öffentlichen Finanzen und das Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, außenpolitisch die endgültige Erledigung des Reparationsproblems und der Abrüstung unter Erreichung der deutschen Gleichberechtigung“<sup>(163)</sup>.

Von einer „schwarzen Woche“<sup>(164)</sup> wurde dann sieben Tage später gesprochen, weil sich die großen Parteien der Arbeits- und Notgemeinschaft versagt hätten. Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei wären bereit gewesen, sich an den Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsbildung zu beteiligen.

„Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten haben es abgelehnt. Das ist der nicht umzudeutende Tatbestand. Diesen beiden patentnationalen Parteien ist die Not des deutschen Volkes nichts gegenüber ihren Parteiinteressen. Die stehen über allem“<sup>(165)</sup>.

Das *Volksblatt* macht eine Zählung und kommt zu dem Schluß<sup>(166)</sup>:

„Mit dem Zentrum, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei hatten sich 101 Abgeordnete des Reichstags für die Teilnahme an der Not- und Arbeitsmehrheit ausgesprochen. Der Hinzutritt der Nationalsozialisten hätte 297 ergeben, also fünf mehr als die Hälfte. Von den Christlich-Sozialen und anderen kleinen Parteien wären sieben bis acht weitere Abgeordnete zu gewinnen gewesen, so daß eine zwar nicht überwältigende, aber doch sichere Mehrheit vorhanden gewesen wäre“<sup>(167)</sup>.

161) AV Nr. 269, 19. November 1932.

162) Ebd.

163) Ebd.

164) AV Nr. 275, 26. November 1932.

165) Vgl. dazu u. a. R. MORSEY, Die deutsche Zentrumspartei. In: E. MATTHIAS - R. MORSEY (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 318 ff.; D. JUNKER, Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Stuttgart 1969, S. 108 ff.; R. MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus. Stuttgart 1977, S. 56 ff.

166) AV Nr. 275, 26. November 1932.

167) Da die entsprechenden Nummern fehlen, liegen zu den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 leider keine Äußerungen des *Volksblatts* vor. Bei diesen Wahlen erlitt die NSDAP einen Stimmenverlust von zwei Millionen. Ihre Mandate verringerten sich von 230 auf 196. Auch das Zentrum verlor aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung fünf Sitze und brachte es auf 70 Abgeordnete, vgl. MILATZ, S. 145 ff.

Es wäre der Beweis erbracht worden, daß

„Hugenberg mit seiner Partei auch heute noch für eine Mehrheitsbildung überflüssig ist, und zweitens wäre ganz eindeutig festgestellt worden, ob die Saboteure einer Mitarbeit des Reichstags stark genug sind, auch über eine vorhandene Mehrheit hinweg ihre dunklen Absichten durchzusetzen“<sup>168)</sup>.

Am 2. Dezember 1932 beauftragte Reichspräsident von Hindenburg General Kurt von Schleicher<sup>169)</sup> als Nachfolger von Papens mit der Regierungsbildung. Schleicher, der entscheidend am Sturz von Reichskanzler Brüning beteiligt war<sup>170)</sup>, hatte im Kabinett von Papen das Reichswehrministerium inne. Ohne sich mit der Person von Schleicher selbst zu beschäftigen, behandelte das *Volksblatt* sachlich und nüchtern „Die Aufgaben des Kabinetts Schleicher“<sup>171)</sup>. Die Bemerkungen galten vornehmlich der finanziellen, sozialen und wirtschaftlichen Situation. Dem Kabinett wurde bescheinigt, daß es seine Arbeit zu einer Zeit beginnt, die zu den ernstesten und gefährlichsten Momenten zu zählen sei, in denen sich das deutsche Volk — abgesehen von den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren — je befunden habe.

„Wir haben einen Winter durchzuhalten, der uns wieder die Unterhaltung von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln auferlegt . . . Das ist um so schlimmer, als die Finanzlage der Gemeinden zur Zeit so katastrophal ist, daß selbst große und größte unter ihnen seit einiger Zeit schon nicht mehr in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen“<sup>172)</sup>.

Schleicher zeige den Willen, im Gegensatz zu Papen, mit den Arbeitnehmern wieder in Fühlung zu kommen.

„Die Auffassungen der verschiedenen Gewerkschaften mögen in Einzelheiten voneinander abweichen, in der großen Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmermassen an den Geschicken des Staates und am eigenen Geschick . . . sind sich alle, ob christlich oder sozialistisch, ob rechts oder links, einig“<sup>173)</sup>.

Kurze Zeit darauf<sup>174)</sup> wurde diese äußerst positive Grundeinstellung gegenüber dem Reichskanzler erneut bestätigt. Bei allem Tun und Lassen habe er das Wohl des Vaterlandes im Auge. Für ihn sei das Vaterland nicht der kalte Begriff des Staates, sondern das Volk.

---

168) AV Nr. 275, 26. November 1932.

169) Kurt von Schleicher, geb. 1882, im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ ermordet am 30. Juni 1934. Als Reichskanzler von Dezember 1932 bis Januar 1933 bemühte er sich vergeblich um einen breiten Rückhalt bei Gewerkschaften und Parteien, einschließlich des Strasser-Flügels der NSDAP, vgl. BWDG III, 1975, Sp. 2498-2501.

170) Vgl. TH. VOGELSSANG, *Reichswehr, Staat und NSDAP*. Stuttgart 1962, S. 180 ff. und 335 ff.

171) AV Nr. 281, 3. Dezember 1932.

172) Ebd.

173) Ebd.

174) AV Nr. 282, 17. Dezember 1932.

„Diesen Mann wird keine Partei, kaum eine Richtung voll für sich in Anspruch nehmen können . . . Er ist gewissermaßen ein Epigone Macchiavellis und hat in diesem Sinne starke Ähnlichkeit mit Mussolini; jedenfalls mehr als der äußere Abklatsch des Duce in Deutschland, Adolf Hitler“<sup>175)</sup>.

### Vergebliches Aufbäumen gegen Hitler

Es kann und soll hier nicht im einzelnen auf den dramatischen Ablauf der letzten Wochen der Republik von Weimar eingegangen werden, die ihren Endpunkt mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler erreichten. In diesen Wochen erinnerte das *Volksblatt* mit einem deutlichen Seitenblick auf die Deutschnationalen daran, daß das Zentrum es nicht nötig hatte,

„seine Weltanschauung nach der Revolution aufzugeben und sich zur Demokratie zu bekennen. Es ist stets eine Volkspartei gewesen. Allerdings auch eine Verfassungspartei. Und wenn die Demokratie 1919 keinen anderen Ausdruck finden konnte als den des parlamentarischen Systems von Weimar, so war das die Reaktion auf den Mißbrauch der Autorität, den das frühere Regime betrieben hatte. Wir verteidigen nicht jeden Satz der Weimarer Verfassung als unabänderlich, wir stellen uns aber mit aller Kraft als Verteidiger vor die Demokratie, die Selbstbestimmung des Volkes“<sup>176)</sup>.

Seit Mitte Januar mehrten sich Leitartikel, Berichte und Meldungen „von unserem Berliner Dr. H.-Mitarbeiter“. Wie schon erwähnt, konnte bisher nicht geklärt werden, wer sich hinter diesem Signum verbirgt<sup>177)</sup>. Am 31. Januar lautete die Schlagzeile des *Volksblatts* „Kabinett der Harzburger perfekt“. Der Berliner Korrespondent schrieb: „Hitler am Ziel“, und der Leitartikel hieß: „Hitler-Hugenberg-Papen“<sup>178)</sup>. Für Dr. H. war das einzig Erfreuliche an der neuen Situation, daß die Nationalsozialisten jetzt den Beweis erbringen müßten, ob sie die Versprechungen würden erfüllen können, die sie dem deutschen Volk gemacht hatten. Da geht der Kommentar<sup>179)</sup> schärfer ins Gericht. Die Koalition zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten enthalte kein Element, das geeignet wäre, die nationalsozialistischen Diktaturneigungen zu hemmen oder zu verhindern. Die Deutschnationale Partei unter Hugenberg sei genauso wie die Nationalsozialisten Feind des Volksstaates und habe seit Jahren auf die Beseitigung der Volksrechte und der Volksvertretung hingewirkt. „Man darf vielleicht sogar sagen, daß diese Gemeinschaft des Hasses auf den Volksstaat die Basis der neuen Regierungskoalition ist“<sup>180)</sup>. Die großen Gefahren für die Zukunft lägen im Verfassungsleben und

175) Ebd.

176) AV Nr. 11, 14. Januar 1933.

177) Vgl. Anm. 94.

178) AV Nr. 25, 31. Januar 1933.

179) Er ist mit drei Sternchen signiert.

180) AV Nr. 25, 31. Januar 1933.

auf sozialem Gebiet. Beide Parteien seien ausgesprochene Gegner des Volksstaates. Auf sozialem Gebiet müsse mit einer Bevorzugung des Unternehmertums, insbesondere des Großunternehmertums gerechnet werden. Haben doch „Großkapitalisten“ wie Thyssen und Schacht bei der politischen Ehe zwischen Hugenberg und Hitler Pate gestanden. Nachdem sich die antidemokratischen Parteien der Rechten geeinigt hätten

„und sich anschicken, den Staat in ihrem Sinne umzuwandeln, wird die Reaktion auf der Linken nicht ausbleiben. Die Sozialdemokratie, die noch das Kabinett Brüning unterstützte, hat in den letzten acht Monaten einen merkbaren Ruck nach links vollzogen. Das Schlagwort von der ‚Einheit des Proletariats‘ ist kein Kinderschreck mehr, sondern hat Eingang in die Hirne der sozialdemokratischen Massen gefunden. Es wäre vielleicht heute schon Wirklichkeit, wenn die kommunistische Politik nicht fortgesetzt voller ausgemachter Torheiten wäre“<sup>181)</sup>.

Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung Hitler war am 1. Februar die Auflösung des gerade am 6. November 1932 gewählten Reichstages. Für den 5. März wurden Neuwahlen ausgeschrieben. Das Zentrum werde — so das *Volksblatt* — den Wahlkampf mit aller Schärfe und Macht führen. Man könne sich auf das katholische Volk verlassen. „Wir haben keine Industriebarone, Kohlenmagnaten und Großagrarien, die Hunderttausende beisteuern, wir müssen unser silbernes Pulver für den Wahlkampf Groschen um Groschen sammeln“<sup>182)</sup>. So soll „der 5. März ein Gerichtstag“ werden<sup>183)</sup>. Dieser Gerichtstag zielte jedoch Anfang Februar vornehmlich immer noch gegen Hugenberg, der erstaunlicherweise als der „mächtigste Mann“ des Kabinetts angesehen wurde.

Am 9. Februar hielt die ostpreußische Zentrumspartei in Wormditt ihre Provinzial-Delegiertenversammlung ab, um die Kandidaten sowohl für den Reichstag als auch für den Preußischen Landtag<sup>184)</sup> zu bestimmen. Aus sachlichen Gründen sei ein Revire-

181) Ebd.

182) AV Nr. 28, 3. Februar 1933. Ganz so arm war das Zentrum allerdings nicht. In seiner Reichstagsfraktion waren auch der schlesische und westfälische Adel und die Großindustrie — z.B. Florian Klöckner — vertreten.

183) So lautete ein Zwischenartikel in: AV Nr. 29, 4. Februar 1933.

184) Es wurden nominiert a) für den Reichstag: 1. Dr. Brüning, Reichskanzler a. D., Berlin, 2. Teschner, Landwirt, Kleiditten, 3. Link, Arbeitersekretär, Heilsberg, 4. Hönnekes, Oberstudienrat, Allenstein, 5. Geilen, Kaufmann, Bischofstein, 6. Kluth, Rektor, Elbing, 7. Wolff, Emil, Tischlermeister, Allenstein, 8. Lange, Landwirt, Kl. Körben, 9. Thiel, Mittelschullehrer, Königsberg, 10. Rofalski, Landwirt, Gr. Lemkendorf, 11. Wollschläger, Studienrätin, Wormditt, 12. Basner, Kaplan, Heilsberg, 13. Schaffrin, Oberamtsanwalt, Allenstein, 14. Gehrman, Landwirt, Plausen, 15. Fliege, Gewerkschaftssekretär, Mehlsack, 16. Neumann, Sattlermeister, Heilsberg; b) für den Preußischen Landtag: 1. Hönnekes, Oberstudienrat, Allenstein, 2. Buchholz, Landwirt, Knopen, 3. Liebnitz, Gewerkschaftssekretär, Königsberg, 4. Wronka, Oberstudienrätin, Allenstein, 5. Kather, Propst, Elbing, 6. Kayser, Erster Bürgermeister, Braunsberg, 7. Fissahn, Malermeister, Bischofstein, 8. Huhn, Rektor, Braunsberg, 9. Klawki, Kaufmann, Mehlsack, 10. Gerigk, Steuerinspektor, Allenstein, 11. Weisner,

ment in den Spitzenstellen für den Reichstag und den Landtag schon lange geplant gewesen.

„Der im praktischen Bauernleben groß gewordene und mitten im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen stehende Abgeordnete Teschner<sup>185)</sup> wird dem Reichstag, der aus dem höheren Schulwesen kommende, schon seit Jahren in kulturell-nationaler Arbeit tätige Abgeordnete Hönnekes<sup>186)</sup> wird dem Landtag angehören“<sup>187)</sup>.

Über Frau Wronka<sup>188)</sup>, die ebenfalls aus dem höheren Schuldienst kam, wird gesagt, sie sei von der preußischen Zentrumspartei stets an sicherer Stelle der Landesliste als Vertreterin der katholischen Frauenwelt gesetzt worden<sup>189)</sup>. Zu den Zielen des Wahlkampfes heißt es:

„Wenn gewisse Elemente sich anschicken, ein ungebeugtes stolzes Volk in Knechtschaft zu zwingen, da werden gerade im katholischen Volk alle Kräfte des Widerstandes lebendig. Wir haben das Staatsbürgertum zweiter Klasse lange genug als Elendsbürde ertragen. Wir werden uns niemals wieder darunter beugen. Wir stehen zum freien Volk im freien Volksstaat, wie ihn die Männer der Nationalversammlung aufgebaut haben, als jene, die heute die Nation für sich in Anspruch nehmen, ängstlich ihr zartes Leben schonten“<sup>190)</sup>.

In derselben Ausgabe wurde energisch gegen die neuen Personalentscheidungen in Preußen protestiert.

„Die neuen Herren geben einen drastischen Anschauungsunterricht, wie man Personalpolitik treiben muß, wenn man alle menschlichen und politischen Rücksichten hintansetzen und sich nur von machtpolitischen Erwägungen leiten lassen will.“

Wenn es so weitergehe, werde es nicht mehr lange dauern, bis der „eiserne Besen“ dieser Herren auch den letzten republikanischen Beamten in führender Stellung hinausgekehrt hat<sup>191)</sup>.

Landwirt, Deutsch Damerau, 12. Kloppenburg, Gewerkschaftssekretär, Königsberg, 13. Scheer, Ehefrau, Lauterhagen, 14. Holzky, Landwirt, Preylowen, 15. Block, Maschinenbauer, Basien. AV Nr. 34, 10. Februar 1933. — Wormditt war wegen seiner günstigen und zentralen Verkehrslage ein beliebter Versammlungsort der ostpreußischen Zentrumspartei und der ermländischen Verbände.

185) Hubert Teschner (1894-1969) wurde am 24. April 1932 in den Preußischen Landtag gewählt; am 5. März 1933 kam er in den Reichstag. Er gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig dem Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz als CDU-Abgeordneter an, vgl. HÖMIG, S. 304.

186) Hubert Hönnekes, geb. 27. April 1880 in Kervendonk/Niederrhein, gest. 15. März 1947 in Kevelaer, Oberstudienrat in Allenstein, seit 14. September 1930 bis 5. März 1933 Mitglied des Reichstages, vom 5. März 1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages, im September 1933 aus dem Schuldienst entlassen, vgl. AV Nr. 96, 26. April 1930 und B. RÜGER, Hubert Hönnekes. In: ALLENSTEINER BRIEF Nr. 2, Oktober 1980, S. 6-8; DERS., Hubert Hönnekes, Reichstagsabgeordneter aus Allenstein. In: ERMLANDBUCH 1981. Osnabrück (1980), S. 144-149 und in: ERMLANDBRIEFE 33 (1980) Nr. 132, S. 9 f.

187) AV 37, 14. Februar 1933.

188) Gertrud Wronka, geb. 27. Oktober 1881 in Allenstein, gest. 16. Oktober 1952 in Bad Pyrmont. Oberstudienrätin, gehörte dem Preußischen Landtag ununterbrochen vom 28. Januar 1919 (Landesversammlung) an, vgl. HÖMIG, S. 305.

189) AV 37, 14. Februar 1933.

190) Ebd.

191) Ebd.

Warum „Papen als Führer der Katholiken“<sup>192)</sup> nicht in Frage kommen könne, wird folgendermaßen begründet:

„Man muß sich auch vergegenwärtigen, was das für eine Politik ist, für die Papen den katholischen Volksteil gern gewinnen möchte. Wir kennen diese Politik seit neun Monaten. In dieser Zeit sind die politischen Spannungen (abgesehen von der kurzen Ära Schleicher) in unerträglicher Weise gesteigert worden, der deutsche Boden ist gerötet von dem Blute fanatisierter radikaler Politiker, die sich gegenseitig umbringen, die neue Regierung spaltet das deutsche Volk in zwei Lager: ein ‚nationales‘ und ein ‚antinationales‘“<sup>193)</sup>.

Auf den Vorwurf der *Allensteiner Zeitung*<sup>194)</sup>, das Zentrum beuge sich zusammen mit „antifaschistischen Volksgruppen“ in einer Front mit den Kommunisten, lautete die Antwort:

„Man kann Antifaschist sein, ohne der kommunistischen ‚Antifa‘ anzugehören, genau wie wir glauben, national zu sein, ohne Deutschnationale oder Nationalsozialisten zu sein“<sup>195)</sup>.

Je näher der 5. März rückte und der Terror der Nationalsozialisten auf den Straßen und in den Versammlungslokalen der politischen Feinde — Gegner waren es ja nicht mehr — wuchs, desto deutlicher und schärfer wurde auch die Sprache der Artikel im *Volksblatt*. Aber erstaunlicherweise ist die Zeitung im Gegensatz zu anderen Zentrumsblättern — von der sozialdemokratischen Presse ganz zu schweigen — während des ganzen Reichstagswahlkampfes nicht verboten worden. Ein Verbot erfolgte erst aufgrund eines Artikels am Vorabend der Kommunalwahlen.

Man war sich in der Redaktion des *Volksblatts* klar darüber, daß die Regierungsparteien die alleinige Macht im Reich und im Staat erobern wollten.

„Sie wollen die berühmten 51 Prozent aller Stimmen erreichen, um auf der Basis dieses Wahlerfolges zur dauernden Alleinherrschaft, zur Diktatur, zu gelangen. Diese Alleinherrschaft bedeutet Ausschließung aller anderen Volksgruppen, auch derjenigen, die zur Mitarbeit bereit sind. Ihre Aufrichtung würde den reinen Parteistaat bedeuten, auf dessen Vorbereitung ja heute schon zahlreiche Maßnahmen der Regierung selbst zugeschnitten sind. Während im Volksstaat jede Regierung jede brauchbare Unterstützung begrüßt und ihre Basis im Volk und Parlament so breit wie möglich zu gestalten sucht, wollen die heutigen Regierungsgruppen alle Macht für sich allein, ja, sie stehen nicht an zu erklären, falls ihnen die Mehrheit im Reichstag versagt bliebe, würden sie trotzdem an der Macht festhalten. Drastische Propagandisten dieser Parteien bezeugen, die heute Regierenden würden sich niemals, höchstens als Leichen aus ihren Ämtern verdrängen lassen“<sup>196)</sup>.

---

192) So die Überschrift des Leitartikels des Berliner Dr. H.-Mitarbeiters, AV Nr. 37, 14. Oktober 1933.

193) Ebd.

194) Dieser Vorwurf war in der ALLENSTEINER ZEITUNG Nr. 43 erschienen; es muß sich um die Ausgabe vom 21. Februar 1933 handeln.

195) AV Nr. 44, 22. Februar 1933.

196) AV Nr. 47, 25. Februar 1933.

„Katholisches Volk, auf zur Entscheidung! — Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“<sup>197)</sup> appellierte das *Volksblatt* in seiner letzten Ausgabe vor den Wahlen an seine Leser. Der Großangriff auf den allgemeinen Machtbesitz komme diesmal von rechts. Der gesamte Regierungsapparat stehe im Dienst der Angreifer. Die Regierung Hitler-Hugenberg habe das Zentrum, die politische Vertretung des katholischen Volksteils, der noch immer die größte Immunität gegen das Gift des Sozialismus bewiesen habe, bewußt ausgeschaltet. Es sei der Versuch gemacht worden, das Zentrum in eine falsche Front zu drängen. Es habe „nationale“ Leute gegeben, die das Zentrum mit den Reichstagsbrandstiftern in einen Topf geworfen hätten<sup>198)</sup>. Das Zentrum als Partei der Mitte werde nicht müde werden, zu warnen und zu mahnen. Sie werde, soweit ihr die Freiheit bleibe, mildernd und versöhnend wirken. „Wir werden auch unter schweren Opfern — allerdings nicht im Grundsätzlichen — dazu beitragen, daß der Weg der Verfassung und des Rechtes nicht verlassen wird“<sup>199)</sup>.

197) AV Nr. 53, 4. März 1933; den Leitartikel schrieb Carl Stephan.

198) Der Reichstag wurde am 27. Februar in Brand gesteckt. Die Nationalsozialisten machten sofort die Kommunisten für diese Tat verantwortlich, und es begann eine Verhaftungswelle, die sich vor allem gegen kommunistische Funktionäre richtete. Der Berliner Dr. H.-Mitarbeiter fragte in diesem Zusammenhang (AV Nr. 51, 2. März 1933): „Standen wir vor einer bolschewistischen Revolution?“ Der amtliche Preußische Pressedienst hatte mitgeteilt, es seien Terrorpläne aufgefunden worden, und der Reichskommissar für das preußische Innenministerium, Göring, werde demnächst weitere Dokumente vorlegen. Der Bürger habe — so der Bericht oder Kurzkomentar — das Bedürfnis, etwas mehr über die ungeheure Gefahr zu wissen, der er entronnen sei. „Standen wir wirklich sozusagen am Vorabend einer bolschewistischen Revolution, dann hat die Regierung nur ihre Pflicht getan, wenn sie mit den schärfsten Maßnahmen eingegriffen hat, um das Unheil abzuwehren.“ Aber „bloße Gewalt gegen die Gewalt — das gibt auch den Bürgerkrieg. Es darf nicht zu einem Kampf aller gegen alle kommen, sondern mit fester Hand muß und darf die Ordnung nur vom Staate aus gesichert werden.“ Es regten sich Zweifel, ob das taktische Vorgehen der Regierung in jeder Hinsicht richtig gewesen sei. Dazu gehörten auch amtliche Darstellungen, in denen die SPD als Verbündete und Mitwisserin der Kommunisten hingestellt wurde. Im Zusammenhang mit dieser behaupteten Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde die sozialdemokratische Presse in Preußen für 14 Tage verboten. Dazu hieß es: „Die deutsche Öffentlichkeit hat ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, welche Beweise die Regierung dafür hat, daß die Sozialdemokratie an den ausgeführten oder geplanten kommunistischen Terrorakten irgendwie beteiligt ist. Der Umstand allein, daß in den letzten Monaten der Gedanke einer gemeinsamen sozialdemokratisch-kommunistischen Abwehrfront auf beiden Seiten diskutiert worden ist, begründet jedenfalls in keiner Weise die Anklage, daß die Sozialdemokratie entgegen ihren Überlieferungen gesonnen wäre, den Terror in das Arsenal ihrer politischen Kampfmittel aufzunehmen. Ist das aber so, dann versteht man es nicht recht, welches Interesse die gegenwärtige Regierung daran haben kann, Sozialdemokraten und Kommunisten immer und überall als eine Einheit erscheinen zu lassen. Wir wissen wohl, daß Deutschnationale und Nationalsozialisten sämtliche ‚Marxisten‘ unterschiedslos in einen Topf werfen, aber wir bezweifeln sehr, daß das im Interesse der politischen Entwicklung liegt.“

199) AV Nr. 53, 4. März 1933.

Zum Ergebnis der Reichstags- und der Landtagswahl<sup>200)</sup> wurde voller Optimismus behauptet, daß der Ansturm gegen den Zentrumsturm abgeschlagen worden sei.

„Auch die besonderen Rammböcke, die gegen uns angesetzt wurden, haben uns nichts anzutun vermocht. Vielleicht begreift man jetzt auch im Regierungslager, daß die Zentrumswählerschaft eine politische Größe von sozusagen absoluter Festigkeit ist und daß man besonders in Krisenzeiten unbedingt mit ihr rechnen muß, sei es im Positiven, sei es im Negativen. Und keine verantwortungsbewußte Regierung sollte sich die Kräfte entgehen lassen, die im Zentrum auf festem religiösen und nationalen Grund verankert liegen“<sup>(201)</sup>.

Der Zentrumsturm stehe unversehrt. Aus dem Wahlergebnis in Ostpreußen wurde gefolgert, daß die Wahlpropaganda über den Rundfunk den Nationalsozialisten in den katholischen Kreisen genützt und trotzdem das Zentrum sich „anständig“ gehalten habe.

„Ein nennenswerter Verlust ist im Kreise Hellsberg auf dem Lande entstanden, der jedoch in anderen Bezirken, vor allem in den Städten und in Westpreußen, wieder gut gemacht und überholt worden ist. Auch in der Stadt Allenstein hat das Zentrum einen schönen Erfolg zu buchen, wogegen die Deutschnationalen hier trotz ihrer massiven Kampfesweise gegen uns auf den absteigenden Ast geraten sind“<sup>(202)</sup>.

Die Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindevahlen am 12. März wurden zum einen als „Die Entscheidungsstunde für das

---

200) Im neuen Reichstag konnten die Nationalsozialisten die Zahl ihrer Sitze von 196 auf 288 steigern. Mit der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, der früheren DNVP, die 52 Mandate erhielt, verfügte die Regierung mit 340 von 647 Sitzen über die absolute Mehrheit. Eine Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen blieb ihr jedoch versagt. Zentrum und Bayerische Volkspartei bekamen mit 73 (bisher 70) und 19 (bisher 21) Abgeordneten zusammen 92 Mandate. Die SPD konnte sich mit 121 Parlamentariern behaupten. Die KPD schickte statt bisher 101 jetzt 81 Abgeordnete in den Reichstag. Ihr Mandat haben sie aber nicht mehr ausgeübt, vgl. MILATZ, S. 148 ff.

Einige Wahlergebnisse aus dem Ermland (in Klammern die Zahlen der Wahl vom 6. November 1932):

Allenstein-Stadt: NSDAP 9891 (5516), SPD 1307 (1721), Kommunisten 1710 (2275), Zentrum 6860 (6355), Schwarz-Weiß-Rot 2336 (2408);

Allenstein-Land: NSDAP 12 242 (4571), SPD 1946 (2106), Kommunisten 1554 (2681), Zentrum 8499 (8523), Schwarz-Weiß-Rot 1443 (1362);

Kreis Rößel: NSDAP 9951 (5423), SPD 2838 (3438), Kommunisten 1214 (2089), Zentrum 9985 (9962), Schwarz-Weiß-Rot 1510 (1473);

Kreis Braunsberg: NSDAP 8515 (3911), SPD 2785 (3220), Kommunisten 967 (1588), Zentrum 15 279 (15 768), Schwarz-Weiß-Rot 1418 (1866);

Stadt Braunsberg: NSDAP 2485 (1463), SPD 983 (1202), Kommunisten 275 (489), Zentrum 3989 (3953), Schwarz-Weiß-Rot 429 (582);

Kreis Hellsberg: NSDAP 9670 (3492), SPD 1731 (2054), Kommunisten 986 (1687), Zentrum 10 767 (12 083), Schwarz-Weiß-Rot 2988 (3187);

Stadt Hellsberg: NSDAP 1614, SPD 447, Kommunisten 241, Zentrum 1735, Schwarz-Weiß-Rot 580 (Vorzahlen fehlen);

Stadt Guttstadt: NSDAP 733 (352), SPD 282 (429), Kommunisten 349 (410), Zentrum 1461 (1390), Schwarz-Weiß-Rot 182 (176), vgl. AV Nr. 54, 6. März 1933.

201) Ebd.

202) Ebd.

Ermland“ und zum andern als „Ein historischer Tag für Allenstein“ bezeichnet<sup>203</sup>). Beide Leitartikel auf der ersten Seite schrieb Carl Stephan, den ersten unter dem Pseudonym „Politicus“, den zweiten mit seinem vollen Namen. Es sind zwei Kommentare, aus denen die ganze journalistische und politische Leidenschaft von Stephan spricht. Er wies noch einmal mit eindringlicher Deutlichkeit auf die Gefahr des Nationalsozialismus hin. Er übersah allerdings, daß die Dämme bereits am Vorsonntag gebrochen waren und daß über Gemeinde- und Kreistagswahlen der Schaden nicht mehr repariert werden konnte.

„Täuschen wir uns nicht. Wenn morgen die Wahlergebnisse sich nicht erheblich zu unseren Gunsten ändern, dann werden wir katholischen Ermländer auf Jahre hinaus in unserer eigenen Heimat an die Wand gedrückt werden.

Die Wanderredner der NSDAP, die im Ermland herumreisen, machen aus dem, was sie wollen, in ihrem Siegesrausch gar keinen Hehl. Sie wollen alles aus dem Amte hinauswerfen, vom Landrat bis zum Amtsvorsteher, was nicht auf die Hakenkreuzfahne schwört. Sie wollen, wie es schon in der Vorkriegszeit war, uns dem Berliner Zentralismus ausliefern, der weder für unsere katholische Eigenart Verständnis noch für unsere berechtigten Forderungen, seien es kulturelle, seien es materielle, irgendwie Sinn hat. Wie man im innersten Herzen über uns denkt, was man mit uns vorhat, das hat ja gestern abend der Reichskommissar für das preußische Innenministerium Göring in einer durch Rundfunk übertragenen Wahlrede deutlich genug gesagt. Demgegenüber ist es gut, sich daran zu erinnern, daß das Ermland jahrhundertlang selbst unter polnischer Oberhoheit nicht nur seinen Glauben, sondern auch sein Deutschtum treu bewahrt hat; daß das Ermland sich auch in den folgenden Zeiten ehrlich bemüht hat, sich in das preußische Staatsgefüge einzuleben, obwohl die Staatsgewalt nicht allzu viel getan hat, es den Ermländern im neuen Hause wohnlich zu machen. Es ist kein Zufall gewesen, daß wir bis zum Jahre 1917 keinen einzigen katholischen Landrat gehabt haben, daß sogar die mittlere Beamtenschaft in den Kreisen bis auf die Gendarmerie fast ausschließlich aus Nichtkatholiken bestand. Kein Zufall, daß die größte Stadt des Ermlandes, Allenstein, jahrzehntelang kein katholisches Oberhaupt hatte. Kein Zufall, daß auch die wirtschaftliche Betreuung am Ermland meistens vorüberging. Trotzdem hat das katholische ermländische Volk dem Deutschen Reich und dem preußischen Staat auch in schwierigster Zeit unverbrüchliche Treue gehalten . . . Wo waren denn damals<sup>204</sup>) jene, die heute das Nationale für sich in Erbpacht zu nehmen glauben? Wo waren damals die ‚nationalen‘ Presseorgane von heute? Sie waren entweder überhaupt noch nicht da oder füllten ihre Spalten mit Hetzartikeln gegen das Zentrum. Uns, dem katholischen und Zentrumsblatt überließen sie es, die Polenabwehr in unserem Ermland durchzuführen. Wir haben es nicht nötig, uns Mangel an deutschem Geist vorwerfen zu lassen. Wir haben nationale Arbeit nicht in dem Streben nach Macht, sondern in selbst-

203) AV Nr. 59, 11. März 1933.

204) Gemeint ist die Zeit der Volksabstimmung im Jahre 1920.

verständlicher Arbeit für die Nation und Volksgemeinschaft getätigt. Darum haben wir ein unverjährbares Recht darauf, daß man unser Ermland verschont mit Methoden, die weder katholisch noch ermländisch sind. Wir haben ein Recht darauf, daß man dem katholischen Ermland die Möglichkeit der Eigenentwicklung im Rahmen des Staates läßt. Wir wollen Herren im eigenen Hause bleiben. . . Das steht fest, der Nationalsozialismus ist von einer absolut gleichmacherischen Tendenz. Er will alles unter einen ‚nationalen‘ Hut bringen. Kultur und Glaube, Recht und Wirtschaft sind für ihn Dinge, die nur zentral bestimmt werden. Berlin kommandiert alles.“

Nicht minder leidenschaftlich ist der Appell an die Allensteiner Katholiken<sup>205)</sup>.

„Der Ansturm von Rechts, der am letzten Sonntag eine Mehrheit der Stimmen für sich buchen konnte, wird auch morgen mit unverminderter Kraft einsetzen. Nichts erlaubt uns, daran zu zweifeln. Darum aber müssen auch wir Katholiken Allensteins unsere letzte Energie einsetzen, um wenigstens bei den Stadtverordnetenwahlen die schwarz-weiß-rot-braune Flut abzuwehren . . . Wir, die katholische Mehrheit in Allenstein, sind jahrzehntelang Bürger minderen Rechts gewesen. Wir waren wohl dazu gut, Steuern und Lasten wie die anderen zu tragen, aber zu sagen hatten wir nichts . . . In schwerster jahrelanger Arbeit seit 1919 hat die Zentrumsfraktion auf dem Allensteiner Rathaus nach und nach dieses Unrecht abgebaut . . . Um die Früchte dieser Arbeit geht es morgen. Um unsere Gleichberechtigung, um unsere Bürgerehre.“

In derselben Ausgabe vom 11. März erschien im Mittelteil der Zeitung ein Artikel, der als Überschrift ein Zitat von Göring trug: „Ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht weiß, was objektiv ist.“ Dieser Artikel ist eine Aneinanderreihung von Sätzen aus einer Rede, die Göring am Vortag über den Rundfunk gehalten hatte. Der für den Artikel Verantwortliche<sup>206)</sup> benutzte bewußt diese Zitatenkette, um — wie er schreibt — nicht mit der „Notverordnung zum Schutze des Volkes und Staates“<sup>207)</sup> in Konflikt zu kommen. Der Konflikt kam trotzdem. Das *Volksblatt* wurde durch eine Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Kutscher, am 15. März für eine Woche verboten. Mit einem Schreiben Kutschers vom 18. März wurde dieses Verbot jedoch vorzeitig

205) Sehr wahrscheinlich haben diese beiden Artikel mit dazu beigetragen, daß Stephan später nicht in die Berufsliste nach dem Schriftleitergesetz vom 19. Dezember 1933 aufgenommen wurde, so daß er seinen Chefredakteurposten niederlegen mußte, vgl. unten S. 130.

206) Nach einer Mitteilung von Bruno Rüger, jetzt Bonn, vom 20. März 1979 hat Gerhard Schöpf, der in jenen Tagen Stephan vertrat, den Artikel zusammengesetzt und mit Kommentarsätzen versehen. Rüger schrieb 1929-1939 für das *Volksblatt* vor allem Berichte von Zentrumsversammlungen. Schöpf wurde — so Rüger — wegen des Artikels verwarnt.

207) Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ wurde am 28. Februar 1933 — einen Tag nach dem Reichstagsbrand — erlassen. Sie setzte wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft und gab den staatlichen Stellen auf dem Verwaltungswege die Möglichkeit, gegen „Staatsfeinde“ vorzugehen.

aufgehoben, und die Zeitung konnte am 20. März wieder erscheinen<sup>208)</sup>. Die Nummer enthielt die Mitteilung:

„Der Chefredakteur Stephan hat erklärt, daß er den beanstandeten Artikel nicht geschrieben habe und ihn in dieser Form nicht billige. Ein Angriff gegen die Staatsautorität sowie eine böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichsministers Göring sei nicht beabsichtigt gewesen und läge seiner Zeitung, die im nationalen Abstimmungskampf 1920 ihren Mann gestanden habe, völlig fern“<sup>209)</sup>.

Mit 441 gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten nahm der Reichstag am 23. März das sog. Ermächtigungsgesetz an, durch das Hitler seinem totalitären Regime eine legalistische Grundlage zu geben versuchte und gleichzeitig der Demokratie endgültig den Todesstoß versetzen konnte. Die 72 anwesenden Zentrumsabgeordneten — einer fehlte — stimmten nach harten Auseinandersetzungen in der Fraktion geschlossen mit Ja. Das hieß „Freie Bahn der Regierung Hitler“<sup>210)</sup>. So lautete die Überschrift des Artikels des Berliner Dr. H.-Mitarbeites einen Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes. Er brachte eine Inhaltsangabe der Regierungserklärung Hitlers, die „keinen schlechten Eindruck gemacht“ habe, und schloß mit den Sätzen:

„Die Stellung des Zentrums zu Staat und Volksgemeinschaft läßt nichts anderes zu als den Wunsch, daß die Arbeit des Kabinetts Hitler und dem deutschen Volke zum Segen gereichen möge. Das wird um so eher der Fall sein, je mehr es von der großen Machtvollkommenheit, über die es verfügt, einen maßvollen und klugen Gebrauch macht und die Pflicht zu Gerechtigkeit gegen alle nicht außer acht läßt, wenn es — und das scheint uns besonders wichtig — dem deutschen Volke in all seinen staats-treuen und positiv eingestellten Gruppen die Möglichkeit einer freien und verantwortungsbewußten Mitarbeit gibt. Auch einer ehrlichen und sachlichen Kritik muß deshalb unter dem neuen System genügender Raum gelassen werden.“

Die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes bedeutete für das *Volksblatt* den „Abschluß der nationalen Revolution“. Ein Leitartikel mit dem Titel „Das Zentrum und der neue

208) AV Nr. 64, 20. März 1933.

209) Stephan hatte in jenen Wochen und Monaten neben seiner publizistischen Arbeit auch als Vorsitzender der Ostpreußischen Zentrumsparlei, zu dem er auf der Provinzialdelegiertenversammlung am 29. Juni 1932 in Wormditt gewählt wurde, zahlreiche Aufgaben wahrzunehmen. „Seine Schwerhörigkeit machte ein Gespräch mit ihm nicht immer leicht. Er brachte es aber fertig, diesen körperlichen Mangel als ‚politische Waffe‘ einzusetzen. In heiklen Gesprächen verstand er seinen Partner grundsätzlich falsch und beantwortete liebenswürdig Fragen, die der andere gar nicht gestellt hatte, so daß dieser nie an seine Ziele gelangte. Er selbst bekam dafür häufig Dinge mit, die nicht für ihn bestimmt waren, weil der andere unvorsichtig wähnte, Stephan höre doch nicht. Auf ihn selber war Verlaß, sein Wort galt.“ E. B. LAWS, Auch in Guttstadt starb Weimar. In: *Leben in Ostpreußen. Erinnerungen aus neun Jahrzehnten.* München (1963), S. 132 f.

210) AV Nr. 68, 24. März 1933. — Vgl. MORSEY, *Die deutsche Zentrumsparlei*, a. a. O., S. 353 ff. und DERS., *Der Untergang des politischen Katholizismus*, a. a. O., S. 142 ff.

Staat<sup>211)</sup> kam zu dem Schluß: „Die Zentrumsparterie hat der Regierung Hitler am 23. März eine legitime Chance gegeben. Sie ist auch bereit, weiterhin im Rahmen ihrer Grundsätze an dem Neuaufbau des Staates mitzuarbeiten. Wir sind überzeugt, daß bei einigem guten Willen der Regierenden die Möglichkeit dazu besteht. Ja, wir möchten glauben, daß bei den Regierenden der Wille im Wachsen ist, die wertvollen katholischen Volkskräfte in den neuen Staatsaufbau aktiv einzuschalten. Wir wissen allerdings auch, daß es Kräfte gibt, die alles daran setzen, die Einschaltung der politischen Vertretung des deutschen Katholizismus in die neue Entwicklung zu hintertreiben. Bei früherer Gelegenheit haben sie schon genug Porzellan auf Kosten des deutschen Volkes zerschlagen. So wird die positive Mitarbeit des Zentrums vielleicht nicht von heute auf morgen eintreten, aber sie wird kommen, weil seine Kräfte einfach auf die Dauer nicht entbehrt werden können“<sup>212)</sup>. Dieser Optimismus sollte sich, wie der weitere Weg der deutschen Geschichte zeigt, nicht erfüllen. Ganz besonders auf die Mitarbeit von Stephan konnte der neue Staat sehr schnell verzichten.

#### Carl Stephan für den Nationalsozialismus „untragbar“

Mit dem Ermächtigungsgesetz hörte die eigenständige, kritische Kommentierung der politischen Tagesereignisse durch das *Allensteiner Volksblatt*, vornehmlich im Bereich der Innenpolitik, auf. In ihrer Haltung zur Republik von Weimar und zur Demokratie waren die „politischen Köpfe“ der Zeitung, Carl Stephan und Gerhard Schöpf, ein „Gespann“, wobei der letztere als der jüngere sich noch vorbehaltloser und vorurteilsfreier zur Republik bekannte. Wenn das Zentrumsorgan *Germania* unter den Chefredakteuren Hermann Orth und Ernst Buhla eine Politik der ausgewogenen Mitte vertrat, „die bestimmt war von einer positiven Einstellung zur Republik und zur Demokratie“<sup>213)</sup>, so läßt sich das ohne Abstriche auch vom *Allensteiner Volksblatt* sagen. Diese Haltung war bei der kollegialen Freundschaft zwischen Stephan und Orth nur zu verständlich<sup>214)</sup>.

Am 15. Juni 1935 beschloß der Verwaltungsrat der Ermländischen Verlagsgesellschaft auf seiner Sitzung in Frauenburg vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen, das *Volksblatt* einzustellen<sup>215)</sup>. Schon zuvor war die Frage der Schließung der Redaktion und des Druckereibetriebes wiederholt erwogen worden. Zur Debatte standen die Vereinigung mit der *Ermländischen Zeitung* in Braunsberg und die Herausgabe eines Kopfblattes. Noch im Februar 1934 erschienen derartige Maßnahmen „zu hart aus Rück-

211) AV Nr. 69, 25. März 1933.

212) Ebd.

213) Vgl. BACH, S. 308.

214) Zu Orth vgl. Anm. 47.

215) Protokollbuch (s. Anm. 10), S. 165.

sicht auf die zahlreichen zum größten Teil verheirateten Arbeitnehmer, die in diesem Falle bis auf wenige Ausnahmen entlassen werden müßten<sup>(216)</sup>. Daher sollte noch abgewartet werden, ob nicht doch eine wirtschaftliche Besserung eintreten würde. Ursachen für die finanziellen Schwierigkeiten waren der Rückgang der Auflage, der Wegfall der Eigenschaft als „*Amtliches Verkündungsblatt der Staats- und Gemeindebehörden*“ und Anzeigenverluste vor allem durch jüdische Geschäfte<sup>(217)</sup>.

Schon vorher hatte die Zeitung ein gleich schwerer Schlag getroffen. Nach dem Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933<sup>(218)</sup> durften in Zukunft in Zeitungsredaktionen — sie hießen jetzt Schriftleitungen — nur noch Journalisten arbeiten, die in die Berufsliste eingetragen waren. Die Verweigerung dieser Eintragung bedeutete Berufsverbot. Aufgabe der Presse sollte es sein, „das gesamte deutsche Volk zum Nationalsozialismus zu erziehen<sup>(219)</sup>“. Für diese Aufgabe war Stephan ungeeignet. So mußte er am 15. Januar 1934 seine Stelle als Chefredakteur des *Volksblatts* niederlegen. Er wurde „auf Grund seiner politischen und religiösen Tätigkeit von der nationalsozialistischen Regierung angefeindet und seiner Position enthoben<sup>(220)</sup>“. Der Vorsitzende des Landesverbandes Ostpreußen im Reichsverband der deutschen Presse lehnte den Eintragungs-Antrag am 13. Januar ab und untersagte Stephan die Ausübung des Schriftleiterberufes. Die Beschwerde gegen die Ablehnung wurde von dem Berufsgericht in Königsberg verworfen. Auch die Revisionsbeschwerde bei der Zweiten Instanz, dem Pressegerichtshof in Berlin, hatte keinen Erfolg<sup>(221)</sup>. Die Anträge „waren infolge seiner politischen Unzuverlässigkeit negativ entschieden worden“<sup>(222)</sup>.

Für Gauleiter Erich Koch war das *Volksblatt* eine Zeitung, die von „Pazifisten“ gemacht wurde, mit denen er zu gern „Abrech-

216) Ebd. S. 152.

217) Auf der Sitzung am 19. November 1933 wurde festgestellt: „Eine wesentliche Besserung des Inseratengeschäftes und Zunahme der Druckaufträge ist bei der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage leider kaum zu erwarten. In Allenstein sind die Hauptinteressenten jüdische Geschäfte, welche aus bekannten Gründen eine sehr große Zurückhaltung im Inserieren üben. Der Abonnentenrückgang ist in der Hauptsache auf den Geldmangel . . . und den starken Druck bei der Werbung für . . . die *Preußische Zeitung* zurückzuführen“, ebd. S. 147. Am 25. Februar 1934 heißt es im Protokoll, der Umsatz sei 1933 weiter um 50 649,27 RM zurückgegangen, ebd. S. 151. — Als Auflagenhöhe wurden im Januar 1934 nur noch 4130 Exemplare angegeben, diese Zahl sank dann bis August 1934 auf 3628 Exemplare, AV Nr. 6, 9. Januar 1934, und Nr. 175, 4. August 1934.

218) Vgl. U. BRODERSEN (Hrsg.), *Gesetze des NS-Staates*. Bad Homburg 1968, S. 89 ff.

219) So Max Amann, Präsident der Reichspressekammer, im *Handbuch der deutschen Tagespresse*, <sup>6</sup> 1934, S. 8.

220) Aus einem Brief von Bischof Kaller an Frau Stephan vom 28. Mai 1946. Original im Besitz von Frau Rosemarie Maczey, geb. Stephan.

221) Protokollbuch, S. 154.

222) Wie Anm. 220.

nung gehalten“ hätte<sup>223)</sup>. Ein anderes Mal bedauerte Koch, daß sich der Redakteur Stephan vom *Allensteiner Volksblatt* nicht zu Wort gemeldet hatte. Er hätte sehr gern mit diesem „Herrn“ Zwiegespräche geführt. „Dies bekundet die Feigheit und Verlogenheit der Zentrumsparthei“<sup>224)</sup>. Nach einem weiteren Polizeibericht setzte sich ein NS-Redner, Hauptmann a. D. von P., mit dem *Allensteiner Volksblatt* und insbesondere mit dem Redakteur Stephan auseinander. Eine Frau W. bezeichnete Stephan „als einen Lügner“<sup>225)</sup>.

Stephans Tätigkeit als Chefredakteur und als führender Zentrumspolitiker in Ostpreußen und in Allenstein machten ihn für die Nationalsozialisten zur suspekten Person. Nach einer Interimszeit, in der der Lokalredakteur Paul Rohde in Vertretung die Geschäfte des Hauptschriftleiters wahrnahm, beschloß der Verwaltungsrat, den jüngeren Gerhard Schöpf zum Hauptschriftleiter zu berufen. Der Verlagsdirektor wandte allerdings ein, er habe „äußerste“ Bedenken gegen Schöpf, „nicht weil er an seinen Fähigkeiten irgendwie zweifle, sondern weil er befürchte, daß seine Ernennung zum Hauptschriftleiter dem *Volksblatt* Schaden bringen könne, da Schöpf nach eingezogenen Erkundungen bei einflußreichen Personen der NSDAP in Allenstein recht mißliebig sein soll“<sup>226)</sup>. Die beiden Verwaltungsratsmitglieder entschieden sich trotzdem für Schöpf<sup>227)</sup>. Das Protokollbuch vermerkt am 23. März 1935, daß Stephan für seine journalistische Mitwirkung am *Volksblatt* bis auf weiteres ein Pauschalhonorar von 50 RM im Monat rückwirkend vom 1. April 1934 erhielt<sup>228)</sup>. Wie weit diese „Mitwirkung“ ging, ist nicht bekannt. Nach Angaben seiner Tochter, Frau Maczey, fuhr Stephan später jede Woche einmal nach Braunsberg, um in der Redaktion des *Ermländischen Kirchenblatts* auszuhelfen. Um den Lebensunterhalt für die Familie zu bestreiten, betätigte sich ihr Vater als Werber für eine Versicherung und schrieb Gelegenheitsartikel für das *Ermländische Kirchenblatt*.

Hans Preuschoff<sup>229)</sup> hat sicher recht, wenn er Carl Stephan einen hervorragenden Journalisten und eine charaktervolle Persönlichkeit nennt, der im deutschen Nachkriegsjournalismus gewiß eine bedeutende Rolle gespielt hätte. Stephan starb jedoch am 29. August 1941 durch Herzversagen auf der Straße in Allenstein. Viel-

223) Gauleiter Koch in einer NSDAP-Versammlung in Allenstein am 20. Dezember 1929. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Berlin. Staatsarchiv Königsberg. Rep. 14 I, 2, Bl. 203.

224) Koch in Allenstein am 11. September 1930, ebd. Bl. 532 u. 533.

225) NSDAP-Versammlung in Allenstein am 22. November 1929, ebd. Bl. 183.

226) Protokollbuch, S. 155.

227) Die Worte „Verwaltungsmitglieder“ und „trotzdem für Schöpf“ sind im Protokollbuch unterstrichen.

228) Protokollbuch, S. 160 f.

229) PREUSCHOFF, a. a. O., S. VII.

leicht lag es an der relativ kleinen Auflage des *Allensteiner Volksblatts*, daß die Warnungen vor den Gefahren von rechts — Deutsche nationale und Nationalsozialisten — kaum beherzigt wurden. Manche Sätze in den Kommentaren und Artikeln wirken heute wie Visionen. Eines dürfte sicher sein: Jene Leute, die das *Allensteiner Volksblatt* lasen, wählten — jedenfalls bis zum 5. März bzw. 12. März 1933 — nicht Hitler und seine Partei. Dieser Kreis war aber zu klein, um das Unheil aufhalten zu können.

### **Dziennik „Allensteiner Volksblatt“ w okresie Republiki Weimarskiej**

#### **Streszczenie**

Ta w 1891 roku założona gazeta miała swoje względnie największe znaczenie jako polityczny dziennik w okresie Republiki Weimarskiej od 1918 do 1933 roku. Zawdzięczała to przede wszystkim dziennikarskiemu zaangażowaniu się jej naczelnego redaktora Carla Stephana (1884-1941). On też nadawał oblicze temu dziennikowi aż do chwili przejęcia władzy przez narodowosocjalistów. I to było przyczyną, dlaczego Carl Stephan na podstawie zarządzenia z 4 października 1933 roku nie został ujęty na listę narodowosocjalistycznych redaktorów, co spowodowało, że od 1934 roku nie mogli już pełnić funkcji naczelnego redaktora, jak również zajmować odpowiedzialnego stanowiska w jakiegokolwiek redakcji.

Dziennik „Allensteiner Volksblatt“ należał do tych czterech gazet w Prusach Wschodnich, które prezentowały polityczny pogląd partii Centrum. Jej nakład przeciętnie około 6000 egzemplarzy musi wydawać się skromnym, biorąc pod uwagę liczbę mieszkańców Olsztyna około 40 000 a do tego 60 000 mieszkańców powiatu. W każdym razie liczba ta nie świadczy o ilości potencjalnych czytelników ani o udziale Centrum w wyborach do parlamentu Rzeszy, do landtagu, czy też w wyborach komunalnych w okresie Republiki Weimarskiej. 15 czerwca 1935 roku rada nadzorcza Warmińskiego Towarzystwa Wydawniczego (Ermländische Verlagsgesellschaft) podjęła decyzję, prawdopodobnie ze względów ekonomicznych, przerwać wydanie gazety „Allensteiner Volksblatt“. Powodem tych trudności finansowych były zmniejszenie nakładu, skrócenie tytułu „Urządowy dziennik władz państwowych i gminnych“ (Amtliches Verkündigungsblatt der Staats- und Gemeindebehörden), jak również strata ogłoszeń firm żydowskich.

Niniejsza rozprawa opiera się głównie na egzemplarzach dziennika „Allensteiner Volksblatt“, które znajdują się w olsztyńskich bibliotekach naukowych. Ponieważ gazeta ta i tam tylko częściowo się uchowała a w dodatku dla zachodniego użytkownika jest trudno dostępna, dlatego też autor skoncentrował się głównie na dokumentacji poglądów politycznych dziennika, przesuując analizę i interpretację na dalszy plan. W. D.

## The „Allensteiner Volksblatt“ During the Weimar Republic

### Summary

The „Allensteiner Volksblatt“, founded in 1891, enjoyed its relatively greatest significance as a political daily in the years of the Weimar Republic from 1918 to 1933, its impact based mainly on the journalistic endeavours of Carl Stephan (1884-1941), the editor. He formed the image of the paper up to the National-Socialist seizure of power, this, now, being the reason why Stephan was not enrolled in the Party's editors-list after October 4th, 1933, thus not being allowed, from 1934 on, to work as an editor nor in a higher position at a publishing house.

The „Allensteiner Volksblatt“ was one of those four papers in East-Prussia supporting the political ends of the Zentrum Party. Its average circulation of about 6000 must seem modest, considering the population of Allenstein of 40 000 and that of the Allenstein district of 60 000. Its circulation, however, was absolutely incommensurate with the potential reading public and with the share of Zentrum votes in general, state and local elections during the Weimar Republic. On June 15th, 1935, the board of the Ermländische Verlagsgesellschaft (Warmian Publishing Company) decided, for economic reasons mainly, to close the paper. The causes of the financial problems were a decrease in circulation, the elimination of the sub-title „Amtliches Verkündungsblatt der Staats- und Gemeindebehörden“ (Official Indicator of State and Local Authorities) and, last not least, the drop in adverts from Jewish businesses.

The above article is based essentially on the copies of the „Allensteiner Volksblatt“ in the scientific libraries of Olsztyn. As the editions of the paper are incomplete even there and since access to them is difficult for western historians, the author lays stress upon the character of the article as a documentation of the political views held by the paper, whereas the analysis and interpretation of the documents play a minor rôle in the article.

S. K.

# Zur Biographie des Königsberger Propstes Johannes Szadowski (1834-1914)

Von Anneliese Triller

Bereits als Diözesanarchivarin in Frauenburg interessierte ich mich für Leben und Persönlichkeit des Königsberger Propstes Johannes Nepomuk Szadowski. Seine umfangreichen Personalakten lagen damals noch unter vielen anderen in einer Aktenkammer auf dem staubigen Boden des „Alten Palais“. Obwohl es mich verlockte, kam ich jedoch damals nicht dazu, den Faszikel einzusehen. Schon als Schülerin und Studentin in Königsberg hatte ich hin und wieder etwas über diesen außergewöhnlichen Priester gehört, über sein großes Ansehen in der Stadt, seine Wirksamkeit an der Propsteikirche, aber auch Andeutungen über seine Konflikte mit Bischof Thiel. Nun bot sich neuerdings Gelegenheit, jene Personalakten im Ermländischen Diözesanarchiv in Allenstein<sup>1)</sup> zu lesen. Die folgenden Ausführungen über Johannes Szadowski und über die Königsberger Propsteigemeinde in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg beruhen hauptsächlich auf dieser Quelle.

Johannes Nepomuk Szadowski wurde am 12. Mai 1834 im Dorf Ziegelscheune, Kr. Stuhm<sup>2)</sup>, in Westpreußen geboren. Er stammte aus einfachen bäuerlichen Verhältnissen, zeichnete sich aber schon früh durch hohe Intelligenz, Fleiß und eiserne Willenskraft aus. Von Jugend an beherrschte er, wie es seiner Herkunft entsprach, neben der deutschen auch die polnische Sprache. Ab 1851 besuchte er das Braunsberger Lehrerseminar und bestand dort am 11. April 1854 die Abschlußprüfung, worauf er als Volksschullehrer in Widminnen bei Lötzen und in Allenstein wirkte. Da sich Szadowski zum Priester berufen fühlte, kehrte er aber noch einmal auf die Schulbank des Braunsberger Gymnasiums zurück und studierte nach dem Ostern 1860 bestandenen Abitur<sup>3)</sup> daselbst

- 
- 1) Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie. Archiwum Biskupie. IV S 20. 1871-1920 Johannes Szadowski. Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Nachrichten aus diesen Akten, die jeweils mit Angabe des Datums zitiert werden. — Verf. dankt auch an dieser Stelle für die Möglichkeit zur Benutzung der Akten.
  - 2) T. ORACKI (Słownik biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla. Warszawa 1963, S. 278) gibt Kozia Góra (Ziegenberg), H. SCHMAUCH (in: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE. Bd. 2. Marburg/Lahn 1969, S. 720) Kl. Stuhm bei Rehnhof als Geburtsort an. Beides kann nicht stimmen, da es Ortschaften dieses Namens im Kreis Stuhm nicht gab.
  - 3) Vgl. G. LÜHR, Die Abiturienten des Braunsberger Gymnasiums von 1860 bis 1916. Braunsberg 1916, S. 5.

Theologie. In diese Studienjahre fiel ein besonderes Erlebnis: Szadowski mußte eine kurze Gefängnisstrafe hinnehmen, als er 1863 gemeinsam mit dem ihm von Lötzen her befreundeten polnischen Patrioten Wojciech Kętrzyński zum Aufstand in Polen heimlich Waffen beschaffte<sup>4)</sup>. Doch konnte er sein Studium fortsetzen und sich am 31. Juli 1864 im Frauenburger Dom von Bischof Joseph Geritz weihen lassen. Die erste Seelsorgstätigkeit des jungen Kaplans war in Braunsvalde und Wartenburg, bis er 1867 zum Präfekten des Bischöflichen Gymnasialkonviktes in Braunsberg berufen wurde. Dort kümmerte er sich besonders um eine Gruppe polnischsprechender Schüler. Beim Provinzialschulkollegium bemühte er sich vergeblich um die Einrichtung einer Lehrerstelle für polnischen Sprachunterricht am Lehrerseminar, die er selber einzunehmen hoffte. Dies wurde von der Regierung abgelehnt, und auch der Bischof meinte, die das Polnische beherrschenden Geistlichen zuerst in der Seelsorge einsetzen zu sollen<sup>5)</sup>. Eine endgültige innere Hinwendung zum Deutschtum vollzog Szadowski wohl im Kriege 1870/71, an dem er als Divisionspfarrer der Garde-Landwehr-Division und im Stab des Prinzen Friedrich Karl teilnahm. Er erhielt für seine Verdienste an der Front das Eiserne Kreuz I. Klasse, worauf er sein Leben lang stolz war<sup>6)</sup>.

Im Januar 1872 übertrug Bischof Krementz Szadowski die neugegründete Diasporakuratie Willenberg (Wielbark) nicht weit von Ortelsburg. Von da aus gründete der Seelsorger zehn Kilometer südlich hart an der russisch-polnischen Grenze eine weitere Missionsstation Opaleniec (Flammberg). Dort erbaute er eine Kirche, für die er weithin Unterstützung fand, z. B. bei einem westdeutschen Katholischen Kaufmännischen Verein, dem er dafür 1883 im Auftrag des ermländischen Bischofs beim Düsseldorfener Katholikentag dankte. Die Arbeit in der masurischen Diaspora war für Szadowski nicht leicht. Abgesehen von den Anstrengungen durch die weiten Entfernungen bedrängten den eifrigen Priester in dieser Zeit der Nachwehen des Kulturkampfes wiederholt Konflikte mit staatlichen Stellen. So verlor er z. B. im Januar 1884 einen Prozeß wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz und mußte als Strafe ein ganzes Jahresgehalt zahlen. Es hatte sich dabei um kirchliche Bittgänge im Kreis Ortelsburg gehandelt, die von den Behörden nicht genehmigt wurden, da man, wie Szadowski später an den Bischof schrieb, „die Prozessionen in Masuren ganz inhibieren“ wollte. Es ging um den Opfergang von Willenberg nach Gr. Leschienen, die Bittgänge an Himmelfahrt und St. Markus und die bei den Polen innerhalb der Fron-

4) ORACKI, a. a. O., S. 278.

5) Vgl. J. OBLĄK, *Stosunek niemieckich władz kościelnych do ludności polskiej w diecezji warmińskiej w latach 1800-1870*. Lublin 1960, S. 87.

6) Vgl. SCHMAUCH, a. a. O., S. 720.

leichnamsoktav übliche Wallfahrt nach Maria Łak in Westpreußen<sup>7)</sup>.

Außer diesen Schwierigkeiten mit der Regierung hatte der Kuratus auch häufiger Streitigkeiten mit der evangelischen Geistlichkeit seines Bezirkes<sup>8)</sup>. Man muß bei der Beurteilung dieser Konflikte berücksichtigen, daß man in jenen Jahren von ökumenischem Verständnis auf beiden Seiten noch weit entfernt war und daß die konfessionellen Gegensätze, in die sich in Masuren noch die nationalen mischten, oft hart aufeinanderstießen. Auch mag Szadowskis Wesensart, die Klarheit und Bestimmtheit seines Eintretens für das, was er als richtig erkannt hatte, sich manchmal zu einer gewissen Härte gesteigert haben, die bisweilen Gegner zum Widerstand reizte. Zu Reibungen mit der evangelischen Seite kam es hauptsächlich bei der Frage der konfessionellen Kindererziehung in den gemischten Ehen, wie der Kuratus an Bischof Krementz berichtete. In seinem Pfarrbezirk hatten mehrfach aus dem Ermland oder aus Polen stammende Katholiken evangelische Masurinnen geheiratet. Wenn Szadowski hier als Seelsorger nicht nachgab, zeigten ihn die zuständigen evangelischen Geistlichen beim Gemeindegemeinderat an, der den Fall an die Polizeiverwaltung und das Landratsamt weiterreichte. Der Staatsanwalt leitete eine Voruntersuchung ein und vernahm Zeugen. Wenn Polizei und Gericht in einigen Fällen keine Anklage erheben wollten, monierte das Konsistorium bei der Staatsanwaltschaft in Allenstein. Meist wurde der Angeklagte zu hohen Geldstrafen verurteilt. In einem Fall mußte Szadowski wegen der „enormen Kosten und bevorstehender Pfändung“ den Frauenburger Adalbertus-Verein, der sich der katholischen Diaspora annahm, um einen Vorschuß bitten. Auch wegen der Schulkinder sorgte sich der Kuratus: „Jeder weiß, wie elendiglich es mit der religiösen Erziehung der Kinder bestellt ist, welche protestantische Schulen besuchen.“ Dem Ordinariat meldete er, daß in seinem Pfarrbezirk hundert Kinder ohne Religionsunterricht bleiben müßten.

Ein besonderer, politisch bedingter Vorfall kam hinzu, der Szadowski seine Tätigkeit in Willenberg endgültig verleidete. 1885 mußten aus seinem Missionsbezirk 62 katholische Männer (acht Junggesellen, die übrigen Familienväter) kurzfristig aus Deutschland auswandern. Diese harte Maßnahme der preußischen Regierung erfolgte im Zusammenhang mit der sog. Exterminationspo-

7) Das Städtchen Neumark (Nowe Miasto) südlich von Löbau im Kulmerland besaß in der Kapelle der Franziskaner in Łak eine häufig aufgesuchte Marienfigur, vgl. J. FANKIDEJSKI, *Obrazy cudowne i miejsca w dzisiejszej diecezji chełmińskiej*. Pelplin 1880, S. 500.

8) Am 24. Oktober 1885 schrieb Szadowski an Bischof Krementz: „Mein Widerpart, der Pfarrer Ganda, hat's offen gesagt, er sei hergeschickt worden, mich tot zu machen, der Prediger Korella und auch der Geistliche Kettler stehen ihm noch heißsporniger zur Seite.“

litik Bismarcks, durch die 30 000 Polen ausgewiesen wurden<sup>9)</sup>. Vergeblich mühte sich der Kuratus, seinen Pfarrkindern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. „Allen soll ich raten“, schrieb er am 21. Oktober 1885 nach Frauenburg, „für viele an die Comités nach Posen und Krakau schreiben, auch Bittschriften an den Oberpräsidenten, den Minister und den Kaiser.“ Und weiter klagte er: „Meine 13jährige Arbeit ist zerstört. Am 22. d. M. brachte ich 15 Familien, etwa 40 Personen, nach Ortelsburg, die sich zunächst nach Posen begeben haben, um alsdann nach Krakau zu fahren und in Galizien sich niederzulassen. Das waren alles junge Leute, sämtlich von mir getraut, die Frauen über die Hälfte Konvertiten und alle von mir unterrichtet, die Kinder getauft. Solche Familien weggeben, heißt den Stamm der Gemeinde weggeben, das waren meine besten Leute, auf die ich in jeder Beziehung Verlaß haben konnte. Sie sind nach Galizien gegangen, um nicht ins russische Militär eingereiht zu werden und die Familienbande nicht noch mehr zu zerreißen. Die älteren Familien, viele mit schon erwachsenen Kindern, sollen nächste Woche weg, ich muß mich fragen: was soll ich noch hier?“

So bewarb sich Szadowski in den nächsten Monaten wiederholt um einen anderen Tätigkeitsbereich, eine Pfarrei, die einen Seelsorger brauchte, der auch das Polnische beherrschte. Er nannte dabei in einem Schreiben vom Mai 1886 an den neuen ermländischen Bischof Thiel Gr. Bertung oder Gr. Kleeberg und versprach, das nötige Pfarrexamen bald abzulegen. Schließlich erhielt Szadowski im August 1887 die Stelle in Alt Wartenburg. Doch war ihm Willenberg so ans Herz gewachsen, daß er sich auch jetzt noch darum sorgte. So wandte er sich 1889 an den Bischof: „Eure Bischöfliche Gnaden wollen sich erbarmen und in Willenberg Abhilfe schaffen. Mein Nachfolger dort macht vieles falsch. Er sagt: Ich bin nicht Szadowski. Und: Die Leute, die aus Polen kommen, stinken. Der katholische Religionsunterricht hat aufgehört.“

Dennoch bewährte sich Szadowski in Alt Wartenburg, so daß er sich schon im Mai 1889 um einen größeren Wirkungskreis, d. h. die Erzpriesterstelle in der Stadt Wartenburg, bewerben konnte. Sein Wunsch ging zwar nicht in Erfüllung, aber bald darauf kam es zu einer noch ehrenvolleren Berufung. Oberpräsident von Schlieckmann präsenzierte im Oktober 1889 aufgrund des staatlichen Besetzungsrechts Szadowski als Propst der katholischen Kirchengemeinde Königsberg. Am 12. Februar 1890 wurde er dort instituiert. Daß die Regierung ihn für eine solche Stelle vorschlug, verdankte er wohl seinem Engagement im Krieg 1870/71. Außerdem war es seit den Abmachungen aus dem Anfang des 17. Jahrhun-

---

9) Vgl. H. NEUBACH, Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses. Wiesbaden 1967.

derts Bedingung, daß der Inhaber der Königsberger Propstei das Polnische beherrschte.

Auf den ehrgeizigen, aktiven und verantwortungsbewußten Szadowski warteten in Königsberg große und schwere Aufgaben. Sein Vorvorgänger, Propst Julius Dinder, der 1886 Erzbischof von Gnesen-Posen geworden war, hatte 1876 im Kulturkampf auf Befehl der Regierung die Königsberger Propsteikirche den Altkatholiken überlassen müssen<sup>10)</sup>. Diese war erst 1889 in sehr heruntergekommenem Zustand an die Katholiken zurückgelangt<sup>11)</sup>. Auf den neuen Propst kamen nun Wiederherstellung und Ausschmückung der Kirche, Bau des Pfarrhauses, Anlage eines Friedhofes, Reorganisation der Kirchschule und Einrichtung neuer Kirchen und Gemeinden im Samland zu. In unermüdlicher Tätigkeit bewältigte Szadowski in 25 Jahren nach und nach dieses gewaltige Arbeitspensum, wozu natürlich noch die ganze Last der Seelsorgsarbeiten und viele Verhandlungen mit staatlichen Stellen in dem schwierigen Diasporagebiet kamen.

In den Personalakten spiegelt sich neben diesem erfolgreichen Wirken des Königsberger Propstes zugleich dessen besondere Tragik, die darin bestand, daß er in scharfen Gegensatz zu seinem Ordinarius Bischof Thiel geriet. Wer beide kannte, konnte sich wohl vorstellen, daß sie nicht leicht miteinander auskamen, jeder in seiner Art selbstbewußt, etwas autoritär, von seiner Sendung überzeugt. So hatte Bischof Thiel, der, einfacher Herkunft und hochbegabt, eine steile Karriere als Professor, Domherr und schließlich Bischof durchlief, schon bei der Behandlung der sog. Dargelsekte gezeigt, daß seine Entscheidungen sehr hart ausfallen konnten<sup>12)</sup>. Und der eifrige, ehrgeizige Szadowski gab nicht gern nach, obwohl er in seiner Korrespondenz mit Thiel immer wieder betonte, daß er und sein Kirchenvorstand „als Katholiken wissen, was wir unserem Bischof schuldig sind“ (21. November 1894).

Schon während Szadowskis Tätigkeit in Alt Wartenburg hatte der Bischof ihm zu große Eigenwilligkeit und Geldverschwendung vorgeworfen. Diese Vorwürfe steigerten sich, als er in Königsberg die Propsteikirche renovierte. So nahm man es ihm in Frauenburg übel, daß er ohne Befragung des Ordinariats bei der Firma Dengler in Regensburg einen nach den Bildern des Malers Overbeck aus der Nazarenerschule gestalteten Kreuzweg angeschafft hatte. Szadowski berichtete dagegen: „Die Gemeinde nimmt lebhaft an den Kreuzwegandachten teil, letzten Freitag war die Kirche voll, auch privatim verrichten die Leute die Andacht.“ Außerdem bat er, diesen Kreuzweg einweihen zu dürfen.

10) Julius Dinder, Propst von Königsberg 1868-1886, dann Erzbischof von Gnesen-Posen bis zu seinem Tod 1890.

11) Vgl. dazu auch H. SCHMAUCH, Die Propsteikirche in Königsberg, In: UNSERE ERLÄNDISCHE HEIMAT 1 (1955) Nr. 2, S. 5-8.

12) Vgl. A. TRILLER, Die Dargelsekte im Ermland. In: ZGAE 39 (1978) S. 52, 55 u. 58.

Das wurde dem Propst jedoch mit der Begründung abgeschlagen, eine solche Weihe käme nur dem Ordinarius zu, und es wirkt wie ein kalter Guß, wenn ihm weiter befohlen wurde, durch Vorlage der Quittung des Lieferanten erst zu beweisen, daß die Bilder auch bezahlt worden seien und daß das „nicht etwa durch Vorschuß eines gutmütigen Bekannten auf weiteren ihm zu erstattenden Borg oder durch Entnahme aus kirchlichen Mitteln ohne Genehmigung des Generalvikariats geschehen ist“. Bei fortgesetztem willkürlichem Schuldenmachen müsse die ganze Strenge des kanonischen Rechts in Anwendung kommen. Zum Schluß wird Szadowski zur Strafe auferlegt, eine Woche später mehrere Rekolektionstage im Kloster Springborn bei Heilsberg zu halten. Wie bekannt der Propst damals schon in Ostpreußen war, geht daraus hervor, daß er angesichts dieser Maßnahme darum bat, den Termin um acht Tage zu verschieben, weil „in der künftigen Woche hier der Provinziallandtag zusammenkommt, ich werde vor der ganzen Provinz bloßgestellt, wenn ich am 6. d. M. nach Springborn gehen muß“. Das wurde gewährt. Nach seiner Heimkehr verfaßte Szadowski am 10. März 1894 einen längeren Rechtfertigungsbrief an seinen Bischof: „Hier nach Königsberg bin ich gekommen, nachdem die Altkatholiken alles verwüstet hatten, schon der Vorgänger Propst Steffen hat den Bau beschlossen, da bin ich also sofort in den Bau hineingeworfen worden in allem Einvernehmen mit der Gemeinde, nichts ist leichtfertig geschehen. An Geldzerstreuen finde ich kein Wohlgefallen, aber wenn es sich darum handelt, Seelen zu retten, hat das Geld bei mir keinen Wert.“ Er denke an die Veranstaltung einer Mission, wolle aber vorher erst die Kirche in Ordnung bringen. Dann fährt Szadowski fort, daß er alle Gemeinden, in denen er bisher arbeitete, zu Zeugen aufrufe: „Alle werden bekunden, ich habe beim Unterricht, bei der Predigt, im Beichtstuhl so gearbeitet, wie bloß ein Priester arbeiten kann. Es ist mir Trost, daß über mir ein allwissender und gerechter Richter waltet, und ist beim Kreuzwege mir das bitterste Kreuz aufgeladen worden, welches einen Priester treffen kann.“

Nachdem die notwendigsten Reparaturen und Anschaffungen für die Propsteikirche erledigt waren, bemühte sich Szadowski um den Neubau des Pfarrhauses. Dieses war bei dem Kirchenbrand von 1764, also bereits 130 Jahre zuvor, zugrunde gegangen, und die Königsberger Pröpste hatten seitdem im Gebäude für die Hilfsgeistlichen, der Kaplanei, wohnen müssen. Da der Staat Patron der Königsberger katholischen Pfarrkirche war, bestand für den Fiskus, wie der Bischof 1892 Szadowski mitteilte, die Verpflichtung, ein neues Propsteigebäude zu errichten. Dies war auch deshalb dringend nötig, weil die bisherige Behausung der Priester sich als direkt gesundheitsgefährdend erwiesen hatte. Im Juni 1894 bescheinigte der praktische Arzt Dr. W. Fox dem Propst, daß

„die Ursache seines chronischen Hals-, Kehlkopf- und Brustleidens die Beschaffenheit der Wohnung“ sei, was ein halbes Jahr später von einem Dr. E. Hagelweide bestätigt wurde. Und Szadowski beschrieb, daß in jedem Zimmer sich die Tapeten durch Feuchtigkeit von der Wand abgelöst hätten und im Schlafzimmer der Fußboden teilweise von Schwamm zerstört sei. Interessant ist dann der Satz: „Ich erinnere bei dieser Stelle an den verstorbenen Erzbischof Dinder, einen Vorgänger in dieser Wohnung, welcher seinen Todeskeim von hier mitgenommen und den hiesigen Wohnungsverhältnissen denselben zu danken gehabt hat“ (25. Juni 1894). Der Propst erreichte schließlich, daß am 23. Oktober 1895 die Grundsteinlegung für das neue Propsteigebäude stattfand, das dann in den nächsten Monaten der Vollendung entgegen ging.

Trotz seines unermüdlichen Eifers in der Seelsorge bekam Szadowski die ganzen Schwierigkeiten der Diasporasituation der Königsberger katholischen Gemeinde zu spüren. Am 10. Oktober 1894 schilderte er dem Bischof die „trostlose“ Lage. Daran seien vor allem die Mischehen schuld, durch die jetzt z. B. in zwölf Tagen neun junge getraute Paare von der Kirche abgekommen seien. Mit steigendem Verkehr und neuen Eisenbahnlinien und Zuzug andersgläubiger Beamter werde sich seiner Meinung nach das Übel auch im Ermland weiter ausbreiten. Nur „wo der katholische Teil fest ist, da ist alles zu erreichen“. Es liege also letztlich an der Wankelmütigkeit der meist aus dem Ermland stammenden katholischen Ehepartner. Dann berichtete der Propst, wie sich die noch relativ arme katholische Gemeinde in mancher Hinsicht nur schwer gegenüber den Verlockungen der protestantischen Nachbarparreien behaupten könne: „Die Diakonissen geben Windelzeug und Kleider, wenn die Eltern bloß lutherisch taufen lassen. Die evangelische Trauung ist mit Orgel und Predigt kostenlos. Mit den wenigen Grauen Schwestern können wir nicht Konkurrenz bieten.“ Die Antwort Bischof Thiels auf diesen Klagebrief muß auf Szadowski niederdrückend gewirkt haben. Es heißt da: Der traurige Zustand der Gemeinde überrasche ihn nicht. Aber er als Propst habe schuld, weil er „bei allem persönlichen Eifer die Mittel fast nur auf allerlei Äußerlichkeiten und Ruhm vor der Welt gerichtet habe. Unter solchen Umständen kann der Segen Gottes auf der Seelsorge dortselbst nicht ruhen. Im Gegenteil ist die sittliche wie religiöse Auflösung der Gemeinde, die noch eben als glorreiche Bekennergemeinde zu den schönsten Hoffnungen berechnete, die notwendige Folge. . . Mit all den schillernden Gewändern und den also künstlich geschaffenen Hilfsmitteln ist, solange der erwähnte unpriesterliche Geist obwaltet, nichts genutzt.“ Szadowski verteidigte sich am 21. November 1894: Mit dem Bauen habe es nun „für alle Zeiten ein Ende, ich unternehme nichts mehr, wozu E. B. Gnaden nicht ausdrücklich autorisieren“. Nie habe er ungehorsam, nur manchmal „vielleicht etwas

voreilig“ gehandelt. „Durch mich ist keine Seele für die katholische Kirche verloren gegangen.“ Er wolle nicht nur die Kirchgänger retten, sondern „die, welche in Königsberg zugrunde gehen, die von auswärtig eingewanderten Katholiken“. Diese seien in der zweiten Generation „schon sehr abgeblaßt“, in der dritten „kaum noch zur Hälfte lebendig, in der vierten Generation für die Kirche ganz tot. Etwa  $\frac{1}{6}$  der Gemeinde kommt häufig zu den Sakramenten und zeigt sich in der Gemeinde,  $\frac{3}{8}$  genügen noch ihrer Osterpflicht und kommen, wenn kein Hindernis ist, zur hl. Messe,  $\frac{1}{6}$  zahlt die Abgaben, ohne sonst ein katholisches Zeichen zu geben.“ Der katholischen Studentenverbindung Borussia machten die farbtragenden Verbindungen Konkurrenz. „Von den Altkatholiken wird die Gemeinde aber mit der Zeit vollständig purifiziert, der Propst und der Kirchenvorstand wissen, wer zur katholischen Gemeinde gehört. Ich werde nichts mehr bauen, aber das Geschehene kann ich nicht mehr ungeschehen machen.“

Da auch 1895 noch erhebliche Schulden für Bauten und Neuanfassungen abzutragen waren, ging Szadowskis Kampf mit dem Ordinariat weiter. Am Rand der bei den Personalakten erhaltenen Briefe des Propstes finden sich jeweils Bischof Thiels Bemerkungen in seiner großen, energischen Handschrift. Meist monierte der Ordinarius, daß der Propst nicht rechtzeitig um Genehmigung eingekommen sei. Als dieser einige Mißstände auf den „beständigen Wechsel der Kapläne“ schob, hielt ihm der Bischof vor, daß diese ja auf Szadowskis Klagen hin versetzt worden seien. Als der Propst darauf hinwies, daß die Kulturkampfzeit dem Kirchenvorstand vollständige Freiheit gelassen habe, warf ihm Thiel vor: „Dann hätten Sie nach dem Kulturkampf rektifizierend eingreifen müssen.“ Szadowski berief sich auf seine Erfolge: Er habe den Gottesdienst in Pillau, im Sommer auch in Cranz eingerichtet, habe Religionsunterricht in der Töchterschule eingeführt, unterrichte die Konvertiten selbst, die Geldsachen habe er dem Kirchenvorstand und dem Kaplan Mathee überlassen. Zuletzt sprach er den Verdacht aus, daß ihn Übelwollende beim Bischof schlecht gemacht hätten. Thiels Randbemerkung dazu<sup>13)</sup> ist in Ausdruck und Inhalt das schärfste Wort des Vorgesetzten: „Ist vollständig unrichtig. Einzig aus dem hartnäckig fortgesetzten Ungehorsam des Szadowski habe ich nach dreijährigen gütlichen Versuchen die Überzeugung gewonnen, daß ich es mit einem eitlen Schismatiker zu tun habe.“ Auch im nächsten Schreiben vom 20. Februar 1895 hielt der Bischof an diesen Vorwürfen fest und warf Szadowski „Ungehorsam gegen Ihren Bischof, äußere Prunksucht und Schuldenmachen“ vor und bestimmte, was den Propst besonders

13) Da unter den Personalakten nur die Originalbriefe Szadowskis liegen, die Randbemerkungen und Entwürfe für Antwortschreiben von Bischof Thiel enthalten, muß offen bleiben, ob Briefe mit solchen scharfen Formulierungen wie den zitierten auch wirklich immer nach Königsberg gingen.

kränkte, nicht ihn, sondern seinen Kaplan Matthee dazu, den neuen Kreuzweg in der Königsberger Kirche einzuweihen. Auch über Schulfragen gab es Streit zwischen Thiel und Szadowski. Denn der Bischof wollte eine katholische Schule bei der neuen katholischen Kirche auf dem Oberhaberberg haben, während der Propst „in gewohntem Ungehorsam und Rücksichtslosigkeit die Vergrößerung der bisherigen Kirchsule“ betreibe. Schließlich holte der Bischof zu einem weiteren empfindlichen Schlag gegen den Unnachgiebigen aus, indem er die einige Zeit zuvor erfolgte Ernennung Szadowskis zum „Dekan des Samlandes“ wegen dessen — wie es hieß — „Gründerlaunen“ mit Brief vom 6. November 1895, der mit Zustellungsurkunde an des Propstes Wirtin Frl. Schaffrinski nach Königsberg gelangte, zurücknahm.

Diese Maßnahmen trafen Szadowski schwer. Er bat noch im November um Urlaub, da durch seine „Degradierung“ sein Nervensystem angegriffen sei. Im Übrigen deutete er an, daß er auf seine Stelle resignieren und sich in ein Kloster zurückziehen wolle. Der Urlaub wurde gewährt, und wahrscheinlich wäre der Bischof den unbotmäßigen Propst ganz gern losgeworden. Aber dieser kehrte kurz vor Weihnachten 1895 mit dem Kurierzug nach Königsberg zurück und schrieb seinem Ordinarius: „Meine Befriedigung habe ich nicht gefunden, für die Franziskaner bin ich zu alt, die Strapazen bei den Barmherzigen Brüdern halte ich nicht aus, Vegetarier werden wie die Dominikaner kann ich mit meinen Magenverhältnissen nicht. Es kann darum mein Wunsch, aus der Diözese zu gehen, nicht realisiert werden. Herr Prälat Dr. Laemmer<sup>14)</sup>, dem ich meine Gewissensbelastungen unterbreite, befiehlt mir zu bleiben auf dem Posten, der mir zugefallen. Aber nun stehe ich vor der ganzen Diözese gebrandmarkt da. Eure Bischöfliche Gnaden mögen glücklichere Feiertage erleben, als ich sie erleben werde“ (22. Dezember 1895). Im Januar des neuen Jahres schrieb Laemmer an Thiel, daß er Szadowski vom Eintritt in einen Orden abgeraten und die Versetzung auf eine einfache Landstelle angeraten habe, „denn in einer anderen Diözese dürfte er nach Resignation auf das Königsberger Benefizium kaum Aufnahme finden“. Es ist dann die Rede von einem eventuellen Stellentausch des Propstes mit Pfarrer Engel von Pestlin oder Pfarrer Palmowski von Altmark, doch verwirklichten sich diese Pläne nicht.

Weniger bedeutsam war es, daß der Propst im Sommer 1897 seitens der Königsberger Regierung der „Proselytenmacherei“ be-

---

14) Hugo Laemmer (1835-1918), geb. Allenstein, 1858 Konversion zur katholischen Kirche, 1859 Priester, Professor für Kirchengeschichte und Kirchenrecht, zuerst in Braunsberg, dann in Breslau; berühmter Gelehrter. Vgl. B.-M. ROSENBERG, Hugo Laemmer (1835-1918). Lebensbild eines gelehrten Priesters aus dem Ermland. In: UNSERE ERLÄNDISCHE HEIMAT 4 (1958) Nr. 4, S. 13-16.

zichtigt und in den Königsberger Zeitungen<sup>15)</sup> der Vorwurf gegen den Seelsorger erhoben wurde, eine Jugendliche ohne Zustimmung ihrer Eltern zur katholischen Kirche hinübergezogen zu haben. Ähnliche Verdächtigungen erlebten damals in der Zeit der Nachwehen des Kulturkampfes viele katholische Geistliche. Interessant ist aber, daß in dem über diesen Fall entstandenen Briefwechsel zwischen der Königsberger Regierung (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen) und dem Minister der Geistlichen Angelegenheiten in Berlin auch von Szadowskis Einstellung zum Polentum die Rede war<sup>16)</sup>. Das Ministerium versagte nämlich dem Vorschlag der Königsberger Regierung, der wohl auch zugleich der Wunsch Bischof Thiels war, dem Propst eine andere Stelle „in dem der polnischen Propaganda vorzugsweise ausgesetzten Teile der Provinz“ zu geben, die Zustimmung und beschloß, ihn auf jeden Fall in Königsberg zu belassen, wo „er ungefährlich ist“ und nicht wie einst als Pfarrer in Willenberg „seine polonisierende Tätigkeit“ wiederaufnehmen könne. Wenn in demselben ministerialen Schreiben die Rede davon ist, daß Szadowski in Königsberg „keinesfalls in besonderem Ansehen“ stehe und „nur geringen Einfluß“ habe, so stimmt dies allerdings keinesfalls. Denn wie angesehen der Propst wegen seiner eifrigen Seelsorgstätigkeit und wegen seines kirchlichen Wirkens bei der Königsberger Bevölkerung<sup>17)</sup> bis in evangelische Kreise hinein war, zeigt ein zwischen seinen Personalakten erhaltenes Blatt der nationalliberalen „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vom 1. April 1895. In dem Bericht über eine Veranstaltung im Königsberger Börsensaal, die „Vorfeier der Bismarckfeiern“, heißt es: „Allgemein beachtet wurde die würdige Gestalt des hiesigen Propstes Herrn Szadowski, dessen Teilnahme an den drei Festlichkeiten Zeugnis davon ablegt, daß die Katholiken Deutschlands im Punkte des Patriotismus speziell auch mit Rücksicht auf die nationalen Verdienste des Fürsten Bismarck doch von anderen Gefühlen beseelt sind als das Zentrum.“

Leider gab es bald einen neuen Anlaß für Reibungen zwischen dem Propst und Bischof Thiel. Im April 1896 lag Ferdinand Michels, Schriftleiter der Königsberger linksliberalen „Hartungschen Zeitung“, Stadtverordneter und zugleich Meister vom Stuhl der Freimaurerloge Immanuel<sup>18)</sup>, von Geburt an Katholik, im Sterben. Da Szadowski ihn für die christlichen Lehren zugänglich

- 
- 15) Z. B. OSTPREUSSISCHE ZEITUNG Nr. 167 vom 20. Juli 1897 mit Richtigstellung von Seiten Szadowskis in Nr. 169 vom 21. Juli 1897.  
 16) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Berlin. Oberpräsidium Königsberg. Rep 2 II. Nr. 2288, Bl. 35—43.  
 17) F. GAUSE (Geschichte der Stadt Königsberg. Bd. 2. Köln-Graz 1968, S. 698) nennt Szadowski „eine der markantesten Persönlichkeiten des Königsberger Katholizismus“.  
 18) Vgl. F. GAUSE, Ferdinand Michels, in: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE. Bd. 3. Marburg/Lahn 1975, S. 1022.

fand, suchte er ihn, der ihm seit längerem bekannt war, auf und spendete ihm die Sterbesakramente, später hielt er auch die Leichenpredigt. Beides verstieß gegen das kanonische Recht, weil bei einem Freimaurer in einem solchen Fall vorher ein öffentlicher Widerruf hätte erfolgen müssen. Der Propst fühlte sich jedoch im Recht, weil Michels Reue gezeigt hatte, und hielt wohl auch die Übernahme der Leichenpredigt als pastoral vertretbar und nützlich. Anders urteilte man über sein Vorgehen in Frauenburg. Szadowskis Grabrede wurde eingefordert und von einer Kommission, zu der Generalvikar Augustin Kolberg und Domherr Franz Hipler gehörten, als gegen kanonisches Recht und Pastoral verstoßend verurteilt. Mitte Juni 1896 äußerte sich auch Bischof Thiel zu diesem Fall. Er verbietet dem Königsberger Propst, künftig Leichenpredigten zu halten, und schickte ihn zur Strafe in Exerzitien. „Ihr Verhalten im Fall Michels läßt unzweifelhaft erkennen, daß Ihre Kenntnisse in der Theologie, speziell in der Moral, noch Lücken haben“, heißt es in dem Schreiben. „Es wird Ihnen nochmals nahegelegt, sich um eine eben freie einfache Landstelle zu bewerben.“ Außerdem solle Szadowski eine Predigt zum Thema Freimaurerei ausarbeiten. Für diesen war es in der Folgezeit recht peinlich, daß er nun keine Beerdigungen mehr halten konnte und diese den Hilfsgeistlichen überlassen mußte, auch wenn es sich um nahe Bekannte und Beichtkinder handelte.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Regierung Szadowski gern in Königsberg halten wollte, und auch dieser selbst scheint sich auf sein Bleiben dort eingestellt zu haben, um seine erfolgreiche Diasporaarbeit in der Stadt selbst und im Samland fortzusetzen, was ein Nachfolger kaum so hätte leisten können. Für diese Aufgabe setzte sich der Propst auch außerhalb Ostpreußens immer wieder geschickt werbend ein. So sorgte er dafür, daß auf „kirchlichem Gebiet die Rheinländer tapfer weiterhelfen“, wie er in seiner Rede bei der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands im August 1903 in Köln betonte<sup>19)</sup>, und nutzte die Spendenfreudigkeit und Mithilfe rheinischer Katholiken, deren Bekanntheit ihm noch durch Erzbischof Krentzschmarck vermittelt worden war, für seine Kirchbaupläne aus. Vor allem fand er immer wieder Dankesworte für den 1899 verstorbenen Kölner Weihbischof Hermann-Joseph Schmitz, dessen Grabstätte er 1903 aufsuchte.

Eine Freude war für Szadowski die endlich am 18. Januar 1897 mit einem großen Festakt vollzogene Einweihung des neuen Propsteigebäudes, zu der 60 Herren geladen waren, ebenso das Wachsen und Blühen der verschiedenen Diasporagemeinden um die Kapellen in Cranz, Pillau, Palmnicken und Ponarth, des großen St.-Elisabeth-Krankenhauses in der Ziegelstraße und des Schnei-

19) Verhandlungen der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln vom 23. bis 27. August 1903. Köln 1903, S. 511.

der-Jackschen Frauenstiftes. Am 24. Dezember 1898 sandte der Propst Bischof Thiel zu dessen 50jährigem Priesterjubiläum das Bild „Sieben Worte Christi am Kreuz“ und gratulierte herzlich. Dennoch mußte er auch noch Ende des folgenden Jahres 1899 an den Ordinarius schreiben: „Aus allen Vorgängen alter und neuerer Zeit erfahre ich, daß Eure Bischöfliche Gnaden mich in Königsberg nicht gern sehen. In gereiftem Alter bin ich in den Priesterstand getreten. Ich möchte meine Dienste an einer Stelle tun, wo Eure Bischöfliche Gnaden mich hinwünschen und mir Vertrauen schenken können, denn ohne Sendung von oben gibt es in der katholischen Kirche kein Amt.“ Dabei wurden die vakanten Pfarreien Arnsdorf und Guttstadt als mögliche Stellen für eine Bewerbung genannt (22. November 1899). Zwei Wochen später klagte Szadowski dem Bischof wieder, daß er noch immer keine Predigterlaubnis habe, „so daß ich nicht einmal den armen Polen, deren Familienmitglieder vielfach in den Kliniken hier sterben, einige Trost Worte am Grabe sagen darf. Zugleich bat er um die vakante Pfarrei Gr. Montau (5. Dezember 1899). Thiel antwortete umgehend, daß sich der Propst beim Oberpräsidenten von Westpreußen um eine Stelle bewerben könne.

In den nächsten Jahren bis zu Thiels Tod (17. Juli 1908) fehlt jede Korrespondenz, ein Zeichen, daß sich die Gegensätze auf die Dauer vielleicht doch etwas entschärft hatten, Thiel auch das große Ansehen beachtete, das Szadowski weit und breit in Königsberg und auch in Regierungskreisen genoß. Es war eine Genugtuung für den Propst, daß er es noch erlebte, nach seines Gegners Hinscheiden auch von seinen kirchlichen Vorgesetzten die Anerkennung und Ehrung zu erhalten, die sein erfolgreiches Wirken und seine aufopfernde Diasporatätigkeit verdienten. Am 8. Dezember 1908 dankte die Königsberger Gemeinde in einem Brief an das Ordinariat dafür, daß sie als Pfarrkirche künftig offiziell den Titel „Propsteikirche“ führen dürfe. In diesem Schreiben wurde betont, wie erfreulich der Fortschritt sei, den dieses Gotteshaus seit 20 Jahren erlebt habe: „Die durch die Wirren des Kulturkampfes entrissene Pfarrkirche, die uns dann in durchaus unwürdigem Zustand zurückgegeben wurde, ist renoviert und durch herrliche Malereien eine der schönsten Kirchen geworden, auf die die Katholiken stolz sein können.“ Auch eine neue Orgel sei erworben worden, ein neues Propsteigebäude gebaut, ein zehn Morgen großer Kirchhof vor dem Königstor eingerichtet, die alte Kirchschule auf den Etat der Stadt übernommen, die Kirche Zur Hl. Familie auf dem Haberberg mit eigenem Pfarrsprengel begründet, im Nordwesten der Stadt ein Grundstück für eine Kapelle erworben worden<sup>20)</sup> und vieles andere. Die katholische Gemeinde verdanke „nebst Gott dieses Blühen und diese Errungen-

20) Es handelt sich um die St.-Adalbertus-Kapelle in Königsberg-Amalienau.

schaften dem hochverehrten Propst Szadowski, der keine Mühe und keinerlei Opfer gescheut hat“. Schon Propst Dinder habe ausgesprochen, „daß der Königsberger Propst wegen der Andersgläubigen eine besondere Würde als Domherr oder dergl. besitzen müßte, um die katholische Kirche zu repräsentieren“. Darum bäte die Gemeinde sehr darum, ihren Propst auszuzeichnen. Der derzeitige Kapitularvikar in Frauenburg, Dompropst Franz Dittrich, ging auf dieses Gesuch sofort ein und richtete schon am 22. Dezember 1908 ein Schreiben an den Papst mit der Bitte, Szadowski zum päpstlichen Hausprälaten zu ernennen. Die Inthronisation des bereits im November 1908 gewählten neuen ermländischen Bischofs Augustinus Bludau fand am 20. Juni 1909 statt. Am 22. August 1909 dankte Szadowski dem neuen Ordinarius für die Übermittlung der Urkunde über die Ernennung zum Prälaten, „für die große Ehrung, die Euere Bischöfliche Gnaden mir vom Hl. Vater besorgte, und die lieben, herzlichen Worte, mit denen Sie sie begleiteten. Es soll das für mich ein Ansporn sein, im Weinberg Gottes zu arbeiten, bis der Abend kommt, an dem ich sagen kann: Nunc dimittis, Domine, servum tuum in pace. Mit herzlichem Dank, in tiefer Ehrerbietung. . . “ Fast sieht es so aus, als habe Bischof Bludau, der wohl auch schon das Schreiben Dittrichs nach Rom veranlaßt, an Szadowski bewußt gutmachen wollen, was die Härte seines Vorgängers Bischof Thiel ihm grundlos zufügte. 1911 kam eine weitere Ehrung für Szadowski hinzu, als er im Frauenburger Dom am 15. Februar als Ehrendomherr installiert wurde, die Kurie zeichnete ihn außerdem mit dem Orden Pro ecclesia et pontifice, der Staat mit dem Roten Adlerorden aus<sup>21)</sup>.

Im Frühjahr 1914 feierte Szadowski noch unter großer Beteiligung seinen 80. Geburtstag, sein silbernes Jubiläum als Propst von Königsberg und schließlich am 31. Juli sein Goldenes Priesterjubiläum. Der Erste Weltkrieg brach aus, und jetzt wurde Szadowski, dessen Gesundheit schon länger geschwächt war, ein Opfer seines Seelsorgseifers. Zumindest werden Überanstrengung und Aufregung sein Ende durch einen Herzinfarkt beschleunigt haben. Nachdem alle vier Kapläne eingezogen worden waren<sup>22)</sup>, stand Szadowski am ersten Mobilmachungstag, am Sonntag, dem 2. August, „als alleiniger Seelsorger der umfangreichen Propsteigemeinde Königsberg da.“ Von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags hörte er nüchtern Beichte, zelebrierte zwei Messen und predigte zweimal, so ging es auch an den folgenden Tagen weiter. Der Mittwoch, der 10. August, war zum allgemeinen Betttag erklärt worden, und Szadowski mühte sich wieder in der Propsteikirche. „Nach der ergreifenden Predigt mußte Prälat Szadowski

21) SCHMAUCH in: ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE II, S. 720.

22) Vgl. Auch ein Heldentod fürs Vaterland. In: DER ARBEITER Nr. 33 vom 16. August 1914.

von den Gläubigen, als er kraftlos zusammenbrach, nach der Propstei getragen werden, um dort sogleich seine edle Seele auszuhauchen.“ Auf dem von ihm erbauten Katholischen Friedhof vor dem Königstor fand er seine Ruhestätte.

Johannes Szadowski war Seelsorger und ein Mann der Tat und weder Gelehrter noch Schriftsteller. So sind von ihm nur zwei Veröffentlichungen bekannt geworden: eine Broschüre über religiöse Gesellschaften und Bruderschaften, die bei G. Milski in Danzig erschien und ein im Selbstverlag der Gemeinde in Kommission bei Bernhard Teichert in Königsberg 1913 herausgekommenes Buch über die katholische Propsteigemeinde<sup>23)</sup> daselbst.

### **Do biografii królewieckiego proboszcza Jana Szadowskiego (1834-1914)**

#### Streszczenie

Akte personalne królewieckiego proboszcza Jana Szadowskiego w Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie są z powodu licznych konfliktów z biskupem Andrzejem Thielem względnie obszerne i dostarczają nam sporo materiału do brakującej jeszcze biografii tego nadzwyczajnego kapłana. Na podstawie tych akt i kilku źródeł uzupełniających autorka opisuje jego działalność jako wikariusza w Brąswaldzie i Barczewie, kurata w Wielbarku, księdza w Barczewku i wreszcie jako proboszcza w Królewcu.

W. D.

### **On the Biography of the Königsberg Provost Johannes Szadowski (1834-1914)**

#### Summary

The personal file of the Königsberg provost Johannes Szadowski in the Warmian Diocesan Record-Office at Olsztyn (Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie) is, because of the numerous conflicts with Bishop Andreas Thiel, relatively comprehensive. It presents rich material for a biography of this extraordinary priest, which has not been written before. Based on these files and on some additional sources, the author draws a picture of his activities as a chaplain in Braunswalde and Wartenburg, as a curate in Willenberg, as a parson in Alt Wartenburg, and, finally, as a provost in Königsberg.

S. K.

---

23) ORACKI, a. a. O., S. 278.

# Die letzten Lebensjahre Julius Pohls

Von Anneliese Triller

Fast jeder ältere Ermländer kennt Julius Pohl, den aus Frauenburg gebürtigen Domherrn und Dichter, Herausgeber und Mitarbeiter des Ermländischen Hauskalenders, Mitgründer und Schriftleiter der Ermländischen Zeitung. Fraglich ist allerdings, welche von dessen 1893-1896 erschienenen volktümlichen, lyrischen und epischen Gedichten noch heute lesbar geblieben sind und auch Menschen unserer Zeit noch etwas sagen<sup>1)</sup>. Die Literatur über Pohl ist reich, angefangen von der kurzen, aber wesentlichen Biographie in dieser Zeitschrift von Franz Fleischer<sup>2)</sup> und dem geistvollen Essay von Otto Miller<sup>3)</sup> bis zu verschiedenen Artikeln aus der Feder von Eugen Brachvogel<sup>4)</sup>, Anneliese Triller<sup>5)</sup> und Ernst Laws<sup>6)</sup>. So sind Pohls Lebensgang, seine Redaktionsarbeit, seine Dichtungen und seine Persönlichkeit ausreichend dargestellt und gewürdigt worden. Etwas unklar blieben nur die Gründe für seinen endgültigen Weggang von Frauenburg und seinen einsamen Tod in Zell am Main 1909. Man fragt sich, wie dieser große Heimatfreund seine Domherrnstelle an der Kathedrale, seine Kurie mit dem unvergeßlich schönen Blick über das Frische Haff für immer verlassen konnte. Pohls Personalakten im ehemaligen Bischöflichen und Domkapitulärischen Archiv in Frauenburg<sup>7)</sup> bieten darüber einigen Aufschluß. Sie betreffen hauptsächlich die letzten Lebensjahre des Dichters, enthalten aber auch einige Blätter aus den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Da findet sich ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Braunsberg vom 21. Juli 1875, daß der „angeschuldigte Redakteur

---

1) Verfasserin meint, daß der Druck einer guten Auswahl in einem kleinen Bändchen sehr erwünscht wäre.

2) F. FLEISCHER, Julius Pohl. In: ZGAE 20 (1919) S. 618-642.

3) O. MILLER, Der ermländische Dichter Julius Pohl. Königsberg/Pr. 1919. Nachdruck in: ERLÄNDISCHER HAUSKALENDER 96 (1963) S. 26-69.

4) E. BRACHVOGEL, Der ermländische Kalendermann Julius Pohl. In: ERLÄNDISCHER HAUSKALENDER 63 (1919) S. 68-74.

5) A. TRILLER, Unser ermländischer Heimatdichter Julius Pohl. Ebd. 87 (1954) S. 97-112.

6) E. LAWS, Nur ein Kalendermann? Eine Plauderei um Julius Pohl und sein Werk. Ebd. 93 (1960) S. 28-45.

7) Heute im Diözesanarchiv in Allenstein (Archivum Diecezjal Warmińskiej w Olsztynie). Weder die Akten des Bischöflichen Archivs (Abt. I, P 17, 1875-1909) noch die des Domkapitulärischen Archivs (Abt. I, P 26) sind paginiert, so daß sie nur mit dem Datum zitiert werden können. — Verf. dankt der Archivleitung für ihr Entgegenkommen bei der Benutzung des Archivs.

der Ermländischen Volksblätter<sup>8)</sup>, Domvikar Julius Pohl in Braunsberg, der öffentlichen Beleidigung des Bürgermeisters Saleski in Heilsberg“ schuldig und dafür mit 30 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle mit fünf Tagen Haft zu bestrafen sei, daß er das bekanntzumachen habe und die Ausgabe Nr. 74 der Ermländischen Volksblätter unbrauchbar gemacht werden müsse. Ein weiteres Schreiben derselben Behörde vom 22. Februar 1877 verurteilte dann im Zuge der Kulturkampfbestimmungen — nach einem fast zweijährigen Prozeß, in dem es um einen Bericht der Ermländischen Zeitung über das Rundschreiben Pius' IX. von 1875 ging — den Domvikar und Redakteur Julius Pohl wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu vier Monaten Gefängnis und die Kosten der Untersuchung.

Aus den achtziger Jahren enthalten die Akten Eingaben vom 7. März 1883 und 27. Juni 1884 an Bischof Krentz, in denen Pohl um Urlaub zu Erholungsreisen nach dem Süden und um Dispens vom Breviergebet „in Rücksicht auf meine in letzter Zeit sehr angegriffenen Augen“ ersuchte. 1883 bewarb sich der Domvikar erfolglos um die Pfarrei Fürstenwerder, bat dann aber am 29. Juli 1886 den neuen ermländischen Bischof Andreas Thiel, „bei der Besetzung der Mehlsacker Erzpriesterstelle von seiner Person absehen zu wollen“. Mit seinen 56 Jahren wolle er lieber in seiner gegenwärtigen Stellung als Domvikar bleiben, „als in so neue und verantwortungsvolle Verhältnisse zu treten, wie sie mich in Mehlsack erwarten. Es wäre auch schwer, einen geeigneten Ersatzmann für die verschiedenen in meiner Hand vereinigten Dienstleistungen zu finden“.

Zur Überraschung vieler präsentierte 1887 Oberpräsident Albrecht von Schlieckmann Pohl im Namen der preußischen Regierung für ein ermländisches Kanonikat, worauf der Ernannte am 31. Januar 1888 im Frauenburger Dom installiert wurde.

Über die Vorgänge um diese Ernennung sind wir durch bisher noch nicht ausgewertete Akten des Königsberger Oberpräsidiums unterrichtet<sup>9)</sup>. Im Mai 1887 war der Frauenburger Domherr Harwardt verstorben, und die Neubesetzung der Stelle oblag nach den Bestimmungen der Bulle „De salute animarum“ von 1821 in dem ungeraden Monat der Regierung. Der Oberpräsident äußerte sich in einem ausführlichen Schreiben aus Königsberg vom 25. Juli 1887<sup>10)</sup> an den Staatsminister von Goßler über die in Frage kommenden Kandidaten für dieses Kanonikat. Als Bewerber seien der Erzpriester Pohlmann in Heilsberg und der Erzpriester Ehren-domherr Schwark in Rößel aufgetreten. Der Braunsberger Land-

---

8) So hieß die spätere Ermländische Zeitung bis 1875.

9) Geh. Staatsarchiv Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin. Oberpräsidium Königsberg. Rep. 2/II, Nr. 2315: Domkapitel Frauenburg. Bd. 4.

10) Ebd., Bl. 128-135.

rat habe ihm den früheren Hofkaplan des Bischofs Krementz, den Domvikar Dr. theol. Loeffler, empfohlen, und Domherr Borowski habe ihn auf den Allensteiner Erzpriester Karau aufmerksam gemacht. Aber alle diese seien trotz sonstiger Vorzüge für die Domherrnstelle ungeeignet, da sie „streng ultramontan“ und „den geistlichen Oberen unbedingt gehorsam“ seien und dadurch „zweifellos die Ansprüche der Kirche gegenüber dem Staat auf das Entschiedenste vertreten“ würden. Der Staat „habe ein dringendes Interesse, dem Kapitel in Frauenburg eine Persönlichkeit zuzuführen, welche neben staatsfreundlichen Gesinnungen auch die erforderliche Festigkeit besitzt, um die letzteren innerhalb des Kapitels zur wirksamen Geltung zu bringen“. Es folgt die interessante Bemerkung: „Durch die Ernennung des Domherrn Hippler<sup>11)</sup> hat die intransigente Richtung im Domkapitel von Frauenburg einen energischen und hervorragenden Vertreter gefunden, und ich fürchte, daß sich der Einfluß des Genannten sehr bald bemerkbar machen wird. Es dürfte deshalb unerläßlich sein, staatlicherseits keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um ein Gegengewicht zu schaffen.“ Im Folgenden schildert Schlieckmann Domvikar Julius Pohl, den Goßler und er kürzlich bei einem Besuch von Frauenburg kennengelernt hätten, „als eine für die zu besetzende Stelle besonders geeignete Person“. Er gibt dessen Lebensdaten an und erwähnt dabei, daß Pohl zwar 1872 „die ultramontane Ermländische Zeitung gegründet hat und als deren Redakteur während des sog. Kulturkampfes mit dem Strafrichter in Berührung gekommen ist. Seit 1878 ist er aber von dem Presseunternehmen vollständig zurückgetreten und hat sich seitdem einer Haltung befleißigt, welche sich von den Bestrebungen der Anhänger streng ultramontaner Observanz je länger je mehr entfernte. Ein besonderer Beweis hierfür dürfte die Tatsache sein, daß Pohl die Herausgabe des im Jahre 1857 gegründeten Ermländischen Kalenders übernahm, dessen versöhnliche und ausgleichende Tendenz, namentlich seit der neuen Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse mit jedem Jahrgange stärker hervortritt“. Dabei übersandte Schlieckmann Goßler das ihm von Pohl zur Verfügung gestellte Titelblatt dieses Kalenders für 1888, das unter der Überschrift „Die beiden Friedensfürsten des scheidenden Jahrhunderts“ die Bilder Kaiser Wilhelms I. und daneben Papst Leos XIII. sowie anschließend einen Text mit kurzen Lebensskizzen beider und je einem Gedicht brachte<sup>12)</sup>. Der Vorschlag des Oberpräsidenten wurde von der Berliner Regierung angenommen, nachdem sich Pohl hinsichtlich seiner kirchlichen und politischen Haltung auf das Zeugnis der Dompropste Kayser in Bres-

11) Dr. Franz Hippler (1836-1898), der bedeutendste ermländische Historiker, seit 1886 Domherr in Frauenburg, vgl. ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE. Bd. 1. Königsberg 1941, S. 277.

12) A. a. O., Bl. 137-142.

lau und Wanjura in Posen berufen hatte<sup>13)</sup>. Als Pohl dann im September in Königsberg befragt wurde, ob er die Domherrnstelle annehmen wolle, antwortete er erfreut und dankbar bejahend<sup>14)</sup>, und nachdem Bischof Thiel das erforderliche Idoneitätszeugnis erteilt hatte, wurde in Berlin unter dem 16. November 1887 die Ernennungsurkunde vom Kaiser und vom Minister von Goßler unterzeichnet<sup>15)</sup>.

Pohl hatte sich also nicht zu seiner neuen Stellung gedrängt, ja sich wohl nicht einmal direkt um sie beworben, doch nahm er sie gerne an, da sie ihm mehr Muße für seine dichterische Tätigkeit und die Kalenderarbeit bot. Wenn man seitens der Regierung gehofft hatte, der neue Domherr würde eine besonders regierungstreue Richtung unter seinen als „ultramontan“ eingestuften Konfratres durchsetzen, so war Pohl dazu zu irenisch, eine musische und keine eigentlich kämpferisch politisch interessierte Natur trotz seines früheren Wirkens im Kulturkampf. Seine etwas ungewöhnliche Beförderung, nicht wie üblich von einer Erzpriesterstelle oder Professur, sondern von der Domvikarie zur Domherrnwürde, bewirkte wohl von vornherein seine etwas isolierte Stellung im Kapitel und trug mit bei zu den von nun an fast ständigen Reibungen Pohls mit mehreren Kapitelsmitgliedern, vor allem mit seinem alten Konkurrenten und Mitarbeiter bei der Gründung der Ermländischen Zeitung, Domdechant Augustin Kolberg<sup>16)</sup>.

Bei aller Anhänglichkeit an seine ostpreußische Heimat, ihre Landschaft und Menschen liebte Pohl das Reisen, und seine Künstlernatur fühlte sich stark nach dem Süden gezogen, mit dem ihn von seinem römischen Studienaufenthalt her die schönsten Erinnerungen verbanden. Diese „unausrottbare Reiselust“<sup>17)</sup> Pohls, zu der noch die Notwendigkeit einiger Kuraufenthalte für den Kränkelnden kam, und die dadurch bedingte Abwesenheit von Frauenburg, so daß er seine Domherrnpflichten nicht erfüllen konnte, verursachten dauernde unerquickliche Streitigkeiten sowohl mit einer Reihe seiner Konfratres im Kapitel als auch mit dem autoritären Bischof Thiel.

Entschuldigend für Pohl fällt bei diesen Auseinandersetzungen sicher sein mit den Jahren sich ständig verschlechternder Gesundheitszustand ins Gewicht, der seine Nervosität und Empfindlichkeit steigerte. So erlitt er im August 1902 während einer Kur in Kudowa einen ersten Schlaganfall. Nach Frauenburg heimgekehrt, versah er 1903 mühsam seinen Chordienst, mußte sich aber

---

13) Ebd., Bl. 136.

14) Ebd., Bl. 145.

15) Ebd., Bl. 151-153.

16) Ein Lebensabriß Kolbergs aus der Feder seines Neffen JOSEF KOLBERG in: ZGAE 17 (1910) S. 464-477.

17) FLEISCHER, a. a. O., S. 619.

am 8. Dezember wieder an Bischof Thiel und einen Tag später an das Domkapitel wenden mit der Bitte, ihm für seine „stark erschütterte Gesundheit“ einen Aufenthalt in Arco am Gardasee zu gewähren. An die Domherren schrieb er dabei, er sei bis zur Stunde mit seinen persönlichen Diensten im Chor nicht rückständig geblieben und fuhr fort: „In gleicher Weise auch für die Zukunft zu sorgen, vermag ich aber nicht. Komme ich genügend gekräftigt zurück, werde ich mich nicht weigern, nicht bloß den mich persönlich treffenden Dienst zu leisten, sondern wie es wiederholt noch in den letzten Wochen geschehen ist (und vordem durch 15 Jahre), für kranke und betagte Confratres bei jeder mir häufig gegebenen Gelegenheit stellvertretend einzutreten, aber zunächst darf ich zur Kollegialität der Herrn Confratres das Vertrauen haben, daß das jetzt wieder vollzählig besetzte Kapitel die nötige Vorsorge treffen werde, daß der Chordienst durch meine Abwesenheit nicht leide.“ Im Folgenden ging Pohl zum ersten Mal auf einen kanonistischen Dispensgrund, ein altes Privileg ein, das er den von dem Ermländer Professor Hugo Laemmer<sup>18)</sup> 1892 herausgegebenen „Institutionen des katholischen Kirchenrechts“ entnommen hatte. Es handelte sich um die „Jubilatio“, d. h. das einem abwesenden Kleriker zustehende Privileg, seinen Anteil an den Einkünften aus dem Chordienst nicht zu verlieren, vorausgesetzt, daß er bereits vierzig Jahre lang einen solchen Dienst gewissenhaft geleistet habe<sup>19)</sup>. In dem erwähnten Schreiben stellte Pohl dem Domkapitel dar, daß er diese Bedingungen erfüllt habe, denn: „Vor 40 Jahren, nämlich am 26. Juli 1863, bin ich als Vikar bei der Domkirche instituiert worden. Auch zur Zeit meiner Abkommandierung zur Ermländischen Zeitung und Druckerei habe ich persönlich meinen Dienst an jedem Sonntage geleistet. Der Turnus war damals ein siebenwöchentlicher, denn sieben Vikare waren angestellt, ob jeden siebenten Tag oder jede siebente Woche der Einzelne persönlich Dienst leistet, kommt auf dasselbe hinaus.“

Am 2. November 1904 meldete Pohl dem Kapitel, daß er auf ärztlichen Rat wieder nach dem Süden reisen müsse. Seit seiner Rückkehr am 6. Juni habe er seinen Wochendienst persönlich oder durch Stellvertretung versehen, und nun habe Konfrater Herrmann die Vertretung schon zugesagt. Er berufe sich auf das bereits im vorigen Winter für ihn geltende Privilegium jubilationis. Denn „seit dem St. Annafest 1863 diene ich im Chore der Dom-

18) Hugo Laemmer, geb. 1835 in Allenstein, 1858 zur katholischen Kirche konvertiert, gest. Breslau 1918 als Professor für kanonisches Recht, vgl. B.-M. ROSSENBERG, Hugo Laemmer(1835-1918). Lebensbild eines gelehrten Priesters aus dem Ermland. In: UNSERE ERMLÄNDISCHE HEIMAT 4 (1958) Nr. 4, S. 13-16. Wahrscheinlich hatte L. selbst Pohl auf das Recht auf die Jubilatio aufmerksam gemacht.

19) Vgl. auch J. B. SÄGMÜLLER, Lehrbuch des Katholischen Kirchenrechts. Bd. 1. Freiburg 1914, S. 297.

kirche. Im Genusse der Präbende eines Canonicus bin ich allerdings erst 16 Jahre“.

Dompropst Dittrich teilte Bischof Thiel pflichtgemäß Pohls „ganz ungewöhnlich lange Beurlaubung und Unterbrechung der Residenz“ mit, erwähnte aber auch dessen „Zustand geistiger Aufregung“, und dieser drang auf das Urteil eines zuverlässigen Arztes. Aus Schwarzach im österreichischen Pongau schickte der Domherr am 23. Juni 1905 ein Attest in die Heimat, daß er an einer Venenentzündung leide, sich mit Wickelbandagen kuriere und reiseunfähig sei. Dazu bezeugte der Superior des Missionspriesterhauses, wo sich Pohl aufhielt, in einem Schreiben an Bischof Thiel, daß sein Gast am Stocke gehe und noch keinen Schritt aus dem Hause getan habe; er wolle sich nach Salzburg zum Arzt begeben. Am 10. August 1905 schrieb Pohl von dort an das Domkapitel: „Ich begnüge mich fortan mit dem baren Staatszuschuß, welcher vierteljährlich zugeschickt wird. Auf alle übrigen Bareinnahmen, wie sie durch die Küster den Kapitularen zugetragen werden, verzichte ich zugunsten des Adalbertusvereins.“ Daraufhin teilte am 31. August Bischof Thiel dem Kapitel mit, er habe Pohl bis zum 1. September 1907 dispensiert, jedoch mit der Klausel, daß er dann auf die unter die Anwesenden zu verteilenden Einnahmen verzichten müsse. Freundschaftliche Briefe wechselte Pohl damals nur noch mit dem ihm nahestehenden Weihbischof Herrmann. Dompropst Dittrich, den dieser heranzog, versuchte zum Kapitel hin zu vermitteln. Am 13. November 1905 schrieb er Pohl nach Österreich „in der sicheren Hoffnung, daß nach Beseitigung von vielerlei Mißverständnissen eine bessere Stimmung bei Ihnen Platz greifen und jedenfalls jedes Gefühl der Bitterkeit weichen wird“. Der Bischof habe den Urlaub verlängert, da brauche das Kapitel das nicht auch zu tun, dieses behandle seine Angelegenheit „frei von jeder Animosität. . . , woher sollte solche auch kommen“?

Im Frühjahr 1906 hielt sich der Domherr bei den Barmherzigen Brüdern in Breslau auf, deren Provinzial Pius Trzecz der bischöflichen Behörde am 1. Mai meldete, der fast 76jährige Pohl sei gebrechlich und seit seinem Schlaganfall vor drei Jahren „auf die (!) Füße unsicher“. Er verlasse das Haus nur per Droschke, habe täglich in einer geheizten Chorkapelle still die hl. Messe gelesen, „wiewohl es ihm schwer fiel. Jede Woche ging er zur hl. Beichte, wenn die Brüder Beichttag hatten. Das Betragen war stets seiner hohen Würde angemessen, freundlich, zuvorkommend und liebenswürdig. Sein Zustand ist derartig schwerfällig, daß ihn jede körperliche Bewegung anstrengt und außer Atem bringt. Das Funktionieren in der Kathedrale, eventuell auch der Chordienst dürfte bei diesem Zustande unmöglich sein.“ Zwei Wochen später, am 14. Mai, meldete derselbe Prior an Bischof Thiel, daß Pohl, der die Koffer gepackt hatte und ins Ermland abreisen wollte, in der

Nacht zum Sonntag, ohne daß er es merkte, einen Schlaganfall erlitt. „Das Gesicht war durch eine kleine Lähmung schief verzogen, was bis jetzt geblieben ist. Sein Körper ist von Lähmung frei, der Geist klar. Ein Auge in Mitleidenschaft, so daß er weder lesen noch schreiben kann. Bettlägrig nicht, aber Ruhe nötig, die Reise vorläufig aufgegeben.“ Dem Brief liegt eine erschütternde Fotografie des Kranken bei, auf der deutlich die Gesichtslähmung zu erkennen ist<sup>20</sup>).

In diesen für Pohl so schweren Wochen hatten sowohl er selbst als auch das Domkapitel einen Briefwechsel mit der römischen Konzilskongregation geführt, in dem es darum ging, ob der Kranke nicht nur eine einfache Dispens vom Chordienst, sondern darüber hinaus alle Einnahmen des daran rechtmäßig Verhinderter beanspruchen könne. Denn die Frauenburger Kapitelskasse hatte zu Jahresbeginn 1906 Pohl mitgeteilt, daß er ab 1. Juni keinerlei Einkünfte mehr erhalte und auch der Adalbertusverein, dem er diese abtreten wolle, nichts bekommen könne. So beklagte sich der Domherr am 15. Juni 1906 bei Bischof Thiel: „Die Herren haben sich nicht gescheut, über meine Einkünfte definitiv zu beschließen, ohne mir auch nur eine Anzeige und die Möglichkeit eines Einspruchs zu gewähren.“ Als verantwortlich für diese Entscheidungen bezeichnete Pohl seinen „großen, als solchen schon allgemein bekannten Gönner, vielmehr Gegner im Kapitel“, den Domdechanten Augustin Kolberg. In dem Brief, den Pohl dem Provinz-Definitor der Barmherzigen Brüder, Frater Joachim, diktierte und eigenhändig unterzeichnete, schilderte er aus seiner Sicht ausführlich seine Rolle bei der Gründung der Ermländischen Zeitung und die damals aufkommenden Auseinandersetzungen mit Augustin Kolberg<sup>21</sup>).

Daß Pohl auf den nicht unerheblichen Einkünften bestand, die ein rechtmäßig verhinderter Domherr für den Chordienst beanspruchen konnte, darf man wohl nicht nur als Rechthaberei gegenüber dem Domkapitel oder Ausfluß seiner krankhaften Empfindlichkeit verstehen, da er sicher kein vorwiegend materialistisch eingestellter Mensch war. Man muß bedenken, daß Pohls dauernder Aufenthalt in der Fremde, während daheim die Wirtschaft in seiner Frauenburger Domherrnkurie weiterlief<sup>22</sup>), und seine Pflegebedürftigkeit und Arztkosten ihm wohl auch bei bescheidenster Lebensführung beträchtliche Kosten verursachten, so daß er auf alle ihm zustehenden Einnahmen angewiesen war.

Um den unerquicklichen Streit zu beenden, wandte sich Dompropst Dittrich am 19. September 1906 an den Apostolischen Pro-

20) Verfasserin kannte eine gleiche Fotografie Pohls im Frauenburger Diözesanarchiv, die auf der Rückseite den Vermerk von Pohls Hand trug: „Dem letzten Freund mein letztes Bild.“

21) Vgl. dazu FLEISCHER, a. a. O., S. 623-631.

22) Ebd. S. 639.

tonotar Msgr. Dr. Lohniger nach Rom mit der Bitte um eine genaue Interpretation wegen der Einnahmen „unseres Confraters Pohl, der sich nach den neuesten Nachrichten in einem traurigen seelischen Zustand befindet“. Darauf traf dann endlich am 5. November von Rom der Bescheid ein, daß Pohl alle den Frauenburger Domherren zukommenden Einnahmen erhalten dürfe, abgesehen von denjenigen, bei welchem die Stifter ausdrücklich Präsenz vorausgesetzt hätten.

Im Mai 1907 zog Pohl in das von Schwestern geleitete Norbertusheim in Oberzell bei Würzburg um, das sein letzter Aufenthaltsort werden sollte. Dort feierte er nun versöhnt am 26. Juli sein goldenes Priesterjubiläum, wozu er eine von Dittrich verfaßte herzlich gehaltene Gratulation des Frauenburger Domkapitels erhielt. Sie war von den Domherren Marquardt, Preuschhoff, Matern, Wichert, Weihbischof Herrmann und Dittrich selbst unterschrieben, Domdechant Kolberg fehlte. Die Glückwunschadresse würdigte auch zum ersten Mal seitens des Kapitels Pohls dichterisches Werk: „Es ist uns auch nicht entgangen und tritt heute besonders lebendig in unserer Erinnerung, wie Sie neben der Erfüllung Ihrer Hauptpflichten noch Zeit zu finden wußten für schöne Blüten edler Poesie und Prosa, alt und jung zu erfreuen und zu idealen Höhen zu erheben, und, was wir besonders hoch bewerten müssen, in trüben Zeiten durch unermüdliche und geschickte publizistische Tätigkeit in der von Ihnen geleiteten Tagespresse die Rechte unserer heiligen Kirche zu verteidigen und das ermländische katholische Volk zur Wahrung seiner höchsten Interessen und heiligsten Güter anzuspornen und erfolgreich zu begeistern. Das alles wird unvergessen bleiben der Diözese Ermeland und unserer Corporation, die als die natürliche Beraterin des Diözesanbischofs mit dazu berufen ist, das geistliche Wohl des christlichen Volkes im Auge zu behalten und nach Kräften zu fördern.“ In seinem in Zell am Main am 31. Juli 1907 auf diese späte Anerkennung und Ehrung hin verfaßten Dankschreiben, das Pohl wieder einem Helfer diktierte und nur mit unsicherer Unterschrift versah, teilte er dem Kapitel mit, daß ihm auch der Bischof eigenhändig geschrieben und er ihm „mit zitternder Hand“ geantwortet habe, und fuhr fort: „Was mich selbst betrifft, so bin ich endlich zu jenem Frieden gelangt, wo alle irdischen Wünsche schweigen. Mein Jubeltag, der nicht verborgen geblieben ist, den vielmehr die hiesigen Schwestern in der rührendsten Weise gefeiert haben, hat mir auch sonst nicht bloß aus der Heimat, sondern fast in allen deutschen Landen und über ihre Grenzen hinaus so viel Liebe und Anerkennung eingetragen, wie ich es mir nie erwarten konnte; ich kann nur gerührt danken und schweigen.“

Dennoch gab es auch 1908 noch einmal Mißhelligkeiten wegen der für Pohl nicht mehr vollziehbaren Präsenzpflcht. Aus seinem letzten in den Akten enthaltenen Brief vom 1. Juni 1908 geht her-

vor, daß Bischof Thiel ihn nochmals wegen möglicher Heimkehr gemahnt hatte. Pohl schickte ein Attest des Würzburger Landgerichtsarztes Prof. Dr. Stumpf ein, der darin erklärte, er sei „überrascht, daß die Frage nach Pohls Reisefähigkeit überhaupt gestellt werde“, und legte nochmals seine Fotografie mit den traurig entstellten Gesichtszügen bei. Dann bemerkte er, der Bischof habe ihm wegen seiner erneuten Forderung „vor der Kongregation den denkbar höchsten Schimpf angetan. Würde ich an einen deutschen Erzbischof appellieren können, so zweifle ich nicht, durch seinen Spruch die glänzendste Genugtuung zu erhalten. Jetzt sei zu allem Übrigen auch dieses Neueste aus dem vielen Bitteren der letzten Jahre stillschweigend getragen. Eher hätte ich den Einsturz des Himmels befürchten können als diesen durch nichts verschuldeten Rückruf, dem ich gar nicht mehr entsprechen kann.“ Der Brief endet mit dem Satz: „Hoffentlich läßt man mich hier ruhig sterben“, und der eigenhändigen Unterschrift: „Gehorsamst Pohl can.“

Nach neun qualvoll durchlittenen Monaten machte am 9. März 1909 ein dritter Schlaganfall dem Leben des ermländischen Dichters ein Ende. Wörtlich war in Erfüllung gegangen, was dieser sich in einem seiner schönsten religiösen Gedichte für seine letzten Erdentage gewünscht hatte:

„Herr, komm nicht, wie der Dieb es macht,  
 Der uns beschleicht in finstrer Nacht!  
 Nicht wie der jähe Wetterstrahl,  
 Der aufflammt und einschlägt zumal!  
 Nein, wenn erfüllt ist meine Zeit,  
 Dann schick als Boten mir das Leid,  
 Dann tauch mein Herz in Trübsal ein,  
 Laß mich gewarnt durch Krankheit sein.“

**Ostatnie lata życia Juliusza Pohla****Streszczenie**

Osobistość i dzieło Juliusza Pohla kanonika i wydawca „Ermländischer Hauskalender“ jak również współzałożyciela i redaktora gazety „Ermländische Zeitung“ zostały w dostatecznej mierze opisane i ocenione. Niewyjaśnione natomiast zostały przyczyny jego odejścia z Fromborka i jego samotniej śmierci w Zell nad Menem w 1909 r. Akta personalne Pohla w Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie zawierają materiały, które te przyczyny wyjaśniają.

W. D.

**The Final Years of Julius Pohl****Summary**

Personality and works of Julius Pohl, the canon and poet, the „Warmian Calendar-Man“, the co-founder and editor of the „Ermländische Zeitung“, have already been described and appreciated sufficiently. Only the reason for his departure from Frauenburg and for his lonely death in Zell-on-Main, in 1909, have remained obscure. Pohl's personal file in the Warmian Diocesan Record-Office at Olsztyn (Archiwum Diecezji Warmińskiej w Olsztynie) gives, to some extent, information about them.

S. K.

# Bibliographie Adolf Poschmann (1885-1977)

Von Werner Thimm und Ernst-Manfred Wermter

Als wichtigstes Hilfsmittel für die Zusammenstellung der Titel diene:  
ERNST WERMKE, Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen.  
4 Bde. 1933-1978. Manche Angaben — vor allem bei Zeitungsartikeln —  
ließen sich jedoch leider nicht genau ermitteln.

## Abkürzungen

APB	=	ALTPREUSSISCHE BIOGRAPHIE
AV	=	ALLENSTEINER VOLKSBLATT
EB	=	ERMLANDBRIEFE
EH	=	ERMLÄNDISCHER HAUSSCHATZ, Wochenbeilage der EZ
EHK	=	ERMLÄNDISCHER HAUSKALENDER
EMH	=	ERMLAND MEIN HEIMATLAND, Monatsbeilage der WARMIA
EZ	=	ERMLÄNDISCHE ZEITUNG
RH	=	RÖSELER HEIMATBOTE
RT	=	RÖSELER TAGEBLATT
UEB	=	UNSER ERMLANDBUCH
UEH	=	UNSERE ERMLÄNDISCHE HEIMAT, Monatsbeilage der EZ — 1955 ff. Beilage der EB
ZGAE	=	ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESCHICHTE UND ALTERTUMSKUNDE ERMLANDS

## 1910

1. Die Siedlungen in den Kreisen Braunsberg und Heilsberg.  
ZGAE 17 (1910) S. 501-562; 18 (1913) S. 171-215, 489-532, 733-801.

## 1913

2. Jahresberichte der Deutschen Schulgemeinde in Madrid  
1913/14-1915/16. Madrid 1915-1917.

## 1914

3. Los caminos de las aves de paso. [Die Fluglinien der Zugvögel.]  
CAZA Y PESCA v. 1. 4. 1914.
4. Bei Beginn des Krieges in der Huerta de Valencia.  
DEUTSCHE RUNDSCHAU FÜR GEOGRAPHIE 37 (1914/15) S. 529-537.
5. Ein Besuch in der „Freiluftschule“ in Granada.  
PÄDAGOGISCHE WARTEN 21 (1914) S. 630-632.

## 1915

6. Aus dem neutralen Spanien.  
EZ v. 25. u. 26. 2. 1915.

## 1916

7. Los caminos de las aves de paso. [Die Fluglinien der Zugvögel.]  
LAS PROVINCIAS. Diario de Valencia v. 20. 7. 1916 [Kurzfassung].

## 1918

8. Algunos datos nuevos y curiosos sobre el monumento de Don Felipe (El Hermoso) y Dona Juana (La Loca) en la Real Capilla de Granada. [Einige neue und merkwürdige Daten über das Denkmal von Don Felipe (Der Schöne) und Dona Juana (Die Wahnsinnige) in der Königlichen Kapelle zu Granada.]  
REVISTA DE ARCHIVOS, BIBLIOTECAS Y MUSEOS 13 (1918)  
Zugleich Sonderdruck Madrid 1918, 8 S.

## 1919

9. Subvención de Fernando VI, Rey de España, para la construcción de la primera iglesia católica en Berlin. [Subvention des Königs von Spanien Fernando VI für den Bau der ersten katholischen Kirche in Berlin.]  
BOLETIN DE LA REAL ACADEMIA DE LA HISTORIA 75 (1919) H. 1.  
Zugleich Sonderdruck Madrid 1919, 12 S.
10. El cardenal Guillermo de Croy y el arzobispado de Toledo. [Der Kardinal Guillermo de Croy und der Erzbischof von Toledo.]  
Ebd. 75 (1919) H. 2-4.  
Zugleich Sonderdruck Madrid 1919, 86 S.
11. Kaiser Carl V. in Yuste.  
DEUTSCHE WARTE. Deutsch-spanische Handelszeitung. Atalaya Alemana. Revista comercial Hispano-Alemana. Organ der Deutschen Wirtschaftlichen Vereinigung für Spanien in Barcelona v. 3. 5. 1919.
12. Das spanische Konsulat in Danzig von 1752 bis 1773.  
Ebd. 17. 5. 1919.
13. Was ein böhmischer Baron im 15. Jahrhundert in Spanien sah und erlebte [Rosmihal von Blatna].  
Ebd. 14. 6. 1919.

## 1920

14. El Consulado español en Danzig desde 1752 hasta 1773 [Das spanische Konsulat in Danzig von 1752 bis 1773].  
REVISTA DE ARCHIVOS, BIBLIOTECAS Y MUSEOS 15 (1920) S. 207-230.  
Zugleich Sonderdruck Madrid 1919, 24 S.
15. Eine Nachricht über den ermländischen Flachsbaum aus einem spanischen Archiv.  
GERMANIA 1920.
16. Bau der Hedwigskirche in Berlin nach einem spanischen Archiv.  
KIRCHE UND WELT. Beilage zur GERMANIA v. 17. 7. 1920, Nr. 12, S. 45.

## 1921

17. Wieviel Menschen hat das Ermland durch Abwanderung verloren?  
UEH 1 (1921) Nr. 1.

## 1922

18. Staatliches Gymnasium in Rößel. Berichte über die Schuljahre 1922-1929 und 1933-1940. Königsberg/Braunsberg 1923-1930, 1934-1941.
19. Eine lehrreiche Statistik des Ermlandes in den letzten 50 Jahren.  
EZ v. 1. 1. 1922.

## 1923

20. Die Bevölkerung des Ermlandes von 1772-1922.  
ZGAE 21 (1923) S. 357-393.

## 1924

21. Die Gründung eines ermländischen Dorfes [Arnsdorf].  
In: Lebensgut. Ein deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten. Ausgabe für Ostpreußen und das Weichselland. Frankfurt/M.: Diesterweg 1924, S. 113-115.

## 1926

22. Was leistet ein ermländisches Kirchspiel für die deutsche Volkswirtschaft?  
EZ v. 12. 7. 1926.
23. Das Ergebnis der Viehzählung vom 1. 12. 1925 im Ermland.  
UEH 6 (1926) Nr. 1.
24. Aus der Geschichte des Kirchspiels Heinrikau.  
UEH 6 (1926) Nr. 7.  
Zugleich Sonderdruck Braunsberg: Ermländische Zeitung 1926, 30 S.

## 1927

25. Der Viehstand des Ermlandes 1913, 1925 und 1926.  
EZ v. 29. 1. 1927 und AV v. 31. 1. 1927.
26. Die Kirche in Heinrikau.  
Braunsberg: Ermländische Zeitung 1927, 51 S.
27. Die Bewertung der ermländischen Grundstücke im Jahre 1809.  
UEH 7 (1927) Nr. 6

## 1928

28. Sommerfeld 1328-1928. Zur Erinnerung an die Gründung des Dorfes am 18. Februar 1328.  
EH (1928) Nr. 7.
29. Das Schloß Mehlsack am Ende des 18. Jahrhunderts.  
UEH 8 (1928) Nr. 3.
30. Seidenzucht im Ermland.  
UEH 8 (1928) Nr. 1.
31. Welche Aufgaben hat heute der deutsche Aufsatz, und wie sind sie zu erfüllen?  
In: Verhandlungen der IV. ordentlichen Direktoren-Versammlung der Provinz Ostpreußen 1927. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1928, S. 10-31.

## 1929

32. Gewerbestatistik des Ermlandes von 1802 und 1819.  
UEH 9 (1929) Nr. 3.

33. Schlechte Zeiten und drückende Steuern vor 150 Jahren. Die Gemeinde Petersdorf erhebt erfolgreichen Einspruch.  
UEH 9 (1929) Nr. 5 u. 6.
34. Das Weiderecht im Tafterwald.  
ZGAE 23 (1929) S. 98-122.
35. Die Landesaufnahme des Ermlandes im Jahre 1772.  
Ebd. S. 382-445.
- 1930
36. Inflation vor 150 Jahren — Schlechte Zeiten vor 100 Jahren. Wirtschaftsperspektiven von heute zu gestern.  
AV v. 11. 7. 1930.
37. 400 Jahre auf derselben Scholle. Geschichte der Familie Poschmann in Komainen.  
UEH 10 (1930) Nr. 11 u. 12; 11 (1931) Nr. 1-4.  
Zugleich Sonderdruck Braunsberg: Ermländische Zeitung 1931, 34 S.  
ALTPREUBISCHE GESCHLECHTERKUNDE 53 (1975) S. 93-119.
- 1931
38. Das Rößeler Jesuitenkolleg im dritten Schwedenkrieg. Die Pest 1709 bis 1910.  
AV v. 4. 11. 1931.
39. Die wirtschaftliche Entwicklung des Ermlandes.  
EMH 1931, Nr. 3.
40. Quellen zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Ermlandes. Im Namen des Historischen Vereins für Ermland, hrsg. von (Victor Röhrich u.) Adolf Poschmann. [Heft 4.] Braunsberg: Selbstverlag des Vereins 1931, S. 369-480. (Bibliotheca Warmiensis. Bd. 4, [4.]. Monumenta Historiae Warmiensis. Bd. 10, 4. Lfg. 35.)
41. Das Rößeler Jesuitenkolleg im zweiten Schwedenkrieg.  
UEH 11 (1931) Nr. 10 u. 11.
- 1932
42. Ein Grenzstreit zwischen Bartelsdorf und Kirschbaum im 18. Jahrhundert.  
AV v. 16. 2. 1932.
43. Graf Johann Dietrich von Schlieben. Ein Freund und Gönner der Rößeler Jesuiten.  
AV v. 19. 4. 1932.
44. Das Gymnasium in Rößel 1632-1932.  
EZ v. 23. 5. 1932.
45. Der Gründer unserer ersten Kolonie — ein ehemaliger Schüler des Rößeler Gymnasiums.  
EH v. 18. 5. 1932.
46. Ermländisches Bauerntum einst und jetzt.  
In: 50 Jahre Ermländischer Bauernverein. Wormditt 1932, S. 5-35.
47. Der Viehbestand des Ermlandes vor dem Weltkriege und heute.  
RUNDSCHAU FÜR LAND-, GARTEN- UND HAUSWIRTSCHAFT.  
Wochenbeilage des AV 1932, Nr. 8.

48. Von Warschau nach Rößel. Zwei Strafversetzungen. [Georg Leyer und Johann Karl Graf Konopacki.]  
UEH 12 (1932) Nr. 3.
49. Das Augustinerkloster in Rößel.  
ZGAE 24 (1932) S. 81-189.  
Zugleich Sonderdruck Braunsberg 1930, 109 S.
50. [Rez.:] Adolf von Batocki und Georg Schack, Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Jena: Fischer 1929. VIII, 170 S. — Rudolf Lawin, Die Bevölkerung von Ostpreußen nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1925 unter Berücksichtigung der Wanderungsbewegung. Tilsit: von Mauderode 1930. VIII, 86 S. Zugleich: Königsberg, Rechts- u. staatswissenschaftl. Diss. 1930.  
ZGAE 24 (1932) S. 260-272.
51. [Rez.:] Gotthilf Winkel, Das ostpreußische Notgeld. Ostpr. Kriegshefte, H. 3. Berlin: Fischer 1916. — Max von Bahrfeldt, Die Notmünzen der Provinzen Ost- und Westpreußen 1916-1921. Halle: Riechmann 1930, 40 S.  
ZGAE 24 (1932) S. 576-579.
52. Das Jesuitenkolleg in Rößel.  
ZGAE 24 (1932) S. 759-909.  
Zugleich Sonderdruck Braunsberg 1932, 155 S.
53. [Rez.:] Georg Matern, Die Erbschulzerei in Rößel. Heilsberg: (Wolff) Warmia in Komm. 1931, 53 S.  
ZGAE 24 (1932) S. 938.
54. [Rez.:] Max Hein, Geschichte der Stadt Bartenstein. 1332-1932. Bartenstein: Selbstverlag der Stadt 1932, 237 S.  
ZGAE 24 (1932) S. 939.

### 1933

55. [Rez.:] Georg Matern, Die Familien Matern in Raunau und Woppen im Ermland. Rößel 1933. — Erwin Oppermann, Aus der Geschichte Glottauer Bauerngeschlechter. Guttstadt 1933. ALTPREUSSISCHE GESCHLECHTERKUNDE 8 (1934) H. 1, S. 6-7.
56. 300 Jahre Gymnasium in Rößel.  
EHK 77 (1933) S. 81-88.

### 1934

57. [Rez.:] Emil Waschinski, Brakteaten und Denare des Deutschen Ordens. Frankfurt/M: Heß Nachf. 1934.  
EZ 1934.
58. Die Münzen des Deutschen Ritterordens.  
EH v. 29. 11. 1934.
59. Jesuitengut, Staatsdomäne, Erbhöfe. Aus der Geschichte der Gemeinde Krausen.  
EMH 1934, Nr. 2-6; 1935, Nr. 1-3.  
Zugleich Sonderdruck: Heilsberg Warmia 1935, 48 S.
60. Die Rößeler Bürgerschaft huldigt Friedrich dem Großen.  
RT v. Sept. 1934.

61. Vom Jesuitengut zur Bauernsiedlung. Aus der Geschichte von Groß-Ottern.  
UEH 14 (1934) Nr. 1-7.  
Zugleich Sonderdruck Braunsberg: Ermländische Zeitung 1934, 31 S.  
1935
62. Die Mühle in Krausen.  
EH 1935, Nr. 4-6.  
Zugleich Sonderdruck Heilsberg: Warmia 1935, 14 S.
63. [Rez.:] Georg Matern, Geschichte der Pfarrgemeinde S. S. Petri und Pauli in Rößel. Königsberg: Gräfe u. Unzer 1935, 328 S.  
RT v. 26. 5. 1935.
64. Die Ermländer bei der Huldigung in Marienburg am 27. September 1772.  
UEH 15 (1935) Nr. 1 u. 2.
65. Franz Östreich, der erste Justizbürgermeister von Braunsberg.  
UEH 15 (1935) Nr. 4 u. 5.
66. Ermland ein Bauerland.  
In: Rößeler Spar- und Darlehnskassen-Verein e.G.m.b.H. zu Rößel. Festschrift zum 50jährigen Bestehen 1885-1935. Rößel: Kruttke 1935, S. 27-39.
67. [Rez.:] Robert Stein, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des 19. Jahrhunderts. Bd. 1: Die ländliche Verfassung Ostpreußens am Ende des 18. Jahrhunderts. Jena: Fischer 1918, 543 S. Bd. 2: Ostpreußen und die Reformgesetzgebung. Königsberg: Bon's Buchhandlung (in Kommission) 1933, 306 S.  
ZGAE 25 (1935) S. 268.
68. [Rez.:] Emil Waschinski, Brakteaten und Denare des Deutschen Ordens. Frankfurt: Hess 1934, 38 S.  
ZGAE 25 (1935) S. 540-541.
69. Die Verwaltung der Stadt Braunsberg 1772-1808.  
ZGAE 25 (1935) S. 623-696.
70. Ein Rechenbuch aus dem Jahre 1699 von einem Braunsberger Mathematiker.  
ZGAE 25 (1935) S. 784-792.  
1936
- 71.-101. Dillenburger, Wilhelm Kasimir Ferdinand, † 1882; Ditki, Anton Albert, † 1872; Döscher, Sigismund, † (nach) 1694; Dost, Johann Josef, † 1835; Drescher, Johann Chrysostomus, † 1717; von Ecken, Abraham, † (nach) 1659; Ertly, Georg, † (nach) 1704; Falkenberg, Johannes, † 1435; Franz Resel gen. Kuhschmalz, Bischof von Ermland, † 1457; Frey, Johann Josef, † 1910; Ganswindt, Johann Hermann, † 1934; Gerkrath, Ludwig, † 1864; von der Groeben, Otto Friedrich, † 1728; Hagenau, Simon, † (nach) 1566; Heide, Georg Franz Adalbert, † 1765; Hein, Simon, † 1654; von Helwich, Christian, † 1740; Höpfner, Karl Emil, † 1861;

von Hohenzollern-Hechingen, Reichsgraf (Prinz) Hermann Friedrich Meinrad Josef Johann Anton Fidelis, † 1827; von Hohenzollern-Hechingen, Josef Wilhelm Friedrich (Prinz), Bischof von Ermland, † 1836; von Hohenzollern-Hechingen, Johann Karl Ludwig Josef Ignatius Aloysius Jakobus, Reichsgraf, Bischof von Ermland, † 1803; Johannes Merkelin, † um 1400; Klinger, Andreas, † 1664; Kolberg, Peter, † 1725; Korzeniewski, Josef, † 1769; von Krauseneck, Johann Wilhelm, † 1850; Lamkowski, Wilhelm, † 1735; von Liebenzelle, Friedrich, † (nach) 1340; Lilienthal, Jakob Aloys, † 1875; von Luter, Bruno, † (nach) 1349; von Luter, Heinrich, † (nach) 1338.  
APB 1 (1941).

102. Zechern und Sperwatten im Unglücksjahr 1807.  
EMH 1936, Nr. 1.
103. Das Ermland im Fahrplan der preußischen Posten vom Jahre 1799.  
UEH 16 (1936) Nr. 1.
104. Zwei Braunsberger Bürgermeister. Martin und Josef Poschmann.  
UEH 16 (1936) Nr. 8.
105. 600 Jahre Klawnsdorf. Aus der Geschichte des Dorfes Klawnsdorf.  
RT v. Okt. 1936

### 1937

106. 600 Jahre Rößel. Bilder aus alter und neuer Zeit. 1337-1937.  
Rößel: Stadtverwaltung 1937, 362 S.

### 1938

107. Die Heilsberger Bürgerschaft huldigt Friedrich dem Großen.  
EMH 1938, Nr. 6. u. 7
108. 600 Jahre Seeburg. Bilder aus alter und neuer Zeit. 1338-1938.  
Seeburg: Stadtverwaltung 1938, 168 S.
109. 600 Jahre Komienen.  
RT v. 9. 6. 1938.
110. Die Einführung der Steinschen Städteordnung in Braunsberg. Der Magistrat und die Stadtverordneten 1809-1817.  
ZGAE 26 (1938) S. 1-71.
111. [Rez.] Emil Waschinski, Brakteaten und Denare des Deutschen Ordens. Nachträge und Berichtigungen. In: Deutsche Münzblätter 56 (1936) Nr. 401-403. Zugleich als Sonderdruck Berlin: Verlag Deutsche Münzblätter 1936, 13 S.  
ZGAE 26 (1938) S. 242-243.
112. [Rez.] Emil Waschinski, Das bischöfliche Münzwesen des Deutschordenslandes. In: Deutsche Münzblätter 57 (1937) Nr. 416-417. Zugleich als Sonderdruck Berlin: Verlag Deutsche Münzblätter 1937, 8 S.  
ZGAE 26 (1938) S. 470-471.

113. Erzpriester Msgr. Dr. Georg Matern †.  
ZGAE 26 (1938) S. 597-618.

## 1939

114. Rößel, Kreis Rößel.  
In: Deutsches Städtebuch. Bd. 1. Stuttgart - Berlin 1939, S. 101-102.
115. Eine Heilsberger Bürgermeisterwahl mit Hindernissen.  
EMH (1939) Nr. 9.

## 1940

116. Eine alte Heilsberger Bürgerfamilie [Poboß].  
WARMIA v. 2. 4. 1940.

## 1941

- 117.-130. Matern, Georg, † 1938; Melchior, Johann Nepomuk, † 1757; Niedenzu, Franz, † 1937; Niedermann, Johann, † 1853; Nikolaus von Tüngen, Bischof von Ermland, † 1489; Östreich, Franz, † 1785; Östreich, Johann August Eduard, † 1830; Östreich, Johann Franz, † 1805; Östreich, Merten, † zwischen 1570 u. 1574; Paul Stange von Legendorf, Bischof von Ermland, † 1467; Perwanger, Christoph, † 1767; Peter von Preußen, † (nach) 1487; Peucker, Christoph, † 1735; Pohl von Pohlenburg, Franz, † 1760.  
APB 2. 1941-44.
131. Schönborn 600 Jahre alt.  
BISCHOFSTEIN-SEEBURGER ZEITUNG v. 18. 4. 1941.
132. Schönborn zur Zeit Friedrichs d. Großen.  
Ebd. 25. 4. 1941.

## 1942

133. Heilsberg als Garnisonstadt 1773-1817.  
EMH 1942, Nr. 1-8.
134. Ein Erbhofgesetz vor 500 Jahren [im Ermland].  
JAHRBUCH DER GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE UND LITERATUR DER LANDWIRTSCHAFT 41 (1942) S. 20-23.  
Zugleich Sonderdruck, 4 S.
135. Der erste Seidenzüchter Königsbergs [Christof Schulz].  
KÖNIGSBERGER ALLGEMEINE ZEITUNG v. 7. 1. 1942.
136. Seidenbau in Brandenburg seit Friedrich dem Großen.  
JAHRBUCH DER GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE UND LITERATUR DER LANDWIRTSCHAFT 41 (1942) H. 1/2.  
Zugleich Sonderdruck, 9 S.
137. Seidenbau im Ermland.  
ZGAE 27 (1942) S. 592-622.

## 1943

138. Zehn Generäle aus Heilsberg.  
EMH 1943, Nr. 1-5.
139. Die Malerfamilie Niedermann aus Guttstadt.  
ZGAE 28 (1943) S. 107-116.

140. [Rez.:] Theodor Penners, Untersuchungen über die Herkunft der Stadtbewohner im Deutsch-Ordensland Preußen bis in die Zeit um 1400. Leipzig: Hirzel 1942. VIII, 184 S. (Deutschland und der Osten. 16.)  
ZGAE 28 (1943) S. 154-156.

## 1949

141. Westfalen ziehen nach dem Ordensland Preußen — Ostpreußen wandern nach Westfalen.  
HEIMATBLÄTTER. [Lippstadt] 31 (1949) Nr. 1.  
NEUE ERMLÄNDISCHE ZEITUNG 1 (1952) Nr. 2, Ausgabe C der Ostpreußen-Warte.  
In: 10 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Lippstadt. Lippstadt 1961, S. 32-38.

## 1951

142. Westfalen ziehen nach dem Ordensland.  
In: Ostpreußen erzählt. Hrsg. von Martin Kakies und Rudolf Naujok. Leer: Rautenberg & Möckel 1951, S. 31-35.
143. Wie das Gymnasium in Rößel gegründet wurde.  
EHK 84 (1951) S. 64-68.
144. Der Kreis mit den vier Städten. Rößel, Bischofsburg, Bischofstein und Seeburg.  
OSTPREUSSENBLATT 2 (1951) F. 11, S. 9-11.
145. Ein ostpreußischer Kolonialpionier. Otto Friedrich von der Gröben an der Goldküste von Afrika.  
OSTPREUSSEN-WARTE 2 (1951) Nr. 5/6, S. 13.
146. Eine Fahrt durch das Ermland.  
DER REDLICHE OSTPREUSSE. Hauskalender für 1951, S. 77-81.

## 1952

147. Ermländische Heimat.  
Hrsg. von der Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung. [Osnabrück-Haste: Kather 1952]. 44 Abb.
148. Ermland. Ein katholisches Bauernland im deutschen Osten.  
Hrsg. vom Kapitularvikar von Ermland. Osnabrück: Fromm [1952]. 20 Bl. Abb.
149. Ermland. Ein katholisches Bauernland im deutschen Osten. [60 Schwarzweißdias. Diaserie mit Kommentar]. Freiburg/Br.: Calig-Bildbandverlag 1952. Cf 159.
150. Ermland, mein Heimatland.  
Hrsg. von der Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung [Osnabrück-Haste: Kather 1952]. 20 Bl. Abb.
151. Ermland, mein Heimatland. [52 Schwarzweißdias. Diaserie mit Kommentar]. Freiburg/Br.: Bildbandverlag 1952. Cf 188.
152. Heilsberg. Die Krone des Ermlands.  
OSTPREUSSENBLATT 3 (1952) F. 13, S. 11-12.
153. Wormditt, ein Kapitel ermländischer Geschichte.  
Ebd. 3 (1952) F. 23, S. 9-10.

154. Heinrich Schmüling im Ermland.  
In: Heimatbuch des Kreises Lippstadt 3 (1952) S. 85-89.
155. Heiligelinde.  
DER REDLICHE OSTPREUSSE. Hauskalender für 1952, S. 69-72 und  
HEDWIGS-KALENDER 1954, S. 104-106.

## 1953

156. Mehlsack.  
OSTPREUSSENBLATT 4 (1953) F. 9, S. 11-12.
157. Ein ostpreußischer Jahrmarkt in alter Zeit.  
DER REDLICHE OSTPREUSSE. Hauskalender für 1953, S. 67-73.
158. Staatliches Gymnasium Rößel.  
RH 1 (1953/54) Nr. 2, 3/4; 2 (1955) Nr. 2; 3 (1956) Nr. 2.

## 1954

159. Schulzentage in Mehlsack.  
EHK 87 (1954) S. 41-49.
160. Die Separation. Flurbereinigung im Ermland.  
EHK 87 (1954) S. 193-201.
161. Das Armenhaus unter der Brücke. [Fischerbrücke in Rößel].  
OSTPREUSSENBLATT 5 (1954) F. 39, S. 5.
162. Allensteins geschichtliche Bedeutung.  
In: Südostpreußen und das Ruhrgebiet. Beiträge zur Heimatkunde  
anlässlich der 600-Jahr-Feier Allensteins in der Patenstadt Gelsen-  
kirchen. Hrsg. von Erwin Nadolny. Leer/Ostfriesl.: Rautenberg &  
Möckel 1954, S. 13-16.

## 1955

163. Unsere ermländischen Familiennamen.  
EHK 88 (1955) S. 205-234.
164. Der Friedenstempel der hl. Jungfrau in Springborn.  
HEDWIGS-KALENDER 1955, S. 74-77.
165. Wie sieht es heute in Wormditt aus?  
OSTPREUSSENBLATT 6 (1955) F. 6, S. 9.
166. Der Turm des Kopernikus.  
Ebd. 6 (1955) F. 14, S. 9-10.
167. Was aus einem Dorfjungen werden kann: Kaiserlicher Rat  
Franz Pohl von Pohlenburg - General Josef Koriotoh.  
RH 2 (1955) Nr. 1.
168. Aus der Geschichte des Dorfes Klawnsdorf.  
RH 2 (1955) Nr. 2 u. 3/4; 3 (1956) Nr. 1 u. 2.
169. Zwei katholische Kommerzienräte in Königsberg [Saturgus].  
UEH 1 (1955) Nr. 2. u. 3.

## 1956

170. Die Namen der ermländischen Städte.  
EHK 89 (1956) S. 211-226.
171. Vom Wein im alten Ermland.  
UEH 2 (1956) Nr. 4.

## 1957

172. 75 Jahre Ermländischer Bauernverein.  
EHK 90 (1957) S. 226-245.

173. Aus dem ermländischen Kreis Rößel.  
JAHRBUCH DES EMSLÄNDISCHEN HEIMATVEREINS 4 (1957) S. 13-25.
174. Aus der Geschichte des Staatlichen Gymnasiums in Rößel (Ostpr.).  
Jahresbericht des Gymnasiums Meppen 1957.
175. Die gute alte Zeit in Heilsberg.  
UEH 3 (1957) Nr. 2-4; 4 (1958) Nr. 1-3; 5 (1959) Nr. 2 u. 3; 6 (1960) Nr. 1/2 u. 4; 7 (1961) Nr. 1.
176. Rößel als Garnisonstadt.  
UEH 3 (1957) Nr. 2.

## 1958

177. Kaiser Karl V. in Yuste.  
DER PATRIOT. LIPPSTÄDTER TAGEBLATT. Lippstädter Herbstwoche 1958.
178. Dr. Bernhard Lehmann, Gründer des Ermländischen Bauernvereins.  
RH 5 (1958) Nr. 1.
179. Bei den „Ehemaligen“ in Madrid.  
RH 5 (1958) Nr. 4; 6 (1959) Nr. 1 u. 2.

## 1959

180. 600 Jahre Groß Köllen.  
RH 6 (1959) Nr. 4; 7 (1960) Nr. 1.

## 1960

181. Woher kommt der Name Brieskorn?  
RH 7 (1960) Nr. 1.
182. 600 Jahre Kabiienen.  
RH 7 (1960) Nr. 4; 8 (1961) Nr. 1.

## 1961

- 183.-203. Poschmann, Bernhard, † 1955; Poschmann, Joachim, † 1789; Poschmann, Josef Thomas Valerian, † 1823; Poschmann, Martin, † 1803; von Preuck, Johann, † 1631; Preuschhoff, Johann Anton, † 1716; Preuß Friedrich, † 1914; Protmann, Regina, † 1613; Rasche (Raschius), Valentin Georg, † 1616; von Rautenberg, Anton Benedikt, † 1812; von Rautenberg, Johannes, † 1761; Regenbrecht, Johann Josef, † 1854; Reibenschu (Reimerschu), Adalbert, † 1755; Reimers, Johann Christoph, † 1720; Rheticus, Georg Joachim, † 1575; Röhrich, Viktor, † 1925; Rohwetter (Rohwedder), Matthias Yloo, † 1765; Romahn, Paul, † 1936; Rosenbüchler, Peter, † 1719; von Rossen, Otto, † 1328; von Rossen, Sigismund, † 1457; Saage, Johann Martin, † 1869.  
APB 2, 4 (1961).
204. Die Direktoren des Braunsberger Gymnasiums (1811-1945).  
In: Gymnasium Braunsberg, Ermland in Ostpreußen, 1811-1961. Zum Gedenken. O. O. 1961, S. 4-7.
205. Die Namen der ermländischen Dörfer und Güter.  
EHK 94 (1961) S. 174-192.

206. Glockstein. Aus der Geschichte eines ermländischen Dorfes.  
RH 8 (1961) Nr. 4; 9 (1962) Nr. 1.
207. Wie das Ermland preußisch wurde.  
UEH 7 (1961) Nr. 4; 8 (1962) Nr. 1-4.  
Zugleich Sonderdruck: Osnabrück 1962, 20 S.

## 1962

208. Das Ermland, ein Bauernland im deutschen Osten.  
In: Das ermländische Bauernvolk. Sein Erbe und Schicksal. Hrsg. von Franz-Josef Herrmann. Münster: Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung 1962, S. 11-79.
209. Ein westfälischer Baron besucht das Ermland [i. J. 1830].  
EHK 95 (1962) S. 136-144.
210. Westfalen und Ermland.  
In: Nordrhein-Westfalen und der Deutsche Osten. Dortmund: Ostdeutsche Forschungsstelle 1962, S. 79-115. (Veröffentlichungen der Ostdeutschen Forschungsstelle im Lande Nordrhein-Westfalen R. A. Nr. 5.)

## 1963

- 211.-236. Sand, Christoph, † [nach] 1748; Saturgus, Adolf, † 1739; Saturgus, Friedrich Franz, † 1810; Schacht, August, † 1904; von Schau, Ferdinand Anton Bartholomäus, † 1840; Scheill, Josef, † 1834; Schimmelpfennig, Christoph, † 1697; von Schlieben, Johann Dietrich, † 1695; Schmeier, Bernhard, † 1934; Schmidt, Christian Bernhard, † 1784; Schmidt, Johann Christian, † 1759; Schmüling, Johann Heinrich, † 1851; Schönfels, Georg, † 1626; Schönwiese, Georg, † 1526 od. 28; Schorn, Heinrich I., † 1733; Schorn, Heinrich II., † 1758; Schorn, Michael, † 1790; Schreck, Valentin, † 1602; Schultz, Hans, † 1615; Schulz, Ferdinand, † 1929; Schwartz Johann, † 1760; Schwengel, Georg, † 1766; Schwengel, Simon Thaddäus, † 1746; Seeliger, Heinrich Samuel, † 1808; Johann Kaspar Senckler, † 1709; Wenzeslaus von Stanislawski, † 1717.  
APB 2, 5 (1963).
237. Die Schotten im Ermland.  
EHK 96 (1963) S. 145-155.
238. Die Sensenmänner aus dem Sauerland. Westfälische Hausierer und Kaufleute in Ostpreußen.  
HEIMATBLÄTTER [Lippstadt] 44 (1963) Nr. 7, S. 27-28 und  
RH 14 (1967) Nr. 3.
239. Erzpriester und Prälat Dr. Georg Matern.  
RH 10 (1963) Nr. 4.
240. Die ersten Kantianer in England. Friedrich August Nitsch aus Gumbinnen und Dr. Anton Willich aus Rößel.  
In: Studien zur Geschichte des Preußenlandes. Festschrift für Erich Keyser zu seinem 70. Geburtstag. Marburg 1963, S. 470-482.

## 1964

241. Kirchenmaler Johannes Ollesch.  
EB 18 (1964) Nr. 69.
242. Aus der Geschichte des Staatlichen Gymnasiums in Rößel/  
Ostpreußen.  
In: Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Gymnasiums Rößel als  
Vollgymnasium 1865-1965. Meppen 1964, S. 9-19.
243. Der Gründer unserer ersten Kolonie [Otto Friedrich von der  
Gröben] — ein Schüler des Rößeler Gymnasiums.  
Ebd. S. 68-72.
244. Dr. med. Anton Willich.  
Ebd. S. 73-74.
245. „Rühmliche Zeugnisse, treffliche Leistungen“.  
100 Jahre Gymnasium Rößel (Ostpreußen).  
MEPPENER TAGEBLATT v. 19. 9. 1964.
246. Ein stolzer Tag im schönen Granada. Im neutralen Spanien  
während des Ersten Weltkrieges.  
DER PATRIOT. LIPPSTÄDTER TAGEBLATT v. 17. 10. 1964.
247. Ermländer im Kohlenpott.  
UEH 10 (1964) Nr. 4.

## 1965

- 248.-254. Martin Tetinger von Lusian, † 1485; Wilhelm Sigmund  
von Tettau, † 1799; Andreas Thiel, Bischof von Ermland,  
† 1908; Johann Thureau, † 1900; Georg Troschke, † 1508;  
Josef Tulawski, † 1722; Arnold Coster von Venrade,  
† 1461.  
APB 2, 6 (1965).
255. [Rez.:] Aus der Geschichte des Gymnasiums zu Braunsberg  
(Ermland) 1565 bis 1945 anlässlich der 400. Wiederkehr seiner  
Gründung. Zusammengestellt von Bernhard Maria Rosen-  
berg unter Mitwirkung von Anneliese Triller und Michael  
Bludau. Osnabrück 1965.  
UEH 11 (1965) Nr. 4.
256. Wir plaudern über ermländische Familiennamen.  
UEB 1965, S. 220-234.
257. 400 Jahre Gymnasium Braunsberg.  
WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN v. 10. 9. 1965.

## 1966

- 258.-267. Allenstein, Altwartenburg, Arnsdorf, Bischdorf, Bi-  
schofsburg, Bischofstein, Braunsberg, Heinrikau,  
Rößel, Seeburg.  
In: Handbuch der historischen Stätten. Ost- und Westpreu-  
ßen. Hrsg. von Erich Weise. Stuttgart: Kröner 1966. 2. Aufl.  
1981.
268. Im alten Bauernland Ermland.  
DER PATRIOT. LIPPSTÄDTER TAGEBLATT v. 15. 10. 1966.

269. [Rez.:] Max Steinbaur, Von Oppenkowski auf und zu Sauerbaum, masowischer Adel im Ermland. Genealogie und Heraldik - Weg durch 400 Jahre. Frankfurt/M. 1965, 43 S. [maschinenschriftlich]. RH 16 (1966) Nr. 4.
270. Kriegsgeld und Inflationsgeld. UEB 1966, S. 80-134.
271. Patrizierfamilie Schorn in Braunsberg. UEH 12 (1966) Nr. 2.
272. Professor Dr. Hans Schmauch zum Gedächtnis. UEH 12 (1966) Nr. 4.
273. [Rez.:] Bernhard Maria Rosenberg, Rheinland und Ermland. Veröffentlichungen der Ostdeutschen Forschungsstelle im Lande Nordrhein-Westfalen. Dortmund 1965. UEH 12 (1966) Nr. 2.

## 1967

- 274.-282. Gregor Wagner, † 1559; Wilhelm, † 1337; Anton Florian Willich, † 1821; Jodokus Willich, † 1552; Wolff von Lüdinghausen, † 1705; Ernst von Woppen, † 1410; Andreas Chrysostomus Graf Zatuski, Bischof von Ermland, † 1711; Karl Friedrich Freiherr von Zehmen, † 1798; Daniel Zwicker, † [nach] 1935. APB 2, 7 (1967).
283. Die letzte Reise des Kaisers Karl [V.]. Auf dem Weg ins Kloster. DER PATRIOT. LIPPSTÄDTER TAGEBLATT v. 14. 10. 1967.
284. Vier Kurzgeschichten aus dem Ermland. UEB 1967, S. 237-248.
285. Die Bundespost erinnert an Braunsberg. WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN v. 2. 9. 1967.

## 1968

286. Seeburg — Bilder aus alter und neuer Zeit. Aus der Stadtchronik. RH 15 (1968) Nr. 2-4; 16 (1969) Nr. 1 u. 3; 17 (1970) Nr. 1.
287. Komienen. Aus dem Leben eines ermländischen Dorfes, das vor 630 Jahren gegründet wurde. RH 15 (1968) Nr. 3 u. 4.
288. [Rez.:] Hansheinrich Trunz, Pferde im Lande des Bernsteins. Berlin/Hamburg: Parey 1967. 164 S. UEH 14 (1968) Nr. 4.
289. Wieder Jahrestreffen der Braunsberger. WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN v. 5. 10. 1968.

## 1969

290. Groß Mönsdorf — 600 Jahre. RH 16 (1969) Nr. 2.
291. Kurt Matern. Zum Gedenken an einen Jugendfreund. RH 16 (1969) Nr. 1.

## 1970

292. Ein ermländisches Pestkreuz.  
UEB 1970, S. 205-208.
293. Der ermländische Bauernhof in alter Zeit.  
UEB 1970, S. 209-219.
294. Die Kirche in Heinrikau und die Schulen des Kirchspiels.  
UEH 16 (1970) Nr. 4; 17 (1971) Nr. 1-4; 18 (1972) Nr. 1.
295. Im alten Bauernland Ermland.  
WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN v. 7. 3. 1970. Sonderseite Kreis Meppen.

## 1971

296. Was ist aus uns geworden? Abiturientia 1905.  
BRAUNSBURG/OSTPREUSSEN. HÖHERE SCHULEN H. 15 (1971/72)  
S. 19-27.
297. Kurzgeschichten aus dem Ermland.  
DIE GLOCKE v. 24. 12. 1971.
298. Instleute und Eigenkätner im Ermland.  
UEB 1971, S. 209-221.

## 1972

299. Freudenberg in alter und neuer Zeit.  
RH 19 (1972) Nr. 1.
300. Aus Ermlands Geschichte. Vor 200 Jahren: Die Preußen kamen!  
UEB 1972, S. 145-155.
301. Vor 500 Jahren: Bauernaufstand im Ermland.  
UEB 1972, S. 156-166.

## 1973

302. Das Kirchspiel Heinrikau in alter und neuer Zeit. Heinrikau, Kleefeld, Neuhof, Kreis Braunsberg/Ostprien. Bremerhaven: Truso-Verlag 1973. 248 S. (Ostdeutsche Landgemeinden und Kirchspiele, 8.).
303. Die Legenden von Heiligelinde.  
In: Märchenwelt des Preußenlandes. Hrsg. von Alfred Cammann. Schloß Bleckede/Elbe: Meissners Verlag 1973, S. 234-236.
304. Die Post im alten Ermland.  
UEB 1973, S. 202-219.

## 1974

305. Die ersten Kantianer in England.  
DEUTSCHE OSTKUNDE 20 (1974) S. 60-62.
306. Vierhundert Jahre auf derselben Scholle.  
In: Erlebtes Ostpreußen. München 1974, S. 60-70.

## 1975

- 307.-310. Bender, Waldemar, † 1950; Freundt, Alfred, † 1964; Gehrmann, Karl, † 1925; Nitsch, Friedrich August, † 1767.  
APB 3 (1975).
311. Erinnerungen an 1914.  
RH 22 (1975) Nr. 3 u. 4.

## 1977

312. Der Kreis Rößel und seine Kreisstadt.  
In: Der Kreis Rößel. Hrsg. vom Heimatbund des Kreises Rößel. Kaltenkirchen 1977, S. 12.
313. Die Besiedlung [des Kreises Rößel].  
Ebd. S. 37-39.
314. Aus der Geschichte der Stadt Seeburg.  
Ebd. S. 74-76.
315. Aus der Geschichte des Dorfes Klawdsdorf.  
Ebd. S. 151-162.
316. Schönborn — 600 Jahre alt.  
Ebd. S. 168-170.
317. Kriegsgeld und Inflationsgeld [im Kreis Rößel].  
Ebd. S. 205-207.
318. Die Landwirtschaft [im Kreis Rößel].  
Ebd. S. 220-225.
319. Dr. Bernhard Lehmann, der Gründer des Ermländischen Bauernvereins.  
Ebd. S. 234-237.
320. Die Pfarrkirche in Rößel.  
Ebd. S. 296-298.
321. Unsere Dorfkirchen, Kapellen und Kreuze am Wege.  
Ebd. S. 331-337.
322. Das Gymnasium in Rößel.  
Ebd. S. 352-357.
323. Die Weihnachtsgans.  
Ebd. S. 410-411.
324. Johann Hermann Ganswindt.  
Ebd. S. 419.
325. Josef Ambrosius Geritz.  
Ebd. S. 420.
326. Georg Masuth.  
Ebd. S. 421.
327. Georg Matern.  
Ebd. S. 421-422.
328. Karl Gottfried Mühling.  
Ebd. S. 422.
329. Hugo Neumann.  
Ebd. S. 422.

## 1979

330. [Das Ermland.]  
In: Das Ermland. Hrsg. von der Landsmannschaft Ostpreußen. Abteilung Kultur. Hamburg o. J., S. 4-5.
331. Kirchen und Burgen im Ermland.  
Ebd. S. 9-10.
332. Im alten Bauernland Ermland.  
RH 26 (1979) Nr. 1.

**Unveröffentlichte Manuskripte**

333. [Flüchtlinge in Dänemark 1945-1947.]  
1965. 13 S. Maschinenschriftliches Manuskript. Bibliothek des Historischen Vereins für Ermland.
- 334.-340. Ermland, Heiligelinde, Pettelkau, Springborn, Frauenburg, Dietrichswalde, Marianische Bruderschaften der Diözese Ermland.  
[Bisher unveröffentlichte Manuskripte für das Lexikon der Marienkunde, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, abschriftlich im Besitz des Historischen Vereins für Ermland, Münster.]  
Lexikon der Marienkunde. Hrsg. v. Konrad Algermissen, Ludwig Böer, Georg Engelhardt, Carl Feckes, Michael Schmaus, Julius Tyciak. Bd. 1: Aachen bis Elisabeth. Regensburg: Pustet 1967.

## Buchbesprechungen

**Erich Maschke, Der Peterspfennig in Polen und dem deutschen Osten.** 2. erweiterte Auflage. Nachdruck der 1933 als Bd. 5 der „Königsberger Historischen Forschungen“ hrsg. ersten Auflage. Mit einem Nachwort des Verfassers zum Stand der Forschung 1979. (Schriften des Kopernikuskreises Freiburg im Breisgau, Bd. 11.) Sigmaringen: Jan Thorbecke Verlag 1979. X, 376 S.

Der Peterspfennig als Anerkennungszins für die Schutzfunktion der päpstlichen Kurie gegenüber Polen reicht in die Anfänge der Christianisierung Polens zurück. Die Geschichte dieser Zinszahlung ist nicht nur ein Kapitel der Wirtschafts- und Finanzgeschichte des Papsttums im späten Mittelalter; auch für die Bevölkerungsgeschichte ist diese Kopf- und spätere Haussteuer herangezogen worden. Politisch aktuell wurde der Peterspfennig jedoch im Kulmer Land und in Pommerellen und dann auch in den schlesischen Herzogtümern nach deren Herauslösen aus dem polnischen Staatsverband. Die deutschen Siedler verweigerten auf Grund der Privilegierung durch das deutsche Recht die Zahlung des Zinses, was zu Konflikten mit der Kurie führte, während andererseits der päpstliche Anspruch auf diese Steuer eines der wichtigsten Argumente für die Zugehörigkeit dieser Gebiete zum polnischen Reich wurde, das in den Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Orden und Polen immer wieder eine entscheidende Rolle spielte.

Erich Maschke war der erste, der die Frage des Peterspfennigs umfassend untersuchte. Sein Buch ist auch nach 40 Jahren durch weitere Forschungen nicht korrigiert worden, so daß eine Neuauflage wünschenswert erschien. In einem Nachwort setzt sich der Verf. mit Fragen auseinander, die seitdem in der wissenschaftlichen Diskussion auftauchten und sich bei neueren Arbeiten mit demographischer Thematik ergaben.

Brigitte Poschmann

**Die geistlichen Ritterorden Europas.** Hrsg. von Josef Fleckenstein und Manfred Hellmann. (Vorträge und Forschungen, hrsg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mitteldeutsche Geschichte, Bd. 19.) Sigmaringen: Jan Thorbecke Verlag 1980, 429 S.

Der Sammelband vereint Vorträge zweier internationaler Tagungen, die sich mit der Geschichte der geistlichen Ritterorden befaßten. Anlaß waren die umstrittenen Probleme in der Geschichtsschreibung über den Deutschen Orden, wobei man sich von der Erweiterung des Themas sowohl eine Versachlichung der Diskussion als auch eine Ausweitung des Blickfeldes versprach. Neben allgemeinen Fragen zur Entstehung und Einordnung der Ritterorden in die Ideenwelt der Kreuzzüge behandeln die Aufsätze die Templer, Johanniter und spanischen Ritterorden sowie eine Reihe kleiner und kleinster ritterlicher Gemeinschaften, die z. T. bald verschwanden oder in ihrer Entwicklung stehenblieben. Sechs der 19 Aufsätze sind dem Deutschen Orden gewidmet. Auf sie soll hier kurz hingewiesen werden.

Udo Arnold widmet sich der „Entstehung und Frühzeit des Deutschen Ordens“ (S. 81-107). Dabei geht es um die vieldiskutierte Frage, ob zwi-

schen dem Deutschen Hospital in Jerusalem und dem Akkoner Spital der Deutschen ein Zusammenhang besteht, ob also die Anfänge des Deutschen Ordens bereits in die ersten Jahrzehnte des 12. Jahrhunderts zu datieren sind. Zum anderen wird die Ausbildung der inneren Struktur des Ordens und damit der Ordensämter und -hierarchie verfolgt. — Gerard Labuda untersucht „Die Urkunden über die Anfänge des Deutschen Ordens im Kulmer Land und in Preußen in den Jahren 1226-1243“ (S. 299-316), wobei er von der Echtheit aller Urkunden — mit Ausnahme des Kruschwitzer Vertrages von 1230 — ausgeht und deren Inhalte einer historischen Deutung unterzieht. — Henryk Samsonowicz zeichnet unter dem Titel „Der Deutsche Orden und die Hanse“ (S. 317-328) den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergrund, der die politischen und die Handelsbeziehungen dieser beiden mittelalterlichen Organisationen bestimmte. — Karol Górski geht der Frage nach der Bedeutung der Priester im Deutschen Orden nach am Beispiel des Kulmer Domkapitels bis zum Jahr 1466 („Das Kulmer Domkapitel in den Zeiten des Deutschen Ordens. Zur Bedeutung der Priester im Deutschen Orden“, S. 329-337). — Die Anfänge der Preußenmission behandelt Zenon Nowak: „Milites Christi de Prussia. Der Orden von Dobrin und seine Stellung in der preußischen Mission“ (S. 339-352). — „Das Ende des Deutschordensstaates Preußen im Jahre 1525“ und seine unterschiedliche Beurteilung in der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung steht im Mittelpunkt der ausgewogenen Untersuchung von Marian Biskup (S. 403-416). Brigitte Poschmann

**Tabliczki woskowe miasta Torunia okolo 1350 — I połowy XVI wieku** [Die Wachstafeln der Stadt Thorn von ca. 1350 bis zur 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts]. Hrsg. von Karol Górski und Witold Szczuczko. (Towarzystwo Naukowe w Toruniu, Fontes 69.) Warszawa-Poznań-Toruń: Państwowe Wydawnictwo Naukowe 1980. LV, 236 S. [Dt. und engl. Zus.fass.]

Im Stadtarchiv Thorn sind 128 mit Holz gerahmte Wachstafeln aus dem 14. bis 16. Jahrhundert erhalten geblieben, in die die laufenden Rechnungen der städtischen Kanzlei notiert, d. h. geritzt, wurden, bis dann im 16. Jahrhundert endgültig die Rechnungsbücher an ihre Stelle traten. Solche Wachstafeln wurden im mittelalterlichen Europa überall verwendet. Nach Abschluß der Jahreseinnahmen und -ausgaben, nach Löschung der Hypotheken u. ä. konnte das Wachs geglättet und erneut beschrieben werden. Mit der Verbilligung der Papierherstellung verschwanden die Wachstafeln aus der Verwaltung. Nur an wenigen Stellen haben sie sich bis heute erhalten.

Die Wachstafeln der Stadt Thorn sind ein solches Unikum. Ihr Erhaltungszustand bereitet dem Historiker die größten Probleme. Abgesplitterte Teile, das Durchscheinen älterer, gelöschter Texte erschwert das Entziffern der jüngsten beschriebenen Wachsschicht. Bei den Thorner Tafeln kommt hinzu, daß beim Rathausbrand im Jahr 1703 das Wachs teilweise geschmolzen ist.

Im Jahr 1949 unternahm Karol Górski als erster den Versuch einer vollständigen Entzifferung dieser Tafeln. Witold Szczuczko tat dasselbe 1974. Die vorliegende Edition ist das Ergebnis dieser beiden paläographischen Bemühungen. Die fotografischen Reproduktionen einiger Tafeln in der Einleitung der Veröffentlichung machen die Schwierigkeiten deutlich und fordern Respekt ab für den Mut der Editoren. Diese haben sich nicht gescheut, auch größere Fehlstellen als solche zu kennzeichnen und damit

immer wieder zusammenhanglose Texte zu bieten. Der ganz überwiegende Teil konnte jedoch entziffert und mit Hilfe anderer vorhandener städtischer Quellen identifiziert und kommentiert werden.

Die Wachstafeln verzeichnen Zinseinnahmen aus Haus- und Grundbesitz, aus Stiftungen und Verleihungen des Bürgerrechts sowie reguläre Ausgaben der Stadt für Dienstleistungen, Bauten und landesherrliche Verpflichtungen. Sie sind somit eine wertvolle Quelle für die Bevölkerungsgeschichte, die Wirtschaftspolitik und die Topographie der Stadt im ausgehenden Mittelalter. Orts- und Personenindices und knappe sachliche Worterklärungen vervollständigen diese schwierige, aber um so dankenswertere Quellenveröffentlichung. Brigitte Poschmann

**Kamila Wróblewska, Malarstwo Warmii i Mazur od XV do XIX wieku** [Die Malerei in Ermland und Masuren vom 15. bis 19. Jahrhundert]. Olsztyn: Pojezierze 1978. 54 S., 101 ganzseitige, teilweise farbige Abb. mit poln., engl. und deutschen Bildtafeln. [Engl. und dt. Zus.fass.]

Die Verf., die schon 1965 einen Katalog der gemalten Porträts des Masuren-Museums in Allenstein vorgelegt hat (Dawny portret w zbiorach Muzeum Mazurskiego. Katalog wystawy. Olsztyn 1965), hat diesen jetzt zu einem Gesamtkatalog der im Einzugsbereich des Museums erhaltenen und, soweit zu erkennen ist, überwiegend dort aufbewahrten Tafelgemälde erweitert. Gut vier Fünftel des Umfanges füllen auch jetzt die barocken Porträts — überwiegend von Mitgliedern der Familien Dohna und Dönhoff — sowie die vor allem aus Dohnaschem Besitz stammenden ausländischen Fürstenbilder und Porträts von Mitgliedern der Familie Holland-Brederode, durchweg auch von holländischen Malern geschaffen. Unter den einheimischen Porträts ragt das von dem Danziger Maler Anton Möller 1599 geschaffene Bild des ermländischen Bischofs Moritz Ferber heraus. Für den kunsthistorisch Interessierten stehen im Zentrum naturgemäß die frühen Werke. Das alles überragende Meisterwerk der Malerei im Ermland, das runde Epitaphbild des vor der Muttergottes im Rosenhag knienden und von der hl. Magdalena empfohlenen Frauenburger Kanonikus Bartholomäus Boreschow († 1426), wird hier einer einheimischen Werkstatt zugeschrieben, was auch in der älteren Literatur (bei Betonung stärksten böhmischen Einschlags) vertreten worden ist. Es wird jetzt in die Mitte des 15. Jahrhunderts datiert, während früher eine Datierung in der Nähe des Todesdatums 1426 oder sogar zu Lebzeiten Boreschows allgemein üblich war. Der bei Berücksichtigung der allgemeinen europäischen Stilentwicklung und der hohen Qualität des Werkes kaum nachvollziehbare späte Ansatz stützt sich wohl auf neuere polnische Forschungen (Maria Otto, *Obraz epitafijni kanonika Bartłomieja Boreschowa*. In: *Rocznik Olsztyński*, Bd. 5, 1963 [1965], S. 53-71); angeblich ist auch ein Datum 1449 entdeckt worden, was Rez. derzeit leider nicht nachprüfen kann (vgl. die Diskussion zwischen Suckale und Kamzowa bei dem Kölner Parler-Symposium 1979: *Die Parler und der Schöne Stil 1350-1400*. Hrsg. von Anton Legner, Bd. 4, Köln 1980, S. 164). Das zu den frühen Werken gerechnete Epitaph der Familie Auerswald kann aus künstlerischen und vor allem auch trachtengeschichtlichen Gründen unmöglich im späten 15. Jahrhundert entstanden sein. Selbst das spätere 16. Jahrhundert dürfte noch zu früh sein; eine Entstehung im 17. Jahrhundert ist am wahrscheinlichsten. Der hier anzuzeigende Katalog erörtert und begründet solche Datierungen wie Zuschreibungen nicht, sondern begnügt sich mit kurzen Bildtiteln und

führt auch keine Literatur zu den einzelnen Gemälden auf. Die Beschränkung auf ein allgemeines zweiseitiges Literaturverzeichnis mit überwiegend polnischen Titeln ist beim Charakter der Publikation, die sich in erster Linie an die Besucher des Museums richtet, freilich durchaus verständlich und entspricht weit geübtem Brauch. Bei den vier großen spätgotischen Flügelaltären, dem ehemaligen Hochaltar des Frauenburger Domes von 1504, dem nur in Teilen erhaltenen, aber offensichtlich qualitativollen Jodokusaltar aus Santoppen sowie den beiden Altären aus Guttstadt und Bartenstein, sämtlich undatiert, aber am Anfang des 16. Jahrhunderts entstanden, geben die zwölf ganzseitigen farbigen Detailabbildungen einen guten Eindruck vom Zeichenstil und in Ansätzen auch von der Malerei und Farbigkeit der Bilder. Die Bevorzugung des Details muß freilich damit erkaufte werden, daß eine Vorstellung von dem Gesamtensemble des jeweiligen Altares oder wenigstens seiner gemalten Flügel nicht vermittelt werden kann. Die bei der großzügigen Ausstattung des Werkes bis auf die Bildtitel frei gebliebenen linken Seiten des Buches hätte man da gern für eine schematische Zeichnung des Altares oder nähere Erläuterung des Programms genutzt gesehen. Doch kann naturgemäß kein Katalogverfasser die Wünsche aller Interessenten erfüllen. Für die Zusammenfassung des erhaltenen Gesamtbestandes und die reiche Bebilderung des Bandes wird man auf jeden Fall dankbar sein. Rainer Kahsnitz

**Horst Penner, Die ost- und westpreußischen Mennoniten in ihrem religiösen und sozialen Leben, in ihren kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen. Teil I: 1526—1772.** Weiherhof: Mennonitischer Geschichtsverein 1978. 500 S., 36 Abb. und Karten.

Horst Penner, 1910 in Neuteich bei Danzig geboren, legte nach Studienjahren in Tübingen, Königsberg und Innsbruck 1939 in Danzig die von Friedrich Baethgen angeregte Dissertation „Ansiedlung mennonitischer Niederländer im Weichselmündungsgebiet von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Beginn der preußischen Zeit“ vor (Referent: W. Recke, Korreferent: E. Keyser, 1940 in Karlsruhe veröffentlicht, 1963 zum zweiten Male aufgelegt). Danach war er im Danziger, nach dem Kriege im bayerischen und rheinland-pfälzischen Schuldienst — zuletzt acht Jahre als Oberstudiendirektor in Kirchheimbolanden — tätig. So sehr seine Leidenschaft den pädagogischen Aufgaben galt, so sehr widmete er sich daneben ständig der weiteren Erforschung der Geschichte und Kultur Westpreußens, vor allem der Geschichte der Mennoniten, wovon zahlreiche Beiträge in den „Mennonitischen Geschichtsblättern“ und ein stattliches Veröffentlichungsverzeichnis von 39 Titeln allein aus der Zeit nach 1945 zeugen.

Den Ertrag dieses jahrzehntelangen Forschens vor allem in heute nicht mehr bestehenden oder nicht mehr zugänglichen Archiven legt der Verfasser nun in einem ersten Band vor, der die Geschichte der Mennoniten in Ost- und Westpreußen von 1526—1772, also bis zur Übernahme des Königlichen Preußen durch den Staat Friedrichs des Großen umfaßt.

In einem einführenden Kapitel geht der Autor eingehend auf die Auswanderungsländer der Täufer, von denen die Mennoniten den „gemäßigten“ Teil darstellen, ein. Unter dem Druck der katholischen Spanier und allgemein der beginnenden Gegenreformation wie auch unter dem Druck der lutherischen und calvinistischen Orthodoxie verließen Täufer aus verschiedenen Gegenden ihre Heimat. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis,

daß nicht alle Täufer und spätere Mennoniten Ost- und Westpreußens aus den Niederlanden stammten, sondern daß bemerkenswerte Exulantenströme aus der Schweiz und aus Mähren — die Schweizer z. T. über die Zwischenstation Mähren — nach Ost- und Westpreußen gelangten und sich dort mit niederländischen, meist friesischen und flandrischen Gruppen verbanden. Er berichtet dann davon, wie sich die Täufer als Bauern auf dem Lande und auch im Vorfeld der Städte (Danzig, Elbing, Königsberg u. a.) ansiedelten, die zeitweilig den Täufern sehr restriktiv gegenüberstanden, dann aber sowohl im Hinblick auf die Erträge der Landwirtschaft wie auch im Hinblick auf handwerkliche und künstlerische Leistungen den Mennoniten Duldung und gelegentlich auch das Recht auf Grunderwerb innerhalb der Stadt und in einigen Fällen sogar das Bürgerrecht zubilligten. Etwas ausführlicher behandelt Penner die zeitweilig sehr ausgedehnten Täufer-siedlungen im preußischen Oberland, die dann unter dem Druck der lutherischen Orthodoxie zugunsten der Ansiedlungen in den Werdern aufgegeben wurden.

Exulantenströme sind nach geltenden Erfahrungen immer auch Kulturströme. Darüber geben sehr eingehend die weiteren Kapitel des verdienstvollen Werkes Auskunft. Man denkt natürlich vor allem an die für die Niederungsgebiete in den Werdern so segensreiche Tätigkeit der Mennoniten als Wasserbauern, die das schon zu Zeiten des Ordens begonnene Werk der Trockenlegung wiederaufnahmen und erstmals erfolgreich abgeschlossen (Eindeichungen, Meliorationen, Pumpen, die von Windmühlen betrieben wurden). Von dieser „materiellen“ Kultur einmal abgesehen, sind die geistig-kulturellen Ströme nicht weniger bedeutend, ob man nun an den religiösen Bereich denkt, der bei Penner in verschiedenen Kapiteln ausführlich zur Sprache kommt, oder an die Bedeutung der mennonitischen Drucke besonders in Danzig. Man kann auch an die künstlerischen und architektonischen Impulse denken, die gerade Danzig und Westpreußen den Mennoniten verdanken. Hier sei vor allem an den Renaissancebaumeister Peter Willer, der besonders in Danzig wirkte, der aber auch dem polnischen König bei Warschau ein Lustschloß baute, erinnert; ebenso aber auch an Anthony van Obbergen, der, aus Dänemark kommend, in Danzig 1577 das altstädtische Rathaus in Stein neu errichtete und nach weiteren Arbeiten 1594 als Stadtbaumeister umfassende Aufgaben in Danzig zu erfüllen hatte. Als sein Hauptwerk gilt das 1600 entworfene Zeughaus. Unter den beiden hier erwähnten Baumeistern und anderen verwandelte sich vor allem das Antlitz Danzigs, das zu Beginn der Täufer-einwanderung noch mittelalterliche Züge trug, zu einer Stadt der flandrischen Renaissance.

Auf ca. 140 Seiten folgen dann ausführlich Angaben über die Herkunft der westpreußischen Mennonitenfamilien. Insgesamt werden 169 Namen vorgestellt, jeweils mit Belegen und Anmerkungen am Ende eines jeden Beitrags, während die Anmerkungen zur historischen Gesamtdarstellung gesondert insgesamt 34 Seiten umfassen und gerade demjenigen, der weiterforschen will, wichtige Hinweise bieten. In einem Anhang (S. 397—471) werden acht Dokumente zur Geschichte der Mennoniten in Ost- und Westpreußen ganz oder auszugsweise veröffentlicht. Erwähnt sei nur die Tiegenhöfer Brandordnung vom Jahre 1623 (aus einer Abschrift vom Jahre 1727), die eine für die damalige Zeit einzigartige Feuerversicherung darstellt.

Ein Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsregister erschlie-

Ben den Inhalt des Bandes, der sich sowohl an die früheren Bewohner des Preußenlandes, an die landesgeschichtliche Forschung wie auch an den religionsgeschichtlich Interessierten wendet. Die Geschichtsfreunde Ost- und Westpreußens schulden dem Verfasser für dieses aus umfassender Quellen- und Literaturkenntnis geschriebene Werk Dank und Anerkennung. Einer der wohl bemerkenswertesten religiösen Gemeinschaften, ihren hervorragenden Leistungen aus einem tiefempfundenen, tätigen Christentum heraus, ist hiermit ein würdiges Denkmal gesetzt. Möge der Folgebund (bis 1945) alsbald zur Veröffentlichung gelangen. Peter Wörster

**Erna Hilfsteln, Starowolski's Biographies of Copernicus.** (Studia Copernicana, XXI.) Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk: Ossolineum 1980. 114 S., 17 Tafeln.

Nach der spurlos verschwundenen Copernicusbiographie des Wittenberger Professors und Copernicusschülers Georg Joachim Rheticus und der im italienischen Raum entstandenen Copernicusbiographie des Bernadino Baldi nehmen die beiden von dem Krakauer Gelehrten Simon Starowolski verfaßten Biographien den dritten Platz ein. Die erste, im Jahr 1625 in Frankfurt am Main gedruckte Copernicusbiographie Starowolskis enthält nur wenige, dazu noch fehlerhafte biographische Nachrichten, die zweite, 1627 in Venedig erschienene ist bedeutend besser. Sie basiert auf Informationen, die der Krakauer Professor Jan Brożek 1618 auf einer Studienreise im Ermland sammeln konnte. Für Starowolski und Brożek lagen der Geburtsort und die Wirkungsstätten des Nicolaus Copernicus selbstverständlich in Preußen, nicht in Polen.

Erna Hilfsteln vergleicht die beiden Biographien Starowolskis und korrigiert die größten Fehler nach dem jüngsten Forschungsstand. Ausführlich ist Brożeks Reise nach Preußen anhand zeitgenössischer Nachrichten beschrieben, ebenfalls die Geschichte des Gedichtzyklus „Septem sidera“, den Brożek als Werk des Copernicus ediert hat, der aber wohl in den Braunsberger Jesuitenschulen entstanden sein dürfte. Als offen gebliebene Probleme diskutiert die Autorin die Fragen, ob Albert von Brudzewo in Krakau ein Lehrer des Copernicus war, ob Copernicus im Heiligen Jahr 1500 in Rom als Mathematikprofessor lehrte, welcher Schulmeister Copernicus in einem Fastnachtsspiel in Elbing verulkt hat, wer die zeitgenössischen Anhänger und Gegner des Copernicus waren und wer der Verfasser des in der zweiten Biographie zitierten Pamphlets gewesen sein könnte. Die Frage, wann Copernicus ermländischer Domherr wurde, ist in einem eigenen Kapitel abgehandelt. Im Anhang sind die beiden Copernicusbiographien Starowolskis nachgedruckt, außerdem das von Nikolaus Müller verfaßte Vorwort zur Amsterdamer Ausgabe des Copernicanischen Hauptwerkes (1617), das einige Nachrichten zum Leben des großen Astronomen enthält. Es finden sich überdies noch folgende Quellentexte: die Briefe Tiedemann Gieses vom 8. Dezember 1542 an Georg Donner und vom 26. Juli 1543 an Rheticus, ferner Albert Caprinus' Dediktationsbrief vom 27. September 1542, die Briefe des Copernicus vom 8. Juni 1536 und 11. Januar 1539 an Johannes Dantiscus, die Briefe von Felix Reich vom 11., 23. und 27. Januar 1539 an Dantiscus, Brożeks Brief an Basil Golinus über seine Ermlandreise, sein Brief vom 28. Mai 1621 an Galileo Galilei und sein Vorwort zu „Septem sidera“. Die auf gründlicher Quellen- und Literaturkenntnis fußende Studie ist durch ein Namen- und Ortsregister erschlossen. Faksimiles wichtiger Quellen beschließen den Band. Werner Thimm

**Erich Sommerfeld, Die Geldlehre des Nicolaus Copernicus.** Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag 1978. 167 S., 8 Abb.

Bereits vor dem Reiterkrieg 1520 hatte sich Nicolaus Copernicus auf Wunsch der königlich-preußischen Landesräte in einer theoretischen Abhandlung mit einer Verbesserung des preußischen Münzwesens beschäftigt. Am 21. März 1522 trug er dem Landtag in Graudenz das Gutachten vor und empfahl, im gesamten Preußenland eine an zentraler Stätte geprägte Einheitsmünze einzuführen. Sie sollte der polnischen Münze angeglichen werden. Im Krakauer Frieden von 1525 leitete König Sigismund von Polen die preußische Münzreform in seinem Sinne ein. Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach und die Städte Danzig, Elbing und Thorn sollten sich des Münzschlags enthalten; innerhalb eines Jahres sollte eine Landtagsversammlung über die Neuordnung des Münzwesens entscheiden. Dieser Landtag fand im Juli 1526 in Danzig statt. Er hob die alte Münze in Preußen auf und ordnete eine Neuprägung nach der ebenfalls neu zu ordnenden polnischen Münze an. Das Reformvorhaben scheiterte aber vorerst an dem inhaltenden Widerstand Herzog Albrechts und der Städte Danzig, Elbing und Thorn, die das Münzrecht hatten. Ein erfolgreicher Reformschritt gelang erst auf dem königlich-preußischen Landtag im Mai 1528 in Marienburg.

Zum Prozeß der preußischen Währungsreform dieser Zeitspanne publiziert Sommerfeld insgesamt sechs Quellenstücke, und zwar die drei Münzdenkschriften des Copernicus, die urkundlichen Notizen im Anhang der dritten Copernicanischen Münzdenkschrift, den Brief des Copernicus an Felix Reich vom Oktavtag von Ostern ohne Jahresangabe und den Brief der königlich-preußischen Landesräte vom 18. Juli 1528 aus Danzig an den Münzsachverständigen Jobst Ludwig Dietz, der im Dienste des Königs von Polen die polnische Münze neu ordnen sollte. Die lateinischen Texte und ihre Übersetzungen ins Deutsche sind synoptisch gesetzt und sachverständig kommentiert. Die undatierte ausgereifte dritte Münzdenkschrift des Copernicus, die bisher von vielen Copernicusforschern mit dem Copernicusbrief an Felix Reich in das Jahr 1528 gesetzt wurde, datiert Sommerfeld mit schlüssiger Argumentation in das Vorfeld des Danziger Landtags von 1526. Copernicus hat den genannten Brief an Felix Reich demnach am 8. April 1526 geschrieben.

Der Autor irrt, wenn er glaubt, daß es sich bei allen sechs Quellenstücken um Autographe des Copernicus handelt. Nur der Brief an Reich stammt von der Hand des Copernicus. Das Konzept der reifsten Copernicanischen Münzdenkschrift von 1526 aus dem ehemaligen Staatsarchiv in Königsberg (HBA H Kasten 752) ist von Felix Reich geschrieben worden. Da nun dieses Konzept Copernicus zwar im Titel als Autor der Denkschrift nennt, aber viele Streichungen, Textumsetzungen und Ergänzungen aufweist, wäre nach dem geistigen Anteil des Felix Reich an der dritten Münzdenkschrift des Copernicus zu fragen. Reich hat sich nämlich mehrmals als Fachmann in Münzangelegenheiten ausgewiesen, nicht zuletzt bei der Durchführung der Münzreform 1529 im Kammeramt Allenstein. Weil auch der aus dem ehemaligen Staatsarchiv Königsberg bekannte Brief der Räte Preußens an Jobst Ludwig Dietz nicht von der Hand des Copernicus stammt, gibt es weiterhin keinen Anhaltspunkt für die Vermutung der Teilnahme des Copernicus am Danziger Landtag von 1526.

Bei der Darstellung des historischen Hintergrundes vermittelt Sommerfeld nur an wenigen Stellen ein schiefes Bild. So darf man nicht davon

sprechen, daß es die Absicht von Bischof Wattenrode gewesen sei, Copernicus zu seinem Nachfolger auf dem ermländischen Bischofsstuhl zu machen, oder daß Copernicus die Münzgutachten auf Ersuchen seiner Oberen verfaßte. Unkorrekt ist auch die mehrmalige Jahresangabe 1467 als Jahr des Zweiten Thorner Friedens und unhistorisch die Lokalisierung Preußens und Ermlands in Nordpolen. Dies wird von dem Allensteiner Administrator und Freund des Copernicus Felix Reich widerlegt: In seinem Münzmandat vom 8. August 1529 bezeichnet er Polen als Ausland.

Im letzten Drittel seiner Studie würdigt Sommerfeld die theoretische Leistung des Copernicus unter marxistischem Aspekt. Hier wird er in Kategorien marxistischer Doktrin als „Angehöriger der Klasse der Feudalrentner“ bezeichnet. So braucht der Leser nicht zu erschrecken, Karl Marx im Namenregister gleichrangig neben Felix Reich oder dem Ermland zu finden. Das Buch erschien als Lizenzausgabe des Akademieverlages Berlin und wurde in dem Volkseigenen Betrieb „Gottfried Wilhelm Leibniz“ in Gräfenhainichen gedruckt. Seine Stärke liegt in der Klärung der geldtheoretischen Begriffe des 16. Jahrhunderts, einer guten Übersetzung der Quellentexte und einer auffallend sachkundigen Kommentierung.

Werner Thimm

**Stanisław Hozjusz, Poezje [Poetische Werke].** Olsztyn: Pojezierze 1980. 136 S., 23 Taf.

Der verdienstvolle Verlag Pojezierze in Allenstein brachte 1973 in seiner Reihe „Literatura Warmii i Mazur w dawnych wiekach“ (Literatur Ermlands und Masurens in früheren Jahrhunderten) die Gedichte des ermländischen Bischofs und Poeta laureatus Johannes Dantiscus in Auswahl und Übersetzung aus dem Lateinischen heraus. Nunmehr liegen im selben Verlag die poetischen Werke des Stanislaus Hosius, von derselben Übersetzerin Anna Kamińska aus der lateinischen in die polnische Sprache übertragen, vor. Dazu schrieb Waclaw Odyniec eine ausführliche Einleitung. Darin behandelt er den Lebensweg des Kardinals und sein Wirken als theologischer Schriftsteller und kommt auch auf seine Dichtungen zu sprechen. Diese bestehen außer einer längeren poetischen Umschreibung des 50. Psalmes hauptsächlich aus Gelegenheitsarbeiten: Widmungen, Epigrammen, Elegien, Trostgedichten u. a., die in gewandtem Latein und kunstvollen Versformen abgefaßt sind. Es folgt ein wertvoller Anhang von Marian Borzyszkowski, der zu den 27 einzelnen Positionen ausführliche Anmerkungen bringt. Diese enthalten den ersten Erscheinungsort der einzelnen Dichtungen, weitere Fundstellen, bibliographische Angaben und eine Inhaltswiedergabe und Interpretation. Dem Büchlein beigegeben sind 23 Bilder aus des ermländischen Domkustos Thomas Treters Werk „Theatrum virtutum D. Stanislai Hosii“. Für den deutschen Leser ist es wertvoll, daß die Edition neben den polnischen Übersetzungen den lateinischen Urtext der Gedichte bringt und damit auch im außerpolnischen Sprachraum einen Eindruck von diesem Schaffen des großen Kardinals vermittelt.

Alfons Triller

**Klaus von der Groeben, Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußen.** (Schriften zur Verwaltungswissenschaft, Band 7.) Berlin: Duncker und Humblot 1979. 241 S.

Dem Autor kommt es weniger darauf an, staatsrechtlichen Fragen nachzugehen, als vielmehr innerhalb des großen politischen Rahmens das Ver-

hältnis von Legislative und Exekutive im konstitutionellen Staat zu erkunden. Ohne die Ober- und Regierungspräsidenten zu ignorieren, legt er den Schwerpunkt auf die Tätigkeit des Landrats, die er selber zwischen 1936 und 1942 in den Landkreisen Königsberg und Samland ausgeübt hat. Er vermeidet es, den Landrat zum „deus ex machina“ zu steigern oder ihn zum „Paslack“ der Allgemeinheit zu degradieren. Beachtenswert ist, mit welcher knappen Exaktheit er im Hinblick auf Maschers „Institut der Landräte“ von 1868 die Zeitsituation ausmalt, die mit der großen Staatskrise von 1863 ihren Ausgang nahm. Denn in den drei Generationen von 1860 bis 1920 änderte sich vieles in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, so auch das Bild des Landrats. Um mit Land und Leuten vertraut zu machen, wird die Entwicklung des Preußenlandes von der Goldbulle von Rimini (1226) bis zur (erneuten) Trennung von Ost- und Westpreußen (1877) skizziert; dabei schließt der Verf. den Regierungsbezirk Marienwerder nicht aus. Eingehender geschildert werden die politische Landschaft der Reformzeit, die progressive Adelsmentalität der Ära Schön und die sich bis in die Zeiten des Berliner Kongresses hinziehende Zeitströmung der bürgerlichen und kleinagrarischen Welt. Das Ermland bleibt eine intakte Domäne des Zentrums. Die Städte Königsberg, Memel und Tilsit hält G. für sichere Bastionen der Linken und später der Sozialdemokraten. Das Erbe Johann Jacobys offenbarte sich bei der Reichstagswahl von 1898 in Königsberg mit 52 %, im Wahlkreis Königsberg-Fischhausen mit 43 %, in den Wahlkreisen Labiau-Wehlau und Tilsit-Niederung mit 42 % und 38 % sozialdemokratischer Stimmen. Im konservativ gewordenen Regierungsbezirk Gumbinnen (10 % SPD) gehörten sogar drei Gutsbesitzer dieser Partei an. Im Ermland dagegen wählte nur 1 % die SPD.

Ein anschaulicher Überblick auf die Kreisverfassung zeigt, wie seit 1740 die ständischen Landräte verschwanden, 1752 zehn Kreise eingerichtet wurden, bei denen sich eine ständische Beteiligung von Städtern und Kölmern erst 1787 herausbildete, als die Schwierigkeit einer geschlossenen Kreiseinteilung für das Ermland behoben war. Laut Kreisordnung von 1828 wählte der Kreistag den Landrat aus den Reihen der Rittergutsbesitzer, die ihren Posten mit der linken Hand versahen, woher die bis 1918 währende kärgliche Besoldung der Landräte zu erklären ist. Erst die Kreisordnung von 1872 brachte eine stärkere Begünstigung der Städte und Landgemeinden, so daß eine Majorisierung des Kreistages durch den Großgrundbesitz im allgemeinen nicht mehr möglich war. Daher sei es den Landräten, von denen die Regierung Energie, Besonnenheit, gewissenhafte Geschäftstüchtigkeit, Patriotismus sowie regierungsloyales Verhalten verlangte, nicht immer leichtgefallen, den konservativen und linken Partnern gerecht zu werden. Dazu kam, daß sich in Ostpreußen erst geraume Zeit nach Bismarcks politischen Erfolgen ein konservativer Trend bemerkbar machte. Als sich um 1900 nach glänzender Bewährung der juristisch ausgebildeten Fachlandräte der Doppelberuf von Landwirt und Landrat als unmöglich erwies, zumal sich dieser auch um die erwerbstätigen Mittel- und Unterschichten kümmern mußte, wurde das durch den Kreistag zu wählende Institut der Kreisdeputierten wichtig, da aus ihm ein Vertreter des Landrats hervorgehen konnte. Falls diese vom Kreistag präsentierten Kreisdeputierten liberalen Anschauungen huldigten, was auch jahrelang im Kreis Allenstein der Fall war, ergaben sich daraus Spannungen zwischen der Regierung und dem Landratsvertreter. So ver-

trat auch 1870 im Kreis Rößel ein Anhänger der liberalen Opposition den Landrat Adalbert von Schrötter.

Wie schon angedeutet, wurden an Charakter und Leistung der politischen Beamten hohe Ansprüche gestellt. Um den Anforderungen von oben und den Erwartungen und Ansprüchen der Einwohnerbasis gerecht zu werden, mußten sie über ein feines Fingerspitzengefühl verfügen, wollten sie nicht Opfer einer fatalen oder tragischen Heimsuchung werden. Doch wurden insgesamt angesichts der maßvollen und toleranten Haltung der Partner nur wenige Beamte zur Disposition gestellt. Unter diesen befand sich der Königsberger Regierungspräsident Tieschowitz von Tieschowa, dessen Entlassung, um die er selbst nachsuchte, in Form einer z.-D.-Stellung verfügt wurde, ohne daß klar wurde, daß die Gralshüter sich mit ihrem Einwand durchgesetzt hatten, von T. habe in früheren Jahren ohne Kenntnis des Ministers „eine Dame aus ultramontanen Kreisen geheiratet und dabei das Versprechen katholischer Kindererziehung gegeben.“

Dieser Vorgang erinnert an die Ablehnung katholischer Landräte für das Ermland durch die Regierung. G. spricht von einer „disproportionalen Berücksichtigung des katholischen Glaubens“. Im preußischen Staat habe es 1914 unter 485 Landräten nur 66 Katholiken gegeben: 13,4 % bei einem katholischen Bevölkerungsanteil von 36,3 %. In den vier ermländischen Kreisen und im Kreis Stuhm habe Berlin evangelische Landräte bevorzugt (ein milder Ausdruck!), „wofür die jahrhundertlange Abhängigkeit dieser Gebiete von der Krone Polen und darauf gestützte Ambitionen polnischer Nationalisten maßgebend gewesen sein mögen“. Für einen Kenner des damaligen Ermlandes ist diese Begründung der Regierung geradezu provozierend, wenn auch bei der Reichstagswahl von 1898 im Wahlkreis Allenstein-Rößel 34,7 % der Stimmen für Polen abgegeben wurden (im Kreis Sensburg-Ortelsburg 43,5 % aller Stimmen). Nur in Allenstein habe es nach Ausbruch des Krieges einen katholischen Landrat (vgl. Walter Pauly, Als Landrat in Ostpreußen, Würzburg 1957) gegeben. Im allgemeinen scheint sich die Bevölkerung auch nicht sonderlich gegen die evangelischen Landräte gewehrt zu haben, zumal für den katholischen Bereich besonders befähigte Kandidaten ausgewählt wurden. Mit einer Allensteiner Ausnahme hätten die ermländischen Kreistage angesichts der von der Regierung entsandten Kommissare auf eigene Vorschläge fast immer verzichtet. Dagegen zögerte die Regierung nicht, katholische Landräte ins evangelische Ostpreußen zu senden. Doch war nach G. auch hier Widerstand der Kreisinsassen zu überwinden, während bei den Ermländern der Gedanke der Loyalität gegenüber der Krone stärker gewesen sei als der politische Antagonismus. Der westfälische Katholik Clemens von Stockhausen wurde Landrat in Pr. Holland (1877-1883), wenn auch nicht im Kr. Rößel, „weil dort in den Städten Rößel, Bischofstein, Seeburg und Bischofsburg der Ultramontanismus viele Anhänger finde, somit ein katholischer Landrat immer eine höchst schwierige Stellung finden werde“. Hier weht noch polemische Kulturkampfluft. Bemerkenswert ist, mit welcher souveränen Objektivität G. diese sonderbare Denkweise der Regierung zitiert.

Aus dem Kapitel über Lebensbilder ostpreußischer Landräte (S. 174-187) seien von den behandelten sieben Persönlichkeiten zwei näher porträtiert. Das sind Gustav Adametz, ein katholischer Schlesier, und der Freiherr Adalbert von Schrötter, ein Großneffe des berühmten Friedrich Leopold aus der Reformzeit. Adametz, einer der zwölf katholischen Landräte im

evangelischen Bereich des Berichtszeitraumes, war Sohn eine Gutspächters und hatte sich ob seiner guten Examina um den Kreis Osterode beworben. Nach anfänglichen Bedenken des Ministers — er und seine Frau katholisch, „sie ausgesprochen polnischen Ursprungs und sehr entschiedenen Charakters“ — wurde er in diesem rein evangelischen Kreis mit erheblichem Großgrundbesitz nach anfänglicher Zurückhaltung („der fremde etranger muß weg“) in 33 Dienstjahren das Idol eines bauern- und volksverbundenen Landrats. Sein Allensteiner Chef, Regierungspräsident von Hellmann, hob rühmend hervor: „Landräte dieses Schlages sind in den letzten Jahrzehnten selten geworden.“ Dennoch mußte Adametz während des Ersten Weltkrieges im Kreisblatt „vor öffentlichen Verdächtigungen katholischer Mitbürger und Geistlicher wegen ihres Glaubens“ warnen. G. sieht darin „Auswüchse einer Kriegspsychose, die bei Mitbürgern katholischen Glaubens polnische Einflüsse witterte“. Zu gleicher Zeit vermochte Adametz sich erfolgreich gegen den von Hindenburg geäußerten Verdacht zu verteidigen, er habe seine Kreisstadt grundlos verlassen. Die „schöne und kluge Landrätin“, eine geborene von Pacziensky und Tenczyn, „die polnische Gräfin“ genannt, aus einer seit langem einge-deutschten schlesischen Familie, war ihrem Mann auf sozialem Gebiet und in Frauenfragen eine wesentliche Hilfe.

A. von Schrötter erregt deshalb unser Interesse, da in seine Dienstzeit als Landrat von Rößel (1852-1873) ein Ereignis fiel, das, wie der Autor bekundet, „geeignet ist, uns auch heute noch zu erschrecken: der blutige Vorfall von Bredinken im Frühjahr 1863“, der 16 tote Männer und Frauen aus den Einwohnern Bredinkens zur Folge hatte. Ministerialrat a. D. Baß, der davon 1935 in Allenstein dienstlich aus einer Beiakte zu einem Wasserrechtsvorgang aus dem Königsberger Staatsarchiv Kenntnis gewonnen hatte, stellte dem Autor des Buches einen eingehenden Erinnerungsbericht zur Verfügung. Danach hatte das blutige Ereignis vom 6. Mai 1863 seine Ursache im Widerstand der Bevölkerung, die ihren geliebten Mühlenteich unbedingt zu erhalten strebte, gegen die Autoritäten des Staates und das angeforderte Militär. Nach wiederholten vergeblichen Appellen an die Bevölkerung, den Staudamm, der zwecks Abflusses des Wassers durchstoßen werden sollte, zu räumen, sah sich der Offizier nach Absprache mit dem Landrat genötigt, Gewalt anzuwenden. Zu diesem Erinnerungsbericht ist zu bemerken, daß nicht Hauptmann von Deutsch das Kommando über eine 97 Mann starke Kompanie des Infanterieregiments 43 hatte, sondern daß Leutnant Gustav Kossack mit einem 25 Mann starken Zug der genannten Kompanie, vermutlich einem Vorkommando, die militärische Aktion leitete (vgl. Neue Preußische Zeitung, Berlin, vom 13. 5. 1863; A. Grau, Offizier-Stammliste des Infanterieregiments Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz [6. Ostpreußisches] Nr. 43, Berlin 1906). Das bedauerliche Begebnis von Bredinken hat bis heute noch keine volle Aufklärung finden können. Eine Interpellation, die Erzpriester und Abgeordneter Stock aus Bischofsburg im Landtag einbrachte, enthielt weder eine Begründung der Antragsteller, noch erhielt sie eine Beantwortung, da die Legislaturperiode endete, und in der neuen schien der Vorfall zu versickern.

Von Mißstimmung und bedenklicher Opposition berichtet der Verf. auch aus späteren Jahren. So wurde 1867 die Regierung anläßlich ausgesprochener Mißernten der Säumigkeit bei der Einschätzung der Not und ihrer Linderung beschuldigt. Ernste Schwierigkeiten brachte in manchen

Kreisen die neue Kreisordnung von 1872 mit ihren erfreulichen Selbstverwaltungstendenzen hinsichtlich der neuen Institution des Amtsvorstehers, die vielen Arbeitnehmern als Verbindung von „Herren“ (Arbeitgeber) und Polizeigewalt Furcht einflößte. So sah sich Regierungspräsident von Horn plötzlich einer Rebellion in den Landgemeinden um Königsberg und in Cranzz gegenüber, wo Wohnungen von Amtsvorstehern und Amtsdienern gestürmt und zerstört, Gutsbesitzer mißhandelt und ihnen Geld, Lebensmittel und Branntwein geraubt wurden. Daher griff auch hier Militär ein. Im Cranzer Umland flüchteten sogar Gutsherren aus Furcht für ihr Leben, so daß die Gerichte Strafen bis zu fünf Jahren Zuchthaus verhängten.

Die Abhandlung zeichnet sich durch eine wohlthuende Schlichtheit und Sachlichkeit in der Schilderung der Schicksale der Provinz und ihrer Landräte aus, die meist Herren im besten Sinne waren, sich weder als kleine „Herrgötter“ noch als agile „Mädchen für alles“ verstanden, sondern Diener bester altpreußischer Tradition verkörperten. Die auf archivalischen Quellen beruhende Arbeit enthält im Anhang eine Liste aller Ober- und Regierungspräsidenten und Landräte der vier Regierungsbezirke im Zeitraum von 1860 bis 1918. Leo Juhnke

**Hermann Schmidt** unter Mitarbeit von **Georg Blohm**, *Die Landwirtschaft von Ostpreußen und Pommern. Geschichte, Leistung und Eigenart der Landwirtschaft in den ehemals ostdeutschen Landesteilen seit dem Kriege 1914/18 und bis Ende der dreißiger Jahre.* (Marburger Ostforschungen, Bd. 36.) Marburg/Lahn: J. G. Herder-Institut 1978. VII, 188 S. mit zahlreichen Diagrammen, Übersichten und Tabellen, 2 Karten.

Die Situation der ostpreußischen Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit ist gekennzeichnet durch den Verlust der nahen Absatzmärkte und damit erhöhte Transportkosten für landwirtschaftliche Produkte und Betriebsmittel, die zu Mindereinnahmen von bis zu 20 % führten. Die zunehmende Verschuldung führte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu Zwangsversteigerungen von Gütern; die 1928 ins Leben gerufene „Ostpreußenhilfe“ machte die Notlage der rein agrarisch strukturierten Provinz aller Welt deutlich. Nicht wesentlich besser war es mit der Landwirtschaft Pommerns bestellt, obwohl diese sich nicht in gleichem Maße einer veränderten Marktlage anzupassen hatte.

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte hat schon seit langem auf die Strukturkrise hingewiesen, in der sich die ostdeutsche Landwirtschaft bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches befand und für die die große Bevölkerungsabwanderung nach Übersee und in die westlichen Industriezentren ein äußeres Indiz war. Nichts davon wird in dieser Arbeit deutlich. Hier sind Statistiker am Werke, für die es keinen historischen Hintergrund gibt. Das zeigen Vergleichstabellen, die neben dem Preisindex des Deutschen Reiches von 1913/14 bis 1939 den der Bundesrepublik von 1962 bis 1972 und den der DDR von 1960 bis 1973 aufführen. Auch Statistiken über den Einsatz von mineralischem Dünger in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik für die Jahre 1926-1940/41 und 1970/71 oder über die Erträge von Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben in denselben Regionen und Zeitspannen sind historisch nicht vergleichbar, weil gänzlich veränderte landwirtschaftliche Produktionsweisen nicht berücksichtigt werden.

Immerhin sind die statistischen Tabellen noch das Beste an dieser Arbeit. Geschichtliche Fakten werden sehr großzügig gehandhabt. Die

Ordensritter zogen „vor eintausend Jahren“ in Preußen ein (S. 71). Die königliche Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen soll auch „in der ostpreußischen Landwirtschaft tätig gewesen“ sein (S. 43). „Es gab viel Streit um sie, weil ihre Leistung gering war, ihr Aufbau zu bürokratisch und kostspielig“. Daß sie eine ausschließlich nationalpolitische Aufgabe hatte, den Ankauf polnischer Güter zur Ansiedlung deutscher Bauern, ist den Verf. unbekannt. Das Ermland wird nur einmal und bezeichnenderweise im Zusammenhang mit dem „nationalpolitischen Ziel der inneren Kolonisation“ genannt. Dort heißt es: „Das Ermland war katholisch, und die katholische Kirche hat die Mentalität der Bevölkerung beeinflußt. Im Kreis Allenstein wies die Bevölkerung kleiner Landgemeinden Polen auf, und zwar zahlreicher als die Stadt Allenstein selbst“ (S. 41). Soll das der Einfluß der katholischen Kirche auf die Mentalität der Bevölkerung gewesen sein? Die ganz unterschiedliche Agrarstruktur des Ermlands wird nirgends angesprochen. Zwar wird der Kreis Braunsberg mit einem nur 10,3prozentigen Anteil an Betrieben über 100 ha dem Nachbarkreis Bartenstein mit 68,9 % Gutsbesitz gegenübergestellt. „Warum das so war, kann wohl nur aus der historischen Entwicklung abgeleitet werden“ (S. 28), ist die vage Schlußfolgerung, während einige Seiten weiter vermutet wird, daß die Häufung der Fideikomnisse in den Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg „vielleicht auch durch die besten hier vorkommenden Böden der Provinz seinerzeit veranlaßt worden“ ist (S. 34). Solche allgemeine und nicht selten dumme Redensarten findet man statt historischer Fakten, und oft widersprechen sie sich dann auch: „Im Hinblick auf die wachsende Raumeinheit im Westen des Reiches kam den Ostgebieten als Arbeitsplatz oder Erholungsort ausgleichende Bedeutung zu“ (S. 8), aber: „Die Abwanderung hat sie (die Siedlungstätigkeit) nicht aufhalten können“ (S. 47). „Die Siedlung ist in der Tat während dieser letzten Siedlungsepoche (1933-1939) in den Ostprovinzen erfolgreich verlaufen“ (S. 41) und: „Tatsächlich fand auch in der zweiten Periode (1933-1939) ein auffallendes Nachlassen der Siedlungstätigkeit statt“ (S. 47). Der Abwanderung der Landbevölkerung in die Stadt bzw. in die Industriezentren wird unbefangen der Trend der letzten 15 Jahre in der Bundesrepublik gegenübergestellt, bei Beibehaltung des Arbeitsplatzes in der Stadt auf dem Lande zu wohnen, „so daß das Land wieder Aussicht hat, Quelle der Bevölkerungsvermehrung zu werden wie in früheren Zeiten“ (S. 25).

Hier ist noch NS-Ideologie spürbar wie auch bei der selbstverständlichen Verwendung von Begriffen wie „Raumeinheit“, „Neubildung deutschen Bauerntums“, „nationale Gefährdung wegen der slawischen Volksteile“ oder landwirtschaftliche „Erzeugungsschlacht“ seit 1933. Dem entsprechen die Ausführungen über die Situation der ostpreußischen Landwirtschaft nach Kriegsende bei der Übernahme des Landes durch die polnische Verwaltung, die grotesk anmuten. Die Verf. gehen von der These aus, die sie als Tatsache hinstellen, daß die ostpreußische Landwirtschaft „bis zum Schluß intakt“ war und „von Kriegshandlungen kaum berührt“ wurde (S. 1), ja daß in diesem „Raum gar nicht gekämpft wurde“ (S. 2). Demzufolge wird das „reichhaltige polnische Schrifttum“, das von Ruinen und dem Fehlen jeglichen lebenden und toten Inventars spricht und das von den Verf. nur aus der Veröffentlichung von E. Neumann (Ostpreußen unter polnischer und sowjetischer Verwaltung. Hrsg. vom J. G. Herder-Forschungsrat, 1955) zitiert wird, in Frage gestellt: „Es wird behauptet“, „Treffen diese Klagen zu, dann . . .“, „Es soll in der polnischen Presse gestanden haben . . .“.

Ein auf Wissenschaftlichkeit bedachtes Forschungsinstitut sollte kritischer sein bei der Drucklegung von Veröffentlichungen.

Brigitte Poschmann

**Ulrich Tolksdorf, Eine ostpreußische Volkserzählerin.** Geschichten — Geschichte — Lebensgeschichte. (Schriftenreihe der Kommission für ostdeutsche Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e. V., Bd. 23.) Marburg: N. G. Elwert Verlag 1980. 478 S., 26 Abb.

Dieses Buch von nahezu 500 Seiten ist zunächst deswegen erstaunlich, weil der Autor — Ulrich Tolksdorf — gar nicht der Autor ist. Das Buch entstand vielmehr aus Tonbandaufzeichnungen, die Tolksdorf 1979/1980 von mündlichen Erzählungen der Frau Trude Janz festgehalten hat. Trude Janz, 1901 in Dammkrug in der Memelniederung geboren, Mennonitin wie ihre ganze Familie und Verwandtschaft, verfügt über eine stupende Fähigkeit des Behaltens, Erinnerens, Wiedergebens, Erzählens, und es ist ihr zu danken, daß dieses Buch entstehen konnte. Freilich spricht sie eine niederdeutsche Mundart besonderer Art — Tolksdorf nennt sie die „Mundart des Ostgebietes“ —, weshalb das Buch bei jüngeren Menschen eher ein Vorlesebuch als ein Lesebuch ist. Die Autorin entgeht von sich aus jedem wissenschaftlichen Anspruch, wie könnte sie auch anders. Tolksdorfs bemühte Einleitung stellt, wie hierzulande verständlich, auf „Volkskunde“ ab. Es wäre gut gewesen, wenn er die Forschungsergebnisse der von den USA ausgehenden „Oral History“ (vgl. Lutz Niethammer, Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1980) in seine Überlegungen hätte einbeziehen können. Denn vor allem die selbsterzählte Lebensgeschichte der Trude Janz ist mehr als das individuelle Zeugnis einer „Volkserzählerin“: aufbewahrte, mit vielen geteilte, gemeinsame Geschichte einer ganzen Gruppe und Generation. Was mir am meisten dabei auffiel: Es gibt an keiner Stelle irgendeinen Ausdruck, der Haß verrät. Das Wort, das bei ihr am häufigsten vorkommt, auch in den Märchen und Kurzerzählungen, ist „fein“.

Jochen Schmauch

**Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung. Bd. 3: Der Notenwechsel und die Demarchen des Nuntius Orsenigo 1933-1945.** Bearb. von Dieter Albrecht. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen, Bd. 29.) Mainz: Matthias Grünewald Verlag 1980. XCVIII, 862 S.

Cesare Orsenigo (1930-1945) hatte es in Berlin von vornherein schwer als Nachfolger des glänzenden Eugenio Pacelli. Dazu fiel in seine Berliner Amtszeit das „Dritte Reich“. Er stand so auf dem schwierigsten Außenposten, den damals der Vatikan überhaupt zu vergeben hatte. Außerdem war Orsenigo kein Berufsdiplomat. Domherr von Mailand, hatte ihn sein früherer Erzbischof Ratti, nunmehr Papst Pius XI., zum Internuntius in Den Haag ernannt. Über die Nuntiatur in Budapest kam Orsenigo dann nach Berlin. Das alles muß bei der z. T. sehr heftigen Kritik an Orsenigos Persönlichkeit und Amtsführung berücksichtigt werden, auf die auch Dieter Albrecht in der Einleitung ausführlich eingeht (vgl. u. a. die Äußerung von Bischof Kaller und die Bemerkung von Generalvikar Marquardt über den Nuntius in ZGAE 40, 1980, S. 107 und 120). Im deutschen Episkopat standen sich zwei Lager gegenüber. Das eine, angeführt vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, verfolgte im Verhältnis zum Nationalsozialismus einen mehr taktierenden Kurs, das andere,

verkörpert durch den Bischof von Berlin v. Preysing, dem sich je länger, desto enger Bischof Kaller anschloß, forderte eine härtere Gangart. Orsenigo hielt zu der erstgenannten Richtung. Sein Grundirrtum war, daß er in kirchenpolitischer Hinsicht Nationalsozialismus und Faschismus gleichsetzte.

In dem Zusammenhang verdient eine Feststellung des Staatssekretärs und späteren deutschen Botschafters beim Vatikan Ernst v. Weizsäcker in seinen „Erinnerungen“ (München 1950, S. 352) beachtet zu werden: „Hätte der temperamentvolle Papst Pius XI. etwas länger gelebt, so wäre es wohl zum Abbruch der Beziehungen zwischen Reich und Kurie gekommen. Unter seinem langmütigeren Nachfolger [Pius XII.] entwickelte sich eine Art von äußerlichem Waffenstillstand in Kirchenfragen. Die römische Kurie vermied behutsam und mit Recht eine Katastrophenpolitik zur Zeit des Weltkrieges, dessen Ende für Deutschland sie natürlich lang vorausgesehen hat.“ Albrecht (S. XXVII) betont, daß Orsenigo mit seiner politischen Linie der kirchenpolitischen Taktik Papst Pius' XII. näherstand als der seines Gönners Pius' XI., welcher mehrmals nahe daran gewesen sei, den Berliner Nuntius abzuberufen.

Auf S. XXV f. der Einleitung bemerkt Albrecht: „Das in mancher Hinsicht interessanteste Mitglied der Berliner Nuntiatur neben dem Nuntius aber war Pater Eduard Gehrman SVD. Am 20. September 1888 in Schalmey im Ermland geboren, befand sich Gehrman als Mitglied, dann als stellvertretender Leiter der Päpstlichen Mission zur Linderung der Hungersnot in Rußland 1922-1924 auf der Krim und in Moskau. Nachdem die römischen Verhandlungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Sowjetunion in die Hände Pacellis gelegt worden waren, figurierte Gehrman als persönlicher Sekretär Pacellis auch in allgemeinen Angelegenheiten der Nuntiatur. Auf Bitten Orsenigos und durch die ausdrückliche Entscheidung des Papstes wurde Gehrman auch dem neuen Nuntius als persönlicher Sekretär belassen . . . Die Akten des Auswärtigen Amtes belegen, daß Gehrman dann in den folgenden Jahren mehr als Colli [1. Nuntiaterrat] damit befaßt war, diejenigen Probleme, die vom Nuntius beim Reichsminister oder beim Staatssekretär [des Auswärtigen] vorgetragen worden waren, auf Referentenebene weiter zu verfolgen bzw. die Behandlung weniger wichtiger Probleme bei den zuständigen Referenten des Auswärtigen Amtes selbst einzuleiten. Ende 1936/Anfang 1937 erhielt Gehrman vom Auswärtigen Amt den Status eines Diplomaten zugebilligt.“ Im Register der Edition von Albrecht wird auf über 50 Stellen verwiesen, in denen von Gehrman die Rede ist.

Gerade im Hinblick auf die eben zitierten Ausführungen von Albrecht scheint eine Aufzeichnung v. Weizsäckers vom 12. März 1943 besonders bedeutsam zu sein: „Der Nuntius ließ heute bei mir eine Bemerkung darüber fallen, daß das Vatikanreferat [des Auswärtigen Amtes] die Gewohnheit habe, für Rücksprachen den Pater Gehrman in das Amt zu bitten. Der Nuntius gab zu verstehen, daß für solche Besprechungen eigentlich der Nuntiaterrat Colli der gegebene Mann sei. Wenn aus sprachlichen Gründen erwünscht, wären keine Bedenken, beide Herren, nämlich Colli und Gehrman, zusammen einzuladen.“ Hatte Orsenigo etwa davon gehört, daß man in Berliner kirchlichen Kreisen Gehrman den „kleinen Nuntius“ nannte? (Vgl. W. Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935-1943, Mainz 1980, S. 28.)

Hans Preuschhoff

# Zeitschriftenumschau für das Jahr 1980 mit Ergänzungen aus früheren Jahren

## Abkürzungen:

KMW = Komunikaty Mazursko-Warmińskie

STP = Studia Pelplińskie

RO = Rocznik Olsztyński

ZH = Zapiski Historyczne

## I. Allgemeines

**Władysław Szulist, Przydatność archiwów parafialnych do badań nad przeszłością Kaszub.** [Der Nutzen der Pfarrarchive für die Erforschung der kaschubischen Vergangenheit.] In: Rocznik Gdański 36 (1977) S. 125-135. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Sz. gibt eine informative Übersicht über die für die Familien-, Sozial-, Wirtschafts- und Kunstgeschichte relevanten Akten in Pfarrarchiven des nördlichen Westpreußen, des Konitzer Gebiets sowie Hinterpommerns bis Stolp.

B. P.

**Władysław Szulist, Archiwa parafialne powiatu chojnickiego.** [Pfarrarchive im Kreis Konitz.] In: Gdańskie Zeszyty Humanistyczne 20 (1977) [1978] Nr. 24, S. 129-134. — Der Verf. berichtet über die Situation der katholischen Kirchenbücher in den einzelnen Pfarreien des Kreises und gibt eine detaillierte Darstellung über Inhalt und Laufzeit des Aktenmaterials, das in einigen Pfarreien erhalten ist.

B. P.

**Irena Janosz-Biskupowa, Uwagi Petera Letkemanna o historii archiwów miejskich w byłych Prusach Zachodnich.** [Anmerkungen zu Peter Letkemann über die Geschichte der Stadtarchive im ehemaligen Westpreußen.] In: ZH 44 (1979) H. 1, S. 91-96. — Der Beitrag korrigiert und ergänzt in wesentlichen Punkten die Arbeit von P. Letkemann (vgl. ZGAE 39, 1978, S. 190) aufgrund der umfangreichen polnischen Literatur und Archivinventare, die L. nicht herangezogen hat.

B. P.

**Helmut Strehlau, Familienforschung in Westpreußen.** In: Preußenland 17 (1979) S. 33-37. — St. berichtet über die 1946 gegründete „Forschungsstelle Westpreußen“ für westpreußische Familienforschung, die unter seiner Leitung alles familienkundliche Material über Westpreußen sammelt und nach Familiennamen verkartet. Daneben besteht bei dieser Forschungsstelle in 4902 Bad Salzuflen (Geibelstr. 8) eine wertvolle Fachbücherei mit seltenen Nachschlagewerken, Einwohnerverzeichnissen und Zeitschriften, darunter auch Literatur in polnischer Sprache. Mehrere Mitarbeiter werden zur Beantwortung von Anfragen und Verkartung weiteren Materials bei der Forschungsstelle beschäftigt. Sicher führt ermländische Familienforschung bisweilen in den benachbarten westpreußischen Raum hinüber, die Hilfe einer solchen gutorganisierten Stelle wird dann willkommen sein.

A. T.

**Władysław Szulist, Historiografia diecezji chełmińskiej** [Die Geschichtsschreibung über die Diözese Kulm] (1945-1976). In StP 1977 [1980] S. 395

bis 437. — Für jeden, der sich mit der Kirchengeschichte des Bistums Kulm und damit mit der katholischen Kirche Westpreußens beschäftigt, ist diese Vollständigkeit erstrebende Übersicht über die in den letzten 30 Jahren erschienenen Arbeiten ein wichtiges Hilfsmittel. Sie ergänzt die gerade auf dem Gebiet der katholischen Kirchengeschichte Westpreußens recht lückenhafte „Bibliographie zur Geschichte Ost- und Westpreußens“ von E. Wernke, ganz zu schweigen von der völlig unzureichenden und einseitigen „Bibliographie zur Kirchengeschichte von Danzig und Westpreußen“ von H. Neumeyer.

B. P.

**Marian Biskup, Rozwój sieci miast pruskich do drugiej połowy XVII w.** [Die Entwicklung des Städtenetzes in Preußen bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.] In: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej* 28 (1980) Nr. 3, S. 401-412. [1 Karte, frz. Zus.fass.] — B. teilt das 58 000 qkm umfassende Preußenland räumlich auf in das Gebiet des Danziger Pommerellen, das Kulmer Land und in das Terrain zwischen unterer Weichsel und dem Njemen. Hier wird deutlich, wie sehr die Besiedlungsdichte von verkehrsgeographischen Gegebenheiten abhing. Am günstigsten verlief die Entwicklung in den Tälern längs der Flußläufe, vor allem der Weichsel und des Pregels, während sich Sümpfe und Wälder sowie fehlende Verbindungen zum offenen Meer für den Siedlungsprozeß als nachteilig erwiesen. Die Anlage städtischer Siedlungen setzte am ehesten im Kulmer Land ein, wo bereits vor der Ordenszeit ein verhältnismäßig dichtes Netz von Ansiedlungen existierte — Biskup zählt etwa 200 —, die zumeist in Anlehnung an Burgen entstanden waren. Unter dem Deutschen Orden erhielt Kulm bald eine beherrschende Rolle zugewiesen, die weit über die Grenzen des Kulmer Landes hinausging und den gesamten Ordensstaat betraf. Wie in Kulm so knüpfte nach Ansicht B.s auch in Thorn die ordenszeitliche Stadtsiedlung an eine ältere slawische Niederlassung an, wofür die Ergebnisse archäologischer Ausgrabungen geltend gemacht werden. Kulm und Thorn waren die Muster für die nach dem Kulmer Recht angelegten weiteren Stadtsiedlungen im Preußenland, von denen der Verf. hier einige Beispiele aufzählt. Im Danziger Raum begann sich ein städtisches Siedlungsnetz erst in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu entwickeln. Es hatte bei weitem nicht die Dichte wie im Kulmer Land. Während dort eine Stadt auf eine Fläche von ca. 330 qkm entfiel, waren es im Danziger Gebiet durchschnittlich 806 qkm pro Stadt. Ähnlich war die Situation in Ostpreußen, wo eine städtische Siedlung auf rund 770 qkm kam. Solche statistischen Berechnungen können indes die wirkliche Lage nur sehr bedingt wiedergeben, weil auf Grund der verschiedenen verkehrsgeographischen Gegebenheiten große Unterschiede auch in einem engen Siedlungsraum entstehen können.

St. H.

**Heinz Neumeyer, Das Kloster Oliva. Zu seiner Begründung vor 800 Jahren.** In: *Westpreußen-Jahrbuch* 28 (1978) S. 5-12. — Der einseitig von Nationalitäten- und Konfessionsgesichtspunkten bestimmte Abriss der Geschichte des Klosters Oliva zeugt von mangelndem historischen Verständnis und Unkenntnis über das Wesen der mittelalterlichen Ordensgründungen.

B. P.

**Ulrich Tolksdorf, Essen und Trinken in alter und neuer Heimat.** In: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 21 (1978) S. 341-364. — Der Autor geht der Frage nach, wie es mit dem „Geschmackskonservatismus“, dem „Geruchs- und Geschmacksgedächtnis“ von Menschen steht, die aus ihrer gewohnten Heimat in eine ungewohnte Fremde „ingesiedelt“ sind. Er legt

das Ergebnis einer von ihm in den Jahren 1964 bis 1972 durchgeführten Befragung von Gewährspersonen aus Ost- und Westpreußen vor und kommt zu dem Schluß: „Speisen und Getränke bekommen einen beträchtlichen heimatlich-regionalen Symbol- und Kulturwert zugesprochen. Speisen und Getränke können am ehesten Identifikationsmöglichkeiten bieten, da sie leichter verfügbar erscheinen als andere kulturelle Merkmale einer Region“ (S. 361). Der Autor macht verständlich, daß „Essen und Trinken“ nicht einfach „Nahrungsaufnahme“ darstellen, sondern von kulturellen Traditionen geprägt und abhängig sind, die bereits in der Kindheit vermittelt wurden. Die „Umsiedlung“ von Ost- und Westpreußen in die heutige Bundesrepublik führt zu einem „Kulturzusammenstoß“, zumal dann, wenn sie mit einem Wechsel von bäuerlicher zu städtisch-bürgerlicher Haushaltsführung verbunden ist. Bei aller Annahme von Neuerungen in den Ernährungsgewohnheiten tritt das Beibehalten des heimatlich-heimischen „Nahrungsverhaltens“ dann in den Vordergrund, wenn es zur Bewahrung der eigenen kulturellen Identität „in aller Öffentlichkeit“ beiträgt. Der „demonstrative Konsum“ von heimatlichen Speisen und Getränken dient zugleich der Abgrenzung zur Umwelt wie der Vergewisserung des Eigen-Besonderen. Das gilt, in einem durchaus nicht demonstrativen Sinn, auch für die „Endo-Küche“, die Werktags- und Sonntagsspeisen in der Familie selbst. Zu dem Beharrendsten auf dem ganzen „Nahrungssektor“ zählt der „Gewürzkomplex“. Der Autor vermittelt viel Einsicht in die scheinbar so schlichte „Nahrungsaufnahme“. J. S. Erhard Riemann, *Der Klingerstock, ein altes Hirtengerät in Ost- und Westpreußen*. — Ebd. 22 (1979) S. 118-132. [5 Abb.] — Ein Stock aus „Weichholz“ oder „jungem Eichenholz“, mitunter eine Astgabel, über die bis zu zehn Eisenringe locker gestreift wurden und beim Aufstoßen auf den Boden zu „klingern“ oder auch „klimpern“ anfangen, der „Klingerstock“ als ein altes Hirtengerät, bildet den Inhalt der Darstellung von Erhard Riemann. Angeregt durch eine Abhandlung des steirisch-österreichischen Volkskundlers Karl Haiding über den „Ringstock“, hat er zusammengetragen, was sich an ost- und westpreußischen Zeugnissen über dieses mitunter als „magisch“ angesehene „Zepter“ des beruflich-angestellten Hirten ergibt: „Loat rut, loat rut!“ (= laßt heraus) beim Austrieb aus dem Stall, „Hoal röm, hoal röm!“ (= hole herum) beim Meiden fremder Weideflächen wurde dem Vieh mit dem Aufstoßen und Stampfen des Stockes durch das Klirren und Rasseln der Eisenringe über dem Schlupfholz ins Ohr „geklingert“. Kürzlich sah ich auf dem Rochusberg bei Bingen eine Abbildung des hl. Wendelinus, der auch solch einen „Klingerstock“ in der Hand hatte. Es wäre zu wünschen, daß Erhard Riemanns Darstellung nicht nur Volkskundler, sondern auch Museumsdirektoren bewegen könnte. J. S.

## II. Ur- und Frühgeschichte

Bearbeitet von Ralf Köhler

Ryszard Mazurowski, *Sprawozdanie z badań wykopaliskowych na stanowisku baglennym w Barkwedzie, powiat olsztyński*. [Bericht über Ausgrabungen auf einer Moorstation in Bergfriede, Kreis Allenstein.] In: RO 11 (1975) [1980] S. 179-186. [2 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Der Fundplatz wurde bei Kanalbauarbeiten im Jahre 1934 entdeckt. Im Moor fand man

regelmäßige Pfostensetzungen und Funde vom Mesolithikum bis zur vorrömischen Eisenzeit (H. Gross, Prussia 1939). Um die Stelle genauer zu lokalisieren und zu datieren, wurden drei Probeschnitte angelegt. Von den bis zu sieben Schichten enthielten Schicht 2, 3, 5 und 6 Holz- bzw. Holzkohlenreste. Nur die in Schicht 6 gefundene Scherbe der Kamm- und Grübchenkeramik ist archäologisch genauer datierbar.

**Jan Dąbrowski — Tadeusz Malinowski — Małgorzata Mogielnicka, Sprawozdanie z badań zespołu osadniczego kultury lużyckiej w wsi Woryty, powiat olsztyński, w 1973 roku.** [Bericht über Forschungen an einem Siedlungskomplex der Lausitzer Kultur im Dorf Woritten, Kreis Allenstein, im Jahre 1973.] Ebd. S. 187-196. [3 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Der behandelte Siedlungskomplex umfaßt das Gräberfeld Stat. 1 und die Siedlungen Stat. 2, 4, 5. Bei den Ausgrabungen 1973 wurde die Ausdehnung des Gräberfeldes ermittelt. Ferner wurde auf Stat. 2 die frühere Feststellung bestätigt, daß die Siedlung zwei Phasen aufweist. Bei Stat. 5 wurde nachgewiesen, daß es sich um eine Siedlung handelt, die ähnlich wie die beiden anderen in strategisch günstiger Lage errichtet wurde. Interessant ist die Hypothese, daß die Siedlung jeweils verlegt wurde, wenn die Erträge der umliegenden Felder nachließen. Somit wären die drei bekannten Siedlungen einer Siedlungsgruppe zuzurechnen, die ihre Toten auf dem Gräberfeld Stat. 1 bestattete. Datiert wird der Siedlungskomplex in die Bronzezeit, Periode IV-VI.

**Adam Waluś, Sprawozdanie z badań osiedla obronnego w Tarlawkach, powiat węgorszewski.** [Bericht über Forschungen auf einer befestigten Siedlung in Taberlack, Kreis Angerburg.] Ebd. S. 197-203. [2 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Bei Taberlack wurde die erste große befestigte Siedlung der westbaltischen Hügelgräberkultur in dieser Region untersucht. Die Befestigungsanlagen lassen zwei Phasen erkennen. Eine dritte Phase ist nur in den Siedlungsschichten erfaßt. Da aussagefähige Metallfunde fehlen, ist trotz der zahlreichen Keramik eine genaue Datierung schwierig. Die Fundstelle dürfte aber in der gesamten La-Tène-Zeit besiedelt gewesen sein. Besonders interessant sind etliche Reste von Gußformen, die die Bronzeverarbeitung an diesem Platz belegen.

**Lucia Okulicz, Sprawozdanie z badań cmentarzyska z wczesnej epoki żelaza w Rembielinie, powiat przasnyski.** [Bericht über Forschungen an einem Gräberfeld in Rembielin, Kreis Przasnysz.] Ebd. S. 205-210. [1 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Die westbaltische Hügelgräberkultur (500 v. bis 100 n. Chr.) entwickelte sich vor allem in Ermland, Masuren, auf der samländischen Halbinsel und in den nördlichen Gebieten Masowiens. Viele Denkmäler aus dem Kreis Przasnysz zeigen, daß sich diese Kultur hier in Masowien nicht anders als im übrigen Verbreitungsgebiet entwickelte, wenn auch die Einflüsse der benachbarten Kulturen, wie der Glockengräberkultur, nicht zu übersehen sind. Rembielin liegt an einem verkehrsmäßig besonders günstigen Punkt. Das Gräberfeld wird von der Mitte des 1. Jahrtausends v. Chr. bis kurz nach Chr. Geb. datiert. Die Fundstelle ist durch die Keramik der westbaltischen Hügelgräberkultur zugewiesen, doch zeigen sich selbst in den Grabsitten starke Einflüsse der benachbarten Kulturen. Mindestens ebenso wichtig sind aber auch die zahlreichen Importfunde aus Rembielin, die für einige Phasen der Hügelgräberkultur erstmals eine genauere archäologische Datierung ermöglichen. Die Ausgräberin bringt die reiche Ausstattung der Gräber — vor allem die Importe — mit der Bernsteinstraße in Verbindung.

**Tadeusz Baranowski — Krzysztof Dąbrowski — Danuta Kowalczyk — Katarzyna Meyza, Sprawozdanie z badań wykopaliskowych w Tymniamach, powiat olsztyński, w 1973 roku.** [Bericht über Ausgrabungen in Daumen, Kreis Allenstein, im Jahre 1973.] Ebd. S. 211-216. [2 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Im Rahmen des Forschungsprogrammes zur Ethnogenese der Slawen wurden 1973 die Ausgrabungen in Daumen auf der frühmittelalterlichen Siedlung Stat. 2 („Rybaczówka“) fortgesetzt. Unter den 18 entdeckten Objekten fallen zwei große S-förmige Gruben auf, die sich jeweils aus zwei nebeneinander liegenden Gruben zusammensetzen. Sie werden als Werkstätten interpretiert. Im Hinblick auf die reich ausgestatteten Gräber mit Pferden von Daumen Stat. 1 („Most“) verdient ein Pferdeschädel aus der Siedlung Beachtung, der als Opfer angesehen wird. Die Keramik wird als grob, dickwandig und häufig verziert beschrieben. Bei künftigen Forschungen an der Peripherie der Siedlung hofft man, weitere Werkstätten zu finden.

**Iwona Dąbrowska — Ryta Kozłowska, Sprawozdanie z badań wykopaliskowych osady wczesnośredniowiecznej w Franknowie, powiat biskupiecki, w 1973 roku.** [Bericht über Ausgrabungen auf einer frühmittelalterlichen Siedlung in Frankenau, Kreis Bischofsburg, im Jahre 1973.] Ebd. S. 217-224. [3 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Innerhalb der Forschungen zur Ethnogenese der Slawen wurden 1973 die Ausgrabungen in Frankenau fortgesetzt. Gefunden wurden dabei elf Gruben, ein Ofen und eine Feuerstelle. Zwei Gruben gelten als Wohnbauten — ein Grubenhaus und eine Halberdhütte. Aufmerksamkeit verdient der Ofen, der von drei Hütten umgeben war, das Ganze wird als Werkstattkomplex einer Schmiede interpretiert. Unter den Funden fallen neben der Keramik verglast-verschlackter Lehm, Eisenschlacke, Tontiegel und Holzkohle — ausschließlich von Buche — auf. Die Ausgräber sehen die bisherige Datierung, Ende 6. bis Anfang 9. Jahrhundert, durch das neue Material bestätigt.

**Danuta Lempka—Wojciech Nowakowski, Sprawozdanie z badań weryfikacyjnych przeprowadzonych w powiatach mragowskim i piskim w 1973 roku.** [Bericht über Verifikationsforschungen in den Kreisen Sensburg und Johannsburg im Jahre 1973.] Ebd. S. 225-234. [2 Abb., engl. u. russ. Zus.fass.] — Das hier behandelte Gebiet am Spirding-See zählt zu den Regionen, in denen bis 1945 — zumeist von Laien — zahlreiche kaiserzeitliche Gräberfelder geborgen und oft nur unzureichend publiziert wurden. Die Funde gingen im zweiten Weltkrieg verloren. Die Autoren unternahmen den Versuch, 17 Stationen aus den Kreisen Sensburg, Ortelsburg und Johannsburg im Gelände zu lokalisieren, was nur bei knapp einem Drittel möglich war. Dennoch muß das Ergebnis als Erfolg gewertet werden wegen der tiefgreifenden Veränderungen nach dem Kriege. Solche Arbeiten sind Grundlage und Voraussetzung für weitere Forschungen.

### III. Von der Gründung des Ordensstaates bis zum Zweiten Thorner Frieden (1466)

**Zenon Nowak, Das mittelalterliche Preußenland im Schulbuch der Volksrepublik Polen.** In: Preußenland 16 (1978), Nr. 3/4, S. 6-19. — Der Verf. analysiert die Darstellung der mittelalterlichen Geschichte Preußens in vier polnischen Schulbüchern für die 5. und 6. Klasse der Grundschule (die 11-12jährigen) und für die 1. und 2. Klasse der Oberschule (15-16jährige). Er

vermittelt dabei ein anschauliches Bild von Inhalt und Tendenz des Lehrstoffes. Nimmt man die entsprechenden Untersuchungen über die bundesdeutschen Schulbücher dazu (U. Arnold, *Der Deutsche Orden im Schulbuch der Bundesrepublik Deutschland*, In: *Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht* 16, 1975, S. 276-291, und P. G. Thielen, *Die Lernzielproblematik im Unterricht über die Geschichte des Deutschen Ordens* ebd. S. 291-299), dann sieht man, wie weit die Auffassungen auseinanderklaffen, wie unterschiedlich das Geschichtswissen ist, das deutsche und polnische Schüler prägt. Wer die nüchternen Darstellungen beider Seiten liest — und die Lektüre kann nur empfohlen werden —, wird die Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche nicht mehr nur negativ beurteilen.

B. P.

**Hans Niedermeyer, Die Franziskaner in Preußen, Livland und Litauen im Mittelalter.** In: *Zeitschrift für Ostforschung* 27 (1978) S. 1-31. [Engl. Zus.fass.] — Der Verf. gibt einen Überblick über die Niederlassungen der Franziskaner und ihre Tätigkeit im Deutschordensland und in Litauen. Die unkritische und einseitige Stellungnahme zugunsten des Deutschen Ordens und die Beurteilung der Leistung der Bettelorden unter vorwiegend nationalen Gesichtspunkten — prodeutsch die Franziskaner, propolnisch die Dominikaner — zeigt das fehlende Verständnis des Verf. für die mittelalterliche Geistes- und Kirchengeschichte.

B. P.

**Antoni Czacharowski, Die Bruderschaften der mittelalterlichen Städte in der gegenwärtigen polnischen Forschung.** In: *Bürgerschaft und Kirche*. Hrsg. von Jürgen Sydow. (Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung, Bd. 7). Sigmaringen: Jan Thorbecke 1980, S. 26-37. — Die Stadtgeschichtsforschung und die Religionssoziologie haben die mittelalterlichen Bruderschaften als ein aufschlußreiches Arbeitsgebiet entdeckt. Der Verf. gibt einen Überblick über die in Polen vorliegenden Arbeiten und referiert ausführlich die 1977 erschienene, mustergültige Dissertation von Hanna Zaremska über die Bruderschaften im mittelalterlichen Krakau. In einem Exkurs bedauert er, daß die in Polen erschienenen Monographien über die preußischen Städte die religiösen Bruderschaften bislang vernachlässigt hätten, und zeigt am Beispiel der Thorner Bruderschaften, wie wichtig ihre Rolle für die Erfassung der Sozialstruktur der Städte ist. An der Universität Thorn ist eine Dissertation über die geistlichen Bruderschaften in den Städten des Deutschordenslandes in Arbeit, auf die die Leser dieser Zeitschrift gespannt sein dürfen.

W. Th.

**Józef Mitkowski, Warmia w dawnej historiografii krakowskiej.** [Das Ermland in der alten Krakauer Geschichtsschreibung.] In: *RO* 11 (1975) [1980] S. 11-29. (Engl. u. russ. Zus.fass.) — Der weitaus größte Teil des Aufsatzes bringt Nachweise über die Erwähnung des Landes Preußen und der Prußen durch Krakauer Chronisten und Geschichtsschreiber seit dem 10. Jahrhundert. Das Ermland selbst wird erstmals von Jan Długosz in seiner großen „Geschichte Polens“ in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts berücksichtigt, in der er über die Ereignisse des 13jährigen Städtekrieges wie auch über die Auseinandersetzungen der Bischöfe Paul von Legendorf und Nikolaus von Tüngen mit ihren Nachbarn ausführlich berichtet.

B. P.

**Kazimierz Dąbrowski, Działalność społeczna cystersów w Oliwie XII — XVI wieku.** [Die öffentliche Tätigkeit der Zisterzienser in Oliva vom 12. bis 16. Jahrhundert.] In: *Summarius. Sprawozdania Towarzystwa Nau-*

kowego Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego Nr. 3 (23), 1974 [1978] S. 131-138. — Der ausgewiesene Kenner der Geschichte des Zisterzienserklosters Oliva schildert die Missionstätigkeit und die seit der Reformation zunehmenden seelsorgerischen Aufgaben der Zisterzienser, ihr Bemühen um die Ausstattung ihrer Patronatskirchen sowie ihr karitatives und pädagogisches Engagement.

B. P.

**Grzegorz Falkowski, Dzieje toruńskiego szpitala św. Ducha w średniowieczu.** [Die Geschichte des Thorner Heiligeist-Hospitals im Mittelalter.] In: *Kwartalnik Historii Kultury Materialnej* 27 (1979), Nr. 1, S. 3—15. [2 Abb., dt. Zus.fass.] — Die Geschichte des 1242 durch den Deutschen Orden in Thorn gegründeten Heiligeist-Hospitals wird bis zum Ende des 15. Jahrhunderts anhand der Literatur aufgearbeitet, wobei die Praxis der Krankenfürsorge und die Verwahrung des Hospitals sowie seiner Liegenschaften im Mittelpunkt stehen.

B. P.

**Anneliese Triller, Das Martyrium des hl. Adalbert von Prag.** Wo wurde er von heidnischen Preußen im Jahre 997 erschlagen? In: *Westpreußen — Jahrbuch* 30 (1980) S. 21-26. — Die Historiker geben zwei einander widersprechende Antworten: Tenkitten im Samland und Heiligenwalde an der Sorge südlich des Drausensees. Die Verf. trägt die Argumente, die für die eine und für die andere Version sprechen, sehr anschaulich vor und kommt zu dem Ergebnis, daß die Frage weiterhin ungelöst bleibt.

B. P.

**Jan Powierski, Wybuch II powstania pruskiego a stosunki między Zakonem Krzyżackim i książętami polskimi (1260-1261).** [Der Ausbruch des zweiten preußischen Aufstandes und die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und den polnischen Fürsten (1260-1261).] In: *KMW* Nr. 3 (149), 1980, S. 303-324. [Dt. Zus.fass.] — P. schildert die politische Konstellation nach der durch den Deutschen Orden verlorenen Schlacht von Durben, die den zweiten Aufstand der Prußen zur Folge hatte. Die unter sich zerstrittenen polnischen und pommerellischen Fürsten nutzten die Situation im politischen Kampf gegeneinander. Nur Ziemowit von Masowien und Sambor II. von Pommerellen unterstützten den Orden, der durch die inneren polnischen Machtkämpfe seine Position im Kulmerland verselbständigen konnte.

B. P.

**Udo Arnold, Der Erwerb Pommerellens durch den Deutschen Orden.** In: *Westpreußen — Jahrbuch* 30 (1980) S. 27-37. — A. schildert in einer knappen Skizze die unterschiedlichen staatspolitischen Interessen der Nachbarn — Brandenburg, Polen, Preußen — an Pommerellen und die Vorgänge, die zum Erwerb des Landes durch den Deutschen Orden führten, und weist abschließend auf die moralische Beurteilung dieses Landerwerbs hin, die bis heute die polnische Geschichtsschreibung beherrscht und den deutsch-polnischen Dialog belastet.

B. P.

**Jarosław Wenta, Zaginiony rocznik oliwski z XIII/XIV wieku.** [Ein verlorenes Olivaer Jahrbuch aus dem 13./14. Jahrhundert.] *ZH* 45 (1980), H. 3, S. 7-24. [Dt. Zus.fass.] — Der Autor unternimmt den Versuch, Annalen des Klosters Oliva zu rekonstruieren, die von den Verfassern des *Chronicon Olivense* und der Thorner Annalen, aber auch von Detmar von Lübeck als Grundlage ihrer Geschichtswerke benutzt wurden.

B. P.

**Jarosław Wenta, Kronika Piotra z Dusburga a dzieje Zakonu Krzyżackiego zawarte w Kronice oliwskiej.** [Die Chronik Peters von Dusburg und die Geschichte des Deutschen Ordens im *Chronicon Olivense*.] In: *Studia Źródloznawcze* 25 (1980) S. 121-132. [Frz. Zus.fass.] — Die Abhängigkeit der um 1351 verfaßten Olivaer Chronik von der älteren preußischen Chronik

nistik und Annalistik wird erneut untersucht, wobei der Verf. — vor allem in Auseinandersetzung mit Perlbach (1870), Pollakówna (1968) und G. Labuda (1971) — neben der bekanntesten Chronik Peters von Dusburg zwei weitere, vom Deutschen Orden „nicht zensierte“ und nicht erhaltene Fassungen derselben Chronik vermutet, auf deren letztere sich der Schreiber des Chronicon Olivense gestützt habe.

B. P.

**Gerard Labuda, O opacie Stanisławie, autorze kroniki oliwskiej z połowy XIV wieku.** [Über den Abt Stanislaus, den Verfasser der Olivaer Chronik aus der Mitte des 14. Jahrhunderts.] In: KMW Nr. 1 (147), 1980, S. 3-16. [Dt. Zus.fass.] — Die umstrittene Frage der Autorschaft der Olivaer Chronik, die die Geschichte des Zisterzienserklosters bis zum Jahre 1349 und zugleich in einem Exkurs die Anfänge des Deutschen Ordens in Preußen beschreibt, wird anhand des umfangreichen Urkundenmaterials erneut untersucht. Im Gegensatz zu Hirsch, Töppen und Maschke, die in Gerhard von Brunswalde, Prior des Klosters um 1387, und zu Perlbach, der in einem unbekanntem Notar den Verfasser der Chronik sahen, kommt L. zu dem überzeugenden Ergebnis, daß Abt Stanislaus (1330-1356) selbst die Chronik geschrieben habe, eine Hypothese, die schon der erste Herausgeber dieser wichtigen Geschichtsquelle, Wojciech Kętrzyński, 1886 aufgestellt, aber nicht ausreichend bewiesen hatte.

B. P.

**Udo Arnold, Preußen, Böhmen und das Reich — Karl IV. und der Deutsche Orden.** In: Kaiser Karl IV. Staatsmann und Mäzen, hrsg. von F. Seibt. 2. Aufl. München 1978, S. 167-173, Anm. S. 450-452. — A. sieht das Verhältnis Karls IV. zum Deutschen Orden generell als zurückhaltend und reserviert an. Zwar verlieh der Kaiser dem Orden im Reich eine Reihe von Vergünstigungen, aber sie galten nur einzelnen Ordensangehörigen, oder sie lagen im Interesse seiner eigenen Reichspolitik. Der Freundschaftsvertrag mit Polen, 1348 in Namslau abgeschlossen und acht Jahre später erneuert, widersprach direkt den Ordensinteressen, ebenso wie Karls IV. Manifest an die Litauer. In diesem Rahmen muß man auch die Privilegienbestätigungen des Kaisers für das Ermland aus dem Jahre 1356 sehen, die ebenfalls gegen die politischen Intentionen des Ordens gerichtet waren.

B. P.

**Bernhard Jähnig, Der Deutsche Orden und Karl IV.** In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 114 (1978) S. 103-149. — Nach J. fand der Ordensstaat Preußen bei Karl IV. kein unmittelbares Interesse. Deshalb beurteilt der Verf. auch das Verhältnis des Kaisers zum Hochmeisterstaat positiver als U. Arnold, der stärkere Akzente setzt und dessen Einschätzung der kaiserlichen Ostpolitik mehr überzeugt.

B. P.

**Klaus Militzer, Ein Elbinger Pfundzollregister aus dem Herbst des Jahres 1398.** In: Preußenland 17 (1979) Nr. 1/2, S. 14-31. — Die Schonenschen Märkte an der Durchfahrt von der Ostsee zur Nordsee waren vor allem für den Herings- und Salzhandel der preußischen Städte bedeutsam. Das ergibt die Auswertung eines sieben Seiten umfassenden, unzureichend gekennzeichneten Pfundzollregisters im Ordensbriefarchiv, das der Autor als Verzeichnis von Elbinger Schonensfahrern des Herbstes 1398 ausmachen kann. Die ungewöhnliche Höhe der Zolltarife und die Verzollung von Schiffswerten stand mit dem Gotlandfeldzug des Deutschen Ordens im Zusammenhang. Bei der Identifizierung der rund 80 genannten Elbinger Schiffseigner und Kaufleute hätte das von Hans W. Hoppe in der Reihe der Beihefte dieser Zeitschrift herausgegebene Elbinger Stadtbuch gute Dienste leisten können.

W. Th.

**Antoni Czacharowski, Die Führungsschicht in Thorn (Toruń) am Anfang des 15. Jahrhunderts. Ihre politische und ökonomische Problematik. In: Städtische Führungsgruppen und Gemeinde in der werdenden Neuzeit. Hrsg. von Wilfried Ehbrecht. Köln/Wien: Böhlau 1980, S. 349-356.** — Die schwankende Haltung der Stadt Thorn gegenüber den kämpfenden Mächten im Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen 1409-1411 führt der Autor auf den Niedergang der Thorner Wirtschaft und die Unterrepräsentation der vermögensstarken Handwerkerschicht in den städtischen Führungsgremien zurück. W. Th.

**Ireneusz Czarciński — Jerzy Przeracki, Społeczne funkcje Bractwa Najświętszej Marii Panny w Nowym Mieście Toruniu.** [Die gesellschaftlichen Funktionen der Bruderschaft Unserer Lieben Frau in der Neustadt Thorn.] In: Acta Universitatis Nicolai Copernici. Nauki Humanistyczne—Społeczne 117. Historia 17 (1980) S. 109-149. [Dt. Zus.fass.] — Schon die Übersetzung des Begriffs Bruderschaft mit „Verein“ im deutschen Resümee ist symptomatisch für die Beurteilung der „gesellschaftlichen Funktionen“ dieser religiösen Vereinigung durch die Verf., die die Mitglieder der Bruderschaft, die dem Handwerkerstand und dem besitzenden Bürgertum angehörten, als „Pöbel“ und „gemeines Volk“ klassifizieren und damit einen politischen und sozialen Gegensatz zu den „Regierenden“, Ratsherren und Schöffen, konstruieren, bis hin zum Thorner Aufstand von 1456, an dem die Bruderschaft einen maßgeblichen Anteil gehabt haben soll. — Brauchbar ist der Quellenanhang: neben den schon von Strehlke und Semrau veröffentlichten Statuten und dem Zinsverzeichnis von 1435 das Register der der Bruderschaft gehörenden Zinsen aus dem Jahre 1454 und ein Mitgliederverzeichnis von 1455. B. P.

**Udo Arnold, Reformatorskie tendencje w Zakonie Kryżackim w Prusach w I połowie XV wieku.** [Reformansätze im Deutschen Orden in Preußen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts.] In: ZH 45 (1980), H. 4, S. 7-19. [Dt. Zus.fass.] — Die Schrift des Karthäusermönches Heinrich Beringer an Hochmeister Paul von Rusdorf rief 1427 zur inneren Erneuerung der geistlichen Korporation auf, was auch Verfügungen zur Hebung der Ordenszucht zur Folge hatte. Die 1442 erarbeitete Regelneufassung wird hier erstmals genau untersucht. Sie stellt keine Reform im geistigen Sinne dar, sondern ist ein rein formaler Rückgriff auf das Ordensbuch des 13. Jahrhunderts. Hinzu kamen die Berufungen des Deutschmeisters auf die sog. „Orselnschen Statuten“, die allein im Interesse der Vergrößerungen seiner eigenen Autonomie lagen. B. P.

#### **IV. Vom Zweiten Thorner Frieden bis zur Ersten Teilung Polens (1466-1772)**

**Janusz Mallek, Königliches Preußen, Ordensstaat und Herzogtum Preußen im 15. und 16. Jahrhundert. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 115 (1979) S. 1-14.** — Der Verf. stellt die Gemeinsamkeiten zusammen, die die beiden Landesteile auch nach der durch den Zweiten Thorner Frieden 1466 erfolgten Teilung Preußens weiter miteinander verbanden. Das waren sowohl gefühlsmäßige Bindungen, wie sie bei den preußischen Chronisten ihren Ausdruck fanden, als auch das verbindlich anerkannte allgemein-preußische Indigenat und das in beiden Teilen des Landes weiter geltende Kulmer Recht. Hinzu kam die parlamentarische Zusammenar-

beit der Stände auf den Gebieten der Münze, der Landesordnungen, der Zoll- und Verteidigungspolitik sowie in Schiedsgerichtssachen. B. P.

**Irena Janosz-Biskupowa, Zainteresowania archiwalno-historyczne biskupów warmińskich w początkach XVI w.** [Archivalisch-historische Interessen der ermländischen Bischöfe am Anfang des 16. Jahrhunderts.] In: Acta Universitatis Nicolai Copernici. Nauki Humanistyczno-Społeczne 114. Historia 16 (1980) S. 89-97. [Dt. Zus.fass.] — Hierbei geht es nicht um „archivalisch-historische Interessen“ der Bischöfe Lukas Watzenrode und Fabian von Lossainen, sondern um die von ihnen angelegten Urkundensammlungen zum Nachweis der Ansprüche Polens auf Preußen bzw. der Rechtstitel des Deutschen Ordens auf das Land. Dahinter stehen also handfeste politische Interessen und Parteinahmen. B. P.

**Siegfried Fornaçon, Urban Störmer aus Marienburg.** Der erste evangelische Kirchenliederdichter aus Altpreußen. In: Westpreußen-Jahrbuch 29 (1979) S. 60-72. — Erst vor wenigen Jahren fand sich ein bisher unbekanntes ostpreußisches evangelisches Gesangbuch, das 1584 in Königsberg bei Georg Osterberger gedruckt wurde. Darin stehen fünf Kirchenlieder eines aus Marienburg stammenden Urban Störmer, der ca. 1523 geboren wurde. Nach anderen Nachrichten war er der Sohn des gleichnamigen Marienburger Bürgermeisters. 1542 wurde Störmer an der Universität Wittenberg immatrikuliert, wo er Luther persönlich kennenlernte. 1550 war er Rektor der Thorer Johannischule und geriet bald in Konflikt mit Stanislaus Hosius, der damals Bischof von Kulm war und Störmers Entfernung aus der Stadt veranlaßte, nachdem dieser im Gottesdienst reformatorische Neuerungen eingeführt hatte. Störmer ging darauf nach Königsberg, wo er von Herzog Albrecht als Glaubensverfolgter aufgenommen, 1555 zum Professor der Beredsamkeit an der Universität und 1559 auch zum Hofkapellmeister ernannt wurde. Als solcher mußte er Motetten schreiben und religiöse Spiele aufführen lassen. Er starb aber bereits 1565, kaum 42 Jahre alt. Der Verf. gibt die Melodie eines geistlichen Liedes von Störmer in Noten wieder, dazu die Texte der fünf bekanntgewordenen Kirchenlieder, die in einzelnen Wendungen Anklänge an Luthers Lieder enthalten. A. T.

**Janusz Mallek, Prusy Książęce, Polska i Rzesza w czasach księcia Albrechta.** [Das Herzogliche Preußen, Polen und das Reich zur Zeit des Herzogs Albrecht] (1525-1568). In: KMW 3 (149), 1981, S. 327-338. [Dt. Zus.fass.] — Der Aufsatz ist identisch mit der in deutscher Fassung in dem Sammelband „Horneck, Königsberg und Mergentheim“ veröffentlichten Arbeit (vgl. ZGAE 40, 1980, S. 167). B. P.

**Andrzej Kempfi, Albrecht pruski a polscy pisarze czasów zygmunto-wskich.** Epizod z historii niemiecko-polskich stosunków kulturalnych w XVI w. [Albrecht von Preußen und die polnischen Schriftsteller zur Zeit Sigismunds. Eine Episode aus der Geschichte der deutsch-polnischen Kulturbeziehungen im 16. Jahrhundert.] In: Zeszyty Naukowe Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego 22 (1979) [1981], Nr. 4 (88), S. 27-36. [Dt. Zus.fass.] — Im Mittelpunkt der Abhandlung stehen die Beziehungen Herzog Albrechts in Preußen zu den polnischen Schriftstellern Jan Kochanowski, Mikołaj Rej und Andrzej Frycz Modrzewski. Seine erste Reise nach Königsberg unternahm Kochanowski bereits im Jahre 1552. Schon drei Jahre später weilte er erneut am Ufer des Pregels und kam hier in Kontakt mit Herzog Albrecht, dem er verschiedene lateinische Gelegenheitsgedichte widmete. Neben dem persönlichen entwickelte sich ein brieflicher Kontakt zwi-

schen dem der Reformation zugetanen polnischen Dichter und dem Fürsten, von dem er nach Ausweis der Quellen ein Geldgeschenk von 50 Mark Preußisch erhielt. Auch Mikołaj Rej stand in Verbindung mit Herzog Albrecht. Von ihm heißt es, daß er nicht nur ein Sympathisant, sondern ein glühender Verfechter der Reformation gewesen ist. 1563 ist einer seiner Söhne am Königsberger Hof in der Umgebung des jungen Albrecht Friedrich, des späteren Herzogs in Preußen, bezeugt. Am bedeutendsten waren jedoch die Kontakte, welche der Verfasser der staatsrechtlichen Schrift „De re publica emendanda“, Andrzej Frycz Modrzewski, zu Herzog Albrecht unterhielt. Bereits 1548 weilte er das erste Mal in Königsberg, allerdings nicht als Student, sondern als Sendbote des polnischen Königs Sigismund August. Hierbei ging es um die Streitsache zwischen Herzog Albrecht und dem Heiligen Römischen Reich, an der die Krone Polen als preußischer Oberlehensherr beteiligt war. Modrzewski wies die Angriffe der Habsburger gegen den Herzog zurück und empfahl vielmehr dem Kaiser, seine Waffen gegen die Ungläubigen, statt gegen „Mitgenossen, vereint durch gemeinsame Gesetze, Sitten, Pflichten, Bande des Blutes und des Zusammenlebens“ zu richten. St. H.

**Roman Marchwiński, Kromer a Grodecki. Podstawy kartograficzne Kromerowskiej Polonii.** [Kromer und Grodecki. Die kartographischen Grundlagen der Kromerschen Polonia.] In: Acta Universitatis Nicolai Copernici. Nauki Humanistyczno-Spoleczne 114. Historia 16 (1980) S. 133-149. [Dt. Zus.fass.] — Der Bischof von Ermland, Martin Kromer, hat als ermländischer Domkantor in den Jahre 1556—1558 eine Geschichte Polens verfaßt, die sich auf die Chroniken der Krakauer Gelehrten Matthias von Miechów und Bernard Wapowski stützte. Zehn Jahre später überarbeitete er sein Werk auf Wunsch des kujawischen Bischofs Stanislaus Karnkowski und gab es schließlich 1577 bei Maternus Cholinus in Köln in Druck (vgl. ZGAE 39, 1978, S. 171-173). Das Werk wurde allseitig gelobt. Noch im 18. Jahrhundert galt die Polonia Kromers als beste Landesbeschreibung Polens (vgl. die Vorrede zu Martin Cromers, Bischoffs von Ermland, Beschreibung des Königreichs Polen, mit einigen Anmerkungen herausgegeben von Andreas Schott, Dantzig 1741, bey George Marcus Knoch). Die verbesserte Fassung von 1577 verdankt ihre Güte nicht zuletzt der Auswertung einer von Waclaw Grodecki bei Johannes Oporinus in Basel herausgegebenen Karte Polens, von der 1938 ein Druckexemplar in der Bayrischen Armeebibliothek in München gefunden wurde. W. Th.

**Andrzej Klonder, Rachunki cechu browarników Starego Miasta Elblaga jako źródła do badań nad produkcją piwa w XVI-XVII w.** [Die Rechnungen der Bierbrauerzunft in der Altstadt Elbing als Quelle für Forschungen über die Bierproduktion im 16.-17. Jahrhundert.] In: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej 28 (1980) Nr. 2, S. 201-210. [Dt. Zus.fass.] — Grundlage für die vorliegende Darstellung sind die im Staatlichen Wojewodschaftsarchiv Danzig verwahrten Rechnungen der Mälzenbräuerzunft der Altstadt Elbing aus den Jahren 1530—1700. Die repräsentative Auswertung von Rechnungen aus diesem Zeitraum ergibt wichtige Angaben über die innere Struktur der Zunft, insbesondere über die Mitgliederbewegung. Hier verlief — je nach der konjunkturellen Lage — die Entwicklung ausgesprochen unterschiedlich. Während im Jahre 1610/11 22 Meister neu aufgenommen wurden, war die Zuwachsrate 1630 gleich Null. Ein Grund für diese Lage war die schwedische Besetzung Elbings in jenem Jahr, die nicht nur die Stadt von ihrem Hinterland abschnitt, sondern auch die Vernich-

tung der in Elbing vorhandenen Malzvorräte bedingte. Denselben Bedingungen wie die Mitgliederbewegung war die Brauereiproduktion in der Altstadt Elbing unterworfen. Sie erreichte in den Jahren 1630/32 nur ein gutes Drittel des Volumens von 1681/82. Neben den Einflüssen von außen spielten bei der Produktionshöhe auch saisonbedingte Schwankungen eine große Rolle. Gewöhnlich wurde in den Monaten März bis Mai sowie November und Dezember das meiste Bier gebraut, während die geringste Produktion im Sommer war. Hier wird deutlich, daß die Produktion nach dem Einbringen der Getreideernte in vollem Gang kam, während im Juni/Juli die Vorräte gewöhnlich aufgebraucht waren. St. H.

**Halina Keferstein, Pisarze związani z Braniewem na przełomie XVI/XVII wieku.** [Mit Braunsberg verbundene Schriftsteller an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert.] In: KMW Nr. 4 (150), 1980 [1981], S. 507-530. [Dt. Zus.fass.] — Durch die Gründung der Jesuitenakademie sowie des Diözesan- und Päpstlichen Seminars erhielt die Stadt in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht nur auf kirchlichem, sondern auch auf kulturellem Sektor eine Bedeutung, die weit über die Grenzen des Ermlands hinausging. Auf Grund des kosmopolitischen Charakters des Jesuitenordens war der Kreis der am Braunsberger Kollegium studierenden Zöglinge breit gefächert. Neben Polen und Deutschen fanden sich in ihren Reihen viele Skandinavier, Russen, Ruthenen, Litauer und sogar vereinzelt Schotten. So verwundert es nicht, daß Braunsberg Dichter und Schriftsteller anzog, zumal die Jesuiten im Sinne ihres Bildungsprinzips der „gescheiten Frömmigkeit“ diese Entwicklung unterstützten. Gemäß den Grundsätzen ihres Ordens betrachteten sie Rhetorik und Dichtkunst als Mittel zur Stärkung und Verbreitung des Glaubens. H. K. führt im folgenden aus, daß viele der mit Braunsberg verbundenen Schriftsteller aus dem Kreis der Zöglinge des Kollegiums und der Seminare kamen. Als Beispiel seien hier der spätere poeta laureatus Lorenz Bojerus, ein Schwede, der Lette Georg Elger und der Verfasser des ersten polnischen Gebetbuches, Marcin Laterna, genannt. In Braunsberg studierten auch der polnische Barockdichter Hieronim Morsztyn sowie der Dramatiker Sebastian Skarga. Wie eng die Beziehungen Braunsbergs zu Katholiken in Schweden besonders in der Regierungszeit Sigismunds III. Wasa gewesen sind, beweist die Tatsache, daß häufig schwedische Namen, z. B. die Gelehrten Messenius und Vastovius, in den Matrikeln der dortigen Bildungsinstitute verzeichnet sind. St. H.

**Maria Bogucka, Mentalität der Bürger von Gdańsk im 16.—17. Jahrhundert.** In: *Studia Maritima* 1 (1978) S. 64-75. — Der von der Polnischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene erste Band der *Studia Maritima* enthält Referate, die bei einer wissenschaftlichen Tagung „Über die Kultur der Ostseestädte“ im September 1975 in Elbing von namhaften polnischen Gelehrten gehalten wurden. Sie betreffen, wie es im Vorwort heißt, ein bisher gegenüber sozio-ökonomischen Themen vernachlässigtes Gebiet: die Kultur im Bereich des Königlichen Preußen vom späten Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert. Da Danzig und das hier behandelte Westpreußen dem Ermland benachbart waren und in vielfachem Austausch mit ihm standen und Elbing in kirchlicher Hinsicht zu ihm gehörte, sind die meisten Artikel auch für den ermländischen Historiker anregend und interessant, zumal darin manche neue Gesichtspunkte herausgearbeitet werden. Maria Bogucka aus Warschau beschreibt die „Mentalität“ der Danziger Bürger im 16. und 17. Jahrhundert in Anlehnung an ähnliche Untersuchungen über Sinnes- und Geistesart sowie das Selbstbewußtsein

bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, die man neuerdings in Frankreich intensiv betreibt. Sie handelt dabei ausführlich über das gut ausgebildete Schulwesen und die Bildung der jungen Generation in Danzig, über die Einflüsse des großen Hafens und fremder Waren sowie den Zustrom von Büchern. Weltanschaulich vorherrschend war der Protestantismus, die Mennoniten erhielten keine Stadtrechte, Quäker und Juden waren diskriminiert. Die Patrizier und reicheren Bürger sprachen vorwiegend deutsch, das Amtssprache war, in der ärmeren Bevölkerung herrschte das Polnische, viele Ausländer lebten in der Stadt. Ein stark entwickelter lokaler Patriotismus war charakteristisch, dazu das Interesse für Geschichte und Politik, Zeitungen und Flugblätter erschienen regelmäßig. Mäßigkeit und Vorsicht wurden angestrebt, dennoch ahmte die Oberschicht den aufwendigen Lebensstil des polnischen Adels nach, das seiner Macht bewußte, gebildete Bürgertum von Danzig „unterlag zweifellos auch den Einflüssen der ‚sarmatischen‘ Denkart“.

**Janusz Tazbir, Sozinianismus in Gdańsk und Umgebung.** Ebd. S. 75-88. — Ähnlich wie in seinem 1976 erschienenen Aufsatz (vgl. ZGAE 39, 1978, S. 210 f.) stellt der Warschauer Historiker das Auftreten der Sekte der Antitrinitarier oder Sozinianer in Danzig und Umgebung seit der zweiten Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert dar. Man ließ jene nicht sehr zahlreichen „Polnischen Brüder“ in dieser Zeit des „labilen Gleichgewichts“ zwischen den anderen Konfessionen so lange in Ruhe, wie sie nicht selber werdend auftraten.

**Stanislaw Salmonowicz, Les gymnases protestants dans la Prusse Royale Polonaise: Leur rôle culturel au XVIII<sup>e</sup> siècle.** Ebd. S. 89-97. — Der Thorner Historiker schildert die bedeutende Rolle, welche die drei „akademischen Gymnasien“, eine Art von „Halbuniversitäten“, seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in Elbing, Danzig und Thorn spielten. Besonders bedeutend war das Thorner Gymnasium, von dem aus seit dem 18. Jahrhundert sich die Gedanken und Lehren von Pufendorf, Leibniz, Descartes, Thomasius und Locke in Polen ausbreiteten. Am Danziger Akademischen Gymnasium wirkten der bekannte Historiker und Rechtswissenschaftler Gottfried Lengnich und Mitte des 18. Jahrhunderts der Philosophieprofessor Michael Hanow, ein Schüler Wolffs, der dessen Philosophie weithin verbreitete. Durch Einflüsse aus Halle und aus Leiden wurden Ideen von Francke, Gottsched und Wolff bekanntgemacht. Die Professoren der Gymnasien spielten eine große Rolle im städtischen Leben bei Festen und Feiern sowie offiziellen Verhandlungen. Auch das Theater- und Musikleben der drei Städte wurde hauptsächlich von den Akademien getragen. Als im Laufe des 18. Jahrhunderts die internationale Rolle dieser städtischen Gymnasien schwand, übten sie doch noch weiterhin Einfluß auf Großpolen und das benachbarte Königreich Preußen aus. So spielten diese Hochschulen eine wichtige Vermittlerrolle zwischen dem aufgeklärten, vorwiegend protestantischen Europa und der polnischen Kultur von damals.

**Lech Mokrzecki, Musikkultur in Gdańsk und Elbląg im 16.-18. Jahrhundert.** Ebd. S. 98-107. — Die Musikkultur in Danzig und Elbing hatte im 16. bis 18. Jahrhundert ein hohes Niveau. An den Gymnasien und Pfarrrschulen wirkten Kantoren, die gleichzeitig als Dirigenten, Kapellmeister und Organisten tätig waren. Im Musikunterricht der Schulen wurde Musiktheorie, Gesang und Umgang mit den Instrumenten gelehrt. Die „Turmbläser“ der Städte spielten auf Pfeifen, Flöten, Trommeln und Trompeten.

Die Zunfimusiker benutzten Streichinstrumente, die städtischen Ratskapellen Blasinstrumente. In Elbing gab es eine Musikgruppe unter dem Stadtmusikus. Erhaltene Manuskripte zeugen von der Aufführung niederländischer, französischer und polnischer Kompositionen. Öffentliche Konzerte fanden bei besonderen Ereignissen statt, z. B. anlässlich von Besuchen polnischer Könige, man konzertierte im Danziger Artushof, in den Sälen der Gymnasien und in den Kirchen.

**Marian Pawlak, Die Universitätsstudien der Jugend der Städte von Königlich Preußen im 16.-18. Jahrhundert.** Ebd. S. 108-112. — Die Söhne der Bürger des Königlichen Preußens suchten zum Studium am häufigsten die nächste Universität in Königsberg auf, bis 1772 wurden dort ca. 2000 Studenten aus Preußen immatrikuliert. Vor allem blühte diese Hochschule während des Dreißigjährigen Krieges, im 18. Jahrhundert nahm der Besuch ab, da man Zwangsrekrutierung zum preußischen Heer fürchtete. Gut besucht waren auch die Universitäten Frankfurt/Oder und Krakau sowie die mitteldeutschen Hochschulen Leipzig und Wittenberg. Von ausländischen Universitäten wählte man gern Leiden. Soweit man den Studiengegenstand feststellen kann, herrschte das Jurastudium vor, es folgen Theologie und zuletzt Medizin. Wohlhabende Bürger ließen ihre Söhne Bildungsreisen durch fremde Länder unternehmen.

**Kazimierz Ślaski, Die Beziehungen der Städte Königlich Preußens mit Dänemark, Norwegen und Schweden auf dem Gebiete der Bildung und Wissenschaft im 16.-18. Jahrhundert.** Ebd. S. 113-117. — Die protestantischen höheren Schulen in Elbing, Danzig und Thorn, die Jesuitenschulen in Braunsberg und Alt-Schottland bei Danzig sowie die Zweigstelle der Krakauer Universität in Kulm hatten einen guten Ruf auch in Dänemark, Norwegen und Schweden. In Braunsberg studierten auch Lutheraner aus diesen Ländern, bis dies von ihren Regierungen verboten wurde. Allerdings besuchten nur wenige Studenten aus dem Königlichen Preußen nordische Universitäten. Umgekehrt weilten kurz oder länger schwedische Flüchtlinge in Westpreußen oder dem Ermland, so Johannes Vastovius und der Frauenburger Domherr Matthias Montanus. Enger waren die Beziehungen der Wissenschaftler Königlich Preußens zu Dänemark, besonders zur Universität Kopenhagen.

A. T.

**Janina Bierniarzówna, Związki kulturalne Krakowa z Warmią od XVI do XVIII wieku.** [Die kulturellen Verbindungen zwischen Krakau und dem Ermland vom 16. bis 18. Jahrhundert.] In: RO 11 (1975) [1980] S. 31-62. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Die Arbeit bietet eine sehr instruktive Zusammenstellung der vielfachen Beziehungen zwischen dem Ermland und der polnischen Metropole Krakau während der 300 Jahre der Zugehörigkeit des Ermlands zur polnischen Monarchie. Diese Verbindungen sind zunächst in der Person der ermländischen Landesherren greifbar, von denen einige ihr Studium in Krakau absolvierten, andere vor ihrer Wahl zum Bischof Domherren in Krakau waren. Intensiviert wurden sie durch die beiden ersten polnischen Bischöfe auf dem ermländischen Thron, Stanislaus Hosius, einem gebürtigen Krakauer, und seinem Nachfolger Martin Kromer. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Jesuitenanstalten in Braunsberg, die einen regen Austausch unter den Lehrern wie auch den Schülern pflegten. Seit 1630 stieg die Zahl ermländischer Studenten an der Universität Krakau beträchtlich an. — Die künstlerischen Kontakte schufen vor allem die Bildhauer und Architekten. Krakauer Künstler restaurierten nach den Schwedenkriegen den Frauenburger Dom und schufen

die schwarzen Marmoraltäre. Ihrer bediente sich auch Bischof Szembek bei seiner reichen Bautätigkeit. Der Nachweis von in Krakau gedruckten Büchern ermländischer Autoren und ermländischer Bürger, die sich zwischen 1735 und 1774 in Krakau niederließen, beschließt den lesenswerten Aufsatz.

B. P.

**Władysław Chojnacki, Pruskie rozporządzenia w języku polskim dla ludności dawnych Prus Książęcych w XVI-XIX wieku.** [Preußische Verordnungen in polnischer Sprache für die Bevölkerung des ehemaligen Herzoglichen Preußen im 16.-19. Jahrhundert.] In: *KMW* Nr. 2 (148), 1980, S. 135 bis 153. [8 Abb., dt. Zus.fass.] — Die ersten gedruckten Verordnungen in polnischer Sprache erschienen bereits im 16. Jahrhundert in Königsberg und waren an die Bevölkerung Masurens und der Kaschubei gerichtet. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kamen als Druckorte Berlin, Stettin und Breslau hinzu. Besser als die Edikte in polnischer sind die Erlasse in litauischer Sprache bekannt, die an die Einwohner des nordöstlichen Ostpreußen adressiert waren. Die publizierten litauischen Edikte befanden sich früher in der ehemaligen Handbibliothek des Königsberger Staatsarchivs, wo sie als Doubletten von den Archivbeständen getrennt waren. 1945 wurde die gesamte Büchersammlung, die ca. 10 000 Bände zählte, nach Wilna überführt und befindet sich jetzt in der Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften. Am Anfang erschienen auf polnisch und litauisch solche Verordnungen, die Ankömmlinge aus der benachbarten Adelsrepublik betrafen. Seinen eigentlichen Aufschwung erfuhr das Ediktenwesen durch König Friedrich Wilhelm I. im Zusammenhang mit dem Retablisement Nordostpreußens. In Gemeinden mit polnisch- oder litauischsprachiger Bevölkerung waren die Prediger angewiesen, die entsprechenden Verfügungen Wort für Wort in die Sprache der Ortsbewohner zu übersetzen und von der Kanzel zu verkünden. Im Laufe des 18. Jahrhunderts nahm die Zahl der gedruckten polnisch- und litauischsprachigen Edikte sprunghaft zu. So erschienen 1743 im Amt Liebstadt 30 deutsche und 20 polnischsprachige Mandate, in Neidenburg 70 zweisprachige Erlasse, in Preußisch Mark 50 deutsche und zehn polnischsprachige und in Rastenburg 191 Verfügungen auf deutsch und 81 auf polnisch. Abschließend befaßt sich Ch. mit den polnischen Übersetzern in Königsberg, die bereits seit der Mitte des 16. Jahrhunderts nachweisbar sind. Neben dem Bestand des Etatsministeriums Königsberg, der jetzt im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin verwahrt wird, liegt im Deutschen Zentralarchiv Merseburg unter der Rep. 7 „Ostpreußen“ Material über das ostpreußische Ediktenwesen vor. St. H.

**Roman Darowski SJ, Gorgonius Ageison SJ (1604-1665), Professor an der Wilnaer Akademie.** In: *Zeitschrift für Ostforschung* 28 (1979) H. 2, S. 256 bis 269. — **Gorgoniusz Ageison SJ (1604-1665), profesor w Akademii Wileńskiej.** In: *Prawo Kanoniczne* 22 (1979) Nr. 3-4, S. 263-275. — Der Verf. stellt zum ersten Mal das Leben und zwei Werke des aus einer dänischen Familie stammenden Jesuiten vor, die im Hochstift Ermland während der Regierungszeit des ermländischen Bischofs Simon Rudnicki (1604-1621) eine neue Heimat gefunden hat. D. zeichnet auf Grund des reichhaltigen Materials des Jesuitenarchivs in Rom den Lebensweg von Ageison sehr genau nach, der, 1604 in Kopenhagen geboren, seine Studien 1618 am Päpstlichen Seminar in Braunsberg begann und 1622 in Wilna in die Gesellschaft Jesu eintrat. Dort dozierte er später (1651-1655) Kirchenrecht an der Akademie, danach war er Vizekanzler und Studienpräfekt ebenda und

schließlich 1658-1661 zunächst Vizerektor und dann Rektor des Braunsberger Jesuitenkollegs. Dort ist er am 9. Januar 1665 gestorben. Nach D. hielten die Zeitgenossen Ageison für einen „hervorragenden Gelehrten“; jedoch war bisher nichts über seinen wissenschaftlichen Nachlaß bekannt. D. vermag nun eine erste Vorstellung von dem geistigen Profil dieses Jesuiten zu vermitteln, indem er nachweist, daß die Disputationsthesen für Andreas Wenzeslaus Borzecki unter dem Titel „Mundus philosophicus“ (Wilna 1643) von Ageison verfaßt sein müssen. Eine zweite Arbeit stammt ohne Zweifel von ihm, da sein Name auf dem Titelblatt genannt ist. Es handelt sich um die kirchenrechtlichen Disputationsthesen für seinen Schüler Matthäus Johannes Szenrath (Schönrath?) „Conclusiones canonicae de constitutionibus ecclesiasticis et praelatorum ecclesiasticorum legislatrice potestate“ (Wilna 1652). Nach den Untersuchungen von D. wird man Gorgonius Ageison, der zweifellos das geistige Niveau des Kollegs in Braunsberg und der Akademie in Wilna mitbestimmt hat, eine gewisse Eigenständigkeit des Denkens zubilligen müssen — im kirchenrechtlichen Bereich wahrscheinlich mehr als im philosophischen. Der Aufsatz ist daher ein Beitrag zur Geschichte des geistigen Lebens in der polnischen und in der litauischen Jesuitenprovinz jener Zeit und zeugt im übrigen einmal mehr von den engen Beziehungen, die damals zwischen den Jesuitenanstalten in Braunsberg und Wilna bestanden haben. Daneben darf man ihn auch als willkommene Ergänzung der „Literaturgeschichte des Bistums Ermland“ (Leipzig, Braunsberg 1873) aus der Feder des Altmeisters der ermländischen Geschichtsforschung, Franz Hipler, betrachten; eines Werkes, das als Ganzes bis heute noch nicht überholt ist. Leider hat D. dieses Werk nicht herangezogen. Aus einer handschriftlichen Quelle, der „Historia Collegii Brunsbergensis Societatis Jesu“, die Hipler noch benutzt hat (vgl. a. a. O., S. 184), geht hervor, daß Ageison 1646 in Braunsberg Theologie gelehrt hat. Vielleicht hat die von D. zitierte Quelle, wonach Ageison 1643-1649 in Braunsberg gewesen sei, demnach doch recht. Möglicherweise hat Ageison seinen Aufenthalt in Braunsberg 1645 nur unterbrochen, um in Wilna zum Dr. theol. promoviert zu werden.

Der verdienstvolle Aufsatz von D. kann überdies noch aus einer anderen zeitgenössischen Quelle ergänzt werden. Es war nicht ohne Bedeutung für den Werdegang des Gorgonius Ageison, aus was für einer Familie er stammte. In seinem Vater Johannes hatte er ein Vorbild für den bedingungslosen Einsatz für Glaube und Kirche. Vater und Mutter hatten zusammen mit dem etwa einjährigen Söhnchen die Verbannung aus dem dänischen Vaterland auf sich genommen. Daß auch seine Mutter Eva und seine Schwester Elisabeth ganz bewußt und entschieden in besonderer Weise für ihren Glauben einstanden, bezeugt uns der ermländische Jesuit Thomas Clagius (1635-41 Superior in Rößel, 1641 Professor für Rhetorik in Wilna, gest. 1664 in Rößel) in seinem Werk über die Heiligelinde „Linda Mariana“ (Köln 1659, S. 326-327; diese Stelle ist auch abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der ersten Katharinenwestern und ihrer Gründerin Regina Protmann † 1613. Hrg. u. erläutert von E. M. Wermter. Münster 1975 = ZGAE Beiheft 2, S. 113-114). Clagius hat ohne Zweifel nicht nur seinen Mitbruder Gorgonius Ageison, sondern auch die ganze übrige Familie Ageison persönlich gekannt. So berichtet er, daß Eva Ageison, eine „sehr fromme Frau“, ihre Tochter Elisabeth neben den anderen Kindern so in der Frömmigkeit erzogen habe, daß diese sich entschlossen habe, in den Konvent der Katharinenwestern in Rößel einzutreten. An

anderer Stelle erwähnt Clagius eine weitere Tochter, mit Namen Katharina, die eine Wallfahrt nach Heiligelinde unternommen habe (Linda Mariana, S. 420-421). Über Johannes Ageison erzählt er, daß er sich sehr tatkräftig für die Wiederherstellung der Wallfahrtskapelle in Heiligelinde eingesetzt habe. Und im Anschluß an diese Nachricht gibt Clagius eine sehr ausführliche Charakteristik dieses tapferen und einsatzbereiten Mannes (a. a. O., S. 288-290).

E. M. W.

Zbigniew Nowak, „Konstytucyje Elbląskie“. Antyreformacyjny pamflet jezuitski z 1614 roku. [Die „Elbinger Konstitutionen“. Ein antireformatorisches Pamphlet der Jesuiten aus dem Jahre 1614]. In: Rocznik Elbląski 8 (1979), S. 105-121. [3 Abb.] — Bereits sehr früh fand die Reformation im Königlichen Preußen Eingang. Die ersten Schriften Luthers wurden in Danzig schon 1518 veröffentlicht. In den Jahren 1526-1600 waren an der Universität Wittenberg, dem Zentrum des Luthertums, 122 Studenten aus Danzig, 34 aus Elbing und 31 aus Thorn immatrikuliert. Eine wichtige Rolle für die Verbreitung der Reformation in Polen spielte auch die Königsberger Albertina, an der in den Jahren 1549-1584 186 Personen aus dem Königlichen Preußen studierten, darunter 81 aus Danzig und 15 aus Elbing und Thorn. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts traf die in Lutheraner und Calvinisten gespaltene reformatorische Bewegung zunehmend auf den Widerstand gegenreformatorischer Kräfte, deren Führer Kardinal Stanislaus Hosius war. Eines der ersten Objekte der polnischen Gegenreformation war die an das katholische Ermland grenzende Stadt Elbing, wo sich die Jesuiten in den Besitz des Gymnasiums und der Stadtpfarrkirche St. Nikolaus zu setzen suchten. Da zunächst alle auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen fehlschlügen — auch die Unterstützung König Sigismunds III. fruchtete nichts —, griffen die Jesuiten zum Mittel von Pamphleten und anderen Streitschriften, um die Position des protestantischen Elbinger Rates zu erschüttern. Die bekannteste Veröffentlichung dieser Art sind die sogenannten „Elbinger Konstitutionen“, die dem evangelischen Superintendenten von Thorn, Johann Turnowski, untergeschoben wurden. In dieser fingierten Schrift werden die Streitigkeiten zwischen Lutheranern und Calvinisten in besonderem Maße akzentuiert und ein krasses Bild von der Uneinigkeit in den Reihen der Protestanten entworfen. Nach Auffassung N.s weist die Diktion der in diesem Pamphlet enthaltenen Formulierungen eindeutig auf die Hand der Jesuiten hin, deren Agitation sich hauptsächlich gegen die Calvinisten richtete. Wenn auch Elbing schließlich den Kampf um die Nikolaikirche verlor, so gelang es den Jesuiten doch nicht, ihren Sieg vollständig auszunutzen. Der Widerstand von Elbings Rat und Bürgerschaft gegen die Einführung des Katholizismus blieb ungebrosen. St. H. Gerard Labuda, Kronika franciszkanów wejherowskich. Zapoznany zabytek historiografii klasztornej z połowy XVII wieku. [Die Chronik der Franziskaner von Neustadt. Ein vergessenes Dokument der Klostergeschichte aus der Mitte des 17. Jahrhunderts.] In: Studia Polonistyczne 5 (1977) [1978] S. 49-65. [Dt. Zus.fass.] — Der Verf. analysiert die heute im Diözesanarchiv in Pelplin befindliche Chronik, die in ihren Hauptteilen von dem Guardian des Klosters Gregor von Danzig in den Jahren 1654-1677 geschrieben wurde. Sie enthält Namenlisten der Konventsbrüder, der Klosterschüler und von Konvertiten. Darüber hinaus werden wichtige politische Ereignisse zur Geschichte Polens, Pommerns und der Stadt notiert, die gerade über die Zeit des schwedisch-polnischen Krieges neue Aufschlüsse geben.

B. P.

**Sigfried von Weiher, Jakob von Weiher und die Kalvarie von Wejherowo/Neustadt.** In: Westpreußen - Jahrbuch 29 (1979) S. 53-59. — Der Gründer der Stadt Wejherowo (von 1771-1918 und von 1939-1944 Neustadt), Jakob von Weiher, legte — in Erfüllung eines Gelübdes — am Rande der Stadt ein Kloster und einen Kalvarienberg mit 25 Kapellen an, als Nachbildung von Christi Leidensweg. Bereichert durch Familiennachrichten und einen Plan der Anlage aus der Gründungszeit (um 1657), bietet der Artikel ein lebendiges Bild von der Entstehung des bedeutendsten Wallfahrtsortes der Kaschuben.

B. P.

**Marian Pawlak, Ordynacja gimnazjum elbląskiego z 1692 r.** [Die Ordnung des Elbinger Gymnasiums aus dem Jahre 1692.] In: Rocznik Elbląski 8 (1979) S. 357-378. — Die für die westpreußische Schulgeschichte wichtige Quelle liegt in Abschrift im Wojewodschaftsarchiv Thorn vor. Die Verbindung der Elbinger Schulordnung mit Thorn erklärt sich aus dem Umstand, daß sie aus der Feder Ernst Königs stammt, der in den Jahren 1667-1681 das Thorner Gymnasium leitete und eine Abschrift seines Entwurfes an seine Thorner Freunde sandte. Nach einer kurzen Vorbemerkung bringt P. den Text der lateinischen Originalfassung im Vollabdruck mit anschließender polnischer Übersetzung. Der erste Teil der Schulordnung enthält Vorschriften über die Organisation der Schule, die Kompetenzen des städtischen Rats, die Aufgaben der Scholaren und des Rektors sowie die Pflichten der Lehrer. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Verhalten der Schüler inner- und außerhalb der Schule. Im letzten Abschnitt ist von den Pflichten der älteren Schüler gegenüber ihren jüngeren Mitschülern die Rede, vor allem in bezug auf die Beaufsichtigung der Schularbeiten.

St. H.

**Witold Gliński, Das ermländische Schulwesen im 18. Jahrhundert.** In: Zeitschrift für Slawistik 24 (1979) S. 896-902. — Der verstorbene Allensteiner Verf. schildert auf Grund von Literatur (vor allem Dittrich und Waschinski) und der reichen Quellen des heute in Allenstein aufbewahrten Diözesanarchivs, d. h. vorwiegend Kirchenvisitationsakten jener Zeit, die Zustände im ermländischen Schulwesen im Zeitalter der Aufklärung. Es gab damals drei Schultypen: die humanistischen Gymnasien der Jesuiten in Braunsberg und Rößel mit fünf Klassen, die Stadtschulen, die in der Regel dem sog. Trivium mit drei Klassen folgten und einige Lateinkenntnisse vermittelten, und die wohl in jedem Pfarrdorf vorhandenen Dorfschulen, die „Lesen und Schreiben in der Muttersprache, Rechnen und die Grundsätze des Glaubens“ vermittelten. Die Schulen wurden hauptsächlich von Knaben besucht, nur die Katharinerinnen unterhielten in Braunsberg, Heilsberg, Wormditt und Rößel auch Mädchenschulen. Die Landschulen besaßen im allgemeinen nur ein Unterrichtszimmer, in dem mehrere Klassen gleichzeitig unterrichtet wurden, die Stadtschulen waren meistens größer. Die Schulaufsicht oblag der Kirche, d. h. den Pfarrern, Dekanen und der bischöflichen Behörde. Die Lehrer entstammten zumeist den ermländischen Städten, seltener dem Lande, häufiger hatten sie die Jesuitengymnasien oder doch die Stadtschulen besucht. Der Verf. betont, daß die Unterrichtssprache im nördlichen Ermland Deutsch, im südlichen Polnisch gewesen sei und wirft die Frage auf, ob in Stadt- und Landschulen auch beide Sprachen nebeneinander vorgekommen seien, ohne dies beantworten zu können. Recht dürfte er mit seiner Bemerkung am Schluß haben: „Das harmonische Zusammenleben der beiden ethnischen Sprachgruppen innerhalb des bischöflichen Dominiums im Ermland überdauerte

das Jahr 1772 und auch das Dominium selbst, das von den neuen Behörden, den Preußen, bald aufgelöst wurde.“ Dennoch darf einige Kritik angemeldet werden. So meint der Verf. z. B., daß in einigen ermländischen Dekanaten die Zahl der Schulen nicht feststellbar sei (S. 897). Dazu wäre zu sagen, daß bei fehlenden Nachrichten in den Kirchenvisitationsakten im 18. Jahrhundert noch andere Quellen die Existenz von Pfarrschulen belegen könnten, z. B. Bauakten, die Hausbücher in den Pfarreien, vor allem aber die Kirchenbücher, die ja die Trauung und Sterbedaten der Lehrer und Angaben über die Taufe ihrer Kinder enthalten. Allerdings würde das etwas umfangreichere Nachforschungen voraussetzen. Es sind sodann einzelne Bezeichnungen zu beanstanden, was aber vielleicht auch der Übersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche zur Last zu legen ist. So waren die Katharinerinnen nie ein kirchlicher „Orden“ (S. 887 f.), sondern nur Kongregation, sie hatten auch keine „Priorin“ (S. 900) wie die alten Orden, sondern eine „Oberin“. Ganz unverständlich ist der ungebräuchliche Terminus „Kurienvisitatoren“ (S. 898) als Bezeichnung für Personen, die die Aufsicht über die Schulen hatten. Gemeint sind die Vertreter der Bischoflichen Kurie. Auch „Beschließerinnen“ (S. 900) bei den Katharinerinnen ist ein unklarer und veralteter Ausdruck, gemeint sind wohl die „Pförtnerinnen“ der Klöster. Aber auch inhaltlich ist des Verf. Meinung, daß bei den Schwestern „also einstige Köchinnen, Wäscherinnen oder Beschließerinnen“ Lehrerinnen der Mädchen geworden seien (S. 900), voreingenommen und einseitig und unterschätzt sicher den Bildungsstand der Frauen in den ermländischen Städten. Ebenso wirkt es etwas seltsam, daß die preußischen Soldaten, die über die Grenze nach Braunsberg kamen und in Streitigkeiten mit Jesuitenschülern und Bürgern gerieten, „auf der Suche nach Vergnügungen“ (S. 901) gewesen seien. Viel eher kann man dabei an das Ausspähen (und spätere Entführen) von „langen Kerls“ denken, wie es zur Zeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. immer wieder vorkam und viele Mißhelligkeiten zwischen beiden Ländern verursachte.

A. T.

**Halina Kefenstein - Wanda Anusiak, Osiemnowieczne zapiski rękopiśmienne w starodrukach Biblioteki Muzeum Mazurskiego w Olsztynie.** [Handschriftliche Aufzeichnungen des 18. Jahrhunderts in alten Drucken der Bibliothek des Masurischen Museums in Allenstein.] In *Rocznik Olsztyński* 11 (1975) [1980] S. 243-260. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Drei kirchliche Drucke des 18. Jahrhunderts, zwei aus Masuren, einer aus dem Ermland, die handschriftliche Eintragungen vor allem von Gebetstexten in polnischer Sprache enthalten, legen — nach Ansicht der Autorinnen — „ein Zeugnis von der Gemeingültigkeit unserer [= der polnischen] Volkssprache in diesen Gebieten ab“ — ein Trugschluß, denn es lassen sich ohne Mühe ebenso viele oder sogar mehr deutsche Drucke mit deutschen handschriftlichen Eintragungen finden, z. B. in der Bibliothek des Hosianum! B. P. **Stanisław Salmonowicz, Pietyzm na Pomorzu polskim oraz w Wielkopolsce w pierwszej połowie XVIII wieku.** [Der Pietismus im Königlichen Preußen und in Großpolen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.] In: *Roczniki humanistyczne* 27 (1979) [1981], H. 2, S. 95-105. [Engl. Zus.fass.] — Die traditionellen Zentren des Luthertums im Königlichen Preußen waren die Städte Danzig, Thorn und Elbing, während in Großpolen die Protestanten mangels größerer städtischer Mittelpunkte (mit Ausnahme Posen) schwächer vertreten waren. Von großer Bedeutung für das Aufkommen des Pietismus in Westpreußen und Großpolen erwies sich die junge

preußische Universität Halle, die vor allem durch August Hermann Francke geprägt wurde. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die durch die Herrschaft der Wettiner bedingte stärkere Einwanderung aus Sachsen nach Polen, die den protestantischen Kräften in der Adelsrepublik zugute kam. Die Vermittler des Franckeschen Pietismus in Westpreußen und Großpolen waren die jungen Pastoren, die in Halle studiert hatten und nach der Rückkehr in ihre Heimat die Lehren Franckes oft zum Mißfallen der Obrigkeit und der mit ihr verbundenen orthodoxen lutherischen Geistlichkeit verkündeten. Zum Mittelpunkt des intellektuellen Pietismus wurde Thorn, vor allem in den Jahren 1711-1724. Hier traf die neue Bewegung, deren Basis vor allem das Gymnasium war, mit voller Schärfe auf den Widerstand der um ihre Autorität fürchtenden orthodoxen Geistlichkeit, die den Magistrat auf ihrer Seite wußte. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als ein Mitarbeiter Franckes, Johann Friedrich Bachstrom, im Jahre 1714 nach Thorn kam. Magistrat und orthodoxe Geistlichkeit konnten die Auseinandersetzung für sich entscheiden. Nach einer längeren Inhaftierung mußte Bachstrom 1720 Thorn für immer verlassen und begab sich nach Warschau. Die Konflikte mit den Pietisten hielten jedoch an und trugen in wesentlichem Maße zur Schwächung des Protestantismus in Thorn bei, ein Umstand, den — wie das wenig später erfolgte Thorner Blutgericht beweist — sich die Katholiken zunutze machten. Neben dem Pietismus Franckescher Prägung fand vor allem in den 1740er Jahren das Gedankengut der Herrnhuter Brüdergemeinde über Schlesien in Großpolen und Westpreußen Eingang; sein Einfluß ist jedoch in keiner Weise mit dem des Franckeschen Pietismus zu vergleichen und hat in den Quellen vergleichsweise nur geringe Spuren hinterlassen. St. H. **Hans-Jürgen Krüger, Juden in Ostpreußen im Jahre 1720.** In: Preußenland 16 (1978), Nr. 1/2, S. 14-26. — Verf. kommt für Ostpreußen, d. h. hier das Königreich Preußen, zu ähnlichen Ergebnissen wie die Rezensentin für das Ermland des 18. Jahrhunderts. Im alten Ordensland Preußen lebten auch nach K. nur wenige Juden, erst im 17. Jahrhundert wanderten mehrere Familien zu. Es gab neben privilegierten Schutzjuden auch „eingeschlichene und unvergleitete Juden“. Der Aufsatz stellt aus Akten des ehemaligen Preußischen Etatsministeriums im Staatlichen Archivlager Göttingen (heute Berlin) alle 1720 im damaligen Ostpreußen, d. h. in der Stadt Königsberg und den einzelnen ostpreußischen Kreisen wohnhaften 103 jüdischen Familien zusammen. Für den Familienforscher interessant ist die Tatsache, daß die Liste nicht nur die Namen, sondern auch Beruf, Kinderzahl und Vermögensumstände enthält.

A. T.

**Helmut Strehlau, Älteste der Elbinger Kaufmannschaft 1721-1756 und ihre Familien.** In: Archiv für Sippenforschung 44 (1978), H. 71, S. 482-502. — Bei der nahen Verbindung, in der die Stadt Elbing immer zum Ermland stand, sind alle historischen und kulturhistorischen Arbeiten über sie auch für den ermländischen Geschichtsfreund von Interesse. Die vorliegende Veröffentlichung dürfte vor allem für den ermländischen Familienforscher wertvoll sein. St. bietet darin nach einem kurzen Überblick über die Verfassung der Elbinger Kaufmannschaft eine Namensliste der 31 Ältesten dieser städtischen Organisation aus der Zeit von 1721-1756 mit allen erreichbaren Daten und Angaben. Seine Quelle ist die „Westpreußenkartei“, die auf Grund der heute im Danziger Wojwodschaftsarchiv befindlichen früheren Archivalien des reichen Elbinger Stadtarchivs zusammengestellt wurde.

A. T.

## V. Copernicana

Bearbeitet von Werner Thimm

**Giuseppe Mario Galli, San Tommaso d'Aquino e la scienza. San Tommaso precursore di Copernico?** [War der heilige Thomas von Aquin ein Vorläufer des Copernicus?] In: *Memorie Domenicane* 1976, Nr. 7, S. 322 bis 338. — Thomas von Aquin (1225-1274) hat vom Studium der Philosophie gefordert zu erfahren, „wie die Wahrheit der Dinge sich verhält“. Im Hinblick auf dieses Postulat untersucht Galli eine Stelle aus dem ersten Teil der *Summa contra Gentes* und zwei Stellen aus dem Kommentar zu Aristoteles' *De caelo et mundi*, die Aussagen über die Bewegung von Erde, Himmel und Gestirnen enthalten, und diskutiert die Frage, ob Thomas von Aquin hier das copernicanische System vorausgenommen hat. Der Autor kommt zu dem Schluß, daß Thomas in die damalige Kosmologie beträchtliche Zweifel gesetzt, aber kein neues astronomisches System begründet hat.

**Edward Rosen, Czy Kopernik był „szczęśliwym notariuszem“?** [War Copernicus ein „glücklicher Notar“?] In: *Kwartalnik Historii Nauki i Techniki* 25 (1980) Nr. 3, S. 601-605. — **Copernicus was not a „happy notary“.** In: *The Sixteenth Century Journal* 12 (1981) Nr. 1, S. 13-17. — Der Autor weist schlüssig nach, daß der gestrichene Eintrag „*Haec copia missa fuit domino episcopo per d Nic Coppernic felicem notarium de voluntate dominorum visitorum anno XI*“ im Allensteiner Urkundenverzeichnis von 1508 nicht von der Hand des Copernicus, sondern von der Tidemann Gieses stammt. Außerdem berichtigt er die von Jan Oblak und Piotr Bańkowski gegebene Übersetzung der beiden Wörter „*felicem notarium*“ (als *szczęśliwy notariusz* = glücklicher Notar) zu der korrekten Auflösung „Notar Felix Reich“ (vgl. *ZGAE* 37, 1974, S. 196). Ein ähnlicher Übersetzungsfehler unterlief schon 1821 dem Übersetzer des Copernicusbriefes vom 11. April 1533 im *Edinburgh Philosophical Journal* Vol. V.

**Zofia Wardęska, Na tropach nieznanego listu Mikołaja Kopernika i innych źródeł do jego biografii.** [Einem unbekanntem Brief des Nicolaus Copernicus und anderen Quellen zu seiner Biographie auf der Spur.] In: *Kwartalnik Historii Nauki i Techniki* 25 (1980) S. 607-618. — Im Sommer 1802 suchten Thaddäus Czacki und Martin Molski in Allenstein, Frauenburg und Königsberg nach Schriftstücken von Copernicus und berichteten darüber aus Königsberg an den Copernicusforscher Jan Śniadecki, der sich gerade mit seinem Werk „*O Koperniku*“ beschäftigte. In der Korrespondenz dieser Gelehrten fand Zofia Wardęska einen Brief des Copernicus vom 18. 7. 1534 an den Marienburger Wojewoden Achatius von Zehmen erwähnt, der in der Copernicusforschung bisher unbeachtet geblieben ist. Der Brief soll astronomische und private Mitteilungen enthalten haben.

**Andrzej Kempfl, Über die neuentzifferten kopernikanischen Scholien des Erasmus Reinhold.** In: *Organon* 15 (1979) S. 187-191. — Die noch zu Lebzeiten des Copernicus erschienenen gelehrten Anmerkungen des Wittenberger Mathematikers Erasmus Reinhold über den großen Astronomen in der von ihm im Jahre 1542 besorgten Ausgabe der Peurbachschen Planetentheorie werden aus dem Kontext des Werkes erläutert und die lateinischen Scholien ins Deutsche übersetzt. Reinhold erscheint als ein Bewunderer des Copernicus, obschon er zu dem Gelehrtenkreis von Martin Luther und Philipp Melanchthon gehört, die die copernicanische Lehre ablehnten.

## VI. Neuere Geschichte nach 1772

**Friedrich-Wilhelm Henning, Die Entwicklung von Einkommensmöglichkeiten und Bevölkerung in Ostpreußen im 18. und 19. Jahrhundert.** In: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte 6 (1978) S. 309—324. — H. gibt einen instruktiven Überblick über die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlicher Entwicklung Ostpreußens von 1700-1910 und unterscheidet dabei vier Perioden: Von 1700-1770/80 wurden die Verluste, die durch die Pest vor allem im östlichen Teil der Provinz im ersten Jahrzehnt eingetreten waren, neben dem natürlichen Bevölkerungszuwachs durch landesherrliche Ansiedlungspolitik ausgeglichen. Von 1770/80-1820/30 wuchs die Bevölkerung um mehr als 40 %, ohne daß neue Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Dies führte zu einer Verarmung, vor allem zu einer starken Zunahme der unterbäuerlichen Schichten. Die Periode von 1825-1865 ist durch ein Bevölkerungswachstum von mehr als 50 % gekennzeichnet, wobei eine Abwanderung in die Städte stattfand, deren Einwohnerzahl um 50 % zunahm, ohne daß die Zahl der Arbeitsplätze dort nennenswert stieg. In den Jahrzehnten zwischen 1865 und 1910 erfolgte dann die Abwanderung von insgesamt 700 000 Personen aus Ostpreußen. Das waren drei Viertel des natürlichen Bevölkerungszuwachses. Eine Tabelle zeigt die Zielgebiete der Abwanderer innerhalb Deutschlands, während die Auswanderung nach Übersee mit etwa 38 000 Personen dahinter zurücktrat. B. P.

**Wiesław Bieńkowski, Kraków a Warmia i Mazury w XIX i XX wieku. Kontakty naukowe oraz związki kulturalne.** [Krakau sowie Ermland und Masuren im 19. und 20. Jahrhundert. Wissenschaftliche Kontakte und kulturelle Verbindungen.] In: Rocznik Olsztyński 11 (1975) [1980] S. 63—117. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Die Beziehungen zwischen Krakau sowie dem Ermland und Masuren im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert waren wissenschaftlicher und künstlerischer Natur. Die Historiker beider Seiten interessierten sich vor allem für Copernicus und Hosius. Auf ermländischer Seite pflegte Franz Hipler den Kontakt zur Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau und gab zusammen mit Wincenty Zakrzewski die erste Quellenedition über Stanislaus Hosius heraus. Unter den Literaturhistorikern werden Mrongovius, Gisevius und der ermländische Dichter Vincenz Pol genannt, unter den Musikern Feliks Nowowiejski, der 1919 in Krakau ein Konzert zugunsten der polnischen Belange bei der Volksabstimmung veranstaltete. — Auf die literarisch-volkskundlichen Kontakte der Masuren zu Krakau braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden. B. P.

**Hans W. Hoppe, Das Elbinger Pressewesen. Rückblick auf 190 Jahre Information.** In: Westpreußen — Jahrbuch 28 (1978) S. 124—129. — Bei einem Rückblick auf 190 Jahre Elbinger Pressewesen müssen verständlicherweise einige Titel unter den Tisch fallen. Es ist auch nichts einzuwenden, wenn der „Elbinger Zeitung“, die als ihr Gründungsdatum den 31. Mai 1787 nennt, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Nicht nur aufgrund ihres Alters war sie führend in der Stadt. Sie nannte sich auch „Generalanzeiger“ und bezeichnete sich 1932 als „unpolitisch“. Sie war also ein Blatt, das viele Rücksichten und letztlich wieder keine zu nehmen brauchte. So betrug die Auflage (1932) — was unter Berücksichtigung der Elbinger Einwohnerzahl von 72 000 erstaunlich ist — über 37 000 Exemplare (allerdings muß das Umland miteinbezogen werden). Es ist daher

nur zu verständlich, daß die NS-Pressezaren versuchten, die „Elbinger Zeitung“ in ihre Hand zu bekommen, was ihnen dann am 1. April 1943 gelang. Aus dem Zusammenschluß mit der „Westpreussischen Zeitung“, die seit 1933 von der NSDAP herausgegeben wurde, entstand dann die „Neue Elbinger Zeitung“. Eine andere Elbinger Tageszeitung wird von Hoppe überhaupt nicht erwähnt: die sozialdemokratische „Freie Presse“. Bei einer Auflage zwischen 4000 und 5000 konnte sie natürlich in keiner Weise mit einem Generalanzeiger konkurrieren. Aber der verantwortliche langjährige Redakteur Paul Schulz wußte nicht nur journalistisch eine scharfe Klinge zu führen, sondern gehörte auch jahrelang dem Preußischen Landtag an. Und es war sicher kein Zufall, wenn er und der Marienburger Zentrumsabgeordnete, Propst Franz Pingel, sich auf der Fahrt von oder nach Berlin im selben Abteil trafen. Schulz selbst „wurde aus der ersten Sitzung des Elbinger Stadtparlaments im Jahre 1933 von einem lärmenden, siegesübermütigen SA-Haufen in seine Kaserne verschleppt und landete schließlich für mehrere Wochen im Städtischen Krankenhaus“ (Sch., Erinnerungen). — Bei der Aufzählung von Pressetiteln fehlt das von Propst Arthur Kather seinerzeit herausgegebene Kirchenblatt für die Elbinger Katholiken, dessen Aufgehen im „Ermländischen Kirchenblatt“ er schließlich nur mit allerschwerstem Herzen zustimmte. — Ohne die „sozialen Maßnahmen“ der damaligen „Elbinger Zeitung“ im geringsten schmälern zu wollen: derartige Unterstützungen gab es bei anderen Verlagen auch. Wenn das Guthaben der Unterstützungskasse 1943 mehr als 60 000 Reichsmark betrug, so lautete der entsprechende Kontostand der Ermländischen Verlagsgesellschaft in Braunsberg am 14. März 1932 auf den Pfennig genau 10 661,81 Reichsmark. Unter Berücksichtigung der Auflagenrelationen und der Zeitumstände ein Betrag, der sich durchaus sehen lassen konnte.

H. K.

**Rudolf Pillukat, Die evangelische Gemeinde in Tolkemit und ihre Kirche.** In: Westpreußen — Jahrbuch 29 (1979) S. 104—107. [3 Abb.] — Abgesehen von kurzen Gemeindebildungen im Reiter- und Schwedenkrieg des 16. und 17. Jahrhunderts konnte sich erst nach dem Übergang des Ermlandes an Preußen 1772 eine eigentliche evangelische Gemeinde in Tolkemit bilden, die zuerst vom Pfarramt in Lenzen, dann von Frauenburg aus betreut wurde. Seit 1867 kam man in einem kleinen Haus an der Fischerstraße in Tolkemit, auch ab und zu im Rathaus, zum Gottesdienst zusammen. Am 19. September 1887 wurde endlich eine kleine Kirche unter dem Namen „Zum Kripplein Christi“ in der Fischerstraße eingeweiht. Von deren Ausstattung fielen ein Christuskopf aus Cadiner Majolika, ein Geschenk der Kaiserin Augusta-Viktoria anlässlich ihres Besuches, vor allem aber die originellen Wandmalereien des Königsberger Kunstmalers Richard Pfeiffer auf. Sie stellen die Predigt Christi am See Genezareth dar, wobei lebende Tolkemiter Fischer Modell gestanden hatten. Die Kirche hat den Krieg überdauert und ist heute noch erhalten, nur die schöne Wandmalerei wurde leider übertüncht. Zum Aufsatz gehören drei Bilder, welche das Gotteshaus und einen Teil der Pfeifferschen Malerei sowie ein Porträt des letzten evangelischen Pfarrers von Frauenburg-Tolkemit, Bruno Hasford (1930-1945), zeigen.

A. T.

**Edward Martuszewski, Liczebny stan szkolnictwa mazurskiego w 1800 roku.** [Der zahlenmäßige Stand des masurischen Schulwesens im Jahre 1800.] In: KMW Nr. 1 (147), 1980, S. 17—39. [1 Karte, dt. Zus.fass.] — Die ausführlichen statistischen Daten zur Situation des masurischen Schul-

wesens um 1800 wurden den Veröffentlichungen von Samuel Wald (1762—1828) aus den Jahren 1801—1804 entnommen. Dieser studierte in Halle und Leipzig, war Professor für Theologie, Geschichte und Orientalistik in Königsberg, vorübergehend Konsistorialrat für die Provinz Südpreußen (Großpolen) und von 1800—1806 Schul- und Kirchenrat im Königsberger Konsistorium. Seine Veröffentlichungen befinden sich im Zentralen Staatsarchiv Merseburg. Die Aufstellungen berücksichtigen 80 masurische Pfarreien mit überwiegend polnischsprachiger Bevölkerung und 29 Kirchenämter im ethnischen Grenzland Masurens. Nach M. war für diese ethnischen Grenzregionen charakteristisch, daß bei Volkszählungen die zweisprachige Bevölkerung zu den Deutschen gerechnet wurde. Um 1800 lernten in ca. 700 Elementarschulen die masurischen Kinder, wo sie in der Diaspora oder in größeren Gruppen lebten, in der polnischen Sprache Schreiben, Lesen und Rechnen. Nach Meinung des Verf. sind die vorliegenden Daten nicht vollständig und systematisch von Johannes Brehm in seiner Arbeit „Entwicklung der evangelischen Volksschule in Masuren im Rahmen der Gesamtentwicklung der preußischen Volksschule“, Bialla 1914, ausgewertet worden.

L. K.-H.

**Erhard Roß, Das erste staatliche Lehrerseminar in Preußen für Neustpreußen zu Lyck (1799—1806) und sein Leiter Timotheus Gisevius.** In: Preußenland 18 (1980) S. 4—22. — Das Lehrerseminar in Lyck wurde vom preußischen Staat gegründet, der sich damit zum erstenmal der Ausbildung der Landschullehrer annahm und sich vorwiegend an dem Schulversuch von Rochows in Reckhahn bei Brandenburg a. d. Havel orientierte. Mit dem „Allgemeinen Preußischen Landrecht“ von 1794 waren Schulen und Universitäten zu „Veranstaltungen des Staates“ erklärt. Timotheus Gisevius (1756—1817), vom Feldprediger zum Erzpriester in Lyck berufen, in dieser Eigenschaft auch Schulinspektor und besonders engagiert in diesem Amt, begann seine Seminararbeit im November 1799 mit acht Seminaristen. Bis zur Auflösung des Seminars 1806 waren 54 Lehrer ausgebildet worden, die an ostpreußischen und neustpreußischen Garnisonschulen arbeiteten. Nach dem Siege Napoleons über Preußen und der Schaffung des Großherzogtums Warschau endete die preußische Verwaltung in Neustpreußen, und das Seminar wurde aufgelöst. Die pädagogische Arbeit im Sinne des Pietismus und Philanthropismus wurde abgelöst von den Erziehungslehren Pestalozzis, die ein breites Interesse bei den preußischen Schulbehörden fanden. Gisevius, der 61jährig starb, ist wahrscheinlich auch an der Gründung eines Lehrerseminars in Insterburg für die litauisch sprechenden Ostpreußen beteiligt gewesen. Erst 1828 wurde eine ähnliche Anstalt in Angerburg für den masurischen Teil des Landes errichtet. L. K.-H.

**Iselin Gundermann, Die Gründung evangelischer Kirchengemeinden im Kreise Karthaus.** In: Beiträge zur Geschichte Westpreußens 6 (1980) S. 73—83. — Die Einrichtung von sieben neuen evangelischen Kirchengemeinden im westpreußischen Kreis Karthaus für 15 000 Evangelische gegenüber rund 55 000 Katholiken in den Jahren 1856—1912 hatte andere Gründe als jene, die zum Aufbau der evangelischen Parochien im Ermland zu Beginn des 19. Jahrhunderts führten, hinter dem politische Motive der staatlichen Institutionen standen. Die Anregung zu den Kirchengründungen im Kreise Karthaus gingen im wesentlichen von den betroffenen protestantischen Minderheiten selbst aus, die zu großen finanziellen Opfern bereit waren, wobei „die Stärkung des deutschen Elements“ in dem kaschubischen Umland mit eine Rolle spielte.

B. P.

**Andrzej Skrobacki — Arina Völker, Lekarz olsztyński Joachim Kornalewski i jego rozprawa o koftunie z 1897 roku.** [Der Allensteiner Arzt Joachim Kornalewski und seine Arbeit über den Weichselzopf aus dem Jahre 1897.] In: KMW Nr. 2 (148), 1980, S. 155—167. [Dt. Zus.fass.] — Grundlage dieser medizingeschichtlichen Abhandlung ist die in der Personalakte des Arztes Joachim Kornalewski enthaltene Arbeit über den Weichselzopf im Deutschen Zentralarchiv Merseburg. Während seiner zwanzigjährigen Tätigkeit in Allenstein als praktischer Arzt und Mitglied der städtischen Sanitätskommission hat Dr. Kornalewski insgesamt 1316 Fälle des Weichselzopfes aufgespürt und untersucht. Er kam hierbei zu dem Ergebnis, daß die Krankheit vor allem ein Produkt schlechter hygienischer Verhältnisse war und am häufigsten bei der polnischsprachigen Bevölkerung im Erm-land und in Masuren auftrat. Die Geschichte des Weichselzopfes geht in Polen bis ins Jahr 1599 zurück. Damals richtete der Hetman Jan Zamoyski unter Vermittlung der Akademie in Zamość eine Anfrage an die medizinische Abteilung der Universität Padua, in der er um ein Gutachten über den Stand der Erforschung des Weichselzopfes bat. Nach K. kam diese Krankheit in West- und Mitteldeutschland selten vor; häufig war sie dagegen im Osten, wo sie bisweilen endemische Züge annahm. Wegen ihres wiederholten Auftretens bei der Bevölkerung des Weichselgebiets hat sie den Namen Weichselzopf erhalten. Über die Herkunft der Krankheit gibt es die verschiedensten Hypothesen, u. a. die Behauptung, sie sei von den Tataren nach Polen eingeschleppt worden. Neben den Faktoren Elend und Schmutz sah K. als wichtiges Element für die Verbreitung der Krankheit die Kontakte der ortsansässigen Bevölkerung mit polnischen und russischen Wanderarbeitern, die auf Arbeitssuche über die Grenze nach Ostpreußen strömten, an. Nach Ansicht der Verf. haben die Behauptungen Kornalewskis, „die antikatholischen und antipolnischen Charakter haben“, in späteren medizinischen Untersuchungen keine volle Bestätigung gefunden.

St. H.

**Franciszek Ringwelski, Augustyn Rosentreter, biskup ehelmiński (1898—1926), wobec sprawy polskiej.** [Augustinus Rosentreter, Bischof von Kulm (1898—1926), und die polnische Frage.] In: StP 1977 [1980] S. 7—126. — Die sehr umfangreiche Arbeit ist mehr als der Titel verspricht. Es handelt sich um eine sehr detaillierte Biographie dieses Bischofs, der — als Deutscher aus der Koschneiderei — die Geschicke einer Diözese mit überwiegend polnischer Bevölkerung in einer schwierigen Zeit leitete, in einer Zeit, in der die Nachwehen des Kulturkampfes das Verhältnis von Kirche und Staat noch belasteten, in der die Nationalitätenprobleme ihren Höhepunkt erreichten, in der als Ergebnis des Ersten Weltkrieges das Bistum in den neu entstandenen polnischen Staat eingegliedert wurde. Politische Klugheit spricht aus dem Verhalten des Bischofs gegenüber den staatlichen Institutionen, die Fähigkeit zu Kompromissen in untergeordneten Fragen, um sich dadurch Möglichkeiten zur Durchsetzung wesentlicher Dinge zu schaffen. Wenn der Verf. zu dem Ergebnis kommt, daß Rosentreter „immer die Rechte seiner polnischen Diözesanen verteidigte“ und „seine Priester ohne Rücksicht auf die Volkszugehörigkeit mit gleicher Gerechtigkeit behandelte“ (S. 124), so ragt dieser Bischof schon allein dadurch über das normale Maß seiner Zeitgenossen und Amtsbrüder in ähnlicher Situation hinaus. — Diese erste größere Würdigung von Bischof Augustinus Rosentreter ist mit viel persönlicher Anteilnahme und Sympathie geschrieben.

B. P.

**Otto Korthals, Der Kampf um die deutsche Schule im Gebiet des polnischen Korridors.** In: Westpreußen — Jahrbuch 28 (1978) S. 13—19. [4 Abb.] — Polen hatte sich im Minderheitenschutzvertrag von 1919 verpflichtet, die Rechte seiner nationalen Minderheiten zu achten. Dazu gehörte für die deutsche Bevölkerung, deren Anteil mit 7,8 % angegeben wird, vor allem die Pflege der Muttersprache in den deutschen Schulen. Staatliche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache mußten von mindestens 40 Kindern besucht werden; für staatliche deutsche Gymnasien lag diese Zahl bei 200 Schülern. Wenn diese Forderung nicht erreicht wurde, blieb der Ausweg über deutsche Privatschulen, die vom Deutschen Schulverein in Bromberg gegründet wurden und für die die Mittel vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) zur Verfügung gestellt wurden. So gab es 1939 noch 100 private deutsche Schulen, davon 96 Volksschulen. — Um deutschen Kindern, wenn sie polnische Schulen besuchen mußten, die Muttersprache zu erhalten, wurden von der Deutschen Vereinigung in Bromberg Wanderlehrer eingesetzt, deren erfolgreiche Arbeit sich nach K. zeigte, „als im Herbst 1939 das Korridorgebiet von der polnischen Herrschaft befreit wurde und es keine deutschen Kinder gab, die nicht deutsch lesen und schreiben konnten, obgleich sie nie eine deutsche Schule besucht hatten“. — Die polnischen Behörden waren zuständig für die Revision der deutschen Privatschulen, wie umgekehrt die polnischen Privatschulen im Deutschen Reich der deutschen Schulaufsicht unterstanden. K. findet es unverstänlich, daß von den Visitatoren Hakenkreuze in den Heften der Schüler als negative Einstellung zum polnischen Staat angesehen wurden. Es werden die Schwierigkeiten aufgezählt, die deutschen Schulen bei ihrer Arbeit von polnischen Behörden gemacht wurden. Diese Klagen sind ein Spiegelbild ähnlicher Behinderungen, wie sie der polnische Schulverein immer wieder bei den deutschen Behörden erhob. L. K.-H.

**Helmut Motzkus, Die Schulen der polnischsprachigen Minderheit im Regierungsbezirk Westpreußen 1919—1939.** In: Westpreußen-Jahrbuch 30 (1980) S. 13—20. — Nach der Volksabstimmung 1920 verblieb eine nennenswerte polnischsprachige Minderheit im Regierungsbezirk Westpreußen, besonders im Kreis Stuhm. Zur grundsätzlichen Regelung der Schulverhältnisse aller polnischen Minderheiten in Preußen folgte nach vorausgegangenen Erlassen (1918, 1920, 1925) im Dezember 1928 die „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit“. 1932 wurden in den neun polnischen Privatschulen mit neun Klassen und neun Lehrern 196 Schüler unterrichtet, d. h. 3,06 % der schulpflichtigen Kinder im Kreis Stuhm. Für den Unterhalt der polnischen Privatschulen war der Polnisch-Katholische Schulverein für den Weichselgau zuständig, die Schulaufsicht lag dagegen beim deutschen Kreisschulrat. Auch nach 1933 blieben die Regelungen für das Minderheitenschulwesen gültig. Zu dem schon bestehenden polnischen Gymnasium in Beuthen (Oberschlesien) wurde 1937 in Marienwerder ein weiteres polnisches Privatgymnasium eröffnet. Die meisten Lehrer kamen aus Polen und hatten eine polnische Ausbildung erhalten. Der schwache Besuch dieser autonomen Schulen läßt den Schluß zu, daß trotz Unterstützung durch polnische Organisationen große Teile der Minderheit von diesem Angebot keinen Gebrauch machten. Für die Zeit von 1933—1939 liegen keine amtlichen Angaben zu den Schülerzahlen der polnischen Privatschulen mehr vor. Immerhin möchte der Verf. die Existenz dieser Schulen zwischen 1920 und 1939 als einen Versuch der Kooperation zwischen den preußischen Behörden und den polnischen

Schulvereinen werten, mit dem Ziel, die Probleme beider Völker in ihrem Zusammenleben zu bewältigen.

L. K.-H.

**Bohdan Koziello-Poklewski, O przedzkolach polskich na Warmii w latach 1927—1939 (na marginesie artykułu Jana Chłosta).** [Über die polnischen Kindergärten im Ermland in den Jahren 1927—1939 (zum Artikel von Jan Chłosta).] In *KMW* Nr. 1 (147), 1980, S. 91—102. — Nach Meinung des Verf. zeigt die Behandlung der polnischen Kindergärten im Ermland durch Chłosta (vgl. *ZGAE* 40, 1980, S. 184) die Notwendigkeit, ein Gesamtbild der Probleme im Zusammenhang mit der Entwicklung der polnischen Bewegung in Ostpreußen zu geben. Allerdings bedürfe der Aufsatz Ch. s. einiger Berichtigungen und Ergänzungen, da Material, das sich z. B. in Archiven in Warschau und Allenstein (Olsztyn) befindet, von Ch. nicht berücksichtigt worden sei. K.-P. weist u. a. auf die Möglichkeit unterschiedlicher Interpretation des Protokolls einer Sitzung vom 1. 3. 1930 hin, in der über die Errichtung eines Kindergärtnerinnenseminars in Allenstein zu beraten war. Während das Protokoll für den Autor deutlich macht, daß Jan Baczewski als Vertreter der polnischen Minderheit die Konferenz „torpedierte“, weise Ch. die Schuld am Scheitern einer Übereinkunft der unversöhnlichen Haltung der deutschen Vertreter zu. Diese hätten unter dem Druck deutscher katholischer Verbände gestanden, die ebenfalls in Allenstein ein solches Seminar hätten einrichten wollen. Verf. weist abschließend darauf hin, daß ausreichend Material zur Verfügung stünde, um dieses Thema für die Zwischenkriegszeit erschöpfend darzustellen. L. K.-H.

**Jan Chłosta, Jeszcze na temat przedzkol polskich na Warmii w latach 1927—1939.** [Noch einmal zum Thema polnische Kindergärten im Ermland in den Jahren 1927—1939.] In: *KMW* Nr. 2 (148), 1980, S. 265—268. — In seiner Antwort auf den Aufsatz K.-P's. konzediert der Autor, daß neues Material zu dieser Forschungsarbeit bereitgestellt wurde, betont aber gleichzeitig, daß er nicht den Anspruch auf Vollständigkeit in bezug auf die Erforschung dieses Themas bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erhebe. Er weist einige Vorwürfe zurück, die sich auf die genaue Unterscheidung der Ausbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen beziehen und bemerkt zusätzlich, daß, obwohl die polnischen Kinderhorte dem Reichsministerium für Volkswohlfahrt unterstanden, sie dennoch von deutschen Schulräten, so z. B. Dr. Pasternak, kontrolliert wurden.

L. K.-H.

**Bohdan Koziello-Poklewski, W odpowiedzi Janowi Chłoscie.** [Antwort auf Jan Chłosta.] Ebd. S. 267—268. — Die sachliche Auseinandersetzung ist nach Meinung des Verfassers von Ch. in seiner Antwort nicht aufgenommen worden. Es sei lediglich darum gegangen, in diesem besonderen Fall neues Archivmaterial zusätzlich zu berücksichtigen. Im weiteren verweist er auf das Reichsgesetzblatt und das Amtsblatt der Regierung zu Allenstein als Quellen zu diesem Thema. Er bezweifelt auch nicht, daß die Kinderschulen als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen der Aufsicht der deutschen Kreisschulräte unterstanden. Jedoch wurde von diesen nur kontrolliert, wie die Schulen arbeiteten, über die berufliche Qualifikation der Leiterinnen entschied das Reichsministerium für Volkswohlfahrt. — Verf. betont abschließend noch einmal die Sorgfaltpflicht bei der Auswertung von Archivmaterial.

L. K.-H.

**Gerhard Reifferscheid, Die Jurisdiktionsträger im Bistum Ermland im Sommer 1945.** In: Festgabe für Bernhard Stasiewski zum 75. Geburtstag. Hrsg. von Gabriel Adriányi. Leverkusen-Opladen & Bonn: Verlagshaus Borengässer 1980, S. 154—158. [Die Festgabe ist nur vom Verlag zu bezie-

hen.] — In der schmalen Festschrift für Bernhard Stasiewski, die in ihrer äußeren Bescheidenheit leider dem wissenschaftlichen Werk des Jubilars wenig angemessen ist, behandelt R. ein Thema, das das große Interesse der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung beanspruchen darf. Doch bietet er über die Jurisdiktionsträger bzw. die Verwaltung der Diözese Ermland bis zur Neuordnung durch den polnischen Primas Kardinal Hlond im August 1945 in der Sache nicht viel Neues. Eine vollständige Zusammenstellung der Namen, Daten und Ereignisse wäre verdientvoll gewesen, wenn sie alle bekannten Belege zusammengetragen hätte, was jedoch nicht der Fall ist. So fehlen etwa Hinweise auf einschlägige Berichte über Bischof Maximilian Kaller und Generalvikar Aloys Marquardt, die z. B. im Ermländischen Hauskalender erschienen sind. Statt dessen wird bezüglich des Letzteren lediglich auf ein Gespräch am 22. 7. 1965 verwiesen. Ebenso unerwähnt bleibt der 1974 erschienene Beitrag von Jerzy Pietrzak, in dem sowohl die Vorgeschichte und die näheren Umstände des Amtsverzichts von Kaller in Pelplin behandelt wurden als auch bereits die Grundzüge des Plans mitgeteilt sind, die der Bischof zur Reorganisation und inneren Erneuerung seiner Diözese kurz zuvor entworfen hatte, nachdem er gerade zu Fuß aus Halle nach Allenstein zurückgekehrt war (vgl. ZGAE 38, 1976, S. 161 f.). R. stellt den Plan auf Grund des Originals im Ermländischen Diözesanarchiv nunmehr im einzelnen vor. In dem Entwurf zeigt sich das Bemühen Kallers, „den zu stark ausgeprägten nationalen Geist durch die Entfaltung der kirchlichen Gesinnung zu überwinden“. — Der vom Bischof mündlich ernannte neue Generalvikar, dessen Berichte übrigens Pietrzak für seine Abhandlung benutzt hat, heißt nicht Borowic, sondern Borowiec. Der Name des als Domherr und Regens vorgesehene Geistlichen ist nicht Dr. Smarzyk Kroydeyn, sondern Dr. [Szczepan] Smarzych (die Handschrift Kallers ist zu lesen: Dr. Smarzych, Kwyzdzyń [= Kwizdzyń/Marienwerder]).

H.-J. K.

## VII. Kunstgeschichte

**Hanna Kozaczewska-Golasz, Drewniane kolebki w średniowiecznych kościołach Ziemi Chełmińskiej i ich wpływ na architekturę.** [Hölzerne Tonnengewölbe in mittelalterlichen Kirchen des Kulmer Landes und ihr Einfluß auf die Architektur.] In: *Kwartalnik Architektury i Urbanistyki* 23 (1978) H. 4, S. 361—370. [27 Abb., engl. Zus.fass.] — Verfasserin weist auf eine Gruppe von 24 Kirchen aus dem 13. und der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts im Gebiet von Kulm hin, die ein hölzernes Tonnengewölbe tragen. Es sind Hallenkirchen oder einschiffige Bauten sowohl mit rechteckigem wie polygonalem Chor. Im Außenbau ist die Folge dieser hölzernen Tonne ein gewaltiges, auf den Außenmauern aufsetzendes Dach; auch im Innern wirken die Kirchen relativ hoch. Die Konstruktion der Chorwand und die Anordnung der Fenster werden im einzelnen untersucht. Eine Tabelle schlüsselt die Eigenarten der behandelten Bauten näher auf.

R. K.

**Jerzy Frycz, Architektura zamków krzyżackich.** [Die Architektur der Deutschordensburgen.] In: *Sztuka pobraża Bałtyku*, Warszawa 1978, S. 19—48. [21 Abb.] — Die vieldiskutierte Frage nach der Herkunft der Deutschordensarchitektur in Preußen — hier vor allem der Komtureiburgen — und der Einflüsse auf sie wird noch einmal, in Auseinandersetzung

mit Steinbrecht, Clasen, Schmid, Schuchard u. a., aufgegriffen. Um es vorweg zu sagen: F. lehnt alle bisherigen Theorien weitgehend ab, vor allem die von Clasen, der eine durchlaufende Entwicklung im Bautyp der Deutschordensburgen von 1260—1410 sah. Statt dessen unterscheidet der Verfasser drei Perioden: die Frühzeit bis ca. 1270 — wobei er die Thorner Burg als Prototyp analysiert —, die neben thüringisch-sächsischen und lübischen Einflüssen auch von bayerischen, fränkischen und tschechischen bestimmt worden sei und vor allem durch den Baustil der Dominikaner. Während der zweiten Periode, von 1270—1410, habe sich die Ordensbaukunst durch „künstlerische Polyphonie“ ausgezeichnet, während nach 1410, als keine einzige Ordensburg mehr gebaut wurde, die lokale Architektur dominiert habe. — Hier gerät die Kunstgeschichte in eine Sackgasse. Trägt es zum besseren Architekturverständnis bei, wenn man ähnliche Ziegelgrößen wie bei der Thorner Burg auch bei den Kirchen in Glogau, Posen und Mogilno findet, ähnliche Fußbodenfliesen in Krakau und Umgebung? Kann man die Anwesenheit Ottokars von Böhmen 1254 in Preußen oder den Aufenthalt Bischof Heinrichs von Streitberg in Franken im Ernst zur Untermauerung böhmischer bzw. bayerischer Einflüsse auf den Burgenbau in Preußen anführen?

B. P.

**Marian Kutzer, Spoleczne warunki kształtowania się cech indywidualnych sakralnej architektury gotyckiej na Warmii.** [Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Herausbildung eines individuellen Charakters in der sakralen gotischen Architektur des Ermlands.] Ebd. S. 49—88. [30 Abb.] — Das Ineressante an diesem Aufsatz ist das Einbringen soziologischer und geographischer Überlegungen in die Betrachtung des ermländischen mittelalterlichen Kirchenbaus. Dem Verf. stellt sich das Ermland als eine „offene Region“ dar, die ständig Anregungen von außen aufnahm. Die ersten hundert Jahre — bis 1360 — sieht er als die Epoche des Suchens nach einem eigenen Stil. Doch dann wurden bestimmte wiederholbare Modelle benutzt, die zu einer Uniformität führten. Diese Einheitlichkeit des ermländischen Sakralbaustils weise zugleich eine große Mannigfaltigkeit der Formen und Details auf, was ein Hinweis darauf sei, daß vom 14.—16. Jahrhundert im Ermland verschiedene Werkstätten mit Meistern unterschiedlicher künstlerischer Herkunft und schöpferischen Temperaments arbeiteten. Der äußere Eindruck einer Einheitlichkeit der ermländischen sakralen Architektur dürfte aber nicht mit einem eigenständigen Baustil verwechselt werden. Er sei auf soziologische Gegebenheiten zurückzuführen: das fast völlige Fehlen weltlicher Patronatsherren als Auftraggeber neben Bischof und Domkapitel und die nicht von großen Standesunterschieden geprägte, weitgehend bäuerliche Bevölkerung des Landes. In den chorlosen Hallenkirchen sieht der Verf. die Grundform der Missionskirchen verwirklicht!

B. P.

**Jerzy Domasłowski, Uwagi o programach ideowych i systemach dekoracyjnych gotyckich malowideł ściennych w budowlach świeckich na terenie Prus Krzyżackich i Królewskich.** [Anmerkungen über das geistige Programm und die dekorativen Inhalte gotischer Wandmalereien in Profanbauten im Deutschordens-Preußen und im Königlichen Preußen.] Ebd., S. 149—165. [10 Abb.] — Der Verf. stellt die verschiedenen Bildmotive zusammen, die die mittelalterlichen Wandgemälde in den Deutschordensburgen Lochstedt, Marienburg und Ragnit, im bischöflichen Schloß in Heilsberg, im Rathaus der Rechtsstadt Danzig und im Haus der Kaufmannsbruderschaft in Thorn aufweisen. Die große Vielfalt in der künstle-

rischen Darstellung — Hochmeister- und Bischofsbilder, religiöse, heraldische und rein dekorative Motive — lassen nach Meinung des Verf. auf die internationalen Einflüsse schließen, die in Preußen zum Tragen kamen, ohne daß man bei der geringen Zahl der erhalten gebliebenen Objekte konkrete Verbindungen aufzeigen könne.

B. P. Alicja Karłowska-Kamzowa, **Der Einfluß Böhmens auf die Entwicklung der Malerei in Schlesien, in Ordenspommern und Groß- und Kleinpolen in der Zeit von 1350—1420.** In: Die Parler und der Schöne Stil 1350—1400. Europäische Kunst unter den Luxemburgern. Hrsg. von Anton Legner. Bd. 4: Das internationale Kolloquium vom 5. bis zum 12. März 1979 anlässlich der Ausstellung des Schnütgen-Museums in der Kunsthalle Köln. Köln 1980, S. 160—164. [19. Abb.] — Der Einfluß der böhmischen Malerei der Gotik auf die Nachbarländer der Zeit von 1350—1450 ist evident, die Forschung seit langem bemüht, Ausmaß und Wege dieser Einflüsse klarzulegen. Für das Deutschordensgebiet rechnet Verfasserin bei der Vermittlung dieser Prager Kunst in den Norden mit einem wesentlichen Einfluß der Bischöfe, die Prager Künstler herangezogen hätten, so für die Fresken im Schloß in Heilsberg und die Mosaiken am Dom in Marienwerder. Beim Graudenzener Altar (zuletzt in den Sammlungen der Marienburg), dessen Stil häufig unmittelbar von dem führenden Prager Meister des Wittingauer Altares hergeleitet wird, betont Verfasserin sehr stark die hinter dem Prager Stilcharakter stehenden italienischen Züge und postuliert den Werdegang seines Malers von Italien über Prag in das Deutschordensgebiet. Der überaus qualitätvolle Buchmaler, der die figürlichen Initialen und Randleisten im sog. Elbinger Wiesenbuch von 1421 (heute im staatlichen Wojwodschaftsarchiv in Danzig) geschaffen hat, gehörte zu einem Kreis von Buchmalern, die ebenfalls in Prag ihre Ausbildung erfahren hatten; leider sind keine weiteren Werke von ihm im Ordensland bekannt. Abgesehen von der Tätigkeit dieser böhmischen Künstler, wurden die spezifischen Formen des böhmischen Realismus aus den sechziger Jahren des 14. Jahrhunderts über Schlesien auch an einheimische Meister des Ordenslandes vermittelt, wo sie ihren Niederschlag in der frühesten faßbaren Gruppe von Werken der einheimischen Malerei in den Jahren 1387 bis 1395 gefunden haben: im Polyptychon aus der Franziskanerkirche in Thorn (Nationalmuseum Warschau), in den Glasmalereien des Ostfensters der Pfarrkirche in Kulmsee sowie in den Fresken des ehemaligen Kramerhauses der Kaufmannsgesellschaft in Thorn. In der darauffolgenden Phase des Schönen oder Weichen Stils seien bei fortdauernder stärkster Abhängigkeit von der böhmischen Kunst auch burgundische Elemente aufgetreten, wofür Verfasserin auf das Epitaph des Domherrn Boreschow aus dem Frauenburger Dom verweist, ohne freilich diese von der westlichen Kunst abgeleiteten Züge näher zu verifizieren. Gegenüber einem angeblich inschriftlich gesicherten Datum „1449“, von dem neuerdings die Rede ist für dieses — früher regelmäßig um 1426 datierte — Werk, betont Verfasserin, daß das Tafelbild sicherlich früher als um die Mitte des 15. Jahrhunderts entstanden sein müsse.

R. K. Adam S. Labuda, **Predella Filipa Bischofa z kościola NM Panny w Gdańsku.** Problemy późnośredniowiecznej ikonografii śmierci. [Die Predella des Philipp Bischof in der Marienkirche in Danzig. — Probleme der spätmittelalterlichen Ikonographie des Todes.] In: Sztuka pobraża Bałtyku, Warszawa 1978, S. 203—227. [16 Abb.] — L. beschäftigt sich mit zwei Tafelgemälden, in denen die Kunsthistoriker eine Predella oder auch die

Seitenflügel eines Epitaphienaltars vermuteten. Die zuletzt 1937 in der Dissertation von W. Kussin beschriebenen und heute nicht mehr erhaltenen Tafeln zeigten auf der Rückseite die Familie des Danziger Bürgermeisters Philipp Bischof († 1483), des Stifters der Predella bzw. des Flügelaltars. Die außergewöhnliche Darstellung der Auferstehung und der Hl. Dreifaltigkeit auf der Vorderseite der Tafeln hat in der Tafelmalerei des gesamten nordeuropäischen Raumes keinerlei Parallele. L. zeigt Verbindungen vor allem zur niederländischen Buchmalerei auf. Er vermutet, daß Bischof selbst, dessen Beziehungen zu den Niederlanden bekannt sind, diese Art der Darstellung angeregt habe oder auch sein Freund Matthäus Westphal aus Braunsberg, Stadtschreiber und später Pfarrer an St. Marien in Danzig.

B. P.

**Jan Oblak, Gotyckie tabernakula w Diecezji Warmińskiej.** [Gotische Tabernakel in der Diözese Ermland.] Ebd. S. 229–240. [10 Abb.] — O. beschreibt die sechs aus dem Mittelalter erhalten gebliebenen Tabernakel, von denen der älteste aus der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts in der Pfarrkirche in Dietrichsdorf b. Bartenstein steht. Aus den letzten Jahren des 14. Jahrhunderts stammt der Tabernakel in Lindenau, Krs. Heiligenbeil, aus der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts ein sehr wertvoller in Marienfelde, Krs. Preuß. Holland, dessen Türinnenseite mit Malereien versehen ist und der vermutlich aus einer Danziger Werkstatt stammt. Der Tabernakel in der Jakobikirche in Allenstein ist der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts zuzurechnen. Erst 1976 entdeckte man hinter einem Nebenaltar in der Kirche in Falkenau, Krs. Bartenstein, einen Tabernakel aus dem 15. Jahrhundert, dessen Umbau — aus der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts — die Fassade einer Renaissancekirche darstellt. Bekannt ist der Tabernakel in der Pfarrkirche in Groß Bertung aus der gleichen Zeit, der einen aus dem 16. Jahrhundert stammenden Umbau in Form einer Renaissancekartusche aufweist. Ergänzend führt der Verf. das allein erhalten gebliebene Gitter eines Tabernakels aus Pestlin b. Stuhm an, das er als sehr wertvolles Zeugnis der Schmiedekunst der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts einordnet.

B. P.

**Boleslaw Przybyszewski, Sąd Ostateczny Jana Memlinga w Muzeum Pomorskim w Gdańsku.** [Das Jüngste Gericht des Hans Memling im Pommerschen Museum in Danzig.] In: *Nasza przeszłość* 52 (1979) S. 107 bis 166. — Der Verf. gibt nach einer kurzen Einleitung über den Maler und die abenteuerliche Geschichte des Altars, der bis 1945 in der Marienkirche in Danzig stand, eine im wesentlichen theologische und ikonographische Beschreibung des berühmten Gemäldes. Leiser ist P. die ausgezeichnete erste monographische Publikation des Altars von Willi Drost mit 33 Bildtafeln (Das Jüngste Gericht des Hans Memling in der Marienkirche in Danzig. — Wien 1941) entgangen.

B. P.

**Bildnis des Danziger Geistlichen Tiedemann Giese (1480–1550).** Bearb. von Christian Theuerkauff. In: *Der Mensch um 1500. Werke aus Kirchen und Kunstkammern.* [Katalog der] Ausstellung aus Anlaß des 17. Deutschen Evangelischen Kirchentages . . . vom 4. 6. bis 31. 10. 1977 in der Skulpturengalerie der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz. Berlin 1977, S. 58–63 [5 Abb.] — Der Katalog untersucht in exemplarischer Weise eine Anzahl Porträts und andere Menschendarstellungen der deutschen Renaissance, Medaillen, Bilder, Reliefs, die in ihrem kleinen Format, in ihrer künstlerisch und handwerklich vollendeten Ausführung, ihrem oft stark verschlüsselten Gehalt humanistischer Prägung durchweg als Kunstkammerstück anzusehen sind, also als Werke, die schon in ihrer

Entstehungszeit als Kunstwerke geschätzt und als solche gesammelt wurden. In diesen Zusammenhang gehört auch das bedeutende, schon lange dem eine Zeitlang am Königsberger Herzogshof tätigen Medailleur und Bildhauer Hans Schenck, genannt Scheutzlich (um 1500—1572), zugeschriebene Lindenholzrelief eines Mannes in weltlicher Kleidung vor einer Ruinenarchitektur mit einem Totenschädel in der Hand. Es gelangte — wohl im 19. Jahrhundert — aus dem Schloß in Löbau in Westpreußen in die Sammlungen des Königsberger Schlosses und wird heute in der Berliner Skulpturengalerie aufbewahrt. Das Relief, das nach der Kleidung des Dargestellten um 1520/30 entstanden sein muß, galt früher fälschlich als Porträt des Nikolaus Copernicus und wird jetzt allgemein als Bildnis des Tiedemann Giese (1480—1550) angesehen. Dieser Bruder des Danziger Kaufmanns Georg Giese, dessen gemaltes Porträt von der Hand Hans Holbeins d. J. von 1532 eines der bekanntesten deutschen Porträts der Renaissance ist (Berlin, Gemäldegalerie), war bereits in sehr jungen Jahren (1504) Mitglied des ermländischen Domkapitels geworden und nahm später dort als Neffe des ermländischen Bischofs Mauritius Ferber wichtige Positionen wohl vor allem in der weltlichen Verwaltung des Hochstiftes wahr; daneben war er als Gelehrter tätig und vielfach unter anderem auch mit Copernicus verbunden. 1538 wurde er Bischof von Kulm, zuletzt 1549 bis 1550 auch der Diözese Ermland. Die Identifizierung stützt sich auf den Vergleich mit einer Zeichnung des 18. Jahrhunderts nach einem verlorenen Porträt des 16. Jahrhunderts, das freilich den Bischof in geistlicher Gewandung am Schreibtisch sitzend im Alter von 63 Jahren darstellt, und wird durch die Beschreibung eines Reliefporträts Gieses im Löbauer Schloß aus dem 17. Jahrhundert bestätigt, die sich sehr gut auf das erhaltene Relief beziehen läßt. Löbau war das Schloß der Bischöfe von Kulm, in dem auch Giese eine Zeitlang residierte. Der Ausstellungskatalog behandelt neben dem Problem der Identifizierung und der Stellung des Reliefs im Werk des Künstlers vor allem die Vergänglichkeitssymbolik der großen Kirchenruine mit der auf einem Altan stehenden Gruppe eines Greises mit einem Kind an der Hand. Das Porträt figurierte als eindrucksvolles Beispiel humanistischer Menschendarstellung 1980 auch im Abschnitt „Das autonome Porträt seit der Renaissance“ auf der großen Jubiläumsausstellung der Berliner Museen, deren Katalog Theuerkauffs Ausführungen im wesentlichen referiert, freilich nicht die dort gegebenen hilfreichen Vergleichsabbildungen enthält: Bilder vom Menschen in der Kunst des Abendlandes. [Katalog der] Jubiläumsausstellung der Preussischen Museen Berlin, 1830—1980. Berlin 1980, S. 175—176, Nr. 24 (Wilhelm Köhler).  
R. K.

**Tadeusz Chrzanowski**, „*Typus Ecclesiae*“. *Hozjańska alegoria Kościoła*. [„*Typus Ecclesiae*“. *Hosius' Allegorie der Kirche*.] In: *Sztuka pobraża Bałtyku*, Warszawa 1978, S. 275—308. [17 Abb.] Der Verf. weist nach, daß der bekannte Kupferstich von Thomas Treter, den Kardinal Hosius im Jahre 1573 zusammen mit einer kleinen erklärenden Schrift dem Kardinal Karl Borromeo übersandte und der eine bildliche Darstellung der Lehre von der Kirche darstellte, also eine Illustration seiner Schrift „*Confessio fidei catholicae*“ war, die Vorlage bildete für ein um 1600 entstandenes Gemälde, das sich heute im bischöflichen Museum in Haarlem in den Niederlanden befindet, und für ein um 1630 entstandenes Altarbild in der Pfarrkirche in Grottkau in Schlesien. Unbekannt war bisher, daß der 1557 entstandene Flügelaltar in der Pfarrkirche in Schlitt inhaltlich und kom-

positorisch sich mit dem erst 16 Jahre später entstandenen Kupferstich von Treter deckt und daß er damit das Urbild von Hosius' Allegorie der Kirche sein muß. Als Maler des Altars vermutet der Verf. den Schlitter Pfarrer Johannes Hannow, dessen Wappen das Bild zeigt und der als Maler ausgewiesen ist. Dieses im Ermland in der Umgebung von Hosius entstandene Gemälde ist somit Vorbild geworden für die dann unter dem Begriff „Typus Ecclesiae“ in ganz Europa verbreitete allegorische Darstellung der Kirche. B. P.

**Józef Poklewski, Kościoły odpustowe na Warmii.** [Wallfahrtskirchen im Ermland.] Ebd. S. 341—355. [14 Abb.] P. beschreibt kurz die Entstehung der acht ermländischen Wallfahrtsorte Glottau, Heiligelinde, Stegmannsdorf, Krossen, Schönwiese, Lokau, Springborn und Hl. Kreuz in Braunsberg und widmet sich dann den Kirchenbauten, die zu den repräsentativsten Gotteshäusern im Ermland gehören und sich auch stilistisch von allen andern gleichzeitig im Ermland erbauten Kirchen unterscheiden. Alle ermländischen Wallfahrtskirchen sind entweder reine Barockkirchen oder weisen doch in der Innenausstattung barocke Elemente auf. Der Verf. sieht als Aufgabe weiterer Forschungen an, der Herkunft der Grundrißgestaltung dieser Barockkirchen nachzugehen sowie ihre künstlerischen Formen zu analysieren. B. P.

**Jerzy Paszenda, Architektura Świętej Lipki (Cz. 2).** [Die Architektur von Heiligelinde (Teil 2).] In: *Kwartalnik Architektury i Urbanistyki* 23 (1978), H. 1—2, S. 57—59. [13 Abb., engl. Zus.fass.] — Die Wallfahrtskirche Heiligelinde (vgl. zum ersten Teil der Abhandlung ZGAE 40, 1980, S. 187 f.) ist in den durch Polen vermittelten stark italienisch bestimmten Formen des späten Hochbarock im wesentlichen in den Jahren 1687—1693 erbaut worden. Der relativ einfache Grundriß und der Aufbau des Langhauses als einer dreischiffigen Basilika folgt dem üblichen Schema der polnischen und litauischen Jesuitenkirchen. Der ähnlichste Bau ist der von Pułtusk aus den Jahren 1688—1704. Das Presbyterium ist gegenüber dem Langhaus stark eingeschnürt. Die entstehenden Ecken sind durch Kapelle und Sakristei ausgefüllt. Der vor der Sakristei eingefügte Korridor ist nach Meinung des Verf. Ergebnis einer nach dem Baubeginn vorgenommenen Planänderung. Ohne Gegenbeispiel in Polen stellt sich die außerordentlich aufwendige Fassade dar. Allenfalls für das Hauptmotiv der Fassade, die eingestellten Doppelsäulen rechts und links des Eingangsportals und der großen Mittelnische im Obergeschoß, lassen sich in den Kirchen von Tarlowo in der Provinz Sandomir (1647—1655) und in St. Peter und Paul in Antokol in Wilna (1668—1676) ähnliche Formen finden. Der Bau der Fassade zog sich relativ lange hin (bis etwa 1730), so daß sich in den oberen Teilen Änderungen der Einzelformen, vor allem stilistisch spätere Ornamentformen, finden. Den die Kirche umgebenden gewölbten Hallenumgang begreift der Verf. als Kreuzgang, wofür er in dieser Form in Polen naturgemäß keine Parallele benennen kann. Ohnehin haben die Jesuiten in Polen keine Kreuzgänge errichtet, was wahrscheinlich für Niederlassungen dieses Ordens im allgemeinen auch sonst gilt. In den Hallenumgängen hat Verf. einige Merkwürdigkeiten erkannt, die auch hier auf Planänderungen deuten. Der Sakristei gegenüber hat er verstärkte Pfeiler festgestellt, die offensichtlich als Unterbau für einen geplanten, aber nie ausgeführten Korridor in der Höhe der Galerien gedacht waren. R. K.

**Jerzy Paszenda, Kościół Jezuitów w Slucku.** [Die Kirche der Jesuiten in Sluzk.] In: *Kwartalnik Architektury i Urbanistyki*, 23 (1978), H. 3,

S. 221—235. [11 Abb., engl. Zus.fass.] — Verf. untersucht die beiden bei den Bauakten für Heiligelinde im Archiv der Diözese Ermland (jetzt in Allenstein) befindlichen Architekturskizzen für einen acht- und einen sechseckigen Zentralbau, die üblicherweise als Ideenskizzen eines Amateurs für Heiligelinde angesehen wurden. Da es sich jedoch um Pläne für Holzbauten handelt, können sie nicht für Heiligelinde bestimmt gewesen sein. Ein Holzbau wurde von den Jesuiten in Sluzk in Weißrußland errichtet, dessen Rektor Gregor Engel später Prior von Heiligelinde war und die beiden Zeichnungen dorthin mitgebracht haben könnte. Verf. kann diese These durch weitere auf Sluzk zu beziehende Planfunde im Czartoryski-Museum in Krakau, durch die Chronik des Jesuitenkollegs von Sluzk im Archivum Romanum der Gesellschaft Jesu sowie Dokumente im Archiv der Fürsten Radziwiłł erhärten. 1714—1715 bauten die Jesuiten in Sluzk eine hölzerne der Dreifaltigkeit geweihte Kirche, die bis zum Brand 1804 bestand. Eine zweite, offenbar kleinere Kirche errichteten sie an der Stelle ihrer älteren Niederlassung in der Podwalstraße in Sluzk, die dem Heiligen Geist geweiht war und ebenso wie alle übrigen Bauten der ganzen Stadt Sluzk aus Holz bestand. Verf. schreibt die beiden Skizzen im ermländischen Archiv Pater Gregor Engel zu, der sein Verständnis für Architektur und Zentralbauten auch in einem Projekt für das Tabernakel in Heiligelinde bewiesen habe.

R. K.

**Krystyna Kordek, Mecenat artystyczne biskupa Adama Stanisława Grabowskiego.** [Das Kunstmäzenatentum des Bischofs Adam Stanislaus Grabowski.] In: RO 11 (1975) [1980], S. 119—196. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Ein sehr wertvoller Beitrag zur ermländischen Kunstgeschichte des 18. Jahrhunderts ist die vorliegende Arbeit, die die künstlerische Ausgestaltung einer Reihe von ermländischen Kirchen durch Bischof Grabowski und seine Bautätigkeit behandelt. Dazu gehören die barocken Hochaltäre im Dom in Frauenburg und in der Kollegiatkirche in Guttstadt, in St. Nicolai in Elbing und in den Pfarrkirchen in Röbel und Heilsberg ebenso wie die im Rokokostil ausgeschmückte Schloßkapelle in Heilsberg und die Pfarrkirche in Frankenau sowie der Ausbau der Sommerresidenz Schmolainen. Zwei im Anhang veröffentlichte Ausgabenrechnungen des Bischofs sowie ein Inventar der aus seinem Nachlaß von Bischof Ignaz Krasicki angekauften Kunstschatze und Möbel — aus dem Ossoliński-Institut in Breslau — geben ein eindrucksvolles Zeugnis von dem Kunstsinn und Mäzenatentum Grabowskis. Zugleich sind sie hilfreich bei der Datierung der Kunstschatze und ihrer Zuordnung an einzelne Künstler. Ansprechend ist die reiche Bebilderung.

B. P.

**Marian Dorawa, O konserwacji i rekonstrukcji zabytkowych organów z kaplicy zamkowej w Lidzbarku Warmińskim.** [Konservierung und Wiederherstellung der alten Orgel in der Schloßkapelle in Heilsberg.] Ebd. S. 261—278. [Engl. u. russ. Zus.fass.] — Der Verf. gibt eine detaillierte Beschreibung der im Jahre 1760 im Auftrag von Bischof Grabowski gebauten Orgel in der Schloßkapelle in Heilsberg, die bei äußerer Gestaltung im Rokokostil typische Elemente der Barockorgeln aufweist. Im 19. Jahrhundert erneuert, war die Orgel am Ende des Zweiten Weltkrieges weitgehend zerstört. 1971 wurden in einer umfassenden Restaurierung der Originalton des Instruments wiederhergestellt und die originalen Bestandteile erneuert.

B. P.

**Andrzej Rzempoluch, Barokowy kościół drewniany w Pietrzwałdzie.** [Die hölzerne Barockkirche in Peterswalde.] In: KMW Nr. 4 (150), 1980 [1981],

S. 531—545. [7 Abb., dt. Zus.fass.] — In der heutigen Wojwodschaft Allenstein haben sich im Kreise Osterode drei hölzerne Dorfkirchen erhalten, in Tannenberg, Reichenau und Peterswalde. Am wenigsten bekannt ist die Kirche von Peterswalde; der jetzige Bau wurde zwar erst 1924 errichtet, ist aber eine leicht veränderte Nachbildung der Kirche aus dem ersten Viertel des 18. Jahrhunderts, deren Aussehen durch die Publikation von Richard Dethlefsen (Bauernhäuser und Holzkirchen in Ostpreußen. Berlin 1911) überliefert ist. Der ursprüngliche Bau hatte als Grundriß ein verlängertes Achteck, wie dies bei evangelischen Kirchen in Preußen im 17. und 18. Jahrhundert ziemlich häufig der Fall war. In Peterswalde zeigt sich jedoch wie in den engst verwandten Bauten von Tannenberg und Reichenau eine das Achteck abmildernde Tendenz zur Zentralisierung. Im einzelnen lassen sich Formen der gleichzeitigen Ziegelbauten beobachten, die offenbar direkt auf den Holzbau übertragen wurden.

R. K.

Werner Neugebauer, *Das Städtische Museum in Elbing. Ein Rückblick.* In: Westpreußen-Jahrbuch 29 (1979) S. 84—96 [6 Abb.] — Bei dem heute sich allorts belebenden Interesse an den kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen des 19. Jahrhunderts, das sich naturgemäß auch auf die meist im vorigen Jahrhundert entstandenen Museen erstreckt, wird man es begrüßen, daß der letzte Direktor des Elbinger Stadtmuseums von 1938—1945, Werner Neugebauer, in einem kurzen Rückblick einige Erinnerungen an die 1864 begründete städtische Kunst- und Altertumssammlung Elbings mitteilt. Dies gilt um so mehr, als es für den heutigen Interessenten meist kaum möglich ist, aus den in der Regel sehr kurzen und anspruchslosen älteren Führern oder Katalogen — in Elbing sind immerhin im Gegensatz zu anderen Museen einige verfaßt worden — sich einen Überblick über die einst vorhandenen Bestände zu verschaffen. Den Grundstock der Elbinger Sammlung bildeten die in der städtischen Gymnasialbibliothek vorhandenen „Realien“ — Landkarten, Globen, Bildnisse der verschiedensten Art, historische Waffen und einige Bodenfunde, wie sie sich in den meisten vergleichbaren älteren Bibliotheken im Laufe der Zeit angesammelt hatten. Hinzu kam die Sammlung von Elbingensien des Kaufmanns Johann Jakob Convent, die bei seinem Tode 1813 der Stadt zugefallen war. Entscheidenden Aufschwung nahm das Museum 1878 durch die Vereinigung mit den Sammlungen der 1873 gegründeten Elbinger Altertumsgesellschaft, deren Vorstand später auch die Aufgaben des Museumskustos wahrnahm. Die intensive Ausgrabungstätigkeit dieser Gesellschaft, die weit über Ostdeutschland hinaus Beachtung fand und später, ab 1919/20, im Elbinger Jahrbuch auch ein entsprechend beachtetes Publikationsorgan erhielt, bedeutete stetige Vermehrung auch für die Sammlung, so daß die prähistorischen Objekte das Bild des Museums wohl weitgehend bestimmten. Die stadthistorischen Bestände traten erst in der Neueinrichtung der Schausammlungen in den Häusern Heiliggeiststraße 3—5 stärker hervor, die nach mancherlei Behelfslösungen zum Stadtjubiläum 1937 eröffnet werden konnten. Von den Sammlungen scheint nach Mitteilungen des Verf. nur wenig die Kriegereignisse überstanden zu haben.

R. K.